REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 360 · 16.11.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 57 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Deutsches Gedenken: Erinnern zum Zwecke des Vergessen
2. Das Ende von Rot-Grün? (Hamburger Wahlen)
3. Judenbesichtigung zwecks Entnazifizierung - Klaus Mellenthin
4. Berichtigung der Karte zu "Woher holen die Rechtsextremen ihre Stimme?" (ak 359)
5. Zur Landreform in Rußland und ihrer Bedeutung für die Auseinandersetzungen - Kai Ehlers
6. IWF in Moskau: Fahrplan oder Zufall? - Kai Ehlers
7. Dokumente zum Parlamentskonflikt
8. Chronologie eines Staatsstreichs - Werner Röhr
9. "Demokratischer" Despotismus von Washingtons und Frankfurts Gnaden - Werner Röhr
10. Vertrag von Maastricht in Kraft
11. Kapitalisten für Arbeitszeitverkürzung?!
12. Roland Freisler - Mörder in Hitlers Dienst. Rolf Gössner über Helmut Ortners Buch "Der Hinrichter"
13. Das Geschäft mit den Rußlanddeutschen - Ulla Jelpke und Helmut Schröder
14. Wehrsportgruppe Heitmann formiert sich
15. Nazi-Aufmarsch verhindert (München)
16. Prozeß gegen Antifaschisten (Saarbrücken)
17. Antifa-Demonstration in London
18. Gegenwehr organisieren (Nordhessen)
19. Computernetzwerk wehrt sich gegen Spitzelverdacht
20. Brief von Brigitte Mohnhaupt (Dokumentation)
21. " Klasse gegen Klasse": " Kiezsäuberung" mit Handgranaten?
22. VVN fordert Staatsknete (Dokumentation)
23. Nach dreieinhalb Jahren Prozeß wegen Hafenstraßendemo
24. Das Verfahren gegen die Filmemacherin Margit Czenki - Jan Schmidt
25. Die Politik der Türkei und des Irans gegenüber den Kurden im Irak - Milena Ergen
26. Die schwarzen Tage von Anfal. Neues Material belegt den irakischen Völkemord an den Kurden
27. Interview mit Frauen der "Unabhängigen Frauenunion" in Südkurdistan
28. Mörder von Chris Hani zum Tode verurteilt
29. Die Anhänge zur Prinzipienerklärung für eine Übergangsselbstverwaltung im Gazastreifen und in Jericho (Dokumentation)
30. Alte und neue Filme. Interview mit Eleuterio Fernandez Huidobro (MLN-Tupamaros)
31. Brasiliens Straßenkindern droht täglich der Tod
32. Nordirland: Krieg bis ins nächste Jahrtausend - Max Schmitz
33. Die Entwicklung der chilenischen Linken im neoliberalen Modell (Chile seit 1973 - Teil 3) - Carlos Laferrte
34. Wer regiert in Osteuropa?
35. Buchvorstellung: Baskische Knasterfahrungen
36. Die deutsche Spaltung als Trauma? (Kurzrezension von "Zum deutschen Neuanfang 1945-1949")
37. Osteuropa: Auf dem Weg zur verlängerten Werkbank?
38. Chronologie rassistischer Anschläge (9.10.4.11.93)
39. Der Grüne Punkt als Gipfel des Müllbergs
40. Grüner Spagat. Empfehlungen eines streitbaren Ministers
41. Die unsichtbaren Lager (Ausstellung in Hamburg)
42. Es ist angerichtet. Das §218-Urteil und seine Folgen (Broschüren-Vorstellung)
43. Federico Fellinis Warnung vor dem Faschismus

44. "Frauen sollen die gleichen Rechte haben!"
45. Quelldatei 22.htm
46. RAF-Streit
47. Quelldatei 32.htm
48. Quelldatei 39.htm
49. Quelldatei 44.htm
50. Welche Entwicklung nimmt Rußland?
51. Abschied von Europa?
52. Südkurdistan
53. Wer regiert in Osteuropa?
54. Quelldatei red360.htm
55. Das Ende von Rot-Grün? (Fortsetzung von Seite 1)
56. Rußland - nach dem Sturm, vor dem Sturm?
57. Flexibilisierte Belegschaft

1. Deutsches Gedenken: Erinnern zum Zwecke des Vergessen

Deutsches Gedenken: ... um zu vergessen (Fortsetzung von Seite 1)

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:47

Erinnern zum Zwecke des Vergessens

Und Kanzler Kohl sprach: Es werde eine nationale Gedenkstätte. Und siehe, es ward eine solche. Und wenn Kanzler Kohl spricht, wäre es meist besser, er hätte es nicht getan; insbesondere dann, wenn er seine Meinung zur jüngeren deutschen Geschichte kundtut. Doch leider Gottes ist die Gnade der späten Dummheit nicht nur sein persönliches Problem, sondern eine tragende Säule im Selbstverständnis des real existierenden deutschen Staates. Insofern markiert die jetzt in Berlin erfolgte Einweihung einer "Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland" einen neuerlichen Versuch der hierzulande Herrschenden, sich die ungeheuerlichen, in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel dastehenden Verbrechen des deutschen Faschismus vom Halse zu schaffen. Dies in der Absicht, die weltweiten "deutschen Interessen" um so besser durchzusetzen zu können.

Diesem Zwecke angemessen wollte Kohl es schlicht: "Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft" - diese zeitlos gültige Aussage ziert nun den Innenraum der 1818 von dem Baumeister Karl Friedrich Schinkel im klassizistischen Stil errichteten "Neuen Wache" an Berlins Prachtstraße "Unter den Linden". Dazu suchte der Kanzler sich eine von Käthe Kollwitz 1937 geschaffene, nur 38 Zentimeter große Plastik aus, die eine trauernde Mutter darstellt, welche ihren gefallenen Sohn in ihren Schoß gebettet hat. Dieses Werk steht nun in vierfach vergrößerter Form als Bronzeskulptur ebenfalls im Innern des Gebäudes.

Auf Widerspruch war dieses Kohl-Konzept - beschlossen und verkündet im Januar dieses Jahres - nur allmählich gestoßen, wobei Kritik zunächst vor allem unter künstlerischen Gesichtspunkten sowie im Hinblick auf die vom Kanzler im Alleingang getroffene Entscheidung geübt wurde. Offenbar erst angesichts nachhaltigen Widerstands des Zentralrats der Juden in Deutschland fand sich Kohl Mitte Oktober dann zu einer Verständigung mit dessen Vorsitzenden Ignatz Bubis bereit, nach der die vorgesehene Leerformel "Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft" zwar im Innern der Wache erhalten geblieben ist, jedoch an der Außenwand rechts und links des Eingangs zwei zusätzliche Tafeln angebracht wurden. Eine dieser Tafeln, deren Texte Ende Oktober veröffentlicht wurden, skizziert die Geschichte der "Neuen Wache" (und enthält immerhin den Hinweis, daß das Gebäude zu Zeiten der DDR als "Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus" diente). Die andere Tafel orientiert sich gemäß einer zwischen Kohl und Bubis getroffenen Vereinbarung an einer Bundestagsrede Weizsäckers vom 8. Mai 1985, in der dieser, erstmalig für einen führenden Repräsentanten der BRD, Opfer und Gegner des Nationalsozialismus beim Namen genannt hatte.

Dieser auf diese Weise vereinbarte Tafel-Text entpuppte sich als eine echte Verschlimmbesserung, so daß etwa der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde, Jerzy Kanal, seine Teilnahme an der Einweihung der Gedenkstätte ablehnte. "Für unser Empfinden ist es undenkbar, den Opfern, die durch den NS-Unrechtsstaat und seine grausame Todesmaschinerie geopfert wurden - nur weil sie Juden waren - in einem Atemzug mit Opfern der Weltkriege zu gedenken, von denen ein Teil diese Maschine bediente", stellte die Gemeinde in einer Erklärung fest.

Mit diesem Satz ist der entscheidende Sachverhalt beschriebenSeit dem Bitburg-Vorfall 1985 (bei dem Kohl an den Gräbern von Wehrmachtssoldaten und SS-Mitgliedern mit dem damaligen US-Präsidenten Reagan "Versöhnung" feierte) ist die "zentrale Gedenkstätte" der nächste große Versuch, die Einmaligkeit der nationalsozialistischen Verbrechen in eine allgemeine Normalität von "Krieg und Gewaltherrschaft" zu überführen, in der die Angreifer und Täter selber zu Opfern werden. Konsequent findet darum dieser Ursache und Wirkung verschleiernde Allgemeinplatz im ersten Satz des an der "Neuen Wache" angebrachten Tafeltextes erneut Verwendung.

Ebenso könnte der sich anschließende Absatz in seiner Allgemeinheit auch ein Denkmal beispielsweise in den USA zieren: "Wir gedenken der Völker, die durch Krieg gelitten haben. Wir gedenken ihrer Bürger, die verfolgt

wurden und ihr Leben verloren. Wir gedenken der Gefallenen der Weltkriege. Wir gedenken der Unschuldigen, die durch Krieg und Folgen des Krieges in der Heimat, die in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind." Achtung, schon gemerkt? An einer Stelle hat die zitierte Passage ihre Raum- und Zeitlosigkeit verlassen: nicht allgemein von Vertreibung ist die Rede, sondern von der Vertreibung. Im bundesdeutschen Sprachgebrauch ist damit an nichts anderes gedacht als an die offiziell stets als Unrecht bezeichnete Aussiedlung und Vertreibung von Deutschen aus Gebieten der Tschechoslowakei sowie ehemaligen deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Es folgt eine Aufzählung von Opfergruppen in folgender Reihenfolge: Juden, Sinti und Roma, "alle, die umgebracht wurden wegen ihrer Abstammung, ihrer Homosexualität oder wegen Krankheit und Schwäche". Es werden sodann "alle Ermordeten" aufgeführt, des weiteren "(die) Menschen, die sterben mußten um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen", weiter "Frauen und Männer, die im Widerstand gegen die Gewaltherrschaft ihr Leben opferten".

Im abschließenden Satz findet sich im Tafel-Text dann ansatzweise erst- und einmalig auch eine Täterschaft genannt; "ansatzweise" darum, weil hier ausnahmsweise mit einer politischen Begrifflichkeit gearbeitet wird: "Wir gedenken der Frauen und Männer, die verfolgt und ermordet wurden, weil sie sich totalitärer Diktatur nach 1945 widersetzt haben. So funktioniert Geschichts"bewältigung" auf deutsche Art: Nicht nur, daß die Einmaligkeit der Shoa in der Aufzählung weiterer Verbrechen unauffällig versteckt wird, daß sodann die Opfer und kaum erwähnten Gegner des Nationalsozialismus in einer allgemeinen Opferschaft verschwinden, in die wiederum mit den "Gefallenen der Weltkriege" nicht wenige der Mörder und Täter eingeschmuggelt werden - obendrein soll mit dem Stichwort "Totalitarismus" die Aufmerksamkeit vom deutschen Faschismus weg auf das gehaßte sozialistische System hin gelenkt werden, als dessen Opfer man sich durch Krieg und Teilung Deutschlands sehen möchte.

"Da die ‚Zentrale Gedenkstätte` kein Ort des Gedenkens für die Opfer des deutschen Faschismus sein kann, werden wir sie nie akzeptieren", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der jüdischen Gruppe Meshulash Berlin, der Antirassistischen Initiative und Berliner Mitgliedern des Auschwitzkomitees.

In diesem Sinne: Weg damit!

J./Westberlin

Deutsches Gedenken: ... um zu vergessen (Fortsetzung von Seite 1)

erhalten geblieben ist, jedoch an der Außenwand rechts und links des Eingangs zwei zusätzliche Tafeln angebracht wurden. Eine dieser Tafeln, deren Texte Ende Oktober veröffentlicht wurden, skizziert die Geschichte der "Neuen Wache" (und enthält immerhin den Hinweis, daß das Gebäude zu Zeiten der DDR als "Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus" diente). Die andere Tafel orientiert sich gemäß einer zwischen Kohl und Bubis getroffenen Vereinbarung an einer Bundestagsrede Weizsäckers vom 8. Mai 1985, in der dieser, erstmalig für einen führenden Repräsentanten der BRD, Opfer und Gegner des Nationalsozialismus beim Namen genannt hatte.

Dieser auf diese Weise vereinbarte Tafel-Text entpuppte sich als eine echte Verschlimmbesserung, so daß etwa der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde, Jerzy Kanal, seine Teilnahme an der Einweihung der Gedenkstätte ablehnte. "Für unser Empfinden ist es undenkbar, den Opfern, die durch den NS-Unrechtsstaat und seine grausame Todesmaschinerie geopfert wurden - nur weil sie Juden waren - in einem Atemzug mit Opfern der Weltkriege zu gedenken, von denen ein Teil diese Maschine bediente", stellte die Gemeinde in einer Erklärung fest.

Mit diesem Satz ist der entscheidende Sachverhalt beschriebenSeit dem Bitburg-Vorfall 1985 (bei dem Kohl an den Gräbern von Wehrmachtssoldaten und SS-Mitgliedern mit dem damaligen US-Präsidenten Reagan "Versöhnung" feierte) ist die "zentrale Gedenkstätte" der nächste große Versuch, die Einmaligkeit der nationalsozialistischen Verbrechen in eine allgemeine Normalität von "Krieg und Gewaltherrschaft" zu überführen, in der die Angreifer und Täter selber zu Opfern werden. Konsequent findet darum dieser Ursache und Wirkung verschleiernde Allgemeinplatz im ersten Satz des an der "Neuen Wache" angebrachten Tafeltextes erneut Verwendung.

Ebenso könnte der sich anschließende Absatz in seiner Allgemeinheit auch ein Denkmal beispielsweise in den USA zieren: "Wir gedenken der Völker, die durch Krieg gelitten haben. Wir gedenken ihrer Bürger, die verfolgt wurden und ihr Leben verloren. Wir gedenken der Gefallenen der Weltkriege. Wir gedenken der Unschuldigen, die durch Krieg und Folgen des Krieges in der Heimat, die in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind." Achtung, schon gemerkt? An einer Stelle hat die zitierte Passage ihre Raum- und Zeitlosigkeit verlassen: nicht allgemein von Vertreibung ist die Rede, sondern von der Vertreibung. Im bundesdeutschen Sprachgebrauch ist damit an nichts anderes gedacht als an die offiziell stets als Unrecht bezeichnete Aussiedlung und Vertreibung von Deutschen aus Gebieten der Tschechoslowakei sowie ehemaligen deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Es folgt eine Aufzählung von Opfergruppen in folgender Reihenfolge: Juden, Sinti und Roma, "alle, die umgebracht wurden wegen ihrer Abstammung, ihrer Homosexualität oder wegen Krankheit und Schwäche". Es werden sodann "alle Ermordeten" aufgeführt, des weiteren "(die) Menschen, die sterben mußten um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen", weiter "Frauen und Männer, die im Widerstand gegen die Gewaltherrschaft ihr Leben opferten".

Im abschließenden Satz findet sich im Tafel-Text dann ansatzweise erst- und einmalig auch eine Täterschaft genannt; "ansatzweise" darum, weil hier ausnahmsweise mit einer politischen Begrifflichkeit gearbeitet wird: "Wir gedenken der Frauen und Männer, die verfolgt und ermordet wurden, weil sie sich totalitärer Diktatur nach 1945 widersetzt haben. So funktioniert Geschichts"bewältigung" auf deutsche Art: Nicht nur, daß die Einmaligkeit der Shoa in der Aufzählung weiterer Verbrechen unauffällig versteckt wird, daß sodann die Opfer und kaum erwähnten Gegner des Nationalsozialismus in einer allgemeinen Opferschaft verschwinden, in die wiederum mit den "Gefallenen der Weltkriege" nicht wenige der Mörder und Täter eingeschmuggelt werden - obendrein soll mit dem Stichwort "Totalitarismus" die Aufmerksamkeit vom deutschen Faschismus weg auf das gehaßte sozialistische System hin gelenkt werden, als dessen Opfer man sich durch Krieg und Teilung Deutschlands sehen möchte.

"Da die ‚Zentrale Gedenkstätte` kein Ort des Gedenkens für die Opfer des deutschen Faschismus sein kann, werden wir sie nie akzeptieren", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der jüdischen Gruppe Meshulash Berlin, der Antirassistischen Initiative und Berliner Mitgliedern des Auschwitzkomitees.

In diesem Sinne: Weg damit!

J./Westberlin

2. Das Ende von Rot-Grün? (Hamburger Wahlen)

Rubrik: Wahlen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/rotgruen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:rotgruen

Am 11.11. wurden im Hamburg die rot-grünen Pappnasen wieder abgenommen. Die GAL erklärte die Koalitionsverhandlungen mit der SPD für gescheitert. Nur unverbesserliche Optimisten (oder Anhänger der linksradikalen Glaubensgemeinschaft, die schon vorher wußten, daß die GAL jedes Papier unterschreiben würde) hatten nach Vorlage des sozialdemokratischen Essentialkatalogs noch an einen Erfolg glauben können. Die GAL hat ihr Ziel verfehlt, allerdings nur mit knapper Not, denn sie war tatsächlich darauf und dran, dieses Bündnis für'n Butterbrot und'n Ei einzugehen. Ihre Verhandlungstaktik bestand darin, auf ein sichtbares Zugeständnis in einer der zentralen Fragen zu setzen. Nicht einmal das wurde von der SPD geboten. Damit kommt die GAL mit einem blauen Auge davon, worüber auch die kraftmeierischen Sprüche im nachhinein nicht wegtäuschen können.

Es scheint, daß mit dem Abbruch dieser Verhandlungen eine kurze Ära zu Ende geht, die niemals richtig gelebt hat: die rot-grüne Option. Es war die lebendige Reformoption, nachdem die SPD mit dem Scheitern der Regierung Brandt diese Hoffnung nicht mehr allein erfüllen konnte. Hamburg hatte hierfür immer einen gewissen Symbolwert. 1982 fanden hier die ersten Verhandlungen zwischen SPD und Grünen statt. Die GAL hatte damals die Tolerierung eines SPD-Minderheiten-Senats angeboten. Sie scheiterte an der SPD, die damals noch glaubte, die Entwicklung einer neuen politischen Kraft verhindern zu können. 1987, als die GAL einen Essentialkatalog aufgestellt hatte, kam es gar nicht erst zu Verhandlungen. Vier Jahre lang regierten die Hamburger Sozialdemokraten mit ihrem Wunschpartner, der FDP.

"SPD-Grüne - Nicht mehr als ein Bluff" titelten wir im Juli 1982 und zitierten Peter Glotz: "Wir wollen erst einmal schauen, wie sich die Grünen entwickeln. Unser Ziel ist klar: Wir wollen aus den Wählern der Grünen wieder SPD-Wähler machen und nicht aus den Grünen einen Koalitionspartner. Wir suchen keine Mehrheitsbeschaffer, sondern die Mehrheit."(BILD 6.7.82) War dies am Anfang vielleicht noch eine realistische Überlegung, drückte sich hierin später mehr und mehr die Unfähigkeit bzw. der Unwillen der SPD aus, die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich u.a. in der Formierung der Grünen ausdrück(t)en, wahrzunehmen. Die Prophezeiung, die ihr alter Zuchtmeister Herbert Wehner nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition 1982 der SPD auf den Weg gab, hat sich voll erfüllt: Diese Partei würde mehr als ein Jahrzehnt brauchen, um wieder regierungsfähig zu werden.

Die SPD hat diese Zeit nur überwintert. Alle Anforderungen und Angebote zur Entwicklung eines neuen Reformprojekts, was in den 80er Jahren nur zusammen mit den Grünen möglich gewesen wäre, wurden rigoros ausgeschlagen. Die zaghaften Versuche auf Länderebene in Richtung Rot-Grün stellten die Weichen nicht wirklich neu. Die Früchte dieser Politik sind heute zu sehen. Regierungsfähig wird sie nicht mit einem Konzept neuer reformerischer Politik, sondern durch den Verschleiß der jetzigen Regierung, deren Politik sie bruchlos übernehmen will. Mit Scharping wurde ein Parteivorsitzender gewählt, der auf Schwarz-Rot statt Rot-Grün setzt. In allen entscheidenden gesellschaftlichen Fragen sucht diese SPD den Konsens mit der Christdemokratie. Dies gilt eben nicht nur in der Asylfrage, nicht nur in der Frage der Militäraktionen außerhalb der BRD, sondern ebenso in den sich verschärfenden Fragen der sozialen und demokratischen Verfassung.

Wer nicht auf Deutschland als zentrales politisches Thema setzt - Standort Deutschland, deutsche BRD ohne Einwanderung, deutsches Militär in alle Welt -, wird in diesem Land neue Mehrheiten außerhalb der SPD in politischen Kampagnen organisieren müssen.

3. Judenbesichtigung zwecks Entnazifizierung

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:46

Der Irrglaube, Antisemitismus habe etwas mit Juden zu tun, scheint unausrottbar. Ausfluß dieses Irrglaubens ist die Annahme, daß Judenfeindschaft durch die Begegnung mit Juden zu bekämpfen sei; daß, würden Juden nur leibhaftig vorgeführt, erkannt werde, daß "die ja gar nicht so sind". Der jüngste und wohl auch zugleich bizarrste Sproß dieses Wahns war die Initiative der Dresdner Ausländerbeauftragten Marita Schieferdecker-Adolph, mit einer Israel-Exkursion jugendlicher Rechtsextremisten deren antisemitische Einstellungen bekämpfen zu wollen.

Den sechs jüdischen Jugendlichen, die die Gruppe begleiteten, war gesagt worden, es handele sich um "rechts angehauchte junge Deutsche". Tatsächlich waren die Therapieobjekte jedoch einesteils Mitglieder der "Nationalistischen Front", der "Nationalen Offensive", der Republikaner und der NPD - darunter auch Frank Kaden, der "Gauleiter" der sächsischen Wiking-Jugend; anderenteils "apolitische Leute aus der Skin- und Hooligan-Szene", wie der Journalist Bruno Schirra, der die Gruppe ebenfalls begleitete, es formulierte. Schirra kam mit der Beschimpfung "Judensau" noch gut davon, war doch einer der jüdischen Jugendlichen mitgeteilt worden: "Du gehörst vergast."

Zurückgekehrt aus Israel gab es Krach. Marita Schieferdecker-Adolph rechtfertigte ihr Unternehmen mit der Behauptung, die Jungrechten hätten "Antisemitismus abgebaut, durch Begegnungen mit jungen Menschen in Israel und durch die erschütternde Eindrücke von Yad Vashem." Konkreter wurde sie, was die "Begegnungen" anging, in einem TV-Interview: Die Jugendlichen hätten "sich verabredet mit den schönen israelischen Mädchen" - was im Klartext nur heißt, daß zwar nicht Antisemitismus abgebaut wurde, aber kommune Geilheit zeitweise an dessen Stelle getreten ist.

Die den Jungrechten von ihrer Reiseleiterin attestierte Veränderung ihres Bewußtseins "an entscheidenden Punkten" demonstrierten einige der Jugendlichen mit schlagender Deutlichkeit. Der 21jährige Olav berichtete, er habe einen Israeli gefragt, ob Israel Asylanten aufnehme. Der Israeli habe ihm geantwortet, daß in seinem Land kein Platz für Fremde sei. Woraufhin Olav sich nun fragt: "Können wir uns das denn leisten?" Auch der 19jährige Dirk entdeckte Gemeinsamkeiten: "Israel hat seinen Nationalstolz, warum sollen wir als Deutsche in Deutschland nicht stolz sein?!"

Zweifellos ist dieser Versuch, vermittels der Besichtigung von Juden Judenfeindschaft zu bekämpfen, ein Skandal. Ein Skandal, der jedoch weniger mit der Person und dem hilflosen Unterfangen von Marita Schieferdecker-Adolph zu tun hat, der nun, als "Skin-Reiseleiterin" diffamiert, angelastet wird, die Reise ohne Genehmigung unternommen und die Finanzierung aus einem Fond bestritten zu haben, der der Eingliederung jüdischer Immigranten aus der ehemaligen SU dienen sollte. Die Empörung über die - tatsächlichen oder nur behaupteten - Verfehlungen der Dresdner Ausländerbeauftragten ist in hohem Maße unredlich: Die Regierung und der Staatsapparat dieses Landes sind es, die sich nicht nur weigern, den Rechtsextremismus zu bekämpfen, sondern einzelne Personen und kleine Gruppen mit der für sie schier unlösbaren Aufgabe der Überwindung des Rechtsextremismus allein lassen. Hier, und nicht bei dem groben Unfug der Dresdner Ausländerbeauftragten, liegt der wirkliche Skandal.

Klaus Mellenthin

4. Berichtigung der Karte zu "Woher holen die Rechtsextremen ihre Stimme?" (ak 359)

Rubrik: Wahlen; DVU (Deutsche Volks-Union); Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/korrekt.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:korrekt

Berichtigung zu ak 359

Die in ak 359 im Artikel "Woher holen die Rechtsextremen ihre Stimmen?" veröffentlichte Grafik hat leider einen gravierenden Fehler: Sie weist mehr Gebiete Hamburgs mit einem Anteil von weniger als 5% REP/DVU-WählerInnen aus als die Wirklichkeit es her gibt. Dieser Fehler entstand beim Plattenkopieren für den Druck. Die zu feine Struktur des Rasters brach hierbei weg. Wir veröffentlichen die Grafik erneut, wobei die fehlenden Angaben diesmal vollflächig schwarz gedruckt ist.

5. Zur Landreform in Rußland und ihrer Bedeutung für die Auseinandersetzungen

Zur Landreform und ihrer Bedeutung für die Auseinandersetzungen - Von Kai Ehlers

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:17

Jetzt sollen Fakten geschaffen werden: Nur wenige Wochen nach der Auflösung des Obersten Sowjet und noch vor der Wahl neuer Parlamente nutzt Präsident Jelzin den von ihm selbst geschaffenen rechtsfreien Raum für einen Erlaß, der den Privatbesitz an Grund und Boden garantiert.

Das Recht auf Privateigentum wurde bereits 1990 anerkannt; Grund und Boden jedoch war in der Russischen Föderation nach der bis heute gültigen Verfassung Staatsland. Lediglich der Kauf und Verkauf von Datschengelände war seit 1991 erlaubt. Durch den neuen Erlaß wird mit Wirkung zum 1.1.94 das Moratorium aufgehoben, mit dem der Oberste Sowjet bestimmt hatte, daß Personen, die Landanteile aus den Sowchosen erhalten, vor Ablauf von zehn Jahren ihren Anteil nicht verkaufen dürfen, der Verkauf zudem nur innerhalb der Sowchosen erlaubt sei.

Jedes Mitglied von Kolchosen und Sowchosen erhält ab 1. November eine Aktie über ein ihm oder ihr persönlich gehörendes Stück des bisherigen Staatslandes, mit dem sie nach Belieben verfahren können: Kauf, Verkauf, Verpachtung, Verschenken, auch die Übergabe des Pfandbriefs an Aktienfonds ist erlaubt. An denen dürfen sich auch ausländische Investoren beteiligen; einzige Bedingung ist, daß der Boden landwirtschaftlich genutzt werden muß. Auch soll es keine Zwangsprivatisierungen von Sowchosen oder Kolchosen geben.

In der Bevölkerung herrscht Unsicherheit über den Erlaß. Selbst prinzipielle Befürworter sehen den Schritt eher skeptisch, vor allem in den Regionen. So Oleg Woronin, Dozent für Geschichte in Irkutsk, lange Zeit Mitglied der neu-sozialistischen "Partei der Arbeit", jetzt Kandidat auf der Liste "Bewegung für einen demokratischen Konsens" von Vizepremier Schachrai: "Ich weiß bisher nur, daß der freie Verkauf und Kauf von Land ermöglicht wird. Aber das geht nur zwischen Leuten, die es landwirtschaftlich nutzen, sonst ist es verboten. Wenn das Land innerhalb bestimmter Zeit nicht bearbeitet wird, soll eine Sondersteuer erhoben werden. Im Prinzip ist außerdem klar, daß Kolchos-Land nicht enteignet wird: Kolchosenland bleibt zunächst bei den Kolchosen. Nur wenn jemand raus will, muß man ihm seinen Landanteil geben. Es wird eine Landsteuer geben, bäuerliche Schuldgerichte für Land und Vermögen. Man versucht, die Spekulation einzugrenzen. Aber solange das Gesetz nicht veröffentlicht ist, ist das alles noch unklar."

Halbheiten kennzeichnen den Erlaß, daran änderte auch die Veröffentlichung nichts: Nicht erfaßt sind städtischer Grund und Boden. Es gibt keine Ausführungsbestimmungen. Die sind frühestens Anfang nächsten Jahres zu erwarten, erfahre ich bei einem Anruf im finanzökonomischen Institut in St. Petersburg, falls sie überhaupt kommen. Es wäre nicht der erste Erlaß des Präsidenten, der ohne solche Bestimmungen bliebe.

Außerdem werden keine ausführenden Organe benannt. Statt dessen hat Boris Jelzin kurzerhand die Verwaltungsbehörden mit der Durchführung beauftragt. In der Praxis ist das nichts anderes als eine Einladung zur Bereicherung an die regionalen und örtlichen Bürokratien, ein Wahlgeschenk, um dort gute Stimmung zu machen, wo sich zur Zeit Unmut über die gleichzeitig stattfindenden Versuche des Präsidenten regt, in der neuen Verfassung die regionalen Rechte wiederum zu beschneiden.

"Der Erlaß ist das wichtigste Ereignis seit der Abschaffung der Leibeigenschaft im Jahre 1861", erklärte der Führer der Bauern-Partei, Tschernitschenko, Parteigänger des Präsidenten, im Radio "Echo Moskaus". "Aber solange der Erlaß nicht von einer allgemeinen Agrarreform getragen wird, kann er von den Kolchos- und Sowchosendirektoren der Regionen leicht in einen Fetzen Papier verwandelt werden."

Die Skepsis ist angebracht. Es wäre nicht der erste Erlaß Jelzins, der auf den Schreibtischen endet, und der Präsident wäre nicht der erste, der an der Agrarreform scheiterte. Vor ihm haben es schon die Zaren und dann Stalin versucht. Es sind ja nicht nur siebzig Jahre Sozialismus, die der Verwirklichung des Erlasses entgegenstehen, zudem noch in der angestrebten Geschwindigkeit: Es ist darüber hinaus der tief in der russischen Geschichte und in der sozio-ökonomischen Struktur des Landes verwurzelte Kollektivismus der "obschtschina", der dörflichen Eigentumsgemeinschaft.

An ihr brach sich die Agrarreform von 1861, an ihr scheiterte der Versuch Stolypins, den Zarismus durch forcierte Kapitalisierung zu retten, und an ihr brach sich letztlich auch Stalins Zwangsindustrialisierung. Sie ist auch heute nicht vergessen.

So erzählt Vincenti Tengerekow, Agrarverantwortlicher des Gebietes Altai, einer autonomen Republik im Süden Sibiriens, bei einer Führung über die Dörfer: "Hier ist es wie in den autonomen Republiken an der Wolga, bei den Tataren, Baschkiren und Tschuwaschen. In diesen Gebieten sind die Sippenverbindungen noch immer stärker. Es ist nicht wie bei den Russen, bei denen neben dem Vater auch der herangewachsene Sohn schon mitbestimmt. Nein, bei all diesen Völkern gilt das Prinzip des ‚Ältesten'. Und die Menschen arbeiten im ganzen Familienverband. So überleben sie. Wie machen es die Bauern im Bezirk Synakos zum Beispiel? In allen Dörfern sprechen sich die Nachbarn ab: Erst wird für den einen das Heu gemäht, dann für den zweiten, dann für den dritten. So arbeiten sie dort gemeinschaftlich in der ‚obschtschina', der Dorfgemeinde. Das haben sie schon vor der Revolution so gemacht."

Genaueres über ihren geschichtlichen Hintergrund erfährt man zur Zeit vor allem aus westlichen Quellen. Die eigene Aufarbeitung kommt erst langsam in Gang. "Das wissenschaftliche Verdienst, die Existenz der Dorfgemeinschaft entdeckt zu haben", schreibt beispielsweise der Schweizer Historiker Valentin Gintermann, "kommt dem Baron von Haxthausen zu. In seinen ‚Studien über die inneren Zustände Rußlands' von 1847-1852 hob er erstmals hervor, daß in den russischen Dorfgemeinden periodisch eine Neuaufteilung des Landes erfolgte, wobei die Grundstücke den einzelnen Familien nur zur Nutzung, nicht zum Eigentum überlassen wurden."

Die historische Rolle der "obschtschina" wurde immer wieder unterschiedlich beurteilt: Den einen galt sie als Instrument der Reaktion, den anderen als Beispiel urkommunistischer Demokratie. Die einen bezogen sich dabei auf die patriarchalische innere Organisation und ihre Ordnungsfunktion für die zaristischen Steuereintreiber, die die "obschtschina" als Gesamtverantwortlichen nutzten; die anderen hatten eher die selbstverwaltete Eigentumsgemeinschaft im Auge. Die einen, wie beispielsweise Karl Marx und die frühen Narodniki, hielten die Dorfgemeinschaft für Keime gesellschaftlichen Fortschritts, die anderen wie Stolypin, Lenin, später Stalin für ein Hindernis der notwendigen Kapitalisierung des Landes. Jenseits all dieser unterschiedlichen Bewertungen aber war die "obschtschina" das beharrende Element der russischen Geschichte.

Nach der Agrarreform von 1861, die die bäuerliche Leibeigenschaft aufhob, wirkte die "Obschtschina" bremsend für die angestrebte Modernisierung, sprich Kapitalisierung, der Landwirtschaft. Die Reform schlug fehl, die befreiten Bauern verelendeten. Die wenigen, die sich aus der Abhängigkeit befreien konnten, zogen als bäuerliches Proletariat in die Städte, bewegten sich aber auch dort noch im Bann ihrer Dorfgemeinschaften. Das Dorf prägte die Stadt.

Nach der gescheiterten Revolution von 1905 erklärte Ministerpräsident Stolypin die Auflösung der "obschtschinas" zum Kernpunkt seines Modernisierungsprogramms, mit dem er das Zarenreich aus der Krise führen wollte. Er hob die Geltung des Gemeineigentums auf. Das führte sehr schnell zu sozialen Differenzierungen in reiche Neubauern und armes Landproletariat. Am Ende dieses Weges stand die Revolution.

Wie Stolypin die bürgerliche, so sah Stalin die sozialistische Modernisierung durch die "obschtschina" behindert. Ihre Zerschlagung war der Kern der von ihm durchgeführten Zwangskollektivierung. Dabei enteignete der Staat die Bauern gleich doppelt: einmal von ihrer dorfgemeinschaftlichen Tradition, zum anderen von deren Gegenpart, der privaten Bauernwirtschaft, den sog. Kulaken. Die Bauern wurden jetzt endgültig zu einem Teil des Arbeitsheeres, über das der Staat nach Belieben verfügte. Aber statt zur Spitze des Fortschritts wurden die zu Zwangskollektiven umgeformten "obschtschinas" erneut zum beharrenden Element. In vielen Gegenden waren die sozialistischen Kolchosen und Sowchosen nichts anderes als eine Weiterführung der Dorfgemeinschaft unter anderem Etikett.

Auch in der nach-sowjetischen Landwirtschaft liegt die Produktivität weit unter der westlicher Länder. Viele Sowchosen können ihren Angestellten inzwischen keine Löhne mehr zahlen. Mit knapp zwei Prozent Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion sind die Privatbauern bisher keine Alternative.

Rechte wie linke Gruppierungen führen die Bauerngemeinschaft heute in ihrem Wappen: Die Bewegung der Bauerndichter erhob die "obschtschina" seit den 70er Jahren zum romantischen Ideal russischer Wiedergeburt. Heute tragen vaterländische wie neu-linke und anarchistische Gruppen die Bezeichnung "obschtschina" in ihrem Namen.

Auf Versammlungen zur Bauernfrage steht die "obschtschina" immer wieder im Mittelpunkt. So beispielsweise bei Beratungen, zu denen sich ab Herbst 1992 Vertreter verschiedenster Bauernorganisationen regelmäßig im Moskauer Stadtsowjet trafen, um einen Weg für die "Lösung der Bauernfrage" zu finden. Die Palette der Organisationen, die sich dort traf, reichte von den neuen Kadetten über patriotische bis hin zur neuen Linken.

Niemand stellt dort die Notwendigkeit einer grundlegenden Landreform in Frage, aber das Spektrum der Antworten reicht von der Forderung nach Privateigentum bis hin zu der Meinung, Verkauf von Land sei prinzipiell unmoralisch. Nur in einem sind sich alle einig: An der "obschtschina" werde keine Reform vorbeikommen. Zu lange und zu fest seien die kollektiven Eigentums- und Produktionsstrukturen in den ländlichen Regionen verankert. Eine uneingeschränkte Freigabe könne nur Chaos, Spekulation und letztlich Mord und Totschlag nach sich ziehen. Was man brauche, sei ein behutsamer Übergang, eine "gemischte Wirtschaft", die kollektive und private Betriebe zulasse; vor allem aber brauche man eigens gewählte Organe oder Kommissionen von örtlichen Vertrauensleuten, die eine kontrollierte Verteilung des Landes garantieren könnten. Im übrigen, so die radikaleren Standpunkte, von niemand ausdrücklich zurückgewiesen, sei die Privatisierung von einer weiterführenden Agrarreform, ja Staatsreform nicht zu trennen. Nur das Wort "Revolution" wird hier wie auch sonst im Lande ausdrücklich vermieden.

Heute ist die Bauernfrage, das heißt in Rußland: Nutzung oder Zerstörung der bäuerlichen Eigentumsgemeinschaft, erneut zum Brennpunkt der weiteren Entwicklung geworden. Wenn Präsident Jelzin eine Frage von dieser Bedeutung im machtfreien Raum zwischen der Zerschlagung der alten Opposition und der Wahl eines beschlußfähigen neuen Parlaments per Erlaß zu lösen versucht, so wirft das ein grelles Licht auf die tatsächlichen Vorgänge in Rußland.

Dies alles erklärt, warum Jelzins Erlaß das Recht zum privaten Bodeneigentum trotz allem noch immer vorsichtig einschränkt, ja ohne Ausführungsbestimmungen im Grunde nicht mehr als ein politisches Signal ist, das ihm Stimmen für seine Politik zutreiben soll. Es ist zu hoffen, daß der Erlaß solange Papier bleibt, bis entsprechende Kontrollorgane geschaffen und durch die Wahl neuer Parlamente legitimiert sind.

(Überarbeitete Fassung eines Funkbeitrags im NDR 4, Hamburg, 3.11.93)

P.S. Vor kurzem erschien zum Thema ein sehr interessantes Buch mit dem Titel "Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus - Aufsätze über die Klassenkräfte an den Wendepunkten der russisch-sowjetischen Geschichte", herausgegeben vom "Verlag theoretischer Kampf" (VTK). Obwohl die Autoren Heiner Karuscheit und Alfred Schröder die "obschtschtina" letztlich nur als eine mit historischer Notwendigkeit abzulösende Produktionsform zu begreifen vermögen und ihren Doppelcharakter nicht herausarbeiten, lassen sie die Bedeutung der Agrarfrage, inbesondere auch der "obschtschtina", für die Oktoberrevolution wie auch für die heutige Entwicklung erkennen. Für alle, die auch gegen den Strich lesen können, sehr empfehlenswert! - ke.

6. IWF in Moskau: Fahrplan oder Zufall?

Von Kai Ehlers

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:18

"Das Schlimmste haben wir hinter uns", so Boris Jelzin in seiner Fernsehansprache nach dem Moskauer Blutbad. "Der Reformprozeß in Rußland" könne fortgesetzt werden, lobten die westlichen Freunde des russischen Präsidenten einstimmig, allen voran Weltbank und IWF. Zur Belohnung versprachen sie die sofortige Wiederaufnahme der Unterstützung, die sie nur wenige Tage davor mit ausdrücklichem Hinweis auf die unentschiedene Situation der Doppelmacht ausgesetzt hatten.

Ich kann die Zuversicht, Rußland habe das Schlimmste nun schon hinter sich, nicht teilen. Zu meinem allergrößten Bedauern, muß ich hinzufügen, denn nichts könnte angenehmer sein als eine erfolgreiche Fortsetzung des von Michail Gorbatschow eingeschlagenen Weges der schrittweisen Umwandlung des staatssozialistischen Kommandosystems. Es ist auch kein Zweifel möglich, daß es ein Zurück nicht geben kann. Das Schlimmste steht jedoch trotzdem erst bevor, und zwar gerade dann, wenn die Reformen so fortgesetzt werden, wie ein Sieg Boris Jelzins und seines kurz vor der Auflösung des Obersten Sowjet von ihm in die Regierung zurückgeholten Wirtschaftspolitikers Jegor Gaidar es erwarten läßt.

Alle Möglichkeiten einer populistischen Gesetzgebung seien jetzt endgültig erschöpft, erklärte Gaidar soeben auf der Gründungsversammlung des Blocks "Russische Wahl", in dem sich die Befürworter einer harten Reformlinie versammeln, an ihrer Spitze Jegor Gaidar selbst und weitere Regierungsmitglieder. Um den ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Schachrai sammeln sich derweil diejenigen, die vom "Schockprogramm" zu "konstruktiveren Ansätzen" in der Wirtschaftspolitik übergehen wollen. Sie begreifen sich zugleich als Partei der Regionen. Zu ihnen zählt sich auch Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin, einer aus dem Kreis der "roten Direktoren" des früheren "Zentrums".

Weitere Gruppen haben sich um den früheren Präsidentenberater Jawlinski, um Anatoli Sobtschak, den Bürgermeister von St. Petersburg, und andere gebildet. Trotz Verbot der extremen national-kommunistischen Rechten stehen 91 Parteien und Bewegungen zur Registrierung für die Wahl an. Das klingt lebendiger, als man es nach dem Schock von Moskau erwarten konnte.

Der Hauptstrom der Entwicklung wird jedoch durch Jegor Gaidars Comeback signalisiert: Er gilt als Vollstrecker des "Schockprogramms", mit dem Boris Jelzin seinerzeit den zögernden Michail Gorbatschow in der Gunst des Westens ablöste. Grundlage seiner Politik waren die Richtlinien, die der IWF im März 1990 vorgelegt hatte: Preisfreigabe, Subventionskürzung, Privatisierung, Abbau industrieller Überkapazitäten, Konzentration auf Landwirtschaft und Rohstoffproduktion, Aufhebung von Export- und Importbeschränkungen, Einschränkung staatlicher Versorgungsleistungen, Inkaufnahme von bis zu 20 Mio. Arbeitslosen. Das waren die Stichworte.

Bis Ende 1993 wollte Präsident Jelzin große Teile des Programms, vor allem der Privatisierung, verwirklicht haben. Ein halbes Jahr nach den ersten Schritten mußte sein damaliger Regierungschef Gaidar gehen, weil seine Politik des "knappen Geldes", der "Entstaatlichung", der hohen Steuern zu reihenweisen Bankrotten, zur Atomisierung der Wirtschaft, besonders auch der Landwirtschaft, zu wachsender Arbeitslosigkeit und einem Zerfall des Sozialsystems führte, ohne daß anstelle dessen neue produktionsfähige Strukturen aufgebaut und, gleichberechtigte Einbeziehung in den Weltmarkt erreicht worden wären. Was statt dessen wuchs, war die Korruption der "nomenklaturischen Privatisierung", war mafiotisches Handelskapital, waren die ausländischen Nummernkonten, war die Unzufriedenheit der um ihre Arbeitsplätze, Löhne und Renten bangenden Menschen. Das Privatisierungsprogramm stagnierte auf halber Strecke: Die Entstaatlichung des Landes kam gar nicht erst in Gang.

Es waren nicht allein Ruslan Chasbulatow und Alexander Ruzkoi, und schon gar nicht die national-kommunistischen Extremisten, die Jegor Gaidar zunächst zwangen, von seinen "Schock"-Plänen Schritt für Schritt Abstand zu nehmen, bis er schließlich seinem Nachfolger Tschernomyrdin weichen mußte. Es war der bedrohliche Rückgang der Produktion in der Industrie und auf dem Lande, der hoffnungslose Zerfall aller sozialen Versorgungs- und Infrastrukturen, was die Fabrikdirektoren und Gewerkschaften in eine

gemeinsame Front gegen das "Schockprogramm" zwang. Sie forderten weitere Subventionen und langfristig angelegte Übergangsprogramme.

Gaidars jetziges Comeback signalisiert nicht nur die beabsichtigte Richtung der Wirtschaftspolitik. Zeitpunkt und Art stehen auch für die Methoden, mit denen die Entwicklung in Zukunft geschehen soll. Seine neuerliche Berufung nur ein paar Tage vor der Auflösung des Obersten Sowjet war eine offene Kriegserklärung nicht nur an das Parlament, sondern an die gesamte Opposition. Noch wichtiger war ihre Signalfunktion für den Westen: Der Harvard-Schüler Gaidar gilt IWF- und Weltbank-Experten als Garant einer stabilitätsorientierten monetaristischen Politik, wie sie aus den Aktivitäten dieser Institutionen in Lateinamerika oder Afrika bekannt ist. Der Zurückgeholte hat sich denn auch sofort für massive Ausgabenbeschränkungen ausgesprochen. Er stellte Subventionskürzungen in der Landwirtschaft und Kürzungen der staatlichen Investitionen in Aussicht.

Dies, so wußte die in Finanzdingen immer gut unterrichtete "Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) zu berichten, gebe den Kräften im IWF und der Weltbank Auftrieb, die sich für eine weitere Unterstützung Rußlands einsetzen. Zur selben Zeit nämlich, so war ebenfalls aus der NZZ zu erfahren, hielt sich in Moskau eine Delegation von IWF und Weltbank auf. Sie sollte überprüfen, ob die im Frühjahr 1993 in Aussicht gestellten Kredite gezahlt werden könnten. Ihr öffentlich mitgeteilter Schluß: Dies sei äußerst unwahrscheinlich, denn Rußland habe keine der mit dem IWF vereinbarten Zielvorhaben eingehalten. Die Inflation habe nicht bei 8 Prozent gestoppt werden können, sondern sei auf 30 Prozent angestiegen. Noch immer gebe es kein definitives Budget für 1993. Das Parlament habe statt dessen einen Haushalt verabschiedet, der ein Defizit von 22 Billionen Rubel vorsehe. Der Kurswert des Rubel habe nicht stabilisiert werden können. Besonders kritikwürdig fanden die IWF-Emissäre, daß die Regierung entgegen den Vereinbarungen noch immer marode Betriebe mit Milliardenkrediten unterstütze, daß Steuererhöhungen nicht verwirklicht, Exportquoten nicht aufgegeben wurden.

So oder so, folgerte die NZZ, werde auch ein Gaidar den "politischen Folgekosten der Sanierung nicht entgehen können". Was immer er unternehme - in den nächsten Monaten werde es mit der russischen Wirtschaft weiter bergab gehen. Wolle er Regierung und Parlament dazu bringen, weniger Geld auszugeben, so werde dies zu einem rasanten Anwachsen der Arbeitslosigkeit führen. Dabei sei es jedoch fraglich, ob Präsident Jelzin, der sich zunehmend als "Beschützer des kleinen Mannes" gebe, dies für politisch opportun erachte.

In der Tat, Jelzin verfügte zur selben Zeit, am 31. September, die Erhöhung der Sozialhilfesätze für arme und kinderreiche Familien um 81, die der Löhne und Gehälter des öffentlichen Dienstes um 80 Prozent. Dem Kabinett gab er eine Woche Zeit, Wege der Finanzierung zu finden.

Mit einer raschen, "unbürokratischen" Landvergabe, riet die NZZ, könnten freiwerdende Produktivkräfte möglicherweise sinnvoll genutzt werden. "Doch dies", so wörtlich, "bedingte einen politischen Sieg über das Parlament und den Volksdeputiertenkongreß - Aufgaben also, die Jelzin noch vor sich hat."

Dies alles konnte man am 20. September lesen, einen Tag vor dem "Ukas 1400", mit dem Präsident Jelzin gegen den Obersten Sowjet in die Offensive ging. Eine Woche später kam das "Signal von Washington" hinzu: Auf der Jahrestagung des IWF und der Weltbank, so erfuhr die Welt, hätten sich die Geberländer darauf geeinigt, die Unterstützung für Rußland so lange auszusetzen, bis sich dort nach den gegenwärtigen politischen Turbulenzen die Reformer um Präsident Jelzin endgültig durchgesetzt hätten.

Eine Woche nach diesem Signal trat die Armee zum militärischen Sturm auf das "Weiße Haus" des Obersten Sowjet an. Am Tag danach befand sich nicht nur die deutsche Aktienbörse im "Rußlandfieber"; die zwölf EG-Außenminister versprachen, das Partnerschaftsabkommen mit Moskau so bald wie möglich zu realisieren, das eine handelspolitische Gleichstellung Rußlands ermöglichen soll. Den Punkt setzten die Deklarationen westlicher Politiker, die sich unisono und ohne jede Einschränkung hinter Präsident Jelzin stellten. So das Lob Bill Clintons und seine Zusagen weiterer Unterstützung oder die Erklärung des deutschen Bundeskanzlers, der das "vitale Interesse Deutschlands und des Westens" am Fortgang der Reformen, wie sie Boris Jelzin verkörpere, zu verstehen gab.

"Covered Action" des IWF oder der Weltbank im Hintergrund von Staatsstreichen in der Dritten Welt, so kommentierte Boris Kagarlitzky, bekannter reformlinker Analytiker aus Moskau, die Vorgänge, sei die Welt

gewohnt. Zum ersten Mal aber habe die ganze westliche Führung öffentliche Deklarationen gegen die Demokratie abgegeben. Das sei das Entscheidende.

Zu welchen Konflikten der beabsichtigte Kurs führen muß, zeigt das Beispiel Nowosibirsk: Nicht zufällig richtet sich Boris Jelzins Bannstrahl gerade gegen seinen dortigen Administrator Witalij Mucha. Nowosibirsk ist als größte sibirische Industriestadt nicht nur Brennpunkt regionaler Selbständigkeitswünsche. Von dort wurde die Moskauer Zentrale schon vor dem Konflikt um das "Weiße Haus" mit der Forderung nach Subventionen für die Landwirtschaft und die Staatsbetriebe sowie nach eigener Budget-Hoheit konfrontiert, wenn Landwirtschaft und Industrie nicht zugrunde gehen sollten. Es wundert nicht, daß die Nowosibirsker dem Signal aus Moskau die Gefolgschaft verweigerten.

Ähnliches gilt für die Gewerkschaften. Sie haben von dem angestrebten Kurs Boris Jelzins nichts anderes als Angriffe auf das Lebensniveau der arbeitenden Bevölkerung zu erwarten. Kein Wunder, daß auch sie in Konfrontation mit der Regierung geraten sind und sogar ihr Verbot im Gespräch war.

Unter diesen Umständen ist nur zu hoffen, daß sich die Differenzierungen in den Regierungsetagen fortsetzen. Gegen den Kurs Jegor Gaidars wäre der von Schachrai und Tschernomyrdin versprochene immer noch das "kleinere Übel". Im besten Falle hieße auch eine so differenzierte Zusammensetzung der neuen Organe allerdings nichts anderes, als daß sich die alte Front in neuer Form, aber unter verschärften Voraussetzungen wiederherstellt.

7. Dokumente zum Parlamentskonflikt

IREAN - Initiative Revolutionärer Anarchisten und Liga der Grünen Parteien, vom 7.10.1993

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:28

IREAN - Initiative Revolutionärer Anarchisten und

Liga der Grünen Parteien, vom 7.10.1993

Wer war am Weißen Haus und hat das Parlament verteidigt?

Im Prinzip gab es drei Hauptgruppen, die das Weiße Haus schützten: Erstens die Stalinisten, zweitens die Nationalisten und Faschisten, und drittens der Teil der Demokraten, die in Opposition zu Jelzin standen.

Wer war das genau?

Ich weiß nicht, welche konkreten Gruppen da waren, aber man muß berücksichtigen, daß selbst Chasbulatow, der Vorsitzende des Parlaments, früher einer der nächsten Anhänger Jelzins war. Es gab Leute, die einfach sagten: "Wir schützen die Demokratie, wir schützen die Legislative und die Verfassung!" Außerdem gab es noch eine vierte Gruppe: Die Jugendlichen, die aus reinem Protest auf die Straße gingen oder weil sie intuitiv verstanden, daß sie unter der Marktwirtschaft keine Chancen zur Verwirklichung ihres Lebens haben.

Einige Linksradikale, vor allem Trotzkisten, einige linksmarxistische Gruppen und auch Punks und Anarcho-Punks versuchten wohl als erste, die Barrikaden um das Weiße Haus in der Nacht vom 21.-22. September zu errichten. Aber die meisten von ihnen wurden sehr rasch von Faschisten vertrieben. Die Faschisten verprügelten Linksradikale und vertrieben die Trotzkisten und Anarcho-Punks von den Barrikaden. (...)

Wie hat die Bevölkerung insgesamt reagiert?

Die Mehrheit war insgesamt gleichgültig und war vor allem dagegen, daß die Politiker diese Schießerei in der Stadt organisierten. In diesem Sinn war die Reaktion, meiner Meinung nach, mehrheitlich positiv, denn im Gegensatz zu früher gibt es kein Vertrauen in die Macht mehr. Aber das ist natürlich eine passive Position.

Gab es denn in den Betrieben irgendwelche Reaktionen?

Nein, bisher nicht. Die neuen Gewerkschaften sind in der Mehrheit für Jelzin. Die mit 50 Millionen Mitgliedern theoretisch sehr starken, alten Gewerkschaften nahmen eine sehr interessante Position ein. Als die Krise begann, sagten sie, sie seien für das Parlament, für die Verfassung, und erklärten den Generalstreik. Aber niemand in den Betrieben reagierte und so blieb das nur eine rein politische Erklärung. Dann versuchten sie vergeblich, eine Konferenz der Streikkomitees zu organisieren, und schließlich nach dem Angriff auf das Parlament erklärten sie, daß sie die Jelzin-Regierung unterstützen. (...)

Interview mit Alexander Buzgalin

Für die "Marxistische Plattform" Ex-Mitglied des ZK der KPdSU,

jetzt: PdA - Partei der Arbeit, vom 11.10.1993

Was ist in den letzten zwei Wochen in Moskau passiert?

Die Situation war nicht sehr einfach. Die Entwicklung begann am 21. September. Jelzins Dekret war ein Angriff auf die Verfassung und die Demokratie in Rußland. Es kam zur Blockade des Parlaments und dann zu den massenhaften Angriffen auf Demonstranten, wobei eine Menge Leute verprügelt wurden, nicht nur Semifaschisten und Kommunisten, sondern auch ganz normale Leute, die die Demokratie unterstützten. Unter diesen waren auch meine Freunde, Professoren der Russischen Akademie der Wissenschaften, der Moskauer Universität und anderer Institute.

Dann entstand vor den Angriffen auf Ostankino und auf das Parlament die Situation, daß die Kämpfer für Demokratie und für das Parlament tatsächlich die Möglichkeit hatten, zu siegen, denn die Mehrheit der Regionen und viele andere Subjekte einschließlich der Gewerkschaften unterstützten das Parlament. Unter

diesen Umständen entschied sich Jelzin, das Parlament anzugreifen und die Macht des Kongresses der Volksdeputierten auch physisch vollständig zu zerstören.

Sein Vorgehen war eine sehr komplizierte Provokation. Zuallererst schufen sie eine Atmosphäre des Sieges, als die Demonstranten vom Oktjabrskaja ploschad zum Weißen Haus zogen. Es waren nur sehr schwache Polizeiabsperrungen um das Weiße Haus, und man erzeugte künstlich das Gefühl, daß die Demonstranten bei ihren Angriffen auf die Polizei einen Sieg erlangten.

Weiter vermute ich, daß Ruzkoi Informationen über die Unterstützung des Parlaments durch die Armee erhalten hatte, und so schickte er eine Gruppe von ca. 20 bis 30 Personen mit Maschinengewehren und hunderte von Demonstranten, die nur Stöcke und Fahnen bei sich trugen, zum Ostankino. Im Ostankino waren nur einige Polizisten, keine wirklichen Truppen. Erst als sich die Demonstranten und einige bewaffnete Gruppen entschieden, zum Ostankino zu ziehen, gab Jelzin einer Spezialeinheit die Anweisung, dort ebenfalls hinzugehen. Und dann organisierten sie eine lange Schlacht am Ostankino. Die absolute Mehrheit der dort getöteten Personen waren keine Soldaten, sondern Demonstranten. Viele unserer Freunde, wirkliche Demokraten, keiner von ihnen ist Faschist, Nationalist oder Kommunist, wurden von der Polizei geschlagen.

Trotzdem verstehen wir noch nicht, warum und auf welcher Machtbasis diese militärische Operation gegen Ostankino gemacht wurde, die doch der Beginn der militärischen Auseinandersetzung gewesen zu sein scheint.

Ich sagte bereits, daß das eine sehr komplizierte, von Jelzins Mitarbeitern organisierte Provokation war. Sie erzeugten für die Demonstranten und für Ruzkoi eine Atmosphäre des Sieges. Dann erhielt Ruzkoi die zutreffende Information, daß am Ostankino keine Truppen seien. Jelzin schuf so etwas wie eine Mausefalle am Ostankino in einer Situation, in der es Ruzkoi notwendig erscheinen konnte, seinen ersten, vermeintlichen Erfolg weiter auszubauen. Und Ruzkoi, ein Offizier, fiel in die Rolle eines normalen Militärs, für den es notwendig erscheint, einen Erfolg auszubauen. Er entschied sich, zum Ostankino zu ziehen. Wie schon gesagt, waren unter den Demonstranten fast keine militärische Kräfte. Man hatte gedacht, am Ostankino einfach der Polizei mitzuteilen, daß die Macht in Rußland dem Parlament gehört und man rechnete mit überhaupt keinen Problemen.

Aber dann schickte Jelzin oder jemand aus seinem Team Spezialeinheiten mit Fahrzeugen und schweren Waffen zum Ostankino, um die Fernsehstation zu verteidigen, und so wurde dort künstlich eine blutige Schlacht initiiert. Natürlich war die Entscheidung, zum Ostankino zu ziehen, ein großer und sehr gefährlicher Fehler von Ruzkoi. Aber dieser Fehler wurde als Resultat einer sehr komplizierten Provokation gemacht.

Warum hat die PdA in ihrem Widerstand gegen Jelzins Parlamentsauflösung Ruzkoi unterstützt, der unter anderem die Sowjetunion wiederherstellen will?

Zuallererst: Die Partei der Arbeit und andere Organisationen haben Ruzkoi nicht unterstützt. Wir haben immer betont, daß Jelzin und Ruzkoi nur zwei verschiedene Spielarten des Nomenklatura-Kapitalismus sind.

Zweitens: Ruzkoi ist kein Unterstützer der Wiederherstellung der Sowjetunion, seine tatsächliche Politik ist etwas komplizierter. In dieser Situation, in der der Präsident wirklich die Verfassung zerstörte, vertraten wir die Position, daß Ruzkoi der Verfassung und dem Gesetz nach als Präsident eingesetzt werden muß. Das war eine verfassungsmäßige Entscheidung, nicht mehr. Wir unterstützten die sogenannte Null-Variante, also gleichzeitige Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in absehbarer Zukunft und unter den Bedingungen wirklicher Freiheit, wirklicher Demokratie, wirklicher Meinungsfreiheit und ohne Monopolisierung der Massenmedien.

Wir haben gehört, daß ein Vertreter der PdA eine Pressekonferenz abgehalten hat, bei der er von Faschisten beschützt worden ist. Stimmt das, und wie konnte es zu so einer Situation kommen?

Wißt Ihr, unter den Verteidigern des Weißen Hauses waren einige semifaschistische Gruppen von jungen Leuten.

Barkaschows "Russische Nationale Einheit", nach Meinung des Moskauer Antifa-Zentrums, die gefährlichste militant-faschistische Gruppe in Rußland, soll angeblich eine wesentliche Rolle bei der Verteidigung des weißen Hauses gespielt haben.

Ja, das war wirklich so. Und es war einer der gefährlichsten und sogar kriminellen Fehler von Ruzkoi und anderen Verteidigern des Weißen Hauses, eine Einheit mit Nationalisten und semifaschistischen Gruppen zu bilden. Es war vielleicht der Hauptfehler, der gemacht wurde. Wir versuchten, eine solche Zusammenarbeit zu vermeiden, aber die Unterstützer des Weißen Hauses entschieden sich für die Nutzung der organisierten Kräfte der semi- oder wirklich faschistischen Gruppen, anstatt nur mit der Intelligenz zu kooperieren. Man meinte, die Intelligenz könne zwar denken, aber nicht das Weiße Haus gegen Jelzins Soldaten verteidigen. Es war ein Fehler, aber er wurde gemacht.

Also ist es wahr, daß ein Vertreter der PdA während einer Pressekonferenz von Faschisten beschützt wurde?

Ich verstehe nicht, von welcher Pressekonferenz sprichst Du? - Einige Mitglieder der PdA, z.B. Boris Kagarlitzki, wurden von der Polizei verhaftet und geschlagen. Volksdeputierte des Mossowjets auf der Polizeiwache zu verprügeln, das ist semifaschistisches Verhalten. Auf der einen Seite waren die Faschisten von Barkaschow Unterstützer von Ruzkoi und auf der anderen Seite war das Vorgehen von Jelzins Soldaten gegen organisierte Demonstranten und Volksdeputierte semifaschistisches Verhalten. (...)

Zu den Ereignissen um den Moskauer Parlamentskonflikt bringen wir Auszüge aus Interviews, die vollständig in der Westberliner Zeitschrift "interim" vom 28.10. erschienen sind. Bei der Auswahl der Auszüge, die wir aus Platzgründen treffen mußten, haben wir uns auf zwei Punkte konzentriert: Wie kam es zu dem Versuch der Parlamentsverteidiger, das Fernsehzentrum Ostankino zu besetzen, und was ist dran an den Berichten über eine maßgebliche Beteiligung faschistischer Gruppen an der Verteidigung des Parlaments?

Interview mit Michail Zovma

KAS - Konföderation der Anarchosyndikalisten, vom 10.10.1993

Was war Deine Position zu Jelzins Parlamentsauflösung?

Natürlich hielten wir sein Dekret vom 21. September für illegal. Seine jüngsten Schritte zielen auf die Errichtung eines autoritären Regimes ab. Aus diesem Grund stehen wir nicht auf der Seite von Jelzin. Gleichzeitig sahen wir, daß die Verteidiger des Parlaments auch hauptsächlich Leute mit autoritären Ideen sind, und deswegen haben wir das Parlament nicht mitverteidigt.

Insgesamt ist es jedoch offensichtlich, daß viele Menschen sowohl mit dem Parlament als auch mit dem Präsidenten unzufrieden sind. Wir versuchten, mit diesen Leuten zu kommunizieren, und wir veröffentlichten ein Flugblatt, das die Arbeiter zu einem Generalstreik aufforderte und das das Blutvergießen verhüten sollte. Das war vor dem Sturm auf das Parlament. Unglücklicherweise sind unsere technischen Möglichkeiten jedoch sehr beschränkt, und es gelang uns daher nicht, breitere Kreise zu erreichen.

Inwieweit waren die Sowjets eine demokratische Institution?

Wir wußten, daß die Sowjets schlecht arbeiteten, daß es da parlamentarische Grenzen gab und daß da eine Menge Unsinn ablief. Aber dennoch waren sie demokratisch gewählt. Es waren nicht mehr Kommunisten in den Sowjets als in der Regierung. Und tatsächlich versuchten sie, sich in Opposition zu Jelzins und Gaidars Politik zu stellen. Auch wenn diese Opposition nur sehr begrenzt und keine wirkliche Opposition war, so war sie jedoch zumindest demokratisch gewählt.

Jetzt versuchen die westlichen Medien, die Menschen von dem Unsinn zu überzeugen, daß das Parlament pro-kommunistisch war, dabei handelt es sich um exakt das gleiche Parlament, das Jelzin an die Spitze des Parlaments wählte und das ihn während des Putsches im August 1991 unterstützte.

Haben die Gewerkschaften tatsächlich einen Generalstreik ausgerufen?

Die Gewerkschaften lehnten Jelzins Dekret am zweiten Tag nach seinem Erscheinen ab und forderten Jelzin auf, das Dekret zurückzuziehen. Später riefen sie die Bevölkerung zum Generalstreik auf, aber es gab keine Unterstützung aus den Untergliederungen. Außerdem gab es Gerüchte, daß die alten offiziellen Gewerkschaften durch ein Dekret Jelzins verboten werden würden. Davor hatten sie große Angst. Jetzt haben sie vor Jelzin kapituliert und sind geschlagen. Das heißt, es gibt jetzt außer den Kommunisten oder Faschisten keine wirkliche Opposition mehr, die gegen Jelzin kämpfen kann.

Was ist mit der Gewerkschaftszeitung "Solidarnost"? Ist es möglich, sie herauszugeben?

Ja, aber sie bezieht offensichtlich keine radikale Position. Die Redaktion sorgt sich darum, daß die Gewerkschaften nicht verboten werden und ihre Zeitung nicht geschlossen wird. Darum werden sie nicht schreiben, was sie wirklich über das alles denken. Sie haben Angst. (...)

Für uns ist offensichtlich, daß all das Blutvergießen eine von Jelzin initiierte Provokation war. Auf den Demonstrationen am Sonntag (4.10.) waren fast keine Polizeikräfte. Man ließ die Demonstranten die Polizei besiegen, und die Menge war sehr enthusiastisch. Sie dachten, daß sie triumphieren würden.

Gleichzeitig provozierte die Polizei sehr stark, und in den Medien wurde laufend über Heckenschützen berichtet. So wurde versucht, der Bevölkerung einzureden, daß sie gefährdet sei. Die einzigen Heckenschützen, die existierten, waren jedoch die des KGB. Diese erschossen auch Zivilisten in der Nähe des Weißen Hauses und in anderen Stadtteilen.

Das verstehe ich nicht ganz. Ich dachte, einige Kommunisten und bewaffnete Gruppen hätten versucht Ostankino, die Moskauer Fernsehstation, zu stürmen. Wir hatten hier in Deutschland den Eindruck, daß das der Beginn der militärischen Auseinandersetzungen war.

Das stimmt nicht ganz, denn während der Demonstrationen an dem Tag gab es bereits Auseinandersetzungen mit der Polizei. Dabei ließ man die Demonstranten die Polizei besiegen. Danach sagte Ruzkoi, daß sie den Sitz des Bürgermeisters und die Fernsehstation stürmen würden, denn er wußte bereits, daß etwas passieren würde. Einige Tage vor dem Sturm auf das Weiße Haus sagte ein Jelzin naher Beamter zu Journalisten, daß sie auf die Ereignisse, die am 4. Oktober passieren würden, eingestellt sein sollten. Und das bedeutet, daß sie im voraus planten, das Weiße Haus am 4. Oktober zu stürmen. (...)

Interview mit Pavel Bilevski

RKAP - Russische Kommunistische Arbeiter Partei, Redakteur

verschiedener kommunistischer Jugendzeitungen, vom 10.10.93

(...)

Warum habt Ihr den militärischen Kampf gegen Ostankino begonnen?

Der Kampf wurde nicht von der Seite der Opposition begonnen. Die Schießereien haben jedes Mal die Verteidiger von Jelzins Regime angefangen. Die ersten Schüsse sind am 3.10. vor der Bürgermeisterei gefallen. Erst am Abend begann die Schießerei vor Ostankino. Dorthin kamen nach meiner Schätzung zwanzig- oder dreißigtausend Demonstranten, davon waren nur 20 oder 30 bewaffnet. Ostankino zu stürmen, wäre eine verrückte Idee gewesen. Die Schießerei wurde von den Soldaten und Milizionären begonnen, die im Gebäude waren. Sie haben praktisch unbewaffnete Leute erschossen. Ich war selbst dort, und neben mir wurden Demonstranten angeschossen.

General Makaschow hat die Gruppe von 20 oder 30 Leuten angeführt, die Maschinengewehre und einen Granatwerfer besaßen. Man verhandelte darüber, daß die Opposition auch ihre Meinung öffentlich im Fernsehen darstellen will. Noch während dieser Verhandlungen haben die Soldaten das Feuer auf die Gruppe um Makaschow eröffnet. So hat die Schießerei angefangen. Wir wollten Ostankino auf friedlichem Weg mit dem Druck der Volksmassen besetzen. Die Schießerei war eine Provokation von Jelzins Armee, weil wir praktisch keine Waffen hatten, keine Panzer, nicht genug Granatenwerfer. Es gab nicht genug Waffen, damit die Opposition mit der Schießerei hätte anfangen können.

Ich habe aber auch gehört, daß Ruzkoi gesagt hat...

...daß Ostankino eingenommen werden solle.

Warum hat er das getan?

Ruzkoi hat keine bewaffneten Kräfte, keine Armee, gehabt. Am Sonntag (3.10.) zeigte es sich, daß die OMON-Einheiten und Milizen völlig kampfunfähig waren. Ihre Moral war gebrochen. Sie gingen zur Volksseite über oder liefen einfach weg. Jelzins letzte Chance war die Armee. Er hat Divisionen aus ganz Rußland nach Moskau geholt, ohne denen die Lage zu erklären, und befahl ihnen, auf das Volk zu schießen. Das war sein letzter Trumpf.

Die für die innere Sicherheit zuständigen Kräfte, die Miliz, OMON etc., kämpften nicht mehr gegen das Volk. Deshalb hat Ruzkoi befohlen, Ostankino zu besetzen, nicht durch einen bewaffneten Sturm, sondern auf friedlichem Wege. Die Schießerei benötigte Jelzin, um den Ausnahmezustand einzuführen.

(...)

Noch eine Frage. Stimmt es, daß als Verteidiger des Weißen Hauses Kommunisten, Demokraten, Stalinisten, Anarchisten und auch Faschisten aufgetreten sind?

Das ist wirklich wahr. Mit den Faschisten ist wohl die "Russische Nationale Einheit" gemeint, die von Barkaschow geführt wird. Das war die einzige real kämpfende Kraft in diesen Ereignissen. Mir persönlich erscheint es so, daß für Barkaschow Faschismus nur ein Deckmantel ist. Im Gegensatz dazu verwirklicht Jelzin, abgesehen davon, daß er ein Faschist ist, ein wirklich faschistisches Programm.

Das ist paradox, aber es ist so: Barkaschow und die Leute, die auf der Jacke ein slawisches Hakenkreuz tragen, kämpfen real gegen den Faschismus, der von Jelzin eingeführt wird. Faschismus ist die Diktatur der Großbourgeoisie, eine terroristische Form der Macht. Und genau das baut Jelzin jetzt auf. Barkaschow und seine sogenannten Faschisten sind hingegen für die sowjetische Verfassung eingetreten, für die Räte, den Parlamentarismus und für die Pressefreiheit. Kannst Du Dir das vorstellen? Wir müssen das Reale, was sie tun, anschauen und dürfen nicht darauf achten, was für eine Symbolik sie tragen. Barkaschows Leute, die sich als Faschisten bezeichnen, kämpften für die Demokratie, während Jelzin die Armee auf friedliche Bürger schießen läßt, die Presse verbietet und das Parlamentsgebäude in Schutt und Asche legt, obwohl er sagt, es sei für Demokratie.

Ankündigung einer

Video-Produktion zum Thema "Neue linke

Opposition in Moskau"

Ausschnitte aus Gesprächen mit Vertretern anarchistischer Gruppen (IREAN, KAS u.a.), des Informationsdienstes KAS-KOR, der Partei der Arbeit, der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft SMOT, des früheren offiziellen Gewerkschaftsbundes MFP, des Antifaschistischen Zentrums, des Komsomols, des Rockclubs "Sexton Fozd", eines besetzten Hauses, mit Studenten der ehemals internationalistischen Lumumba-Universität, und einer Vertreterin des Instituts für "gender studies".

Themen sind u.a. die Geschichte und Entwicklung der Gruppen und Organisationen, ihre Ziele und ihre politische Arbeit, die Einschätzung der Lage in Rußland unter den jetzigen sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen, und die Möglichkeiten des Aufbaus einer neuen linken Opposition. Außerdem geht es um die Situation von Frauen in Rußland, um das Oppositionsbündnis zwischen nationalistischen, faschistischen und kommunistischen Kräften, die Gefahr des Faschismus, um Rassismus, um Kriegsdienstverweigerung und um den "Putsch" vom August 1991. Es gibt Aufnahmen von Aktionen verschiedener Gruppen und von der Demonstration zum 75. Jahrestag der Revolution. Und es geht um das alltägliche Leben, den neuen Kommerz, die Privatisierung, aber auch um die Ansätze einer Subkultur.

Wenn alles klappt, ist das Video Anfang 1994 fertig. Wer sich dafür interessiert, kann sich an folgende Anschrift wenden:

Carsten Dös/Bernard Könnecke

Yorckstr. 59

10965 Berlin

Tel. 030/786 96 15

8. Chronologie eines Staatsstreichs

von Werner Röhr

Autor: Werner Röhr · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:10

I. Vorbereitung und Ankündigung

25. April

Beim Referendum erklären von 68,8 Millionen abstimmenden Bürgern Rußlands 40,4 Millionen ihr Vertrauen zu Präsident Jelzin; 36,5 Millionen stimmen seinem politischen Kurs zu. Im Gegensatz dazu gibt es für die von Jelzin befürworteten Neuwahlen des Präsidenten und des Parlaments keine Mehrheit.

Noch vor dem Votum wird bekannt, daß Jelzin bereit ist, in der Nacht nach dem Referendum die Präsidialmacht einzuführen.

1. Mai

Die von der Jelzin-Administration verbotene Mai-Kundgebung auf dem Roten Platz führt zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und Einsatzkräften des Innenministeriums.

6. Juni

Die von Jelzin gegen die bereits tätige Verfassungskommission des Obersten Sowjets zur Erarbeitung einer neuen russischen Verfassung berufene Verfassungskonferenz beginnt ihre Beratungen. Jelzin fordert die Abschaffung des "sowjetischen Typs der Macht" und vorgezogene Parlamentswahlen bis Oktober 1993. Er richtet scharfe Angriffe gegen den Deputiertenkongreß und den Obersten Sowjet. Nach dem Redeverbot für den Parlamentspräsidenten Chasbulatow und dem Hinauswurf des Autors eines alternativen Verfassungsentwurfs verlassen Chasbulatow und über 100 Teilnehmer die Versammlung.

Gegen Jelzins Verfassungsversammlung demonstrieren 25.000 Moskauer auf dem Lubjanka-Platz.

3. August

Am Tage vor der Reise Jelzins nach Orjol spricht Chasbulatow im dortigen Stadtsowjet und kündigt an, das Parlament werde seine "verfassungsmäßige Kontrolle über die Regierung" besonders in der Außen- und Wirtschaftspolitik verstärken. Die russische Wirtschaft benötige Marktbeziehungen, doch in keinem Land der Welt würde jene Linie der Wirtschaftsreformen, die die Regierung betreibe, Erfolg haben. Das Tempo der Privatisierung sei "verhängnisvoll". Die Versuche, Rußland zu "amerikanisieren", würden ins Nichts führen.

6. August

Der Oberste Sowjet setzt Jelzins Erlaß vom Juli über den Schutz der Privatisierung so lange aus, bis das Verfassungsgericht über den Privatisierungserlaß selbst, den das Parlament ebenfalls ausgesetzt hat, entschieden haben wird.

Kabinettssitzung, an der Jelzin, die Parlamentschefs der russischen Teilrepubliken und Vertreter der Gebiete und Regionen teilnehmen. Ministerpräsident Tschernomyrdin wirft Jelzin vor, er habe die notwendige Kritik der Rubelreform zu spät vorgenommen. Indirekt fordert der Premier den Finanzminister und Vize-Premier Fjodorow zum Rücktritt auf.

Tschernomyrdin lehnt die "Schocktherapie" bei Reformen ab und schlägt einen Drei-Phasen-Plan vor: Zunächst soll das Haushaltsdefizit auf 10 Prozent des Bruttosozialprodukts und die Inflationsrate auf 5 Prozent monatlich gesenkt werden. Im zweiten Halbjahr 1994 sollen Investitionstätigkeit und Privatisierung forciert werden. Von 1996 an soll die Volkswirtschaft modernisiert und der Lebensstandard gehoben werden.

12. August

Jelzin erklärt, er wolle mit allen Mitteln, notfalls unter Umgehung der Verfassung, Parlamentswahlen im Herbst 1993 durchsetzen.

13 August

Auf einer Sitzung des Rates der Republikchefs der Russischen Föderation versucht Jelzin, die Unterstützung der Teilgebiete für die Ausschaltung des Obersten Sowjets zu erlangen. Durch die Einrichtung eines Föderationsrates, dem jeweils die Chefs der Legislative und der Exekutive der 89 Subjekte der Föderation angehören sollen, will Jelzin dem Obersten Sowjet ein anderes Machtorgan als Gegengewicht und Alternative gegenüberstellen. In einem künftigen russischen Zweikammerparlament soll der Föderationsrat das Oberhaus bilden.

Mit dem Köder des Föderationsrates wollte sich Jelzin zugleich die Unterstützung von dessen Mitgliedern für seinen Verfassungsentwurf sichern. Die Reaktion war verhalten. Im Ergebnis wurde der Föderationsrat mit dem Status eines "beratenden konsultativen Organs" versehen. Die Ratsmitglieder bestanden darauf, über den Entwurf einer neuen Verfassung auf einer gemeinsamen Konferenz der von Jelzin berufenen Verfassungskonferenz und der vom Obersten Sowjet gebildeten Verfassungskommission am 15. September zu befinden. (Eine solche Beratung fand am 15. September gar nicht erst statt).

Jelzin erklärt sich zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen bereits sofern ein halbes Jahr vorher ein neues Parlament gewählt würde.

19. August

Jelzin kündigt an: Die "entscheidende politische Schlacht in Rußland kommt im September". Der Wille des Volkes zu Reformen müsse gegen das Parlament durchgesetzt werden.

1. September

Jelzin enthebt unter Berufung auf gegen sie gerichtete Korruptionsvorwürfe den Vizepräsidenten Ruzkoj und den ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Schumejko "zeitweilig" von ihren Amtsgeschäften. Ruzkoj war Vorsitzender einer Kommission gegen die Korruption gewesen, wurde in deren Vorsitz jedoch von Jelzin selbst abgelöst. - Chasbulatow charakterisiert die Suspendierung Ruzkojs als "klaren und brutalen Verstoß gegen die Verfassung". Er kündigt an, das Parlament werde diese Entscheidung annullieren. Beide Seiten werfen sich gegenseitig vor, die Ermittlungen wegen Korruption aus politischen Motiven zu führen, um den jeweiligen Gegner zu diskreditieren.

10. September

Die Izvestia berichtet, Jelzin plane die Auflösung des Obersten Sowjets und die Festlegung eines Termins für Neuwahlen.

14. September

Vor dem Präsidialrat erklärt Jelzin, im September/Oktober müsse das zerstörerische Wirken einer Doppelherrschaft beendet werden. Für die nächste Zeit stünden "eine Reihe ernster Maßnahmen" bevor. Sein Sprecher Kostikow verkündet, eine Lösung der Verfassungskrise sei mit dem jetzigen Parlament nicht möglich: "Der Präsident hat einen exakten Plan hinreichend entschiedener Handlungen für einen kurzen Zeitraum, wobei scharfe Maßnahmen nicht unbedingt unzivilisatorischen Charakter tragen müssen."

16. September

Parlamentspräsident Chasbulatow spricht sich für einen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenschluß der GUS-Staaten zu einer Union westeuropäischen Stils aus. Ein gemeinsames GUS-Parlament solle eingerichtet werden, das aus direkten Wahlen hervorgehen solle.

Bei einem Besuch der Dsershinski-Division der Truppen des Innenministeriums kündigt Jelzin in Kampfuniform für Sonnabend, 18. September, die Ernennung des umstrittenen Wirtschaftspolitikers, "Schock"-Praktikers und ehemaligen Ministerpräsidenten Gajdar zum Vizeregierungschef und Wirtschaftsminister an. Die Übernahme des Wirtschaftsressorts durch Gajdar werde den Konflikt zwischen zwei anderen stellvertretenden Ministerpräsidenten - Wirtschaftsminister Oleg Lobov und Finanzminister Boris Fjodorov - beenden. (Lobov gilt als Befürworter einer stärkeren staatlichen Regulierung der Wirtschaft.)

20. September

In Moskau beginnt ein "Kongreß der Völker der UdSSR", der auf Initiative der Kommunistischen Partei Rußlands, der Zeitungen Sowjetskaja Rossija und Prawda, des Bundes der Offiziere, und weiterer Parteien und Organisationen einberufen wurde. 2.000 Abgesandte aus allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion nehmen teil. Der Erste Stellvertreter des Präsidenten des Obersten Sowjets, Woronin, fordert die Wiederherstellung des 1991 zerbrochenen Staatenbundes auf der Grundlage von "Freiwilligkeit, Gleichberechtigung und Selbständigkeit".

II. Der Staatsstreich

vom 21. September

und seine Durchsetzung

21. September

Jelzin erklärt den Obersten Sowjet und den Kongreß der Volksdeputierten für aufgelöst und kündigt Wahlen für eine Russische Staats-Duma zum 11./12. Dezember an. Laut Verfassung hat der Präsident weder die Befugnis, das Parlament aufzulösen noch Neuwahlen anzusetzen. Das Dekret suspendiert auch das Verfassungsgericht bis zu den Wahlen.

Jelzin setzt den am 1. September suspendierten Ersten Vize-Ministerpräsidenten Schumejko wieder ein. Er fungiert in den nächsten Tagen als einer der entscheidenden Organisatoren des Staatsstreiches.

Das russische Fernsehen wird unter doppelte Bewachung gestellt, einmal durch einen Kordon aus Truppen des Innenministeriums, zum anderen durch die strikte Zensur: Jede kritische Berichterstattung endet, entsprechende Sendungen werden abgesetzt. Das Fernsehen wird in den nächsten Tagen zum entscheidenden Instrument bei der Exekution des Staatsstreiches.

Auf einer sofort nach Jelzins Ansprache einberufenen Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets erklärt Chasbulatow, die Auflösung des Parlaments sei ein "Staatsstreich in seiner klarsten Form". Jetzt sei es notwendig, die Verteidigung des Sitzes des Obersten Sowjets zu organisieren. Er ruft zum Generalstreik auf.

Das Parlamentspräsidium bestimmt am späten Abend Vize-Präsident Ruzkoj zum amtierenden Präsidenten Rußlands, da Jelzin die Verfassung gebrochen habe. Ruzkoj erklärt Jelzins Dekret für illegal und fordert alle Exekutivorgane auf, seinen Anordnungen und denen des Parlamentspräsidenten Chasbulatow zu folgen.

In einer nächtlichen Sondersitzung erklärt der Oberste Sowjet Innenminister Jerin, Sicherheitsminister Goluschko und Verteidigungsminister Gratschow wegen Verfassungsbruch für abgesetzt. Er ernennt Andrej Dunajew, Wiktor Barannikow - der im Juli von Jelzin entlassen worden war - und Wladislaw Atschalow zu ihren Nachfolgern. - Der Oberste Sowjet ruft die Mitglieder des Volksdeputiertenkongresses zu einer sofortigen Sondersitzung nach Moskau.

Die Parlamentsführung weist die Zentralbank an, die Finanzierung der Regierung und des Präsidentenapparates einzustellen.

Am späten Abend strömen Tausende Menschen zum Weißen Haus. Zu dessen Verteidigung werden aus Betonblöcken, Eisenstangen und anderen Materialien Barrikaden errichtet.

Das Verfassungsgericht erklärt den Erlaß Jelzins über die Auflösung des Parlaments für verfassungswidrig.

US-Präsident Clinton, Bundeskanzler Kohl und Premierminister Major erklären ihre Unterstützung für Jelzins Vorgehen. Sie waren ebenso wie die anderen Staats- und Regierungschefs der G-7 Staaten bereits vorab informiert worden.

22. September

Der Oberste Sowjet tagt trotz des Auflösungsdekrets. Er beschließt eine Ergänzung des Strafgesetzbuches, nach der eine gewaltsame Änderung der Verfassungsordnung und die Behinderung der Tätigkeit von Staatsorganen mit zehn bis fünfzehn Jahren Haft oder mit der Todesstrafe geahndet werden können.

Einige tausend Demonstranten vor dem Weißen Haus verurteilen Jelzins Staatsstreich.

Innenminister Jerin läßt das Parlamentsgebäude mit einem Kordon von Polizeiposten umstellen, der jedoch vorerst durchlässig bleibt.

Verteidigungsminister Gratschow versichert Jelzin seiner bedingungslosen Unterstützung. Ungeachtet dessen bezieht die Armee offiziell eine Haltung der "politischen Neutralität". Bis zum 3. Oktober wird der Staatsstreich nur von den Truppen des Innenministeriums und des Sicherheitsministeriums exekutiert. Das Verteidigungsministerium verstärkt jedoch die in und um Moskau stationierten Truppenteile.

Als einziger Minister des Kabinetts Tschernomyrdin reicht Außenhandelsminister Glasjew aus Protest gegen den Verfassungsbruch seinen Rücktritt ein.

Jelzin unterstellt die Generalstaatsanwaltschaft und die Zentralbank der Regierung. Ihre Chefs Stepankow und Geraschtschenko vollziehen den Frontwechsel mit.

Premierminister Tschernomyrdin läßt verlautbaren, die große Mehrheit der Provinzen stehe auf Seiten Jelzins. Nach Angaben des Parlaments hingegen haben sich bis zu diesem Tag 29 Regionalparlamente gegen den Staatsstreich und für Ruzkoj erklärt.

Die Präsidenten Belorußlands, Moldovas, Georgiens, Armeniens und der Ukraine begrüßen uneingeschränkt das Vorgehen Jelzins. Die Führungen Kyrgystans, Turkmenistans und Kasachstans üben vorsichtige Zurückhaltung.

23. September

Der vom Obersten Sowjet ernannte Präsident Ruzkoj schlägt parallele Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Februar 1994 vor. Jelzin lehnt gleichzeitige Wahlen kategorisch ab.

Der stellvertretende Parlamentspräsident Nikolaj Rjabow fügt sich dem Dekret Jelzins und tritt zurück. Jelzin betraut ihn sogleich mit dem Vorsitz der Kommission zur Vorbereitung der Wahlen.

Generalstaatsanwalt Stepankow wird wegen seiner Unterstützung des Verfassungsbruchs vom Obersten Sowjet abgelöst. Jelzin ernennt ihn unmittelbar darauf erneut, setzt ihn aber nach dem 4. Oktober wieder ab.

Am Abend tritt im Weißen Haus der Volksdeputiertenkongreß mit 638 Abgeordneten zusammen. Das erforderliche Quorum von 689 war zuvor herabgesetzt worden. Die Deputierten bestätigen die Absetzung Jelzins wegen des Verfassungsbruchs, die Einsetzung Ruzkojs als amtierender Präsident und die Dekrete gegen den Staatsstreich. Sie fordern Jelzin auf, "sich den rechtmäßigen Machtorganen zu ergeben oder das Land zu verlassen".

Die Verteidiger des Weißen Hauses erwarten einen Angriff, während Jelzin und seine Minister für Verteidigung und Sicherheit bekräftigen, an einen Einsatz von Gewalt sei nicht gedacht. Rund tausend der vor dem Weißen Haus ausharrenden Menschen organisieren sich in bewaffneten Selbstverteidigungseinheiten. An sie und an die Wachkräfte des Hauses werden automatische Handfeuerwaffen ausgegeben. Die Verteidigung des Weißen Hauses wird von den Generalen Atschalow und Makaschow organisiert und geleitet.

Bei einem Überfall auf eine Waffenfabrik erbeutete eine Gruppe des Bundes russischer Offiziere rund 400 Gewehre.

Jelzin legt als Termin für vorfristige Präsidentschaftswahlen den 12. Juni l994 fest, d.h. ein halbes Jahr nach den für den 12. Dezember 1993 angesetzten Parlamentswahlen. Mit dem Dekret wird auch die Form der Parlamentswahlen konkretisiert: Die künftige Staatsduma soll 400 Abgeordnete umfassen: 270 sollen direkt in den Wahlkreisen und 130 über eine Liste gewählt werden.

Vizepremier Schumejko kehrt in sein Amt zurück. Er schlägt vor, die Wasser- und Stromversorgung des Weißen Hauses zu unterbrechen.

Die Zeitung des Obersten Sowjets, Rossijskaja Gaseta, wird von der Jelzin-Administration geschlossen.

Eine Gruppe von über hundert z.T. bewaffneten Männern unternimmt den Versuch, das Moskauer Hauptquartier der GUS-Streitkräfte in einem Handstreich zu besetzen. Sie werden von der OMON-Antiterroreinheit zurückgeschlagen. Ein Polizist und eine Anwohnerin kommen dabei ums Leben. Für den Überfall wird von den Agenturen der Chef des Bundes russischer Offiziere, Stanislaw Terechow,

verantwortlich gemacht. Er wird bei dem Versuch verhaftet, ein anderes Gebäude des Verteidigungsministeriums zu betreten. Jelzins Verteidigungsminister Gratschow beschuldigt den Parlamentsabgeordneten Viktor Anpilow und den General Makaschow, zu den Organisatoren des Überfalls auf das GUS-Hauptquartier zu gehören.

53 der 89 Subjekte der Föderation qualifizieren zu diesen Zeitpunkt Jelzins Dekret als Verfassungsbruch und erklären es für rechtsunwirksam auf ihren Territorien.

Die Staatschefs der GUS-Staaten versammeln sich in Moskau und unterzeichnen ein Abkommen über die Bildung einer Wirtschaftsunion. Das Parlamentspräsidium hatte vergeblich appelliert, diesen Schritt wegen Jelzins Staatsstreich aufzuschieben.

24. September

Die Abgeordneten des Volksdeputiertenkongresses beschließen, bis Ende März 1994 gleichzeitig Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abzuhalten.

Vor dem Weißen Haus harren einige tausend Gegner des Staatsstreiches trotz mehrerer Räumungsultimaten aus. Ruzkoj und das Parlament rufen die Moskauer auf, am Wochenende zum Weißen Haus zu kommen und durch ihren Protest dessen Blockierung aufzuheben.

Zusätzliche Luftlande-Einheiten sowie motorisierte Schützeneinheiten der Armee werden nach Moskau verlegt.

Das Areal um das Weiße Haus wird ab Mittag von den Truppen des Innenministeriums abgeriegelt. Die Versorgung des Komplexes mit Strom, Telefon, Heizung und Wasser wurde seit dem 22. September schrittweise unterbrochen; um 22.15 Uhr erlischt endgültig das Licht im Weißen Haus.

Jelzin verspricht denjenigen Abgeordneten, die sich an seine Anordnungen halten, Weiterbeschäftigung in neuen Stellungen und besondere Vorteile: Sie sollen ihre Wohnungen in Moskau behalten können und ein Jahresgehalt ausgezahlt bekommen. Zu den Überläufern gehört der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses, Ambarzumow. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Stepaschin, wechselt ebenfalls zu Jelzin und wird dessen stellvertretender Sicherheitsminister. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Parlaments, Potschinok, wird von Jelzin zum Vize-Finanzminister ernannt.

Jelzin setzt den im Weißen Haus versammelten Deputierten und ihren Verteidigern ein Ultimatum: Bis Sonnabend, 25. September, 9 Uhr sollen sie ihre Waffen abliefern, sonst würden die Truppen das Haus stürmen. Er ordnet an, alle Personen zu entwaffnen, die in und um das Weiße Haus versammelt sind. Gleichzeitig versichern Sprecher des Verteidigungsministers, des Innenministers und auch Jelzins, das Gebäude des Parlaments werde nicht gestürmt.

Am frühen Abend beginnen die Truppen des Innenministeriums und Spezialeinheiten damit, die Zugänge zum Weißen Haus zu blockieren.

Am Abend kommt es zu einem Zwischenfall, bei dem OMON-Sondertruppen mit Schlagstöcken auf Demonstranten einschlagen, die eine Militärkolonne aufhalten wollen. Drei Menschen werden verletzt.

Das Russische Verfassungsgericht schlägt als Kompromiß die sog. Null-Lösung - d.h. Rücknahme des Auflösungsdekrets und der dagegen gerichteten Dekrete des Obersten Sowjets - und Doppelwahlen am 12. Dezember 1993 vor.

Die Sowjets von Nowosibirsk, St. Petersburg und Woronesh bieten dem in Moskau blockierten Parlament an, in ihrer Stadt zu tagen.

25. September

Minister Schachraj führt mit den in Petersburg versammelten Vertretern der Regionen Verhandlungen über einen Kompromiß. Gleichzeitige Gespräche führen auch der Vorsitzende des russischen Verfassungsgerichts, Sorkin, und der Chef des Föderalen Informationszentrums in Moskau, Poltoranin.

Ruzkoj unternimmt an der Spitze von Deputierten und Wächtern des Weißen Hauses eine Demonstration rund um das Haus und appelliert an jeder Sperre an die blutjungen Milizionäre, sich bis 18 Uhr zu entscheiden, ob sie die Verfassung unterstützen wollen oder den Verbrecher Jelzin.

26. September

Der Deputiertenkongreß erläßt eine Amnestie für Personen, die "ihre Teilnahme am Staatsstreich" einstellen.

Vor dem Weißen Haus versammeln sich rund 10.000 Demonstranten gegen Jelzin. Ruzkoj ruft ab Montag, 15 Uhr zu einem unbefristeten Streik und anderen Protestaktionen im ganzen Land auf.

Wie schon 1991 benutzt der russische Cellist und Dirigent Rostropowitsch ein Konzert, um politische Unterstützung für Jelzin zu demonstrieren: Auf dem Roten Platz führt das American National Symphony Orchestra unter seiner Leitung aus Anlaß des 100. Todestages von Tschaikowsky dessen Ouvertüre zum Sieg über Napoleon 1812 auf. Jelzin tritt wie ehemals der Zar aus dem Kreml-Tor auf den Platz, um das Konzert anzuhören.

Nahezu 15.000 Anhänger Jelzins demonstrieren auf dem Manegeplatz gegen "Bürgerkrieg und Kongreßdiktatur".

Die Administration des Präsidenten berät, wie eine Verlegung des Parlaments in eine andere Stadt verhindert werden könnte. In einem Erlaß kündigt Jelzin die Ablösung jener regionalen Verwaltungsbeamten und Militärs an, die sich gegen ihn stellen.

Vertreter von 39 Sowjets und vier Exekutivorganen der Russischen Föderation fordern auf ihrem Treffen in Petersburg die Rücknahme der Erlasse Jelzins über die Auflösung des Obersten Sowjets und die gleichzeitige Wahl von Präsident und Parlament vor Ende des Jahres. - Nach einer Meldung der Agentur Interfax unterzeichnete Schachraj, der an der Tagung teilnahm, mit den Regionalvertretern ein Abkommen über gleichzeitige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

Der Vorsitzende der Nationalitätenkammer des Parlaments, Abdulapitov, erklärt in Moskau, daß die Gebiete Wirtschaftssanktionen gegen Moskau verhängen würden, falls sich Präsident und Parlament nicht auf einen Kompromiß einigen. Es gehe um einen Stopp der Energielieferungen sowie um einen Boykott des Föderationshaushaltes.

27. September

Zwischen Demonstranten, denen der Durchlaß zum Weißen Haus verwehrt wird, und den absperrenden Einheiten ereignen sich mehrere Zusammenstöße, bei denen Menschen verletzt werden. Insbesondere in den Nachtstunden verüben die Truppen des Innenministeriums im Stadtteil Krasnaja Presnja blutige Gewalteinsätze gegen Passanten, in denen rückkehrende Demonstranten vermutet werden.

Jelzin erklärt: "Ich lehne gleichzeitige Wahlen kategorisch ab. Die Doppelherrschaft ist gefährlich genug. Noch bedrohlicher wäre ein Machtvakuum, wenn beide Institutionen zugleich in den Wahlkampf zögen."

28. September

Zusätzliche Hundertschaften der OMON sperren nicht nur das Weiße Haus hermetisch ab, sondern in mehreren Ringen auch weiträumig einen Teil des Stadtbezirks Krasnaja Presnja.

Das Innenministerium stellt den Verteidigern des Weißen Hauses ein neues Ultimatum: Herausgabe aller Waffen bis Mittwochmorgen (29. September), 9 Uhr.

Gegen 18 Uhr versammeln sich nahe dem Hotel Mir 5.000 Demonstranten zu einer Kundgebung gegen den Staatsstreich. Beim Einsatz von OMON kommt es zu schweren Zusammenstößen. Mehrere tausend Demonstranten errichten am Abend am Stadtring Barrikaden aus quergestellten Bussen. Ab 22 Uhr räumt die Miliz die nicht abgeriegelten Straßen vor dem Kordon um das Weiße Haus. Größere Menschenansammlungen werden auseinandergejagt. Besonders die Dsershinski-Spezialeinheit jagt im Stadtteil Krasnaja Presnja Demonstranten und prügelt sie blutig. Vor Mitternacht stehen sich am Eingang zum Zoo Demonstranten und Miliz friedlich gegenüber, bis diese Spezialeinheit blindlings auf die Menschen losstürmt und auf sie einschlägt.

Beim Aufräumen der Barrikaden wird um 22.30 ein Oberstleutnant der Miliz von einem umfallenden Kiosk erschlagen. Am Steuer des abschleppenden Krans, der den Kiosk umwarf, saß ebenfalls ein Milizionär. Fast die gesamte "demokratische", d.h. von der Regierung bezahlte Presse kolportiert am anderen Tag die Lüge, der Tote sei ein Opfer der Demonstranten.

AP meldet, Polizeioffiziere hätten über Megaphon aufgefordert, das Weiße Haus bis Mittwoch, 9 Uhr zu verlassen. Parlamentspräsident Chasbulatow rechnet noch für Dienstag mit einem Angriff, insbesondere durch die Sondereinheit "Alpha" des KGB.

Jelzins Sprecher Kostikow schließt eine baldige Einberufung des Föderationsrates aus, nachdem die Regierung noch am Vortag für seine baldmögliche Einberufung eingetreten war.

Der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes, Sorkin, ruft die Regionen zum Widerstand gegen Jelzins Erlasse auf.

29. September

Ab Mitternacht verstärkt die Miliz noch einmal ihre Blockade um das Areal des Weißen Hauses auf stellenweise fünf Ringe, die z. T. aus LKWs zusammengeschoben werden. Am inneren Ring wird eine Sperre aus Stacheldrahtrollen errichtet. Der abgesperrte Bezirk - ein Teil des Stadtbezirks Krasnaja Presnja - wird vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Die dort wohnenden Menschen bleiben ausgesperrt, nachdem sie schon zuvor von Strom, Wasser und Telefon abgeschnitten wurden. Der Verkehr im Stadtteil wird weitgehend lahmgelegt.

Ab Mittag verschärft sich die Situation rund um das abgeriegelte Gebiet. Niemandem wird der Zutritt gestattet, während jeder das Gebiet verlassen kann.

Angeblich aus dem Hause zur Hilfe gerufen, versuchen OMON-Truppen am Nachmittag, das Gebäude des Rajon-Sowjets in Krasnaja Presnja einzunehmen, in dem zu diesem Zeitpunkt 116 Deputierte beraten. Sie ziehen sich später zurück.

Nahe der Metro-Station Barrkadnaj findet ein Meeting von rund 500 Gegnern des Staatsstreiches statt. Über 2.000 Einsatzkräfte gehen mit Schlagstöcken brutal gegen sie vor.

Unter Vorsitz des Überläufers Rjabow beginnt die von Jelzin eingesetzte zentrale Wahlkommission offiziell mit ihrer Tätigkeit.

30. September

In einem Gespräch mit dem Patriarchen Alexei II., der von den belagerten Deputierten des Obersten Sowjets um Vermittlung gebeten worden war, stimmt Jelzin Verhandlungen mit dem Parlament zu. Am späten Abend nehmen Vertreter des Parlaments und der Regierung Vorgespräche auf.

Vertreter von 20 Regionen der Russischen Föderation begeben sich zu Verhandlungen mit dem Parlament ins Weiße Haus. Bei ihrer Ankunft bekräftigen sie ihre Absicht, gegen das verfassungswidrige Dekret Jelzins zu kämpfen.

Parlamentspräsident Chasbulatow fordert auf einer Pressekonferenz, die Regierung müsse die Blockade des Weißen Hauses sofort und ohne Vorbedingungen aufheben. "Diese Regierung ist am Ende, ihre Tage sind gezählt."

Bei Demonstrationen vor der Absperrung des Weißen Hauses sowie auf dem Puschkinplatz werden nach Milizangaben 161 Personen verletzt, als die Truppen des Innenministeriums die Menge gewaltsam zurückdrängen und auflösen.

Auf einer Konferenz im Hause des Verfassungsgerichts in Moskau schließen sich Vertreter von 56 Sowjets und 18 Verwaltungschefs, die 62 der 89 Republiken, Gebiete und Regionen der Russischen Föderation verkörpern, zu einem "Rat der Subjekte der Föderation" zusammen, in den kein Vertreter der Zentralregierung aufgenommen wird. Sie fordern eine "Null-Lösung", d.h. die Rückkehr zu dem Stand vor Jelzins Staatsstreich. Die Vertreter der Regionen fordern die Regierung ultimativ auf, bis Mitternacht die Blockade des Parlaments aufzuheben. Andernfalls müsse die Zentralregierung "zur Wiederherstellung der Verfassung und vollen Legalität" mit Gegenmaßnahmen von politischer und wirtschaftlicher Bedeutung rechnen. Der Volksdeputiertenkongreß wird aufgefordert, für April 1994 gleichzeitige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu organisieren.

In Nowosibirsk tagen Vertreter von 14 Sowjets der 19 Republiken bzw. Gebiete Sibiriens. Sie verurteilen den Erlaß Jelzin als "grobe Verletzung der Verfassung", fordern die Aufhebung der Blockade des Obersten Sowjets und kündigen Gegenmaßnahmen an, falls diese Forderung nicht bis zum 3. Oktober erfüllt wird - darunter die Unterbindung des Verkehrs der Transsibirischen Eisenbahn, die Einstellung der Erdöl-, Erdgas- und Kohlelieferungen, und die Verweigerung der Steuerüberweisungen an die Zentralregierung. Ein Gegenkandidat Jelzins bei der Präsidentenwahl 1991, Tulejew, fordert zur Gründung einer Sibirischen Republik auf.

Das Europa-Parlament spricht Jelzin sein Vertrauen aus und fordert ihn auf, "den Demokratisierungsprozeß zügig voranzutreiben". Vor allem müsse ein "demokratischer und pluralistischer Ablauf" der Parlamentswahlen gesichert werden.

1. Oktober

Im Danilow-Kloster, dem Sitz des Patriarchen von Moskau und ganz Rußland, findet ein Gespräch zwischen Vertretern Jelzins und des Parlaments über die Entschärfung der Situation statt. Der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjets, Woronin, hatte vor Verhandlungsbeginn vor den Deputierten die Forderungen für die erste Etappe formuliert: Unverzügliche und bedingungslose Wiedereinschaltung der Versorgungssysteme des Weißen Hauses; Aufhebung der Blockade; Gewährleistung der Bewegungsfreiheit aller Abgeordneten; Bereitstellung von Sendezeit im Fernsehen. In einer zweiten Etappe seien dann die politischen Fragen zur Beendigung des Konflikts zu erörtern.

Patriarch Alexej II. sagt in einer Verhandlungspause, es gebe "Grundzüge einer prinzipiellen Übereinkunft". Beide Seiten stimmten darin überein, daß die Normalisierung der Lage am Weißen Haus der erste Tagesordnungspunkt sein müsse.

Jelzins Sprecher Kostikow erklärt die Herausgabe der Waffen der Parlamentsverteidiger zur unabdingbaren Vorbedingung jeder Einigung.

Mitglieder der Regierung Tschernomyrdin bereisen das Land, um auf acht Regionalkonferenzen mit Vertretern der Sowjets und der Exekutivorgane für Jelzins Position zu werben. Besonders hochkarätigen Besuch erhalten Nowosibirsk, Samara und Chabarowsk, also Regionen, die sich entschieden gegen den Staatsstreich ausgesprochen haben. Schachraj kündigt die Einberufung des Föderationsrates für den 4. oder 5. Oktober an.

2. Oktober

Jelzin fordert in einem Fernsehinterview die Abgeordneten auf, "in ernsthafte Gespräche mit der Regierung" einzutreten, bekräftigt aber zugleich sein Festhalten an der Entscheidung, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen.

Bei den von Patriarch Alexej II. geleiteten Vermittlungsgesprächen einigen sich beide Seiten darauf, die Blockade des Parlaments innerhalb von 48 Stunden zu beenden. Die Abgeordneten sollen ihre Waffen abgeben, die Truppen des Innenministeriums sich zurückziehen

Auf dem Smolensker Platz kommt es zwischen Tausenden Demonstranten und der Polizei zu einer Straßenschlacht. Nach Angaben der Polizei kosten diese und weitere Zusammenstöße an anderen Orten 24 Polizisten und 5 Demonstranten das Leben.

3. Oktober

Anhänger des blockierten Parlaments versuchen, auf der Moskauer Ringstraße Barrikaden zu errichten. Sie sind von der Bewegung Werktätiges Rußland mobilisiert worden. Sie werden von den Truppen des Innenministeriums abgedrängt.

5.000 Demonstranten versammeln sich am frühen Nachmittag auf dem Oktoberplatz. Sie können die Polizeiketten durchbrechen und marschieren zum Parlamentsgebäude. Inzwischen auf 10.000 angewachsen, durchbrechen sie mehrere Kordons der Milizsoldaten und lassen sich auch von den Wasserwerfern nicht aufhalten. Die Polizei hat den Befehl zum Schlagstock- und Tränengaseinsatz erhalten, um die die Demonstration unter allen Umständen aufzulösen. Als ihr dies nicht gelingt, eröffnet sie das Feuer auf die

Demonstranten. Trotzdem wird sie von diesen überrannt. Die Demonstranten durchbrechen gegen 15.30 Uhr die Absperrung des Weißen Hauses. Die Sicherheitskräfte ziehen sich zunächst vom Platz zurück.

Ruzkoj ruft vom Balkon des Weißen Hauses die davor versammelten Demonstranten auf, das Gebäude des Moskauer Stadtsowjets und den Fernsehsender Ostankino zu besetzen. Wenige Minuten später überrennen Demonstranten die Polizeisperren vor dem Bürgermeisteramt und besetzen es. Die Polizeikräfte leisten kaum Widerstand.

Da rund 200 Milizsoldaten (nach anderen Quellen: zwei Abteilungen der OMON-Antiterroreinheit) zu den Verteidigern des Parlaments übergehen, verfügen diese zeitweise über gepanzerte Fahrzeuge und Granatwerfer. Die flüchtenden Milizsoldaten hinterlassen auch zahlreiche startbereite LKW (angeblich mit steckenden Zündschlüsseln), die zum Transport der Aufständischen nach Ostankino verwendet werden.

Die Generale Ruzkoj und Makaschow formieren aus den Demonstranten Hundertschaften. Diese beginnen am Abend unter heftigem Schußwechsel den Sturm auf das Rundfunk- und Fernsehzentrum Ostankino im Norden Moskaus. Den Aufständischen gelingt es, die ersten beiden Etagen des Komplexes einzunehmen. In verlustreichen Gefechten werden sie gegen 2 Uhr morgens von den Sondertruppen des Innenministeriums wieder daraus vertrieben. Bei den Kämpfen in Ostankino sterben 62 Menschen, 496 werden verletzt. Allerdings werden bei den Kämpfen im Gebäude selbst nur zwei Menschen getötet, dagegen 60 der zahlreichen Unterstützer und Zuschauer rundherum durch Granatwerferbeschuß aus dem Haus heraus, d.h. durch die Miliz.

Parlamentsanhänger besetzen gegen 20 Uhr das Gebäude der Nachrichtenagentur ITAR-TASS.

Drei der acht russischen Militärbezirke sollen angeblich bereit sein, sich Ruzkojs Verteidigungsminister Atschalow anzuschließen.

Gegen 20 Uhr fordert Chasbulatow die Aufständischen auf, den Kreml zu besetzen.

Jelzin, der erst am Abend mit dem Hubschrauber in den Kreml eingeflogen wird, verhängt gegen 17 Uhr den Ausnahmezustand über Moskau.

Das Kollegium des Verteidigungsministeriums tagt von 17 bis 19 Uhr, kann sich jedoch nicht zum Einsatz der Armee entschließen. Die aktivsten Befürworter eines militärischen Eingreifens sind General Pjotr Dejnekin und General Konstantin Kobez. Der Stellvertreter des Verteidigungsministers, Waleri Mironow, ist der Auffassung, die Aufgabe sollten die Truppen des Innenministeriums allein lösen. Verteidigungsminister Gratschow schlägt vor, daß höchstens zwei Staffeln die Dsershinski-Division unterstützen sollten. Diesen Standpunkt behält er auch während der zweiten Sitzung des Kollegiums ab 23 Uhr bei, mit der Begründung, die Armee verfüge nicht über die für einen solchen Einsatz erforderlichen Mittel, und im Prinzip sei das auch nicht ihre Aufgabe. - Warum dieses Nacht-Kollegium sich trotzdem gegenteilig entscheidet, ist noch unbekannt, möglicherweise trägt der Sieg der Truppen des Innenministeriums in Ostankino dazu bei.

General Kobez schlägt auf der zweiten Sitzung des Kollegiums vor, den Sturm auf das Weiße Hauses durch Armee-Einheiten bereits nachts um 2 Uhr zu beginnen. Doch wird der Termin auf den Morgen verlegt. Um drei Uhr morgens erscheint Premier Tschernomyrdin mit Filatow, um fünf Uhr morgens Jelzin im Gebäude des Verteidigungsministeriums. Resultat der nächtlichen Beratungen ist erstens die Ablösung der OMON-Einheiten durch die Tamaner Division zwanzig Minuten vor der Eröffnung des Feuers auf das Weiße Haus; zweitens die bewußte Täuschung der Verteidiger des Parlaments über angeblich zu ihrer Unterstützung herbeieilende Armee-Einheiten.

Zwei Stunden nach der Verhängung des Ausnahmezustandes werden die Verbände der Tamaner Panzerdivision, der Schützendivision Kantemirowskaja und der Luftlandedivision Tula alarmiert und gegen 20 Uhr nach Moskau in Marsch gesetzt. Ab 22 Uhr rücken die mobilisierten Einheiten nach Moskau ein. Auf den Zufahrtstraßen beziehen schwere Panzer Stellung.

Jelzin ruft die Bevölkerung zum bewaffneten Widerstand gegen seine Gegner auf, während Bürgermeister Luschkow die Moskauer auffordert, zu Hause zu bleiben. Auch Vize-Premier Gajdar und die Bewegung Demokratisches Rußland fordern ihre Anhänger auf, auf die Straße zu gehen und Protestkundgebungen zu veranstalten.

Jelzin setzt Ruzkoj als stellvertretenden Präsidenten ab und schließt ihn unter Degradierung zum Soldaten aus der Russischen Armee aus; Tschernomyrdin wird als Stellvertreter des Präsidenten eingesetzt.

US-Präsident Clinton bekräftigt am Abend seine Unterstützung für Jelzin und erklärt, für die Gewalt trügen dessen Gegner die Verantwortung.

4. Oktober

Um 7 Uhr osteuropäischer Zeit beginnen die am anderen Ufer der Moskwa in Stellung gegangenen Panzer, das Weiße Haus sturmreif zu schießen. Die Verteidiger des Hauses leisten erbitterten Widerstand; sie verfügen allerdings nur über Handfeuerwaffen. Spezialeinheiten der Armee und des Innenministeriums sowie die Alpha-Einheit der Staatssicherheit beginnen, das Gebäude Stockwerk für Stockwerk gegen den Widerstand der Verteidiger zu besetzen.

Um 9 Uhr vormittags erklärt Jelzin den Widerstand gegen seinen Staatsstreich zu einem "vorbereiteten bewaffneten Aufstand", der von "kommunistischen Revanche-Suchern" und "faschistischen Häuptlingen" organisiert worden sei. Diese "faschistisch-kommunistische Rebellion" werde so schnell wie möglich niedergeschlagen.

Im umkämpften Weißen Haus gibt Präsident Ruzkoj wenige Stunden vor seiner Verhaftung französischen Fernsehjournalisten ein Interview. Darin informiert er u.a. darüber, daß mit der Regierung vereinbart war, daß die im Hause befindlichen Frauen und Kinder - die nach der Befreiung des Weißen Hauses den Deputierten Wäsche und Nahrungsmittel gebracht hatten - das Haus verlassen und in Sicherheit gebracht werden könnten. Als dieser Zug mit den Journalisten an der Spitze aus dem Portal trat, setzte der Beschuß durch die Panzer ein und verhinderte den Abzug.

Jelzins Verteidigungsminister Gratschow verhandelt am Nachmittag über die bedingungslose Kapitulation der Verteidiger. Um 16.50 Uhr (osteuropäische Zeit) verlassen einige hundert Kämpfer das Haus mit erhobenen Händen und werden festgenommen. Parlamentspräsident Chasbulatow, Präsident Ruzkoj, die Minister Barannikow, Atschalow und Dunajew sowie General Makaschow werden mit zahlreichen Abgeordneten ins Lefortowo-Gefängnis eingeliefert. Viele der Parlamentsverteidiger werden in das als provisorisches Gefangenenlager benutzte Lushniki-Stadion gebracht. Insgesamt werden bis Montag abend rund 1.000 Menschen festgenommen.

Bei den Kämpfen am Montag, 4. Oktober, starben außerhalb des Weißen Hauses 138 Menschen und rund 600 wurden verletzt. Die auf über 500 geschätzten Toten innerhalb des Parlamentsgebäudes wurden zwei Tage nicht geborgen, um nicht Anzahl und Zusammensetzung dieser Opfer publik werden zu lassen.

Der Widerstand gegen die Exekutoren des Staatsstreiches wird vereinzelt auch nach der Kapitulation der Verteidiger des Weißen Hauses fortgesetzt.

Über Moskau wird eine Sperrstunde zwischen 23 und 5 Uhr verhängt.

Das Informationsministerium verbietet unter Berufung auf den Ausnahmezustand eine Reihe von Presseorganen, die gegen Jelzins Staatsstreich Partei ergriffen hatten, darunter Prawda, Sowjetskaja Rossija, Djen, Rabotschaja Tribuna, Glasnost und Narodnaja Gaseta. Beim Presseministerium wird eine Zensurbehörde eingerichtet.

Das Justizministerium verbietet "vorübergehend" 16 politische Organisationen, darunter die Front der Nationalen Rettung, die Russische Kommunistische Arbeiterpartei, die Volkspartei freies Rußland, die Union der kommunistischen Parteien/KPdSU, die Bewegung Trudowaja Rossija, die Vereinigte Front der Werktätigen Rußlands, die Union der Offiziere, die Union für sozialen und rechtlichen Schutz der Militärangehörigen und ihrer Familien, die Offiziersvereinigung Schild, die Bewegung Russische Nationale Einheit.

Vize-Premier Schumejko kündigt an, daß "die Verantwortlichen" für den Widerstand gegen den Jelzin-Staatsstreich vor Gericht gestellt werden sollen.

Die deutsche Bundesregierung äußert die Hoffnung, Jelzin werde sich im ganzen Land durchsetzen. Die Gewaltanwendung sei ausschließlich vom "harten Kern der Reformgegner" ausgegangen. Die EG-Außenminister bekräftigen auf ihrer Sitzung in Luxemburg ihre Unterstützung für Jelzin.

5. Oktober

Jelzin entläßt den Generalstaatsanwalt Stepankow. An seine Stelle tritt Aleksej Kasannik, der einst im Obersten Sowjet Jelzin seinen Deputiertenplatz überlassen hatte.

Jelzin entläßt die Verwaltungschefs der Gebiete Nowosibirsk und Amur, weil sie ihn bei dem Konflikt nicht unterstützt haben.

Der Moskauer Bürgermeister Luschkow löst den Stadtsowjet und alle 30 Sowjets der Moskauer Stadtbezirke auf. Für die Dauer des Ausnahmezustandes soll die Einreise beschränkt und die Ausreise kontrolliert werden. Der Ausnahmezustand wird dazu benutzt, Moskau von Ausländern aus den südlichen GUS- Staaten, vor allem aus der Kaukasus-Region, zu "säubern" und 24.000 Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung auszuweisen.

In Petersburg protestieren 1.500 Demonstranten gegen die Verhaftung des TV-Journalisten Alexander Newrosow. Er hatte in seiner Sendung "600 Sekunden" zum Widerstand gegen Jelzin aufgerufen.

Die für diesen Tag angesetzte (konstitutive) Sitzung des Föderationsrates - in dem jedes der 89 Subjekte der Föderation zwei Sitze einnehmen sollte - wird von der Regierung verschoben. Sie müsse erst die Lage in Rußland analysieren. Schließlich hätten einige Regionalparlamente den Aufstand unterstützt.

6. Oktober

Am Vormittag findet im Kreml unter Jelzins Leitung eine Tagung des Sicherheitsrates statt. Auf der Tagesordnung steht die schnellstmögliche Verabschiedung einer neuen Militärdoktrin für Rußland. ITAR-TASS berichtet, der Sicherheitsrat habe "die Rolle der Streitkräfte als Garant der lebenswichtigen Interessen Rußlands und Bollwerk seiner Staatlichkeit" gewürdigt. Von besonderer Bedeutung sei die Fürsorge des Staates für seine Soldaten.

In einer Fernsehansprache am Abend schafft Jelzin Verwirrung über die für den 12. Dezember angekündigten Neuwahlen, indem er in bewußt zweideutig gehaltener Formulierung von Wahlen zu einer "Föderationsversammlung" spricht. Damit ist angedeutet, nicht nur die Zweite Kammer, sondern auch die Erste, den Föderationsrat, wählen zu lassen. Darüber hinaus spricht Jelzin ebenso vage von "Wahlen zu Repräsentativorganen an der Basis", was impliziert, daß auch die örtlichen und regionalen Sowjets neu gewählt werden sollen.

Jelzin nennt den "bewaffneten Aufstand" die "größte Tragödie" für Rußland. Er sei über Monate geplant und vorbereitet worden. Er mißt außer dem Parlament auch dem Verfassungsgericht und der Mehrheit der Sowjetorgane im Land direkte Verantwortung für die äußerste Verschärfung der Situation zu und fordert ihre Selbstauflösung. Es müsse ein "einheitliches" Rußland geben, ohne "Spiele regionaler Isolierung", mit einer "normalen demokratischen Verfassung".

Der 7. Oktober wird zum Tag der Trauer für alle Opfer "der Verhinderung des bewaffneten Versuchs eines Staatsstreich" erklärt; die gefallenen Exekutoren des Staatsstreiches werden mit staatlichen Ehren beigesetzt.

Unter dem Druck Jelzins und der Regierung tritt der Vorsitzende des russischen Verfassungsgerichts, Sorkin, "aus Gesundheitsrücksichten" vom Vorsitz zurück, bleibt aber einer der 13 Verfassungsrichter.

Die Presszensur wird formell aufgehoben, unter Ermahnung der Journalisten zur Selbstzensur. Die verbotenen Zeitungen bleiben verboten.

In dieser Nacht sterben in Moskau bei "Zwischenfällen" 10 Menschen, 2.000 werden verhaftet.

Die Ehrenwache vor dem Lenin-Mausoleum wird eingezogen.

9. "Demokratischer" Despotismus von Washingtons und Frankfurts Gnaden

Eindrücke, Fragen und Überlegungen zu Jelzins Moskauer Staatsstreich - von Werner Röhr

Autor: Werner Röhr · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:45

Kriegs- und Bürgerkriegszeiten in unserem Jahrhundert sind dafür bekannt, daß in ihnen die Heuchelei und Verlogenheit der Berichterstattung in den demokratischen und freiheitlichen Medien ungeahnte Gipfelpunkte erreicht. So war es während der US-Aggression am Golf, so war und ist es während des Jelzinschen Staatsstreiches in Moskau.

Und doch läßt sich in all der Hetze und Lügenflut ein einsamer Archipel der Wahrhaftigkeit ausmachen: Am 6. Oktober gibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland unter der Überschrift "Jelzin siegt - die Aktienbörse jubelt" auf der ersten Seite ihres Wirtschaftsteiles der Erleichterung jener Anleger Ausdruck, die nun sicher zu sein scheinen, daß Jelzin sich durchzusetzen vermag:

"Euphorische Stimmung hat am Dienstag die deutschen Börsen beherrscht. Die Kurse stiegen am Aktienmarkt und am Rentenmarkt auf Rekordmarken: Das Ende des russischen Machtkampfes habe zu einem wahren Kaufrausch geführt, erklärten Händler. Vor allem deutsche Fondsgesellschaften kauften; aber auch ausländische Anleger fragten nach deutschen Anlagen. Marktbeobachter sagten, die deutlichen Kursgewinne in Deutschland seien ‚sehr überraschend` gewesen. Auch an den Börsen in London, Paris, Zürich und Wien setzten die Kurse zu einem Höhenflug an.

Am deutschen Aktienmarkt trieben die Käufer den FAZ-Aktenindex auf ein Jahreshoch von 753,97 Punkten. Der Deutsche Aktienindex (Dax) übertraf sogar sein historisches Hoch und schloß mit 1972,73 Zählern. Seinen bisherigen Höchststand hatte der Dax im Wiedervereinigungsboom am 30. März 1990 bei 1968,55 Punkten erreicht. Am Rentenmarkt fiel die Umlaufrendite auf 5,90 Prozent und damit auf den tiefsten Stand seit fünfeinhalb Jahren (...) Der Kurssprung am Dienstag sei durch Sicherungsgeschäfte an der Deutschen Terminbörse ausgelöst worden, meinten Händler. Viele institutionelle Anleger hätten im Verlauf der Moskauer Krise einen Kurseinbruch erwartet. Sie hätten sich daher gegen Kursverluste abgesichert. Da die Börse aber keine Schwäche gezeigt habe, hätten viele Anleger nun ihre Absicherungen wieder auflösen und zu diesem Zweck Papiere kaufen müssen. Das habe, so war am Markt zu hören, die Kurse schon am Dienstag morgen deutlich nach oben getrieben. Anschließend hätten andere Investoren aus dem In- und Ausland schnell Papiere gekauft, um die weiteren Kurssteigerungen nicht zu verpassen."

Nicht nur die Börse zeigte keine Schwäche, auch die führenden Politiker der G-7 Staaten zeigten Haltung. Noch am Abend der Parlamentsauflösung, am 21. September, versichern Clinton, Kohl und Major dem russischen Präsidenten ihre Unterstützung für sein Vorgehen. Die FAZ schreibt am 23. September: "Kein Politiker von Rang und Namen hat sich von ihm distanziert. (...) Die Verbindung von Fortschritt und Berechenbarkeit traut die Welt nur Jelzin zu."

Keine Schranke hat diejenigen Politiker der imperialistischen Hauptländer, die Demokratie und Freiheit mit dem parlamentarischen Herrschaftssystem der Bourgeoisie zu identifizieren pflegen, daran gehindert, die Auflösung, Beschießung und Zerschlagung eines legalen Parlaments durch einen verfassungsbrüchigen Präsidenten und seine ebenso verfassungsbrüchige Regierung sofort und entschieden zu unterstützen - durch Erklärungen, Versprechungen und Finanzen. Um welche Beträge muß es gehen, wenn die angeblichen Verfechter von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit den offenen Verfassungsbruch und die Preisgabe jeder Gesetzlichkeit so vorbehaltlos gutheißen? Welche Interessen sind im Spiel, wenn die imperialistischen Lobredner der Menschenrechte deren Mißachtung durch Panzergranaten und Polizeiterror bejubeln? Warum nehmen die Politiker und die Medienzaren der imperialistischen Hauptländer die offenkundige Destruktion aller ihrer erklärten Ideale so klar in Kauf und geben jede Zurückhaltung auf?

Staatsstreich und Moskauer Alltag - Impressionen

Am 1. Oktober bin ich aus Moskau abgeflogen, habe also die Sprengung der Blockade am Haus der Sowjets und die militärische Abschlußaktion des Staatsstreiches nicht am Orte gesehen. Mein erster und

dominierender Eindruck während der Tage nach dem 21. September ist die Gleichgültigkeit der großen Masse der Menschen gegenüber dem hautnahen politischen Geschehen ihrer Tage. Während täglich Tausende vor dem Weißen Haus demonstrieren, Hunderte dort biwakieren und andere sich in die Gruppen der Verteidiger einreihen, während nach der Abriegelung täglich Tausende gegen die Blockade anrennen und durchzukommen versuchen, gehen zwölf Millionen Menschen der großen Stadt ihren Geschäften nach. Die Dekrete und Gegen-Dekrete berühren sie in ihren alltäglichen Sorgen nicht. Ja, mit der Blockade und damit der räumlichen Isolierung der Auseinandersetzung innerhalb Moskaus scheint es so, als würde das Leben der Stadt davon so gut wie gar nicht berührt.

In diesem Punkt - aber nur in diesem - erinnert das Geschehen an die Novembertage des Jahres 1917 in Petrograd, als die Bildungsbürger mit der Straßenbahn in die Oper fuhren, während das Winterpalais gestürmt wurde. Diese Gleichgültigkeit ließ die russischen wie die westlichen Parteigänger des Staatsstreiches bis zum Durchbruch der Blockade Triumph heulen: Die Appelle des Obersten Sowjets an die Bevölkerung und an die Armee schienen ungehört zu verhallen. Die Gleichgültigkeit kann Apathie und Erschöpfung sein; nach so viel Jahren erfolgloser Perestroika gibt es nur wenig Vertrauen in die Zweckmäßigkeit politischen Engagements, nicht einmal dann, wenn es um elementare eigene Interessen geht.

Ein unabweisbarer Eindruck in der Innenstadt: Rußland läßt einen zunehmend größeren Teil seiner Rentner buchstäblich verhungern. Und das ist nur ein besonders beklemmender Teil der Verelendung. Aber eine politische Mobilisierung der von der Verelendung Betroffenen findet während des Staatsstreiches nicht statt. Häufig rührt die Gleichgültigkeit aus der schwierigen und nervenaufreibenden Anstrengung fürs eigene Überleben her, häufig aber auch aus Geschäftsinteresse: Vor dem Polizeikordon protestieren Hunderte, später Tausende, während auf den großen Märkten der Stadt das Treiben unberührt weitergeht. Dort drängeln sich Hunderttausende.

Andererseits werden die Berichte über den Staatsstreich und seine schrittweise Exekution in den Zeitungen und im Fernsehen von vielen verschlungen. Die wichtigsten Zeitungen sind schnell ausverkauft, obwohl sehr viele Menschen sich keine Zeitung mehr leisten können. Die Moskauer sind polarisiert, nicht zuletzt durch die Medien. Aber in den überfüllten U-Bahn-Zügen gibt es keine Diskussion. Auch die bis zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und jelzintreuen Passanten reichenden Spannungen auf der Straße berühren nur wenige. Die meisten Menschen bleiben gleichgültig, obwohl sie einen Bürgerkrieg fürchten, wie er in anderen GUS-Staaten tobt, und ihnen täglich im Fernsehen zur Anschauung gebracht wird. Das jelzinhörige Fernsehen wird skrupellos als Bürgerkriegsinstrument eingesetzt. Seine Einseitigkeit, demagogische Verlogenheit und Hetze rufen Furcht, Abscheu und Empörung hervor, woraus aber nicht politische Parteinahme und Mobilisierung erwachsen.

Das hängt auch mit einem anderen Eindruck zusammen, der aus Gesprächen mit Intellektuellen zu gewinnen ist: Angesichts des monatelangen Handgemenges im Machtkampf, angesichts des Ausmaßes an Korruption bei der bisherigen Privatisierung, und zwar in der Nomenklatura des Zentrums wie der Regionen, angesichts auch der Handhabung des Korruptionsvorwurfs als Waffe im politischen Machtkampf, werden die Vertreter beider Seiten nicht selten moralisch gleichgesetzt, ja als Verbrecher abgelehnt. Diese Verachtung steht einer aktiven Parteinahme entgegen - aber jede Zurückhaltung wirkt sich zugunsten der Exekutionsmacht des Staatsstreiches aus. Sie blockiert auch eine nüchterne Analyse der Handlungen beider Seiten. Denn es ging hier nicht um die Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Gangs aus der Nomenklatura, auch wenn solche Momente nicht fehlten. Es ging um den Entwicklungsweg Rußlands.

Auch moralisch war die Alternative nicht die zwischen Pest und Cholera. Die bequemen und korrupten Abgeordneten der westlichen Parlamente und ihre käuflichen Schreiber frohlockten darüber, daß dem Weißen Haus Strom und Wasser abgesperrt wurden, daß es ebenso an Nahrungsmitteln und Getränken mangelte. Sie mokierten sich arrogant, die Sowjets würden an ihrer eigenen Scheiße ersticken. Doch welche privilegierten bourgeoisen Parlamentarier würden auch nur drei Tage unter solchen Bedingungen der Gewalt trotzen, zumal die korrumpierbaren Abgeordneten, mit lukrativen Posten geködert, zur Gegenseite übergingen?

Ähnlich wie der Sturz Ceausescus in seinem öffentlichen Teil ablief, als seien die Sequenzen aus einem Drehbuch fürs Fernsehen geschnitten, so erweckt auch das jelzinhörige Fernsehen den Eindruck, die politische Realität würde nach der Fernsehwirkung geschneidert: Die Berichte über die Unterstützung für Jelzin

durch Clinton, Kohl und Major am ersten Abend, durch die Staatschefs fast aller GUS-Staaten am zweiten Tag vermittelten ein Bild von einem allseits unterstützten Präsidenten und einem absolut isolierten Parlament.

Die Fernseh-Realität arbeitete der politischen in die Hände. Fernsehgerecht inszeniert wird Jelzins Spaziergang durch Moskau am 22. September: Bürgermeister und Verteidigungsminister als Claqueure, byzantinistische Bürokraten als Stichwortgeber. Ein paar Tage später reicht dergleichen offensichtlich nicht mehr aus: Auf der Twerskaja - der repräsentativen Hauptstraße mit Luxusgeschäften - versammeln sich 15.000 Anhänger Jelzins, keine Fernsehaction, sondern wirkliche politische Aktion. Hier sieht man nun auch, wer Jelzin unterstützt: Wohlgenährte und nach neuester Mode gekleidete Menschen, viele der neuen Bürokraten, neureiche Kapitalisten, Moskauer Yuppies und überhaupt die "goldene Jugend". Und als Farce auch einige Vertreter der sog. demokratischen Parteien. Die 10.000 Demonstranten vor dem Weißen Haus wirken dagegen in der Masse arm und abgezehrt, verhärmt und verzweifelt.

In den ersten Tagen der Blockierung des Hauses der Sowjets konnte man noch durch den Polizeikordon schlüpfen. Wer sich auf dem Platz innerhalb der Barrikaden umsah und umhörte, konnte zunächst nur verwundert sein: Mehrere hundert bis mehrere tausend Menschen sind dort ständig anwesend, halten Meetings ab und veranstalten Umzüge und Demonstrationen, bilden Propagandastützpunkte und ein Reservoir für Verteidiger. Zugleich zerfällt diese Menschenmenge in unzählige Gruppen und Grüppchen. Jede hat ihren Stand, jede hält ihr eigenes Meeting mit einigen Dutzend Zuhörern ab, jede propagiert ihre Position, die stets sehr prinzipiell ist, aber mit der politischen Situation des Tages und des Parlaments nichts zu tun hat.

Während Priester auf den Stufen des Parlaments öffentlich beten und es segnen, rufen Gruppen zur Wiederherstellung der Sowjetmacht auf. Während zaristische Monarchie und orthodoxe Religion beschworen werden, fordern an anderer Stelle die Sprecher einen Stopp der Einführung des Kapitalismus in Rußland. Nationalisten propagieren Rußlands Größe, Faschisten das "Ariertum" der "russischen Rasse", und die Anhänger der Sowjetunion eine gleichberechtigte Union aller ihrer Völker. Neben den Bildern von Stalin werden Ikonen und Zarenbilder verkauft. Neben den roten Fahnen mit Hammer und Sichel wehen große rote Banner mit dem Jesusporträt, daneben die Flaggen der Monarchisten und viele andere. Ist die politische Zusammensetzung des belagerten und von Jelzin für aufgelöst erklärten Obersten Sowjet im Innern des Hauses schon eine merkwürdige Koalition, so bietet das Konglomerat auf dem Platz davor nicht nur ein irritierendes Bild. Zwischen all diesen Gruppen spazieren friedlich und unbehelligt die jelzinhörigen Polizisten mit dem Sprechfunkgerät in der Hand und machen Meldung über die Lage.

Die Gegnerschaft gegen Jelzin reicht offenbar nicht aus, diese in zahllose ideologische Gruppen zerfallende Menge unter einer Aktionslosung zu einen, zu einer politischen Handlung zu sammeln. Der Durchbruch durch die Polizeiketten erfolgte denn auch von außen. Die politische Mobilisierung und Formierung jener Kräfte, die dazu stark genug waren, brauchte fast zwei Wochen. Und sie gelang auch erst, nachdem der eskalierende Polizeiterror die Erbitterung auf den Siedepunkt erhitzt und Gegenwehr provoziert hatte.

Seit der Abriegelung der Zugänge zum Obersten Sowjet wurden die Barrieren ständig von hunderten Menschen belagert, die Durchlaß forderten. Sie redeten auf die Polizisten ein, sie agitierten sie, schrieen sie an, einige deklamierten sogar Gedichte. Manche versuchten auch, sich freundlich mit ihnen zu unterhalten, boten ihnen Zigaretten und Obst an. Die immer wieder an die Polizisten gestellte Frage, ob sie sich bewußt seien, wem und wofür sie hier dienten, irritierte sichtlich und führte zu unterschiedlichen Reaktionen.

An einer breiteren Zufahrt, wo quer über die Straße ein Eisengitter gezogen war, hinter dem eine ganze Kompanie junger Milizsoldaten postiert war, zeigte es sich, daß auch die große Zahl der eingesetzten Rekruten kein sicherer Faktor gegen den Zweifel war. Die jungen Milizsoldaten waren meist erst 18 Jahre, sie stammten nicht aus Moskau und kannten es auch nicht. Unter dem psychologischen Druck der andringenden Menge, ihres Einredens, ihrer Wut und ihrer Vorwürfe wurden sie nervös und unsicher. Ganz anders jene Polizeioffiziere, die ihre abweisende Verachtung der Protestierenden geradezu zur Schau trugen und deren Mienen sich mit jeder Stunde mehr verhärteten.

Alternativen im Machtkampf - Fragen und Überlegungen

Wenn es um die politische Parteinahme geht, pflegt das historische Gedächtnis selektiv zu verfahren, von der politischen Instrumentierung der Geschichte gar nicht erst zu reden. Dabei ist die Frage, warum es zwischen dem Obersten Sowjet und dem Präsidenten zu einem derartigen Gegensatz gekommen ist, nur aus der

jüngsten Geschichte zu beantworten. Sieht man zunächst von der heterogenen Zusammensetzung dieses Sowjets ab, so muß festgehalten werden: Dieser Oberste Sowjet der Russischen Föderation war 1991 keineswegs ein kommunistischer Gegenpart Jelzins, sondern er bildete bei zwei entscheidenden Vorgängen mit ihm eine politische Partei:

1. Ohne Ruzkoi und Chasbulatow hätte Jelzin die Wahlen vom Juni 1991 zum Präsidenten der Russischen Föderation nie gewonnen. Und ohne diese Unterstützung wäre wohl auch der Putsch vom Januar 1991 nicht so einfach abzuwehren gewesen. Jelzins Manifest vom August 1991 entstand unter Federführung Chasbulatows. Bei Jelzins faktischem Gegenputsch nach der Niederlage der Verschwörer, mit dem er Gorbatschow und die Sowjetregierung entmachtete, blieben Vize Ruzkoi wie Parlamentschef Chasbulatow die unentbehrlichsten Verbündeten, ohne deren Hilfe Jelzins Gegenputsch kaum die Billigung durch den Obersten Sowjet der Föderation erlangt hätte.

2. Auch der zweite faktische Staatsstreich Jelzins vom November 1991, mit dem durch die Bildung der (zeitweiligen) Union von Rußland, Weißrußland und der Ukraine und dann der GUS die Sowjetunion als Staatsverband ausgehebelt wurde, war eine gemeinsame Aktion von Jelzin, Ruzkoi und dem Obersten Sowjet der Russischen Föderation. Letzterer hat an der Auflösung der Union und der Konstituierung des souveränen Rußland einen ebenso grundlegenden Anteil wie an dem Kurs des Übergangs zur parlamentarischen Demokratie und zur kapitalistischen Marktwirtschaft.

Es besteht also kein Anlaß, die Geschichte zu streichen und die Hetze der internationalen wie der russischen Pro-Jelzin-Presse über den kommunistischen Anspruch der Abgeordneten für eine historische Tatsache zu nehmen. Aber ganz unabhängig davon war der Sowjet bereits durch seine bloße Existenz und seine Struktur der Widerpart eines Präsidenten, der die höchste Macht und alle ihre Rechte allein in seinen Händen vereinigen wollte, um das Prinzip der Räte grundsätzlich zu beseitigen. Ob sich die Mehrheit der Deputierten dessen bewußt war oder nicht, ob sie die Grundsätzlichkeit des Verfassungskonflikts und des Machtkampfes begriff oder nicht: Das Prinzip der Sowjets als höchste Machtorgane schließt jenes System der Macht, das Jelzin in seinem Verfassungsentwurf anstrebt, grundsätzlich aus. Das Amt eines Präsidenten, der ohne oder gegen die gewählten Deputierten die höchste und alleinige Macht, legislativ, exekutiv und judikativ verkörpert, ist mit dem Sowjetsystem unvereinbar. Die Angeordneten des Obersten Sowjets waren keine Berufsparlamentarier bürgerlicher Couleur, sie finden sich neben ihrer Berufstätigkeit nur zu Sitzungsperioden zusammen und sind von ihren Wählern abrufbar.

Dieser Oberste Sowjet selbst hatte für Jelzin das Amt des Präsidenten geschaffen. Doch damit war die entscheidende Bestimmung der Sowjets, allein die höchste Staatsmacht zu verkörpern, nicht gestrichen worden. Die unumschränkte Macht des höchsten Sowjetforums wurde keinem Präsidenten untergeordnet. Vielmehr blieb der Oberste Sowjet berechtigt, auch den Präsidenten Rußlands seines Amtes zu entheben. Angesichts des Anspruchs Jelzins auf die alleinige Präsidentenmacht war die Konfrontation unvermeidlich. Doch dies wurde den meisten Abgeordneten nur allmählich bewußt.

Dieser letzte Oberste Sowjet der Russischen Föderation war zugleich der erste in der Geschichte, der den Grundsatz der Sowjetherrschaft wirklich in Anspruch nahm, nachdem Union wie KPdSU zerfallen waren. Schließlich kann hinsichtlich seiner Wahl entgegen allen interessierten Lügen dieser Oberste Sowjet die gleiche Legitimität in Anspruch nehmen wie der Präsident: Als der Oberste Sowjet 1990 in Rußland gewählt wurde, galten die noch 1989 vorhandenen Wahleinschränkungen nicht mehr.

Der Oberste Sowjet Rußlands arbeitete auf derselben Verfassungsgrundlage wie der Präsident Jelzin. Vorher aber war Jelzin von diesem Obersten Sowjet zu seinem Präsidenten gewählt worden. Und die verfassungsrechtliche Stellung des Parlamentspräsidenten war von diesem Obersten Sowjet auf Jelzins Machtbedürfnisse zugeschnitten worden. Als Jelzin anschließend russischer Präsident wurde, sorgte er gegen erhebliche Widerstände mehrerer Parlamentsfraktionen dafür, daß Ruslan Chasbulatow sein Nachfolger als Parlamentspräsident wurde.

Angesichts der verfälschenden Darstellungen über das Verhältnis des "Reformers" Jelzin zum "Reformgegner" Chasbulatow muß darauf bestanden werden, nach Ursprung und Grundlage des Gegensatzes zu fragen. Chasbulatow hat erst nach allen möglichen Kompromißversuchen mit Jelzin gebrochen und war zur Opposition gegen ihn übergewechselt. Ruslan Chasbulatow ist Tschetschene. Dieses kleine Kaukasusvolk gilt

den Vorurteilen aller russischen Nationalisten - die auch recht massiv von der Armee kultiviert werden - wie alle Kaukasier als verschlagen und skrupellos geschäftstüchtig. Wie kann ein Tschetschene und Moslem an der Spitze eines russischen Parlaments stehen - fragten nicht nur die Generale.

Chasbulatow stieß zunächst auf den Widerstand vieler Parlamentsfraktionen und wurde erst im Zuge des sich verschärfenden Verfassungskonflikts seit 1992 mehr und mehr als Vertreter des Obersten Sowjets respektiert. Seit Ende der 8oer Jahre hatte er mit Jelzin eine Partei gebildet. Als Spezialist für internationale Wirtschaftsbeziehungen weiß Chasbulatow genau, worum es für Rußland bei der Anpassung an die vom IWF diktierten Marktbedingungen geht. Sein Konzept eines sozial abgefederten und staatlich regulierten Übergangs zum Marktkapitalismus, eines Aushandelns des Preises für den Griff des IWF nach Rußlands Ressourcen und Potenzen statt des bedingungslosen Ausverkaufs, eines verfassungsrechtlich und rechtsstaatlich ausgebauten Modus von Sowjet-Demokratie statt Autokratie mit rechtloser Duma nach innen und bedingungsloser Kapitulation vor dem IWF-Diktat nach außen, mußte ihn zum exponiertesten Gegenspieler Jelzins werden lassen.

Bereits auf dem Volksdeputiertenkongreß im April 1992 war der Gegensatz zwischen Jelzin und Chasbulatow so entschieden, so grundsätzlich, so umfassend, daß Welten sie trennten. Die Spekulation des Klüngels um Jelzin, mit Chasbulatow als Parlamentspräsidenten ein nützliches Werkzeug zur Inthronisierung der Alleinherrschaft des Präsidenten gefunden zu haben, erwies sich als Fehlkalkulation. Wenn sich insbesondere seit dem von Jelzin im April 1993 gegen den Widerstand des Obersten Sowjet durchgesetzten Referendum der Machtkampf zwischen dem Präsidentenklüngel und seinen Gegnern zum täglichen Handgemenge entwickelte, so bleibt zu fragen, was hinter den als Verfassungsstreit ausgetragenen Machtansprüchen an Interessen, Widersprüchen, Problemen und Konzeptionen steckt.

Um nicht mißverstanden zu werden: Der Verfassungsstreit soll damit nicht abgewertet werden. Verfassungsfragen sind Machtfragen, und der Anspruch Jelzins, eine Verfassung für die Alleinherrschaft eines autokratischen Präsidenten zu schneidern, traf zu Recht auf den Einspruch aller Sowjets sowie zahlreicher Parteien, Verbände und der Regionen Rußlands. Zwei Verfassungskonferenzen, eine vom Präsidenten verfassungswidrig eingesetzt, und eine legale des Obersten Sowjets, arbeiteten seit Monaten am Text. Ihr Konflikt ließ das blutige Finale durchaus ahnen.

Der Entschluß Jelzins, die Resultate der Verfassungskommissionen nicht abzuwarten, sondern den Machtkampf mit militärischen und polizeilichen Mitteln zu entscheiden, sein offener Bruch mit der eigenen Verfassungsgrundlage und die Usurpation von Rechten, die die Verfassung ihm ausdrücklich vorenthielt, schließlich die Suspendierung des von ihm selbst eingesetzten Verfassungsgerichtes, als es sich ebensowenig als willfährig erwies wie Vizepräsident und Parlamentspräsident - all das läßt nach den Zwecken jener "demokratischen" Lobredner fragen, die zwar den Verfassungsbruch zugeben und ihn sogar für undemokratisch halten, aber doch als "legitim" und als "Geburtshilfe für eine russische Demokratie" rechtfertigen.

Selbst die Peinlichkeit, seine angekündigte Bereitschaft zu vorzeitigen Präsidentschaftswahlen wieder zurückzuziehen und jetzt sogar länger als das zu wählenden Parlament im Amt bleiben zu wollen, hat die "demokratische" Presse nicht mehr beschämen können. Weil der Präsident ein "Reformer" sei, das Parlament aber "alle Reformgegner unter seinem Dach" versammelt habe, berge Jelzins Vorgehen - so die tageszeitung oder der Freitag, von den großbourgeoisen Medien gar nicht erst zu reden - "keine Gefahr für die Demokratie" in sich.

Bei wahrheitsgemäßer Darstellung kann nicht bezweifelt werden, daß alle Akte des Obersten Sowjets im Sinne der Verfassung legal, also verfassungsmäßig gültig waren. Das betrifft Jelzins Absetzung als Präsident ebenso wie die Berufung Ruzkois zum amtierenden Präsidenten, das betrifft alle Dekrete gegen Jelzins Staatsstreich. Auf dem Boden der nach wie vor rechtlich gültigen Verfassung, auf die er sich als Grundlage seiner Präsidentschaft beruft, ist Jelzin seit dem 21. September zwar der faktische Inhaber, aber rechtlich ein Usurpator des Präsidentenamtes, von seinen Gewaltverbrechen gar nicht zu reden. Und der rechtmäßig amtierende Präsident Ruzkoi sitzt wegen seiner Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung im Lefortowo-Gefängnis.

Sowenig wie der Oberste Sowjet, sowenig sind auch die Kräfte der Regierung Tschernomyrdin politisch einheitlich. Es ist makaber, daß ausgerechnet jene Regierungsinstitutionen, denen die legale Staatsgewalt anvertraut war, sich als Speerspitze bei der Exekution des Staatsstreiches erwiesen haben. Aber das Bündnis der verschiedenen Regierungsfraktionen mit Jelzin, Gajdar, Schumejko und Schachraj, die zeitweilige Einheitsfront von Innenministerium, KGB und Armee mit Jelzin und ihre Unterstützung durch Tschernomyrdin bedeutet nicht, daß sie selbst dabei gleiche Interessen, Absichten oder Ambitionen hatten. Bereits der nächste politische Schritt wird Differenzen offenlegen.

Manche russische Intellektuelle neigen dazu, die erwartete Abwendung jener Kräfte von Jelzin, mit denen er eben noch gemeinsam den blutigen Staatsstreich durchführte, auf Jelzins Selbstherrlichkeit, seine Maßlosigkeit und Unzurechnungsfähigkeit, ja seine Unzivilisiertheit und seinen Alkoholismus, kurz auf seine bekannten autokratischen Eigenwilligkeiten zurückzuführen. Die Tschernomyrdin, Schumejko, Schachraj oder Gratschow werde es ebenso in den Gegensatz zu Jelzin treiben wie Ruzkoi oder Chasbulatow. Es sei nicht bezweifelt, daß auch diese Gründe für das Verhältnis zu Jelzin eine wichtige Rolle spielen, sicher bei Ruzkoi und Chasbulatow. Es kann sein, daß der Riß von Männerfreundschaften die Parteinahme während des Staatsstreiches noch verschärft hat. Der für den kompakten Einsatz der staatlichen Gewaltmittel gegen die Verfassungsordnung des Staates entscheidende Grund scheint mir aber in zentralen politischen Differenzpunkten zu liegen:

Neben dem Verfassungskonflikt parlamentarische Demokratie versus Präsidialdiktatur handelt es sich um alternative Wege zur kapitalistischen Marktwirtschaft: Entweder bedingungslose Kapitulation vor den Forderungen des IWF nach außen und rücksichtslose Privatisierung plus "Schocktherapie" à la Sachs nach innen - oder staatlich regulierte und sozial abgefederte, nach wie vor mit der wirtschaftlichen Rolle des Staates rechnende und die Privatisierung begrenzende Einführung der Bedingungen des kapitalistischen Weltmarktes, zugleich mit dem Anspruch auf eine Mindestform nationaler Bestimmung, auch gegenüber dem IWF, über den Preis der Unterordnung. Die wirtschaftspolitische Alternative Sachs oder Keynes kulminierte außer in der Geldpolitik in der Frage des Privateigentums an Grund und Boden. Hier waren die Positionen polarisiert: Jelzin für das ungehemmte Privateigentum an Land, der Oberste Sowjet der Föderation dagegen.

Den westlichen Unterstützern Jelzins und Gajdars ist "Demokratie in Rußland" nicht mehr als eine Floskel, Verfassung hin, Verfassungsgericht her. Wenn allein die Person Jelzin garantiert, daß der "Reformprozeß in Rußland" weitergeht, so ist eindeutig bestimmt, wofür ihnen Jelzin steht: Für die bedingungslose und rücksichtslose Durchsetzung der Forderungen des IWF, für die völlige, jeglichen Autonomieanspruch preisgebende Erfüllung der Zugriffsforderungen der Kapitalisten auf Rußland, und für die skrupellose Beseitigung aller möglichen Hemmnisse, seien es Rücksichten auf die Lage des Volkes, seien es "demokratische" Formen. Und Jelzin steht ihnen dafür, mit Leidenschaft und Konsequenz die verbliebenen Reste der Grundlagen, Elemente, Gewohnheiten, Bedürfnisse und Errungenschaften von sieben Jahrzehnten Sowjetgesellschaft zu beseitigen.

Die Stellung des Harvard-Schülers Gajdar hatte in diesem konterrevolutionären "Reformprozeß in Rußland" stets Signalfunktion. Den Experten von IWF und Weltbank galt er als Bürge einer stabilitätsorientierten monetaristischen Politik. Als Jelzin drei Tage vor dem Staatsstreich Gajdar provokativ zurück in die Regierung holte, war das als Kampfansage unübersehbar. Gajdar hat sich zwar unmittelbar nach seinem erneuten Amtsantritt zur Abwiegelung der beunruhigten Gemüter gegen einen weiteren "Schock" ausgesprochen, gleichzeitig aber für Subventionskürzungen in der Landwirtschaft, für Kürzungen der staatlichen Investitionen und allgemein für massive Ausgabenbeschränkungen.

Bei der Rückkehr Gajdars darf nicht vergessen werden, weshalb er das erste Mal berufen wurde und weshalb er ein halbes Jahr später gehen mußte: Im März 1990 legte der Internationale Währungsfonds der Regierung der Sowjetunion Richtlinien zur Anpassung ihrer Wirtschaft an die Weltmarktbedingungen vor. Diese Richtlinien aber wurden zur Grundlage nicht für Gorbatschows Politik, sondern für die Jelzins, der sie bis Ende 1993 einlösen wollte und dafür Gajdar berief. Das auf die IWF-Richtlinien gestützte Schockprogramm der russischen Regierung verschaffte Jelzin die entschiedene Gunst der kapitalistischen Hauptmächte, in der er den zögerlichen Gorbatschow ablöste.

Gajdars Politik hoher Steuern und knappen Geldes, der "Entstaatlichung" der Wirtschaft und ihrer Privatisierung führte in kürzester Zeit zu reihenweisem Bankrott, zu Massenarbeitslosigkeit und Zerfall des

Sozialsystem, zur Zerschlagung der Wirtschaftsstrukturen und ihrer Atomisierung, besonders auch in der Landwirtschaft. Da an deren Stelle keine neuen, produktionsfähigen Betriebe entstanden, keine neuen Strukturen aufgebaut wurden, da zudem eine gleichberechtigte Einbeziehung in die Weltwirtschaft nicht erfolgte, sank die Produktion rapide. Einiges allerdings stieg schnell an: Die Korruption der "nomenklaturischen Privatisierung" wurde allgemein, das Handelskapital der Mafia-Gruppen expandierte, die ausländischen Nummernkonten der Profiteure des Privatisierungsbooms schwollen an. Mit der Arbeitslosigkeit und der Inflation wuchs die Unzufriedenheit der Menschen. Der Rückgang der Produktion in Industrie und Landwirtschaft führte Gewerkschaften und Fabrikdirektoren in einer Front gegen Gajdar zusammen. Unter ihrem Druck und dem des Obersten Sowjets der Föderation mußte Gajdar zurücktreten.

Mitte September 1993 hielt sich in Moskau eine Delegation der Weltbank und des IWF auf. Sie sollte überprüfen, ob die im Frühjahr 1993 der russischen Regierung in Aussicht gestellten Kredite auch wirklich gewährt werden können: Die Delegation teilte ihren Beschluß öffentlich mit: Rußland habe keines der im Frühjahr 1993 mit dem IWF vereinbarten Vorhaben eingehalten. Weder habe die Inflationsrate auf 8% gehalten werden können (faktisch: 30%), noch gebe es ein Budget für 1993. Weder seien die Steuererhöhungen durchgesetzt worden, noch habe die Regierung die Zahlung von Milliardenkrediten an die maroden Betrieben entscheidend eingeschränkt.

Fazit: Es sei äußerst unwahrscheinlich, daß die in Aussicht gestellten Kredite wirklich erteilt würden. Dieser Standpunkt der Delegation des IWF und der Weltbank wurde am 20. September, also einen Tag vor Jelzins Staatsstreich, in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlicht. Eine Woche später wurde dann in Washington ganz offiziell ein Signal gesetzt: Auf der Jahrestagung des IWF und der Weltbank einigten sich die sog. Geberländer, die Unterstützung an Rußland so lange auszusetzen, bis sich dort die "Reformer um Präsident Jelzin" in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen durchgesetzt hätten. Bekanntlich verhängte Jelzin drei Tage später den Ausnahmezustand und ließ am vierten das Parlament mit Panzern zusammenschießen.

Die seltsame Allianz der Verteidiger des Weißen Hauses

Keineswegs alle, die die Auflösung des Obersten Sowjets ablehnten, gehörten auch zu dessen Verteidigern, sei es politisch, sei es physisch. Jelzins Versuch, alle jene Kräfte, die sein Auflösungsdekret verurteilten, zu stigmatisieren und zu kriminalisieren, umgreift aber auch sie. Die Leitung der Unabhängigen Gewerkschaften rief gegen den Staatsstreich zum Generalstreik auf - doch sie konnte ihre Mitglieder nicht mobilisieren - und die Führung wurde unter dem Sturm der Masse der mittleren Funktionärskader, die für Jelzin waren, hinweggefegt. Der Industriellenverband unter Wolski verurteilte den Staatsstreich, aber er distanzierte sich vom Obersten Sowjet.

Der Oberste Sowjet der Russischen Föderation war mit rund 250 Abgeordneten, die im Turnus diese Funktion wahrnahmen, die ständige Vertretung des Deputiertenkongresses der Föderation. Jene seiner Abgeordneten und Fraktionen, die Jelzins Verfassungsbruch unterstützten, zogen sich schnell zurück. Im August 1993 hatte sich die Nationale Rettungsfront , ein sehr breites Bündnis von den Nationalisten bis zu den Kommunisten, entschlossen, Parlamentspräsident Chasbulatow zu unterstützen, nachdem sich im Verlauf des Machtkampfes der letzten Monate Chasbulatow wie Ruzkoi dieser Koalition angenähert hatten. Im gleichen Monat schloß sich die Rettungsfront mit der Bürgerunion von Wolski zu einer Bewegung für die Verteidigung des Parlamentarismus (d.h. des Deputiertenkongresses) zusammen.

Die nicht nur in der Rettungsfront verkörperte Blockbildung von Vertretern unterschiedlicher kommunistischer Parteien, zahlreicher Repräsentanten früherer sowjetischer Einrichtungen mit russischen Nationalisten, Konservativen und auch rechtsextremen Gruppen datiert nicht erst aus der Zeit des Staatsstreichs, sondern war eine Reaktion auf den Untergang der Union und den Verlust der Großmachtstellung. Vorbereitet hatte sie sich bereits lange vor der Perestroika, als im Apparat der KPdSU nationalistische Tendenzen durchaus wohlgelitten waren. General Makaschow, ein nationalistischer Militär, war einer der Organisatoren der Verteidigungskräfte des Weißen Hauses, aus dessen Wache und aufgestellten Hundertschaften. Makaschow war aber auch einer der neun Ko-Vorsitzenden der im Oktober 1992 gebildeten Nationalen Rettungsfront. Zusammensetzung, Entwicklung und vor allem die Problematik dieses buntscheckigen Bündnisses mit seinen zahlreichen Verbänden, Zentren, Ausschüssen kann hier nicht erörtert werden. Seine Denunziation als bolschewistisch-faschistisches Bündnis rührt nicht erst vom Jelzinschen Staatsstreich her, aber sie leistete

seiner Rechtfertigung hervorragende Dienste. So denunzierte die FAZ das russische Parlament am Tag nach dem Sturm auf das Weiße Haus als eine "bolschewikisch und imperial-großrussisch orientierte Versammlung".

In der Rettungsfront sind tatsächlich Monarchisten, großrussische Nationalisten, Konservative mit sog. Nationalkommunisten zusammengeschlossen. Die Problematik dieser Koalition besteht nicht in erster Linie darin, daß sie Jelzin und den "Demokraten" in Rußland wie im Westen Argumentationshilfe für deren heuchlerische Rechtfertigung des Putsches gaben und damit real Jelzins Handlungsfreiheit ausweiteten. Gewichtiger noch erscheint mir, daß innerhalb dieses Bündnisses gar keine wirkliche politische Auseinandersetzung um grundsätzliche Positionen stattfindet, wohl aber stillschweigend eine weitgehende Akzeptanz nationalistischer Positionen als praktikable Grundlage, sofern dies ein russischer Nationalismus mit antikapitalistischen Elementen ist. Kommunisten und Sozialisten konnten in diesem Bündnis weder eine eigene Linie durchsetzen noch ihre ideologische Selbständigkeit darin bewahren. Ihre politischen Ziele und Normative spielten darin kaum eine Rolle. So unterlag etwa Ruzkoi in den letzten Monaten zunehmend den Einflüssen nationalistischer Richtungen. Allerdings kann weder im Obersten Sowjet noch außerhalb das politische Spektrum der Verteidiger auf die Rettungsfront eingeengt werden, so breit und schwammig sie auch sein mag. Alle in der Front vereinigten Organisationen und zahlreiche weitere sind nach Jelzins Sieg erst einmal verboten worden. Da kommunistische und andere linke Kräfte nach dem Untergang der Union und der KPdSU sowieso geschwächt waren, löste der blutige Putsch Jelzins hier durchaus Schockwirkungen aus.

Die Liste der nach dem 4. Oktober verbotenen Organisationen führt jene Kräfte auf, die sowohl den Widerstand des Obersten Sowjets unterstützten als auch die Massen mobilisierten. Zwar gelang es, die Polizei in die Flucht zu schlagen, aber diese Aktion blieb viel zu schwach, um wirklich in einen Aufstand gegen das Staatsstreichregime umzuschlagen. Dabei fällt eines auf: Für die rekrutierten und uniformierten Verteidiger des Hauses stand zunächst neben der Wache als einzige die Ordnungstruppe der Russkoje Nationalnoje Jedinstwo zu Verfügung. Sie wurde von General Makaschow denn auch bewaffnet und eingereiht. Ihre faschistische Symbolik und ihr martialischer Ausdruck wurde zum Lieblingsargument Jelzins, den aggressiven Antikommunismus durch einen angeblichen Antifaschismus zu begründen. Man darf jedoch deren Stellenwert bei der Verteidigung nicht verkennen: Sie stand für einen Teil der Verteidigung des Hauses zur Verfügung, für eine politische Mobilisierung von Massen blieb sie ungeeignet.

Die politische Blockbildung bei der Verteidigung des Obersten Sowjets wird zur Folge haben, daß ihre gemeinsame Niederlage die einzelnen Parteien dieses Bündnisses mit unterschiedlicher Schwere und Schärfe trifft. Ob die Blockbildung der Rettungsfront diese Niederlage überdauern wird oder ob in ihr kommunistische und sozialistische Positionen vollends untergehen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist diese Koalitionsbildung ein Weg, bei dem jede sozialistische Alternative auf der Strecke bleibt und damit doppelt geschlagen erscheint: Von der Niederlage durch Jelzin und von der Blockbildung gegen diesen.

Übrigens haben sich keineswegs alle Faschisten oder alle großrussischen Nationalisten auf die Seite des Sowjets geschlagen. Deren stärkste Fraktion, die Gruppe um Schirinowski, hielt sich abseits und steht nunmehr als Reserve bereit, die angesichts des Jelzin-Kurses wachsende Unzufriedenheit aufzufangen und in ein nationalistisches Fahrwasser zu leiten.

Die Allianz des Staatsstreiches

Die Regierung des Verfassungsbruchs war vorher nicht einheitlich und ist es hinterher noch weniger. Sie steht vor den gleichen Problemen und Folgen ihre Wirtschaftskurses, die jene Situation des Machtkampfes hervorgebracht haben. Regierungschef Tschernomyrdin hat sich voll mit dem Staatsstreich identifiziert, er hat in dessen kritischer Stunde in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober vielleicht entscheidend zu seinem Erfolg beigetragen. Selbstverständlich ist diese heterogene Regierung nicht mit dem Präsidentenklüngel identisch. Neben Gajdar und Schumejko, den exponiertesten Staatsstreichministern, war es vor allem Jelzins Sicherheitsrat, der die wirkliche Unterstützung organisierte. Ihm gehören die drei Minister der bewaffneten Kräfte an.

Der Einsatz schwer bewaffneter Truppenteile des Innenministeriums, des Sicherheitsministeriums und des Verteidigungsministeriums gegen die verfassungsmäßige Ordnung und ihre Verteidiger war durch Jelzin von langer Hand, wenn auch verdeckt, vorbereitet worden. Dennoch ging nicht alles nach seinem Wunsch. Die Truppen der OMON-Sondereinheit hatten bereits am 1. Mai die verbotene Maidemonstration auf dem Roten

Platz blutig auseinandergejagt. Die Truppenkontingente und Sondereinheiten des Innen- und des Sicherheitsministeriums wurden bereits in der Vorbereitungsphase mobilisiert und waren dann die entscheidenden Exekutoren des Staatsstreiches. Für ihre Loyalität zu Jelzin sorgten nicht nur spürbare Soldverbesserungen, sondern auch die Entlassung und sogar Inhaftierung von Gegnern dieses Kurses in den Tagen unmittelbar vor dem 21. September. Das Muster der inneren Säuberung der Streitkräfte durch Pinochet vor dem 11. September 1973 ist in diesen Handlungen unverkennbar. Über diese Seite der Vorbereitung ist bisher wenig bekannt geworden.

Schwieriger war es für Jelzin mit der Armee. Obwohl sich Verteidigungsminister Gratschow sofort, öffentlich und angeblich bedingungslos hinter Jelzins Staatsstreich stellte, lehnte die Armeeführung einen Einsatz gegen den Obersten Sowjet bis zum 4. Oktober ab und proklamierte öffentlich ihre "politische Neutralität" im Machtkampf. Aber natürlich war die Armee weder neutral noch passiv. Denn auch ohne unmittelbaren bewaffneten Einsatz waren die Streitkräfte von Anfang an arbeitsteilig in die gewaltsame Durchsetzung des Staatsstreiches eingebunden. Die verstärkte Bewachung von Objekten, die Verlegung von Einheiten nach Moskau, vor allem aber die Neutralisierung jener Militärs, die möglicherweise den Obersten Sowjet zu unterstützen bereit gewesen wären, machten die Rede von der Neutralität von vornherein trügerisch und gegenstandslos.

Diese offizielle Fiktion war jedoch der besonderen Lage der Streitkräfte geschuldet. Tatsächlich waren außer jenen Einheiten, die in den vielen Kriegen und Bürgerkriegen der Randstaaten der Russischen Föderation kämpfen, nur noch einige wenige Eliteeinheiten schnell einsatzfähig. Denn der Verlust der Großmachtstellung, der Zerfall der Sowjetunion und der wirtschaftliche Niedergang hat die Streitkräfte wohl schlimmer betroffen als viele andere Gruppen der russischen Gesellschaft. Der größere Teil der Sowjetarmee wurde von Rußland übernommen, und doch sind von einst vier Millionen Mann kaum 1,3 Millionen übriggeblieben. Mehr als ein Drittel der Wehrpflichtigen folgt der Einberufung nicht mehr. Unter Mangel und menschenunwürdiger Unterbringung leiden heute auch höhere Dienstgrade. Am schlimmsten ist die Wohnungssituation.

Natürlich wirkt sich die materielle Not auf die Ausbildung und die Einsatzfähigkeit der Armee aus. Die für eine volle Präsenz nötigen Mittel erhalten nur noch wenige Verbände. Die beim Sturm auf das Weiße Haus eingesetzten gehören zweifellos dazu: die 106. Garde-Luftlandedivision aus Tula, die Taman-Panzerdivision und auch die 1. motorisierte Schützendivision. Die Armeeführung fürchtete sicher zu Recht, daß ein Einsatz der Streitkräfte im politischen Machtkampf die Widersprüche in der Armee aufbrechen lassen würde. Ungeachtet dessen wurden die Verteidiger des Weißen Hause noch Minuten vor dem Panzerbeschuß am frühen Morgen des 4. Oktober mit lancierten Gerüchten in die Irre geführt, ihnen ergebene Truppen seien zur Unterstützung im Anmarsch. Tatsächlich war die anhaltende Hoffnung von Ruzkoi und anderen Deputierten, doch noch die Unterstützung von Teilen der Streitkräfte zu gewinnen, nicht so völlig weltfremd, wie die Lohnschreiber des Staatsstreichs meinten.

Doch der Verlauf des Entscheidungsprozesses in der Armeeführung, die formelle Zurückhaltung aufzugeben und direkt einzugreifen, wirft viele Fragen auf und wird ohne Zugang zu den Quellen nicht endgültig zu klären sein.

Unter den Kommentatoren herrscht zunehmend Einmütigkeit darüber, daß der zeitweilige Sieg der Anhänger des Obersten Sowjets und ihr Niederschießen durch die Panzer der Armee ein abgekartetes Spiel waren. Jelzin brauchte in der Situation des Wochenendes die sofortige und bedingungslose Niederschlagung: Einmal, um die lästige Vermittlung des Patriarchen abzuschütteln, deren Erfolg drohte, der aber für ihn politisch kein Erfolg gewesen wäre. Zum zweiten, um die Armee zu aktivem Einsatz zu bringen, und drittens durch einen Gewaltschlag eine solche politische Überlegenheit zu erringen, daß die widerspenstigen Regionen sich zurückhalten mußten.

Von daher, so eine durchaus einleuchtende Erklärung, sei durch bewußt schwach gehaltenen Einsatz der Polizeikräfte und durch provozierte Gewalt der Durchbruch der Massen geradezu lanciert worden. Schließlich zogen sich die Milizkräfte gar im Laufschritt zurück und hinterließen zahlreiche Kraftfahrzeuge. Die über 60 Toten beim provozierten Sturm auf Ostankino wurden erschossen, als mit schweren Waffen, über die die Aufständischen nicht verfügten, in die Menge gefeuert wurde. Alle diese Erfolge der Verteidiger des Sowjets sollten die Lage Jelzins so verzweifelt erscheinen lassen, daß die Armee bereit sein würde, ihre Scheinneutralität offen aufzugeben und auf das Volk zu schießen. Tschernomyrdin eilte nachts um drei zum

Generalstab, um den zögernden Gratschow zum Einsatzbefehl zu drängen. Schließlich brauchte Jelzin eine Situation, in der die Opposition die Gelegenheit zum Blutvergießen erhalten sollte, und er ließ sie schaffen.

Wohlgemerkt, dies ist bisher eine Hypothese. Ihr steht eine andere gegenüber, nach der die Aufständischen tatsächlich eine solche Überlegenheit erlangt hätten, daß der Jelzin-Clique das Wasser bis zum Halse stand. Regierungsgebäude wie Lubjanka und Innenministerium waren in der entscheidenden Nacht vom 3. auf den 4. Oktober praktisch unbewacht. Wohl aber waren die Gebäude des Verteidigungsministeriums und des GUS-Hauptquartiers von Panzern bestens geschützt. Die bereits am Abend nach Moskau eingerückten Armee-Einheiten waren bis zum Morgen des 4. Oktober nicht an ihre Einsatzorte vorgerückt. Der Kreml war verrammelt, innen warteten zwei startbereite Hubschrauber. Der Gouverneur des Moskauer Gebietes hatte bereits am 2. Oktober an die Tore der Taman-Division geklopft und um Hilfe ersucht - er war abgewiesen worden. Die Taman-Panzer-Division gehört nicht zu den Streitkräften, sondern zum (Ex)-KGB. Jedenfalls hatte die Staatsstreich-Allianz in dieser Nacht, als das Weiße Haus befreit, das Bürgermeisteramt und einige Agenturen von den Aufständischen besetzt und Ostankino heftig umkämpft waren, nicht allzuviele einsetzbare Kräfte zur Verfügung. Selbst die direkt Jelzin unterstellte Dsershinski-Division der Staatssicherheit war nicht einsatzfähig.

Die Merkwürdigkeiten und Schwächen beim Einsatz der Staatsstreich-Kräfte konnten allerdings von den Aufständischen nicht als Vorteil wahrgenommen werden. Dazu waren sie zu schwach und zu schlecht organisiert, ja nur improvisiert. Einzig die Unterstützung durch Teile der Streitkräfte hätte diese Situation nutzen können. Welche der beiden Erklärungsversuche mehr der Wahrheit entspricht, wird die Zukunft zeigen. Es bedarf weiterer Informationen und des Zugangs zu den Quellen.

Gegenüber der Allianz des Präsidentenapparates mit der Regierung und den im Sicherheitsrat zusammengeschlossenen drei Ministerien fallen weitere den Staatsstreich unterstützenden Kräfte weniger ins Gewicht: Die "demokratischen" Zeitungen, voran die Iswestija, machten sich selbst zum Sprachrohr der angreifenden Bürgerkriegspartei, das Fernsehen als entscheidendes Medien wurde von Jelzin besetzt und gewaltsam dazu gemacht.

Regierungslegende

über den Putsch

Vom Jelzin-Fernsehen, von der Bürgerkriegspresse in Rußland und von der bourgeoisen Weltpresse wurde bereits während des Staatsstreiches fleißig an einer Legende gewoben. Nach dem Sieg der Putschisten begann nicht nur die Abrechnung mit den Gegnern, die Ausgestaltung und Durchsetzung der gewaltsam errungenen Machtpositionen, sondern sofort die Konstruktion einer heroischen Geschichtslüge. An willfährigen Schreibern mangelt es nicht. Bietet doch die "demokratische" Intelligenz Rußlands ein Bild, das an Erbärmlichkeit wenig zu unterbieten ist. Speichelleckerei und Dienstfertigkeit, Katzbuckeln vor der Macht heißen heute "demokratisch", ihre zaristische Tradition ist bei Gogol nachzulesen.

1991 war dasselbe Weiße Haus die malerische Kulisse einer heroischen Farce: Mit "bloßen Händen" rettete "das Volk" die "Demokratie" in Gestalt des Obersten Sowjets der Föderation und seines Präsidenten vor den Panzern. In kugelsicherer Weste pflanzte sich Jelzin vor dem "frei gewählten russischen Parlament" als Held der Demokratie auf. Im September 1993 ist es immer noch derselbe Sowjet in demselben Gebäude, aber er gilt gegenüber dem "fortschrittlichen", dem Reform-Präsidenten als konservativ und prokommunistisch. Er wird zum Alleinschuldigen an der Spaltung der russischen Gesellschaft und am Nicht-Eintreten der verheißenen Segnungen der Privatisierung für das Volk gestempelt. Seine Verteidigung von Verfassung und Gesetz gegen einen lange und gründlich vorbereiten Staatsstreich sei ein "faschistisch-kommunistischer Aufstand". Der Bruch von Verfassung und Gesetz aber avanciert zur "Bildung eines demokratischen Rechtsstaates", und das Zusammenschießen des legalen und legitimen Obersten Sowjets wird zur "Niederschlagung des Faschismus".

War das Weiße Haus 1991 zum Symbol avanciert, das die Massen mit ihren Leibern schützten, so wiederholte sich dieser Vorgang am 3. Oktober 1993: Buchstäblich durch den physischen Druck der Massen wurde die Blockade durchbrochen und das Haus der Sowjets befreit. Aber dieser Aufruhr der Massen, der sich verständlicherweise dann gegen Ostankino als Symbol des Bürgerkriegshetze wandte, wird dieses Mal nicht zum Heldenmythos stilisiert. Denn wenn die aufständischen Massen mit Panzern und Granatwerfern

zusammengeschossen werden, so bedarf der Sieger ihrer moralischen Verurteilung: Folglich waren sie nicht "das Volk", sondern nur "faschistisch-kommunistischer Mob".

Jelzins instrumentelles Verhältnis zu Verfassung und Gesetz, zu gewählten Körperschaften und Institutionen war schon vor dem Staatsstreich bekannt. Als Herr des erst faktischen und dann auch formellen Ausnahmezustandes war er an Gesetze nicht gebunden, sondern sein autokratischer Wille wurde das Gesetz - wenigstens in Moskau. Für die neue Geschichtslegende ist der Verfassungsbruch ebenso schwer zu leugnen wie die Richtung, in die die Panzerkanonen geschossen haben. Darum wird er zwar als nicht-legal, wohl aber als legitim gerechtfertigt.

Betrachten wir die ersten Resultate bei der Ausgestaltung des Sieges, so ist die Fixierung der Stellung Jelzins über allen verfassungsmäßigen Gewalten und Institutionen wohl der Kernpunkt der neuen, am 12. Dezember zur Abstimmung gestellten Verfassung: Alles, was er vorher de jure nicht durfte, Parlament und Regierung ein- und absetzen, Wahlen ausschreiben, soll er nun legal tun dürfen. Und mit der neuen Militärdoktrin ist auch der Einsatz der Streitkräfte beim Machtkampf im Innern geregelt. Der Präsident als Oberkommandierender darf sie rufen. Daß die neuzuwählende Duma nicht einmal den Rechtsstatus der zaristischen besitzen wird, ist nur Konsequenz der Tatsache, daß Jelzin der Herr der Wahlen sein will und ihre Bedingungen diktiert. Und er beschränkt die Amtszeit des zu wählenden Parlaments sogleich auf zwei Jahre, damit seine eigene Amtszeit sie so weit überdauern kann, daß er auch die nächsten Wahlen noch zu kontrollieren vermag.

Die Niederlage des Obersten Sowjets ist auch eine Niederlage der Regionen und ihres Föderationsrates. Wie schwerwiegend und für wie lange, wird sich zeigen müssen. Die gegenüber dem Putschisten Jelzin unbotmäßigen Regionen ließen es an entschiedenem und konsequentem Widerstand fehlen, sie fixierten ihren Blick meist auf ihre unmittelbaren Interessen. Nach dem Sieg Jelzins taktierten die Provinzpolitiker vorsichtig, und in Moskau trafen nicht wenige Loyalitätserklärungen ein. Das wird sie aber kaum vor der wütenden Abrechnung der Jelzin-Clique bewahren. Die ersten Gouverneure sind bereits abgesetzt, allen Sowjets hat Jelzin die Selbstauflösung "empfohlen", und einige haben sie schon eilfertig befolgt.

IWF, Weltbank und EG-Kommission haben sofort nach dem Sieg Jelzins die Kreditwürdigkeit Rußlands erneuert und die vorerst blockierten Kredite freigemacht. Die EG-Außenminister versprachen, das Partnerschaftsabkommen mit Rußland alsbald zu realisieren. Es soll Rußlands handelspolitische Gleichstellung ermöglichen. Die überfälligen Forderungen deutscher Exporteure sollen langfristig bis Ende der 90er Jahre gestreckt werden. Der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft hat Anfang November in Köln mit einer Delegation des russischen Außenwirtschaftsministeriums die Ausarbeitung eines Entschuldungsabkommens vereinbart. Insgesamt steht Rußland mit rund 80 Milliarden Dollar, das sind rund 130 Milliarden DM, in der Kreide. Auf Deutschland entfallen davon 50 Milliarden DM.

Was schließlich besondere deutsche Interessen angeht, so erwartet der nach Petersburg gereiste Staatssekretär Waffenschmidt, daß diese bei der anstehenden Sitzung der deutsch-russischen Regierungskommission für Fragen der Rußlanddeutschen entgegenkommend behandelt werden. Waffenschmidt verhandelt in Petersburg über die Ansiedlung von Rußlanddeutschen im dortigen Gebiet. Frühere deutsche Pläne, Ingermanland bereits in der ersten Phase eines Generalsiedlungsplans vollständig deutsch zu besiedeln, mußten spätestens im Januar 1944 aufgegeben werden, als die Rote Armee die Blockade Leningrads durch die Wehrmacht endgültig brechen konnte.

Dokumentation

Beschlüsse des Obersten Sowjets der Russischen Föderation (RF)

Dekrete des Präsidenten Ruzkoj

Beschluß des Verfassungsgerichtes der RF

(Quelle: Russische Zeitung/Organ des Obersten Sowjets der RF vom 23.09.93, S. 3)

Erlaß des Amtierenden Präsidenten

In Übereinstimmung mit den Artikeln 121.6 und 121.11 der Verfassung der RF und des Beschlusses des Obersten Sowjets der RF übernahm ich die Wahrnehmung der Pflichten des Präsidenten der RF um 00.25 Uhr am 22. September 1993.

A. Rutzkoi

Moskau, Haus der Sowjets, 22.09.93, Nr. 1

Ansprache des Amtierenden Präsidenten

Verehrte Bürger der RF, Bürger der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und der Weltgemeinschaft!

Verehrte Staatsführer!

Heute, am 21. September 1993 hat der Präsident Rußlands grob gegen den Eid verstoßen, den er bei der Übernahme seiner Pflichten geleistet hat, wo er geschworen hat, bei der Wahrnehmung seiner Vollmachten die Verfassung der RF und die Gesetze der RF zu beachten.

Mit dem Erlaß "Über die etappenmäßige Verfassungsreform in der RF" vom 21.09.1993 Nr. 1004 wurde die Verwirklichung der Gesetzgebungs- und Verfügungsfunktionen des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets der RF unterbrochen. Damit wurde ein Staatsstreich vollzogen; es wurde die direkte Präsidialverwaltung mit einer Stützung auf von ihm geschaffenen nicht-verfassungskonformen sogenannten Machtorganen eingeführt.

Ich hoffe, daß die Regierung der RF, der Minister des Inneren, der Minister für Sicherheit und der Minister für Verteidigung nicht dem Weg des Verstoßes gegen die Verfassung und des Verrats an der Volksmacht folgen.

In Übereinstimmung mit Artikel 121.6 der Verfassung der RF können "die Vollmachten des Präsidenten der RF nicht für die Veränderung des nationalstaatlichen Aufbaus der RF, für die Auflösung oder die Beendigung der Tätigkeit beliebiger gesetzlich gewählter Organe der Staatsmacht ausgenutzt werden; im gegenteiligen Falle sind sie schnellst möglich zu unterbinden!"

In Übereinstimmung mit der Verfassung der RF und dem Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets der RF sind die Vollmachten des Präsidenten der RF, B.N. Jelzin, beendet.

In Übereinstimmung mit Artikel 121.11: "Im Falle der Enthebung des Präsidenten der RF von seinem Amt, des Rücktritts des Präsidenten der RF, der Unmöglichkeit der weiteren Wahrnehmung seiner Vollmachten durch ihn sowie im Falle des Todes des Präsidenten der RF nimmt die Vollmachten des Präsidenten der RF der Vizepräsident der RF wahr. Im Falle der Unmöglichkeit der Ausübung der Vollmachten des Präsidenten der RF durch den Vizepräsidenten der RF gehen sie in Folge auf den Vorsitzenden des Ministerrates der RF, den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RF über. Die Frage über die Ansetzung von Wahlen des Präsidenten der RF wird in Übereinstimmung mit dem Gesetz der RF über die Wahlen des Präsidenten der RF entschieden." Auf der Grundlage der Artikel 121.6 und 121.11 der Verfassung der RF erkläre ich, der Vizepräsident der RF, Rutzkoi, Alexandr Wladimirowitsch wegen des mir gegebenen Rechts auf der Grundlage der Verfassung der RF und des Beschlusses des Präsidiums des Obersten Sowjets der RF, daß ich um 00.25 Uhr am 22. September 1993 begonnen habe, die Vollmachten des Präsidenten der RF auszuüben. Von mir sind die entsprechenden Erlasse unterschrieben worden.

Im Zusammenhang damit setze ich den nicht-verfassungskonformen und gesetzeswidrigen Erlaß Nr. 1400 vom 21.09.1993, auf dessen Grundlage der Staatsstreich vollzogen wurde, außer Kraft.

Ich wende mich an den Minister für Verteidigung, den Minister für Inneres und den Minister für Sicherheit, an die Militärangehörigen und die Mitarbeiter der Rechtspflegeorgane, keine ungesetzlichen und kriminellen Befehle, die von B.N. Jelzin und seiner kriminellen Clique ausgehen, zu erfüllen. Ich bin überzeugt, daß die Regierung der RF und die Ämter sich nicht auf den Weg der Verletzung der Verfassung und der Gesetze der RF begeben.

Ich wende mich an die Bürger Rußlands, Ruhe zu bewahren und Solidarität bei der Verteidigung der gesetzlichen Machtorgane zu üben. Wird es notwendig, zu Aktionen des bürgerlichen Ungehorsams überzugehen, so ist das Abgleiten des Landes in einen Bürgerkrieg nicht zuzulassen.

Ich bitte die Weltöffentlichkeit, die Demokratie in Rußland zu verteidigen und zu unterstützen und den gesetzlichen Machtorganen jegliche Mitwirkung zu erweisen.

Als der die Vollmachten des Präsidenten Rußlands Wahrnehmende schwöre ich vor dem Volk, daß ich nur in Übereinstimmung mit der Verfassung und den Gesetzen der RF handeln werde.

A. Rutzkoi

Moskau, Haus der Sowjets

22. September 1993, 00.25 Uhr

Erlaß des Amtierenden Präsidenten der RF: Über Maßnahmen zur Unterbindung verfassungswidriger Handlungen in der RF

Im Interesse der Erhaltung des verfassungsmäßigen Aufbaus in der RF und im Bestreben, die Rechte der Bürger und der gesetzlich gewählten Organe der Macht und der Verwaltung zu gewährleisten, beschließe ich:

1. Ich erkläre den Erlaß B. N. Jelzins vom 21. September 1993 Nr. 1400 für ungültig, weil er der Verfassung der RF widerspricht.

2. Die Leiter der Republiken im Verband der RF, der Provinzen, der Gebiete, der autonomen Gebiete, der autonomen Kreise, der Städte und Rayons haben die Verfassung und die geltende Gesetzgebung unbeeinflußt einzuhalten.

3. Ich verpflichte die Amtsträger der Macht- und Verwaltungsorgane auf der Grundlage der Gesetze, der Beschlüsse des Kongresses der Volksdeputierten der RF, des Obersten Sowjets der RF, anderer Rechtsakte der RF und ebenso auf der Grundlage meiner Erlasse und Anordnungen zu handeln.

4. Ich übernehme die volle Verantwortung für die Sicherheit des Staates und die persönliche Sicherheit der Bürger, für die Gewährleistung des normalen Funktionierens aller Organe der vertretenden, exekutiven und gerichtlichen Macht.

5. Der Minister für Innere Angelegenheiten der RF, der Minister für Sicherheit der RF, der Minister für Verteidigung der RF haben persönlich die strenge Einhaltung der verfassungsmäßigen Pflicht und der Treue zum Eid zu gewährleisten.

6. Ich bitte den Obersten Sowjet der RF, die Frage der Ausschreibung von Wahlen des Präsidenten der RF in Übereinstimmung mit dem Gesetz der RF über die Wahlen zum Präsidenten der RF zu entscheiden.

7. Dieser Erlaß tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Der die Pflichten des Präsidenten der RF Wahrnehmende

A. Rutzkoi

Moskau, Haus der Sowjets

22. September 1993, 00.25 Uhr Nr. 2

Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets der RF: Über die unverzügliche Beendigung der Vollmachten des Präsidenten der RF, B. N. Jelzin

Im Zusammenhang mit dem Erlaß des Präsidenten der RF "Über die etappenmäßige Verfassungsreform in der RF" vom 21. September 1993 20.00 Uhr Nr. 1400, mit dem die Tätigkeit des gesetzlich gewählten Kongresses der Volksdeputierten der RF, des Obersten Sowjets der RF sowie die Vollmachten der Volksdeputierten der RF eingestellt wurde, beschließt das Präsidium des Obersten Sowjets der RF:

1. Auf der Grundlage des Artikels 121.6 der Verfassung der RF gelten die Vollmachten des Präsidenten der RF, B. N. Jelzin vom Moment der Unterzeichnung des genannten Erlasses als beendet.

2. Der genannte Erlaß tritt in Übereinstimmung mit Artikel 121.6 der Verfassung der RF nicht in Kraft.

3. Entsprechend Artikel (...) der Verfassung der RF wird anerkannt, daß der Vizepräsident der RF, A. W. Ruzkoi, die Wahrnehmung der Vollmachten des Präsidenten der RF vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Erlasses übernommen hat.

4. Eine außerordentliche Sitzung des Obersten Sowjets der RF mit der Tagesordnung "Über den Staatsstreich in der RF" wird für den 22. September 1993 einberufen.

Vorsitzender des Obersten Sowjets der RF

R. I. Chasbulatow

Moskau, Haus der Sowjets Rußlands

21. September 1993

Nr. 5779-1

Beschluß des Verfassungsgerichts

der RF

(...)

21. September 1993, Moskau

Das Verfassungsgericht der RF in der Zusammensetzung: Vorsitzender W. D. Sorkin, Stellvertreter des Vorsitzenden N. W. Witruk, Sekretär J. D. Rudkin, Richter E. M. Ametistow, N. T. Wedernikow, G. A. Gadshijew, A. L. Kononow, W. O. Lutschin, T. G. Morschtschakowa, W. I. Oleinik, N. W. Selesnjew, O. I. Tiunow, B. S. Äbsejew

nachdem es in einer Gerichtssitzung die Handlungen und Entscheidungen des Präsidenten der RF, die mit seinem Erlaß "Über die etappenmäßige Verfassungsreform in der RF" vom 21. September 1993 Nr. 1400 und der Ansprache an die Bürger Rußlands vom 21. September 1993 zusammenhängen, überprüft hat,

geleitet vom Artikel 165.1 der Verfassung der RF, Punkt 3 Teile 2 und 4 des Artikels 1 und von den Artikeln 74, 77 des Gesetzes über das Verfassungsgericht der RF,

kam zu dem Schluß:

Der Erlaß des Präsidenten der RF, B. N. Jelzin, "Über die etappenmäßige Verfassungsreform in der RF" vom 21. September 1993 Nr. 1400 und der Ansprache an die Bürger Rußlands vom 21. September 1993 entspricht nicht dem zweiten Teil des Artikels 1, dem zweiten Teil des Artikels 2, dem Artikel 3, dem zweiten Teil des Artikels 4, dem 1. und 3. Teil des Artikels 104, dem 3. Teil des Punktes 11 des Artikels 121.5, dem 2. Teil des Artikels 121.8, den Artikeln 165.1, 177 der Verfassung der RF und dient als Begründung für die Absetzung des Präsidenten der RF, B. N. Jelzin von seinem Amt oder für die Inkraftsetzung anderer spezieller Mechanismen seiner Verantwortung im Sinne des Artikels 121.10 oder 121.6 der Verfassung der RF.

Vorsitzender des Verfassungsgerichts der RF

W. D. Sorkin

Sekretär des Verfassungsgerichts der RF

J. D. Rudkin

Artikel 121, 6 der Verfassung der russischen Föderation

Die Vollmachten des Präsidenten können nicht zur (...) Auflösung oder zur Einstellung der Tätigkeit jeglicher gewählter Machtorgane verwendet. Anderenfalls werden sie mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Russische Allgemeine Volksunion - Gesellschaftspolitische Bewegung

Landsleute!

83 von 89 Subjekten der Föderation qualifizierten die Handlung des Präsidenten Jelzin als Staatsstreich und erklärten dessen Erlasse als unwirksam auf ihren Territorien. Das projelzinsche Fernsehen verbreitet Lügen über eine Unterstützung Jelzins in den Regionen - ihn unterstützen dort nur die von ihm selbst ernannten Beamten.

Die Truppenteile, die den Befehl zum Sturm des Obersten Sowjets erhalten haben, weigerten sich, den verbrecherischen Befehl auszuführen.

Am 23. September wurde in Moskau um 22 Uhr der Kongreß der Volksdeputierten Rußlands eröffnet. In Übereinstimmung mit dem Beschluß des Verfassungsgerichts, daß die Handlung Jelzins als verfassungswidrig qualifiziert hat, hob der Kongreß die Präsidentenvollmachten des Usurpators Jelzin auf. Die Wahrnehmung der Pflichten des Präsidenten übertrug er in Übereinstimmung mit der Verfassung auf den Vizepräsidenten Ruzkoj.

Der Kongreß bestätigte die Entscheidung des Obersten Sowjets über die Entlassung des Ministers für Verteidigung, Gratschow, des Ministers für Sicherheit, Goluschko, und des Ministers für Inneres, Jerin, im Zusammenhang mit ihrer Teilnahme an dem Staatsstreich.

Der Kongreß bestätigte als Minister für Verteidigung Generaloberst Atschalow, als Minister für Sicherheit Armeegeneral Barannikow und das Amt des Innenministers übertrug der Kongreß Dunajew. Die Minister der Gewalt ausübenden Ministerien sind an die Liquidierung der Folgen des Staatsstreiches gegangen.

Der Kongreß warnte alle Amtspersonen sowie die Macht- und Verwaltungsorgane hinsichtlich der unvermeidlich drohenden Verantwortung für Verbrechen gegen Gesetz und Verfassung.

Wir rufen dazu auf, mit Meetings und Streiks den gesetzlichen Machtorganen Unterstützung zu erweisen! Der Kongreß wird seine Arbeit fortsetzen.

Landsleute!

Wenn ihr heute nicht das Gesetz vor dem Usurpator verteidigt, wer wird morgen euer Haus vor dem Räuber, euren Geldbeutel vor dem Dieb, eure Kinder vor dem Mörder verteidigen?

Nein zur Diktatur eines unzurechnungsfähigen Präsidenten!

Russische Allgemeine Volksunion

(Handzettel, verteilt in Moskau

am 25.9.93)

Übersetzt von Klaus Gebecke

Dokumentation

Mit dem Erfolg

beginnt die Niederlage

Michail Gorbatschow

(Moskowskoje Nowosti, Nr. 40 (686) vom 3. Oktober 1993, S. 2.)

Laßt uns die Dinge bei ihrem Namen nennen. Der Erlaß des Präsidenten Rußlands ist verfassungswidrig. Alle Gespräche darüber, daß er nicht gesetzgebungsbefugt und nicht legitimiert ist, sind Demagogie. Im September 1993 galt in Rußland die Verfassung, nach welcher der Präsident vereidigt wurde, es existierten ein gesetzlich gewählter Präsident und ein ebenso gesetzlich gewähltes Parlament, und die Verfassungsgerichtsbarkeit funktionierte. Ja, die Demokratie stellte sich erst auf die Füße. Gerade deshalb mußte man ihr die Möglichkeit geben, zu erstarken.

Man kann über die Gefahr sprechen, die von Jelzins revolutionären Schritt ausgeht und die nicht nur aus allgemeinen Vorstellungen über Gesetzgebung und Demokratie stammt. Wir sehen, es sind nur einige Tage vergangen und was sehen wir in der Praxis? Das Fernsehen und der größere Teil der Zeitungen demonstrieren uns bereits Agitprop aus den besten Traditionen vergangener Zeiten. Ich höre die verfertigten Nachrichten, doch wo ist eine objektive Information? Wir heißen sie gut, unterstützen sie, und dann?

Die Parteigänger des Präsidentenerlasses reden von seiner politischen Zweckmäßigkeit. Ja gab es diese? Mir scheint, nein. Im Gegenteil, zweckmäßig wäre die Nachricht von der Durchführung allgemeiner Wahlen auf der Grundlage von Gesetzen. Sich zu einer solchen Handlung zu entschließen, wäre schon lange notwendig gewesen. Nicht erst nach dem April-Referendum, sondern gleichzeitig mit ihm. Hätten wir die Wahlen schon im

Sommer durchgeführt, wären wir dieser gefährlichen Situation entgangen, in die die Staatsmacht in Rußland geriet.

Nun sind es schon zehn Monate, in denen wir auf dem politischen Teppich nicht nach Regeln handelnde Gegenspieler beobachten, sondern ein Handgemenge. All dies führte zu nichts und konnte auch für keine Seite zum Erfolg führen. Dafür warf es einen Schatten auf die Institutionen der Macht selbst. Vielleicht besaß der demokratische Präsident - der er nicht war - das Recht, so mit dem Parlament umzugehen? Oder das Verfassungsgericht so demonstrativ zu mißachten?

Schließlich, vielleicht ist heute schon jene Situation gegeben, die es der Macht erlaubt, sich selbst zu riskieren? Wir haben bisher die wichtigsten Fragen der Reformen noch nicht gelöst. Das Schwierigste steht noch bevor. Wir wissen nicht, was für eine Föderation wir haben werden. Welche Form des Eigentums wird es geben? Jene strukturelle Perestroika in der Industrie, die zum Bankrott, zur Massenarbeitslosigkeit, zu sozialen Spannungen führen wird, steht uns erst noch bevor.

Es irrt, wer denkt, eine Abweichung von der Gesetzlichkeit werde leicht überwunden und das Land finde auf natürlichem Wege zur Gerechtigkeit zurück. Im Gegenteil, in einer Situation sozialer Verschärfung macht sich dieser Präsident so bemerkbar. Nur dann, nur durch revolutionären Schritte kann die Gesellschaft vorankommen.

Ja, die Handlungsweise des Präsidenten kann einigen Teilen der Bevölkerung sogar gefallen. Aber wem gefällt sie hier? Dies zeigt nur, wie kompliziert und demokratisch unentwickelt unsere Gesellschaft ist. In dieser Situation müßten die Handlungen jener Politiker, die sich selbst Demokraten nennen, mehr Verantwortung zeigen.

Heute ist es noch möglich, die Situation zu retten. Nur sollte dies der Präsident selbst tun, indem er sich für gleichzeitige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen entscheidet. Der Präsident sollte zur Situation vor dem 21. September zurückkehren. Für eine Übergangsphase kann sogar der Oberste Sowjet funktionierten. Aber nur, um die Wahlen vorzubereiten. Alles andere muß man natürlich bis zur Wahl eines neuen Parlaments aufschieben. Und selbstverständlich muß der beiderseitige Verzicht auf gewaltsame Mittel bedingungslos sein.

Vor Tagen wurde ich gefragt, ob ich eine Vermittlerrolle übernehmen würde. Ich bin dazu nicht bereit. Und ich bin sicher, daß Vermittlung die Situation nicht retten werden. Das muß die Entscheidung des Präsidenten selbst sein. Wenn der Präsident dies tut, wird er, so denke ich, sehr große Unterstützung in der ganzen Bevölkerung finden.

Wird er darauf eingehen? Ja, wenn er einsieht, daß ohne diese Lösung die Spaltung in der Gesellschaft sich vertiefen wird. Stellen wir uns vor, daß die Wahlen so durchgeführt werden, wie es jetzt vorgeschlagen wird. In wessen Händen sind die Organisationsmöglichkeiten, die Finanzen, die Medien der Masseninformation? In den Händen der Präsidialorgane, die von niemandem kontrolliert werden. Unter diesen Bedingungen sind gleiche Chancen bei den Wahlen einfach eine Utopie. Da helfen keine eigenen und auch keine internationalen Beobachter. Was für ein Resultat werden wir folglich erhalten? Ein korruptes Parlament des Präsidenten Jelzin? Aber dies wird auch seine Niederlage bedeuten.

Doch die Probleme in unserem Land bleiben bestehen. Kann der Präsident sie gemeinsam mit einem Parlament lösen, das die realen gesellschaftlichen Interessen nicht abweist? Selbstverständlich nein. Rußland wird zu einer neuen Runde des Machtkampfes verdammt sein, zum nächsten Staatsstreich in der Reihe.

Jemandem im Kreml kann es heute so vorkommen, als flimmere das Ziel bereits vor den Augen: Die Deputierten ergeben sich, verkaufen sich, eilen zum Alten Platz, um eine Stellung zu erhalten ... Wofür braucht man heute Kompromisse, wenn der Sieg so nahe ist? Sie werden gebraucht, damit das Land solchem Sieg aus dem Wege gehen kann. Er wird sich als Pyrrhussieg erweisen.

10. Vertrag von Maastricht in Kraft

BRD diktiert die Spielregeln - weitere Entwicklung völlig offen

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:42

Bundesbank und Bundesverfassungsgericht machen es möglich. Zwar sind in der Europäischen Gemeinschaft alle Teilnehmer formal mit den gleichen Rechten ausgestattet. Doch wenn es gilt, Entscheidungen von größerer Tragweite zu fällen, setzt sich - wie in jeder gutbürgerlichen Demokratie üblich - der Stärkere eben doch durch. Und das funktioniert - auch das ist nicht neu -, ohne sich die Finger schmutzig zu machen, mit Hilfe des ökonomischen Zwangs und/oder der Klassenjustiz. So geht das halt - auch im Europa des Kapitals.

Die Bundesbank hatte ihre Aufgabe schon Ende Juli erledigt. Nachdem es damals zu neuerlichen Spekulationswellen innerhalb des EWS (Europäischen Währungssystems), dieses Mal gegen den französischen Franc, gekommen war, hatte sie es ganz bewußt unterlassen, die überfällige Leitzinssenkung vorzunehmen und so die "Flucht" des spekulativen Kapitals in die DM provoziert. Das hatte zur Folge, daß die bisherigen engen Bandbreiten innerhalb des Wechselkurssystems (also die relativ festen Kurse der an diesem System beteiligten europäischen Währungen untereinander) hinfällig wurden - und damit der Kern des EWS mit seinem Zielpunkt einer europäischen Einheitswährung der am EWS beteiligten sämtlichen EG-Staaten noch in diesem Jahrzehnt. (siehe ak 358 vom 22.9.)

Die Aufhebung der relativ engen Wechselkursrelationen (und ihre Ersetzung durch Schwankungsbreiten von plus/minus 15 Prozent gegenüber der Leitwährung DM) war freilich nur der Schlußpunkt einer durch die Annexion der DDR ausgelösten Entwicklung, in deren Zuge sich die BRD zwecks Finanzierung ihrer Landnahme in steigendem Maße verschuldete. Um dennoch nicht das Vertrauen der internationalen Anleger in die Stabilität der DM zu erschüttern und, zugleich verknüpft damit, den für die Aufbringung der Anschlußkosten notwendigen Strom des Kapitals in den deutschen Währungsraum nicht versiegen zu lassen, erhöhte die Bundesbank die Leitzinsen kräftig. Realiter geschah das auf Kosten der anderen EG-Staaten, die ihre Zinsen noch über das deutsche Niveau heben mußten, um den Abfluß des Kapitals nach Deutschland zu verhindern. Diese Reaktion verstärkte allerdings die wirtschaftliche Krise in diesen Ländern nur noch mehr, was sodann seinerseits die Absetzbewegungen des internationalen Kapitals verstärkte.

Konsequenz dieser im Zuge der deutschen "Wiedervereinigung" erfolgten Beseitigung der spätestens seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre geltenden "Geschäftsgrundlagen" des westeuropäischen Einigungsprozesses (der auf den Exportüberschüssen und der politischen Stabilität des "Modells Deutschland" beruhte): Die Karten müssen neu gemischt und verteilt werden; insbesondere auch die BRD steckt in einer ökonomischen Krise und muß ihren Führungsanspruch neu begründen und ihre veränderten Interessen durchsetzen.

Das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Was die Bundesbank mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln praktisch durchzusetzen versucht: nämlich mit einer knallharten "stabilitäts"orientierten Geldpolitik die Führungsposition des deutschen Kapitals auf Kosten der anderen EG-Länder verteidigen zu helfen, hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) mit seinem Mitte Oktober ergangenen Maastricht-Urteil politisch abgesichert.

Aus einer Fülle von gegen den Vertrag von Maastricht eingereichten Klagen hatte sich das Gericht zwei zur näheren Befassung ausgesucht: Die eine, von einigen GRÜNEN stammend, hatte die fehlende demokratische Mitbestimmung beim europäischen Einigungsprozeß bemängelt. Die andere, vom ehemaligen EG-Kommissar und "nationalliberalen" Noch-FDP-Mitglied Bangemann eingereicht, fürchtete durch den Vertrag um den Verlust deutscher staatlicher Souveränität. Während das BVG nun die Zulassung der erstgenannten Klage als offensichtlich unbegründet verwarf, lehnte es die von Bangemann zwar ab, nahm sie aber, wie das nun einmal so seine Art ist, zum Anlaß, für den weiteren europäischen Einigungsprozeß politische Vorschriften zu erlassen.

"Dies ist der Kern des Urteils, dies ist die Sensation: Die deutschen Richter versuchen, die weitere europäische Entwicklung unter Kuratel zu nehmen. Sie wollen den künftigen Fortgang der europäischen Einigung Schritt für

Schritt kontrollieren." (Süddeutsche Zeitung/SZ, 13.10.93) Und: "Die Deutschen haben nun ihre Rückfahrkarte für den Fall, daß der europäische Zug auf falsche Gleise gerät." (Wirtschaftswoche, 15.10.93)

Zunächst nämlich stellten die Karlsruher Oberrichter klar, daß der "Unions-Vertrag ... einen Staatenverbund zur Verwirklichung einer immer engeren Union der ... Völker Europas, keinen sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden Staat" begründe. Deshalb sei die Union "zur Achtung der nationalen Identität ihrer Mitgliedsstaaten verpflichtet". (Zitate nach SZ, 14.10.) Die Zugehörigkeit zur Union sei von Deutschland als einem der "Herren der Verträge" grundsätzlich kündbar - eine Möglichkeit, die im Maastrichter Vertragswerk ebenso wie in allen politischen Bekundigungen von deutscher staatlicher Seite bisher nicht vorkam.

Was nun diese "nationale Identität" in dem hier zur Debatte stehenden konkreten Zusammenhang eigentlich sei, macht das Urteil deutlich: "Die Konzeption der Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft ist Grundlage ... des deutschen Zustimmungsgesetzes. Sollte die Währungsunion die bei Eintritt in die dritte Stufe vorhandene Stabilität nicht kontinuierlich ... fortentwickeln können, so würde sie die vertragliche Konzeption verlassen..." Mit anderen Worten: Entweder der weitere ökonomische Integrationsprozeß läuft entlang dem Kriterium der Geldwertstabilität oder die BRD droht, die Veranstaltung zu verlassen. Mit dem Spruch aus Karlsruhe im Rücken, ist jetzt der BRD bei Bedarf jederzeit die Möglichkeit gegeben, die übrigen "Partner" über die ökonomischen Hebel hinaus politisch noch stärker den eigenen Vorstellungen zu unterwerfen. "Die Richter halten die Währungsunion für kündbar - anders als der Vertragswortlaut. Damit geben sie der Bundesregierung ein neues Druckmittel in die Hand, um die Nachbarstaaten auf Kurs zu zwingen ... der Spruch des Verfassungsgerichts (schürt) das Mißtrauen in Europa." (Wirtschaftswoche, 15.10.)

Bankfurt-Krankfurt-Frankfurt

Daß der offene Herr-im-Hause-Standpunkt immer stärker zum Stil deutscher Europapolitik wird hatte Finanzminister Waigel im Vorfeld des jüngsten EG-Gipfeltreffens am 29.10. in Brüssel demonstriert, welches aus Anlaß des (nach dem Spruch aus Karlsruhe nun möglich gewordenen) Inkrafttretens des Maastricht-Abkommens ab 1.1.1994 stattfand. Bei diesem Treffen war der Standort des nun vertragsgemäß einzurichtenden Europäischen Währungsinstituts zu bestimmen. Bei diesem Institut handelt es sich um dem Vorläufer der mit der Verwirklichung der geplanten Währungsunion (laut Abkommen bis spätestens 1999) notwendig werdenden europäischen Zentralbank. In einem Interview mit "Focus" (23.8.) hatte Waigel in ultimativer Weise klargestellt: "Entweder die Europäische Zentralbank kommt nach Frankfurt, oder aus der ganzen Veranstaltung wird nichts."

Das saß. Frankreich, das den Standort Frankfurt als Symbol deutscher Geldpolitik vehement abgelehnt hatte, gab klein bei und nahm damit auch ein weiteres Stück Abschied von den eigenen währungspolitischen Vorstellungen, die traditionell dem Staatsinterventionismus verpflichtet waren. Außenminister Juppé merkte zwar noch zaghaft an, daß sein Land eine andere, weniger finanzstarke deutsche Stadt als Frankfurt als Sitz der Europäischen Zentralbank vorziehen würde. (Frankfurter Rundschau/FR, 26.8.) Doch als sein Kollege Kinkel erklärt hatte, daß es auf dem Wege in die künftige Europäische Währungsunion in der Frage der Stabilität des Geldes kein Wenn und Aber geben werde und "das Signal hierfür die Entscheidung für Frankfurt ... sein (muß)" (SZ, 18.10.), war offensichtlich alles klar: "Juppé befürwortet Frankfurt als EG-Notenbanksitz." (SZ, 21.10.)

Ernsthaften, aber aussichtslosen Widerspruch äußerten danach nur noch Großbritannien, das aber aufgrund seines Ausscheidens aus dem Wechselkursverbund im September letzten Jahres sowie seiner kaum verhüllten Abneigung gegen die Währungsunion in dieser Angelegenheit als unglaubwürdig gilt, und die Niederlande, die sich Amsterdam als Sitz der Euro-Bank wünschten und zudem als einziges EG-Land niedrigere Zinssätze als die BRD aufweisen. Ministerpräsident Lubbers, der noch Mitte September angesichts des von ihm ausgemachten großen Widerstands in den EG-Ländern gegen einen deutschen Standort für die Abstimmung auf dem Brüsseler EG-Treffen eine Patt-Situation prophezeit hatte, wurde wenige Tage vor dem Gipfeltreffen noch einmal deutlich: "Die zu enge Kopplung der Mark an den ECU (europäische Währungseinheit; Anm. ak) bekommt der europäischen Währung nicht gut. Es geht um eine europäische Zentralbank und nicht um die Ausbreitung der Bundesbank." (FAZ, 25.10.)

Deutsch-französisches Konvergenzprogramm erarbeitet

Für eine an strengen Stabilitätskriterien ausgerichtete Wirtschafts- und Währungspolitik, wie sie der BRD vorschwebt, bieten die im Vertrag von Maastricht für die Einführung einer Einheitswährung festgelegten Kriterien hinsichtlich des zuvor zu erreichenden Preisanstiegs, des Haushaltsdefizits, der Staatsschulden und des Zinsniveaus hervorragende Hebel, um zum einen eine Wirtschafts- und Finanzpolitik gemäß diesen Vorgaben zu verlangen. Zum anderen aber können diese gegebenenfalls als Begründung dafür herhalten, die Einführung der Währungsunion hinauszuschieben - eventuell bis zum Sankt Nimmerleinstag. Denn gerade das Kriterium der Staatsschuld - sie soll 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung des jeweiligen Landes nicht übersteigen - ist für rund die Hälfte der EG-Staaten bis zum Ende des Jahrzehnts und zum Teil weit über diesen Zeitpunkt hinaus selbst unter günstigsten wirtschaftlichen Bedingungen in den nächsten Jahren kaum zu erreichen. Selbst die BRD erfüllt derzeit nur zwei der vier Bedingungen; insbesondere ihr derzeitiges Haushaltsdefizit von rund 6,5% der jährlichen Wirtschaftsleistung überschreitet die geforderte Grenze von 3 Prozent erheblich.

Insofern sind die von Kanzler Kohl gerade in letzter Zeit vorgetragenen Bekenntnisse zur europäischen Einigung und zur Einhaltung des im Maastricht-Vertrag festgelegten Zeitplans ein Muster ohne großen Wert, da er im gleichen Atemzug auf die Einhaltung der Stabilitätskriterien pocht. Freilich hält Kohl damit seine französischen Freunde bei der Stange, mit denen es sich die BRD solange nicht wird verscherzen wollen, wie es für die BRD und ihr Kapital zur westeuropäischen Integration keine brauchbare ökonomische Alternative gibt. Frankreich seinerseits, das die Wirtschafts- und Währungsunion nach wie vor lieber heute als morgen verwirklicht wissen will, sieht keine andere Möglichkeit, als Deutschland über den Weg der wirtschaftlichen Verflechtung politisch einzubinden.

Dafür hat es sich nun den wirtschaftspolitischen Vorgaben der BRD bis auf weiteres gänzlich unterworfen, wie es die französische Zustimmung zu Frankfurt als Sitz der europäischen Zentralbank eindrucksvoll symbolisierte. Das nach dem EWS-Crash angekündigte deutsch-französische Konvergenzprogramm zur mittelfristigen wirtschaftlichen Angleichung wird Ende November den EG-Wirtschafts- und Finanzministern zur Beratung vorgelegt werden. Stichworte: konsequente Sparpolitik der öffentlichen Haushalte, stabilitätsorientierte Geldpolitik, eine auf Stärkung der Wachstumskräfte ausgerichtete Strukturpolitik, ganz wie es die Bundesregierung mit ihrem auf finanzielle Entlastung der Unternehmen und auf Kürzung der Sozialausgaben angelegten 20 Mrd.-DM-Sparpaket vorgemacht hat.

Kritik an der von der BRD vorangetriebenen Thatcherisierung Europas wird seitens der anderen EG-Teilnehmer derzeit nur vereinzelt geübt. Griechenlands jüngst wiedergewählter sozialdemokratischer Ministerpräsident Papandreou, der ankündigte, die von seiner konservativen Vorgängerregierung begonnene Privatisierung staatlicher Betriebe nicht fortzusetzen, bezweifelte kürzlich den Sinn der strengen Konvergenz-Kriterien des Maastrichter Vertrages und bezeichnete sie im Hinblick auf die in allen EG-Ländern herrschende Rezession und die damit einhergehenden Haushaltsdefizite als "Zumutung". (FAZ, 4.11.)

Mit Adenauers

Europapolitik brechen?

Der BRD-Imperialismus ist in der gegenwärtigen Phase, in der die weitere ökonomische Entwicklung Europas und nicht zuletzt auch der BRD sich befindet, darum bemüht, sich verschiedene Optionen offenzuhalten. Vollmundig bekennt sich Kohl zur Einhaltung des Maastricht-Zeitplans und zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft zur Europäischen Union und verbindet das mit der Mahnung, sie nicht als "gehobene Freihandelszone" mißzuverstehen. Eine solche könne Frieden und Freiheit in Europa nicht garantieren. (FAZ, 30.10.; 6.11.93) Kohl möchte auch die "Nord-Erweiterung der EG, ohne die diese ein Torso bleiben würde, vorantreiben". (Tagesspiegel, 4.9.93)

Kapital-Funktionär Stihl meint, mit der erweiterten EWS-Bandbreite seien jetzt die Voraussetzungen für die Rückkehr zur Stabilitätspolitik geschaffen worden, an deren Ende die politische und die Währungsunion stehen müßten. Im übrigen wünscht er den möglichst raschen Beitritt Österreichs zur EG, denn Österreich werde - ebenso wie die skandinavischen Länder - mit seiner traditionell auf freien Welthandel ausgerichteten Politik die derzeit zu schwache EG-interne "Freihandelslobby" stärken. "Dies sei erforderlich, da romanische Länder eine eher auf Abschottung ausgerichtete Politik verträten." (FAZ, 2.10.93)

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Lamers, fordert, daß die EG noch rascher als im Maastricht-Vertrag vorgesehen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln müsse. "Die EG könne nur dann neue Mitglieder in Osteuropa aufnehmen, wenn zugleich auch deren Sicherheit garantiert werde." (FAZ, 26.10.93) Und Waigel behauptet ungeachtet der rabiaten, auf Konvergenz und Disziplinierung zielenden deutschen Europapolitik, daß es Bonner Position sei, "möglichst bald auch Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik und Ungarn" in die EG aufzunehmen. (SZ, 5.11.93)

Divergenzen werden sichtbar. Bundesbank-Präsident Tietmeyer mahnt nach erfolgreich geschlagener Schlacht um die Europäische Zentralbank den gleichzeitigen Aufbau der politischen Union an: "Wenn nur eine Vergemeinschaftung der Geldpolitik stattfindet, alle anderen Politikbereiche aber im wesentlichen bei den Nationalstaten bleiben, dann ist die Gefahr sehr groß, daß es zu Konflikten kommt, zu einer Divergenz der Entscheidungen und Entwicklungen, die dann die Währungsunion vor eine Zerreißprobe stellen könnten." (Handelsblatt, 1.11.93) Selbst die Währungsunion ist für den Kommentator der "Wirtschaftswoche" gefährdet - durch das Urteil des BVG: "Die Gefahr ist unübersehbar: Das Urteil .. ist geeignet, die Anstrengungen der Wirtschaftspolitiker, die Währungsunion termingerecht zu realisieren, als von vornherein hoffnungslos erscheinen zu lassen und damit zu vereiteln." (29.10.93)

Auf der anderen Seite wird offen eine Renationalisierung propagiert. Das CDU-Grundsatzprogramm soll dahingehend geändert werden, die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa und die Auflösung der Nationalstaaten als Völkerrechtssubjekte aus der Programmatik zu streichen. (FAZ, 27.8.) Der berüchtigte bayrische Ministerpräsident Stoiber meldet sich aus einer "gewissen Grauzone" (der ak würde dies "Braunzone" nennen), "in der die Übergänge vom sogenannten D-Mark-Chauvinismus zur kaum verhüllten Schönhuberei fließend sind". (Tagesspiegel, 3.11.93) Stoiber hatte in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" erklärt, daß er "gegen einen europäischen Bundesstaat" sei und auf die Nachfrage, daß dies ein Bruch mit der Tradition der Union seit Konrad Adenauer sei, geantwortet: "Das ist richtig. Diesen Bruch vollzieht die Union jetzt insgesamt." (SZ, 2.11.93) Und wo CDU-Geißler dies als "Hochverrat" bezeichnet, sieht Stoiber sich in Übereinstimmung mit dem BVG-Urteil: "Das Bundesverfassungsgericht hat doch knallhart betont, daß sich die europäische Demokratie vorerst in der Nation aufbaut." Was wiederum auch die "Wirtschaftswoche" (15.10.), allerdings mit tiefem Stirnrunzeln, konstatiert: "Karlsruhe hat entschieden: Des Kanzlers Traum vom Bundesstaat Europa ist geplatzt. Deutschland bleibt deutsch."

Stoiber schreckt in seiner Argumentation auch vor rechtsextremistischer Begründung nicht zurück: "Der junge Helmut Kohl war in einer Zeit aufgewachsen unter dem Eindruck eines verheerenden Weltkriegs, der zugleich europäischer Bürgerkrieg war, in einer Zeit also, wo Deutscher zu sein insgesamt oft als belastend empfunden wurde. Deshalb haben viele Deutsche damals eine neue Identität gesucht und glaubten, sie in Europa zu finden ... Das ist vorbei."

Vertiefung

und/oder Erweiterung

Die deutlich werdenden unterschiedlichen Positionen bringt der "Generalist" Kohl auf folgenden Nenner: "Deutschland ist und bleibt unser Vaterland - das vereinte Europa ist unsere gemeinsame Zukunft." (FR, 12.11.93) Das läßt nun wirklich alles offen und soll es wohl auch. Möglich, daß in Zukunft von jedem etwas dabei ist. Wenn Stoiber als Ziel formuliert, "die EG nach Osten zu erweitern, anstatt sie im Westen zu vertiefen" (FR, 12.11.93), dann benennt er damit korrekt das Interesse des BRD-Kapitals, sich die osteuropäischen Staaten als Billiglohngebiete zu erschließen. Genauso ist es aber dessen Bestreben, einen stabilen "DM-Block" herauszubilden, auf dessen Grundlage schon mittelfristig eine europäische Einheitswährung eingerichtet wird. Insofern haben die Bekenntnisse zu Maastricht und zur weiteren politischen und ökonomischen Integration Europas einen Sinn. Störfaktoren sind dabei allerdings die südeuropäischen EG-Staaten, bei denen es fraglich ist, ob sich die geforderten Anpassungsleistungen gegen die dortigen Lohnabhängigen werden durchsetzen lassen, so daß unter diesem Aspekt der Vertrag von Maastricht tatsächlich hinfällig werden könnte und das "vereinte Europa" des Kapitals eine neue geographische Gestalt annimmt.

Jedoch ist auch der EG-Beitritt der Kandidaten Norwegen und Schweden aufgrund des in diesen Ländern vorhandenen, verschiedenste politische Richtungen umfassenden Widerstands noch keineswegs

ausgemachte Sache. Hier stehen für 1994 Volksabstimmungen an, bei denen Mehrheiten gegen die EG im Bereich des Möglichen liegen. Und schließlich hat der BRD-Imperialismus auch hierzulande seine Hausaufgaben noch nicht erledigt. Die im Sommer verabschiedeten massiven Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme, der hohe Anstieg ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse, die Reallohnverluste der letzten Jahre sind erst der Anfang der beabsichtigten "Sanierung der Gesellschaft" in voraussichtlich Thatcherschen Dimensionen, auf deren Grundlage das deutsche Kapital auf dem Weltmarkt seine führende Rolle verteidigen möchte.

J./Westberlin

Streik bei Air France

Mit Tränengas für den Kapitalismus à l'allemande

Erfolgreichen Widerstand gegen das geplante "Sanierungs"- und Privatisierungsprogramm der konservativen Regierung von Ministerpräsident Balladur leisteten die Beschäftigten des französischen Staatsbetriebes Air France und ihre Gewerkschaften CGT und CFDT. Die Regierung plant, mit der Liquidierung der französischen Staatswirtschaft (insgesamt 21 Unternehmen mit fast einer Million Beschäftigten, darunter Renault, der Mineralölkonzern Elf Aquitaine sowie die führenden Banken und Versicherungen) den französischen Kapitalismus den in der BRD üblichen Gepflogenheiten anzupassen. "Kapitalismus à l'allemande" meint dazu die "Wirtschaftswoche" und schreibt: "Wirtschaftliche Schlüsselpositionen, die bisher der Staat eingenommen hat, werden nun voraussichtlich den großen Banken und Versicherungen des Landes zufallen - wie in Deutschland." (22.10.93)

Im Falle von Air France ist diese Planung erst einmal vom Tisch. In militanten Aktionen hatten die Air France-Kolleginnen und -Kollegen Autobahnzufahrten blockiert, Türen mit Gabelstaplern durchbrochen und versucht, das Rollfeld zu besetzen. Als daraufhin eine Sondereinheit der Polizei Tränengas einsetzte, wurden ihr Steine entgegengeworfen. Nicht mehr als herkömmlichen Streik, sondern als Revolte bezeichnete dies Transportminister Bosson. Zwölf Tage Streik im Passagierbereich und 19 Tage Stillstand im Frachtverkehr brachten dem Unternehmen Einnahmeverluste von gut einer Milliarde Franc (rund 300 Millionen DM) und den Beschäftigten die Rücknahme des geplanten Abbaus von 4.000 Arbeitsplätzen, der die Privatisierung des Konzerns vorbereiten helfen sollte. Air-France-Präsident Attali trat demoralisiert von seinem Posten zurück.

Schon zuvor war es am 11. Oktober zu einem eintägigen Generalstreik im Transportwesen gekommen (an dem sich die sozialistische Gewerkschaft CFDT nicht beteiligt hatte), der nicht nur den Pariser Flughafens "Charles de Gaulle" und große Teile des Pariser Nahverkehrs erfaßt, sondern vor allem den Eisenbahnbetrieb im gesamten Land unterbrochen hatte. Auch hier machte sich der hohe Organisierungsgrad der SNCF-Beschäftigten in der kommunistischen Gewerkschaft CGT positiv bemerkbar.

Am 14. Oktober mußten die in Paris verlegten Tageszeitungen auf ihr Erscheinen verzichten, da die Drucker gegen den geplanten Abbau von Arbeitsplätzen protestiert hatten. Am 17.10. demonstrierten über 20.000 Industriearbeiter in Paris für Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit (offiziell 11,7 Prozent).

11. Kapitalisten für Arbeitszeitverkürzung?!

Die Vier-Tage-Woche und der "kollektive Freizeitpark"

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:33

Vor noch nicht allzu langer Zeit mußte sich der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel Hohn und Spott gefallen lassen, als er vorschlug, die Gewerkschaften könnten einen Verzicht auf Beschäftigungsabbau seitens der Kapitalisten mit einer gewissen Zurückhaltung bei den tariflichen Lohnforderung honorieren. Vom VW-Vorstand wurde dieses Signal offensichtlich richtig verstanden. Er schlug völlig überraschend ein neues, in der laufenden Arbeitszeitdiskussion unübliches Modell vor. Nicht die Verlängerung der Wochen-, Monats-, Jahres- oder gar Lebensarbeitszeit bietet das VW-Management an, sondern eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Diskussion um die Einführung der Vier-Tage-Woche beherrscht seit Ende Oktober die öffentliche Diskussion.

Genau dieses Modell hatte Hans Peter Stihl (Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages) noch wenige Tage zuvor als "an Dümmlichkeit nicht mehr zu überbieten" bezeichnet (Handelsblatt, 25.10.93). Gemeint war damit allerdings der Vorschlag der IGM, die für 1995 vereinbarte Arbeitszeitverkürzung vorzuziehen.

Vier-Tage-Woche oder Flexibilität im Quadrat?

Bis zum heutigen Tag - und wohl mit Absicht - ist die konkrete Vorstellung des VW-Vorstandes über die Umsetzung der Vier-Tage-Woche ziemlich nebulös geblieben. Klar ist lediglich, daß es sich nicht um ein Modell handelt, bei dem alle bis dahin noch knapp 100.000 Beschäftigten der VW-Werke in der Bundesrepublik an vier Tagen arbeiten und die restlichen drei Tage sich im "kollektiven Freizeitpark" tummeln können.

So sollen Junge und Alleinstehende für flexible Jahresarbeitszeiten gewonnen werden. Geplant wären dafür acht bis neun Monate Arbeit im Jahr, der Rest soll der betrieblichen Weiterbildung dienen. Für junge und alte Beschäftigte soll die Möglichkeit geschaffen werden, weniger als 28,8 Stunden in der Woche zu arbeiten. Das sogenannte Vier-Tage-Modell sieht auch eine Freistellung über mehrere Jahre vor, verbunden mit der Möglichkeit, Teilzeitarbeit in anderen Unternehmen annehmen zu können. Sollte es in der Branche wieder besser laufen, könnten diese Arbeitskräfte sofort wieder in das angestammte Werk zurückbeordert werden. So schwammig die bisher bekannt gewordenen Pläne sind, klar ist, daß der IGM und dem Betriebsrat eine ganze Palette von Flexibilisierungsmaßnahmen vorgelegt werden wird. Nach dem Abbau von über 15.000 Stellen bei VW im bisherigen Jahresverlauf sollen bis zum Jahresende noch weitere 3.000 Entlassungen vorgenommen werden, damit dann mit den verbleibenden 100.000 Beschäftigten das Flexibilisierungsprogramm gestartet werden kann.

Ein Grund für die VW-Offensive dürfte darin zu sehen sein, daß Massenentlassungen oder Kurzarbeit dem Konzern zu teuer werden. Bei 30.000 Kündigungen würde auf VW die stolze Summe von mindestens 1,2 Mrd. DM für Abfindungen zukommen, gehandelt werden teilweise auch Summen bis zu 2,4 Mrd. DM (Wirtschaftswoche, 5.11.93). Kurzarbeit wird ab dem 1.1.94 für die Betriebe ebenfalls wesentlich teurer. Die Sozialversicherungsbeiträge, die bisher von der Bundesanstalt für Arbeit bezahlt wurden, müssen ab dem nächsten Jahr von den Firmen selbst aufgebracht werden. Zusätzlich ist VW per Haustarifvertrag dazu verpflichtet, die Gehälter der Kurzarbeiter auf 95% des Tariflohns aufzustocken. Wenn statt dessen bei einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich Personalkosten gesenkt und qualifizierte Arbeitskräfte gehalten werden, hätte VW gegenüber den Konkurrenten einen erheblichen Vorteil. Beim Anspringen der Autokonjunktur, von der alle Unternehmen spätestens für das Jahr 1995 ausgehen, wäre VW mit einer flexibilisierten Belegschaft ausgestattet.

Vier-Tage-Woche à la BMW

Das BMW-Werk in Regensburg hat bereits 1990 die Vier-Tage bzw. Drei-Tage-Woche eingeführt. Dort wird in zwei Schichten à neun Stunden an sechs Wochentagen gearbeitet, am Samstag gibt es "nur" eine Frühschicht. Dies ergibt eine wöchentliche Maschinenlaufzeit von 99 Stunden. Die Beschäftigten arbeiten zwei Wochen jeweils vier Tage, in der dritten Woche drei Tage. Hinzu kommen elf Ausgleichsschichten pro Jahr,

das ergibt eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 35,5 Stunden. Das System hat sich für BMW bestens bewährt, führt es doch gegenüber herkömmlichen Zweischichten-Modellen zu einer Mehrauslastung der Maschinen von 33%. Die Mehrproduktion muß allerdings auch abgesetzt werden. Bei BMW in Regensburg scheint dies der Fall (HB, 28.10.93).

Vier-Tage-Woche ist also nicht gleich Vier-Tage-Woche, und das VW-Modell hat mit Sicherheit wenig zu tun mit einer Arbeitszeitverkürzung, die erkämpft wird, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Alle Vorschläge, die bisher bekannt sind, werden schlußendlich auf eine größere Leistungsverdichtung bzw. steigende Produktivität hinauslaufen. Rationalisierungen als nächste Maßnahmen sind förmlich vorgezeichnet.

Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnverzicht?

20% Arbeitszeitverkürzung gleich 20% Lohnkürzung lautet grob die Formel, die aus Wolfsburg angeboten wird. Der neue VW-Arbeitsdirektor Peter Hartz möchte nicht ganz so grausam sein und würde sich mit 16 bis 20% Kürzungen des Netto-Lohns zufrieden geben. Tyll Necker (Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie) ist der Ansicht, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit die Löhne wesentlich stärker als die Arbeitszeit gesenkt werden müssen. Dies paßt in das Vorhaben der Kapitalisten, in den kommenden Tarifauseinandersetzungen nicht nur Nullrunden zu erreichen, sondern Lohnsenkungen durchzusetzen.

Die IGM erklärte einerseits, daß sie mit einer zwanzigprozentigen Lohnkürzung nicht einverstanden sein wird. Andererseits wird eindeutig nicht auf vollen Lohnausgleich hingearbeitet. Der "Deal" dürfte bei Lohneinbußen um 10% abgeschlossen werden. Ein Vorziehen der Wochenarbeitszeitverkürzung von 36 auf 35 Stunden von 1995 auf 1994 würde die IGM mit 1,4% niedrigerer Tarifforderung in Anrechnung bringen. Bei VW - dort gilt ein Haustarif, und Lohntarifverhandlungen finden erst Mitte 1994 statt - wäre die IGM bereit, diese 1,4% auf die geltenden Stundenlöhne anzurechnen. Rechnet man diesen Vorschlag hoch auf eine Arbeitszeitverkürzung von 36 auf 28,8 Stunden, käme man exakt auf 10% Lohnkürzung, wobei in diesem Falle gewisse Härteklauseln für Geringverdienende denkbar wären. 10% Lohnkürzung stimmt genau mit dem Vorschlag des niedersächsischen Ministerpräsidenten und VW-Aufsichtsrat Gerhard Schröder überein.

Sowohl IGM als auch VW rechnen mit einer raschen Einführung der "Vier-Tage-Woche". Ziel der IGM ist es, einen Lohnausgleich "so weit wie möglich erreichen zu wollen" (Frankfurter Rundschau, 5.11.93). Ob 10% Lohnkürzung weit genug ist? Eine Einigung könnte relativ schnell erreicht werden. Die IGM will bei der Arbeitszeitgestaltung "Phantasie" walten lassen, was wohl heißen soll, daß den Flexibilisierungsplänen von VW nicht allzuviel entgegengesetzt wird.

Pro und contra Vier-Tage-Woche

Die IG Bergbau, in deren Branche seit Jahren schon erheblicher Arbeitsplatzabbau stattfindet, tritt für die tarifliche Vereinbarung der Vier-Tage-Woche ein und wäre dabei zu einem Lohnverzicht von mehr als 10% bereit. Die Vorsitzenden der IG Medien und der Gewerkschaft NGG, Hensche und Möllenberg, begrüßen die Einführung der Vier-Tage-Woche. Möllenberg will die durch die Arbeitszeitverkürzung entstehenden Lohneinbußen durch Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit ausgleichen lassen (Hamburger Abendblatt, 28.10.93). Der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel (Memo-Gruppe) schlägt bei der Arbeitszeitverkürzung bei VW eine Drittelung der "Lasten" vor. 5% Lohnverlust für die Beschäftigten, 5% Lohnkostenzuschüsse durch die Bundesanstalt für Arbeit, 10% soll VW tragen. Eine zwanzigprozentige Lohnkürzung bei ohnehin schrumpfenden Realeinkommen (siehe ak 359) hätte erhebliche Auswirkungen auf die Nachfrage und "wäre volkswirtschaftlich eine Katastrophe" (FR, 28.10). Zuschüsse seitens der Bundesanstalt für Arbeit werden mittlerweile ziemlich einhellig sowohl von Regierungs- und Kapitalistenseite als auch von der Bundesanstalt abgelehnt.

Die CDU hält die Vier-Tage-Woche für schädlich. Für einzelne Unternehmen sei sie eventuell sinnvoll - ganz will es sich die CDU mit den VW-Managern wohl nicht verscherzen -, aber nur dann, wenn die Betriebsvereinbarungen mehr Spielraum für Veränderungen böten (HB, 3.11.93). Hans Peter Stihl sieht in der Vier-Tage-Woche lediglich eine Übergangslösung, und Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann "kein Allheilmittel gegen notwendigen Personalabbau." Während Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Münch für Ostdeutschland eine Vier -Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich befürwortet, fordert er für die westdeutschen ArbeitnehmerInnen einen drei- bis fünfjährigen Lohnstopp. Die eingesparten Mittel sollten dann im Osten investiert werden (FR, 5.11.93) - Münch, die ostdeutsche Antwort auf Oskar Lafontaine.

In Frankreich - bei bisher gesetzlicher 39-Stunden-Woche - sollen Unternehmen, die die 32-Stunden-Woche (Vier-Tage-Woche) einführen wollen, staatliche Unterstützung erhalten. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß diese Unternehmen im ersten Jahr 40%, im zweiten Jahr 30% geringere Abgaben leisten müssen. Die Beschäftigten sollen auf 5 bis 6% ihrer Einkommen verzichten, die Unternehmen müssen sich bereit erklären, 10% mehr Personal einzustellen. Dieses Gesetz, sowohl in den Regierungs- als auch in den Oppositionsparteien heftig umstritten, wurde zumindest in der 2. Kammer mit knapper Mehrheit verabschiedet. Die Hürde Nationalversammlung muß noch übersprungen werden (HB, 8.11., taz, 9.11.93). Ähnliche Diskussionen werden zur Zeit in Spanien geführt, bei einer Arbeitslosenrate von 23%. In Frankreich beläuft sich die Rate "nur" auf 11,8%.

Gegenwehr, Gegenkräfte ...??

"Wir müssen unsere Maschinen dann laufen lassen können, wenn wir Bedarf haben, bei Bedarf also an sechs und in Ausnahmefällen auch an sieben Tagen in der Woche und - wenn möglich und nötig - während 52 Wochen im Jahr. Flexibilität ist das wichtigste Gebot der Stunde," so der Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann (HA, 27.10.93).

Vieles deutet darauf hin, daß das VW-Modell der Vier-Tage-Woche ein weiterer Schritt in diese Richtung ist. VW hat das Modell aus Anlaß einer Absatzkrise entwickelt. Zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit wird es nichts taugen. Vielmehr bereitet sich hier ein Konzern auf bessere Zeiten, sprich bessere Absatzmöglichkeiten, vor und trifft auf Gewerkschaften, die dem nichts entgegenzusetzen haben. Es stimmt sicherlich mit der Realität überein, wenn der IGM-Vorsitzende Zwickel an der Durchsetzungsfähigkeit seiner Organisation zweifelt. Dabei hatte er Betriebsvereinbarungen im Blick, die immer öfter gültige Tarifverträge unterlaufen. Wenn aber die IGM es bisher noch nicht zustande brachte, eine Gesamtkonferenz der Betriebsräte aus der Automobilindustrie zu organisieren, dann wird sie auch das Gegeneinander-Ausspielen der Belegschaften nicht verhindern können. Eine betriebsbornierte Interessensvertretung bzw. eine Orientierung an Wohl und Wehe des "eigenen" Konzerns läßt Beschäftigte in Hochkonjunkturphasen den Kapitalismus relativ leidlich ertragen. In Krisenzeiten wie den jetzigen rächt sich diese Orientierung bitter. Es gibt allerdings keine Anzeichen, daß von der IGM versucht wird, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Vielmehr ist sie selbst ein Teil dieses Systems und viel zu wenig organisierte Gegenkraft. Daß dabei Standortdiskussionen mit einem erheblichen nationalistischen "Unterton" auch von Gewerkschaftsseite geführt werden, nimmt kaum Wunder.

Nur am Rande sei erwähnt, daß es äußerst sinnvoll wäre, die Krise in der Autobranche dazu zu nutzen, über einen Umbau dieser Industrie nachzudenken. Es macht absolut keinen Sinn, diesen Moloch Autoindustrie mit all seinen ökologischen und sozialen Folgeerscheinungen weiter auszubauen. Alle Umstrukturierungspläne der Autokonzerne zielen darauf ab, den Individualverkehr noch weiter auszubauen. Die Absatzkrise soll mit Hilfe gesteigerter Verkehrsdichte und neuer Absatzmärkte (China ist zur Zeit der neue Hoffnungsträger) beseitigt werden. Dieses Ziel soll mit weniger Beschäftigten und höherer Produktivität erreicht werden.

gg

"Einer von uns"

"Der gebürtige Saarländer, Vorstandsmitglied der Hans-Böckler-Stiftung des DGB, setzt sich seit Jahren engagiert für eine Neubelebung des Gedankens der Montanmitbestimmung ein, die er als ‚Unternehmensführungskonzept der Zukunft` und europäische Antwort auf japanische Produktions- und Arbeitsmethoden charakterisiert. Sie garantiere nicht nur eine praktikable Streitkultur zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmern, sondern sei der Grundstock eines ‚sozialen Konsens, der es ermöglicht, ohne große Reibungsverluste schnell und flexibel auf neue Anforderungen des Marktes zu reagieren.`"

(Vorstellung des neuen Arbeitsdirektors bei VW, Peter Hartz, in der IGM-Funktionärszeitschrift "Der Gewerkschafter" 10/93)

12. Roland Freisler - Mörder in Hitlers Dienst. Rolf Gössner über Helmut Ortners Buch "Der Hinrichter"

Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:02

Eine späte Publikation: Fast 50 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur wird die Lebensgeschichte einer zentralen Figur der nationalsozialistischen Justiz in einem lesenswerten Buch nachgezeichnet. In diesem Jahr 1993 wäre der NS-Blutrichter Roland Freisler, die Inkarnation des furchtbaren Juristen, hundert Jahre alt geworden. Ein makabres "Jubiläum" als "Aufhänger" für ein gleichwohl "unzeitgemäßes" Buch, das dennoch zur "rechten" Zeit erscheint: Gerade in einer Zeit des gesellschaftlichen und staatlichen Rechtsrucks, wie wir sie gegenwärtig erleben müssen, in der wieder die Blindheit des rechten Auges der staatlichen Sicherheitsorgane diagnostiziert und beklagt werden muß und in der Strafgesetze verschärft und Grundrechte eingeschränkt werden. Gerade in einer solchen Zeit ist es so überaus wichtig, die jahrzehntelange Verdrängung deutscher Geschichte zu stören und an die braune Tradition deutscher Justiz und an ihre Nichtbewältigung in der Bundesrepublik zu erinnern.

Helmut Ortner, Jahrgang 1950, von Beruf freier Journalist, wollte ein "Buch gegen das Vergessen" schreiben, was ihm - zum Teil in atmosphärisch dichten Passagen - auch gelungen ist: "In diesem Buch geht es um Schuld und Sühne, um Versagen und Feigheit. Um Mut, Aufrichtigkeit und Widerstand. Um Täter und Opfer. Um Verdrängung und Verleugnung - um das Erinnern."

Der unermüdliche Buch-Publizist Ortner hat sich bereits mehrfach mit Justizthemen der Gegenwart kritisch auseinandergesetzt: in seinen Büchern über Gefängnisse und Haftbedingungen sowie über alternative Kriminalpolitik; außerdem hat er mit den beiden erzählenden Sachbüchern "Zwei Italiener in Amerika - Der Justizmord Sacco & Vanzetti" (1988) sowie "Der Einzelgänger - Georg Elser, der Mann, der Hitler töten wollte" (1989) historische Themen und Gestalten aufgegriffen und sich - nach "aktuellen Reportagen aus dem Dritten Reich" ("Gnadenlos deutsch", 1992) - nun mit seiner Freisler-Biographie eines NS-Täters, eines Justizmörders und seines Werdeganges angenommen.

Dieses Unterfangen ist nicht ohne Tücken. Die Problematik liegt generell in der Personalisierung von Geschichte, wie wir sie in der modernen Medienwelt allenthalben präsentiert bekommen. Hier besteht sie im Herauskristallisieren einer bedeutenden Figur des nationalsozialistischen Justizsystems aus dem Gesamtzusammenhang der Entwicklung des NS-Staates und seiner Strukturen. Es lauert die Gefahr der personalen Dämonisierung Freislers und damit die Exkulpation (Freisprechung, Anm. ak) seiner Mittäter, eine Verharmlosung des NS-Systems und seines Justizregimes, die Freisler mitprägten und die von ihm geprägt wurden.

Doch Helmut Ortner hat diese Gefahren erkannt und weitgehend gebannt: "Geschichte darf sich nicht auf Personen allein reduzieren, auf Prominenz und Privatheit. Gerade die Person Freislers wurde in der Vergangenheit zum dämonischen Unmenschen der deutschen NS-Justiz schlechthin stilisiert, häufig mit der Absicht, dadurch die Untaten von Tausenden seiner braunen Richterkollegen zu relativieren."

Dieser Erkenntnis folgend, legt Ortner mehr als nur eine Biographie vor. Er schildert die Lebensgeschichte Freislers im historischen Kontext seiner Zeit vom Gymnasiasten aus kleinbürgerlich-konservativem Milieu über den Rechtsanwalt und Publizisten zum späteren Staatsbeamten und nationalsozialistischen Richter. Er skizziert die Umgestaltung des Strafrechtssystems zum nationalsozialistischen Todeswerkzeug gegen die Opposition, die Umgestaltung der Justiz zu einem wesentlichen Bestandteil des damaligen Vernichtungsprogramms und beschreibt das Zusammenwirken von Freislers ideologischer Entwicklung und der Entwicklung des NS-Rechts, beleuchtet die Rolle der Justiz und die Einbindung der Richter, Staatsanwälte und Rechtswissenschaftler, die alsbald in ihrer Mehrheit geschlossen hinter der NS-Führung standen.

Im Mittelpunkt des Buches steht beispielhaft "eine besonders menschenverachtende NS-Institution, die es ohne die willfährige Unterstützung und Mitwirkung von Juristen nicht gegeben hätte - der Volksgerichtshof", dem Roland Freisler seit 1942 bis zum gewaltsamen Ende als Präsident vorstand. Es war die grausamste Ära dieses Terror-Tribunals. Sein blutiger Auftrag: "Schutz der Volksgemeinschaft" durch Ausmerzung ihrer Gegner.

Ortners Mischform einer erzählenden und dokumentarischen Sachbuch-Biographie hat viele Vorzüge: Sie ist zeitgeschichtlich informativ und facettenreich sowie anschaulich und spannend geschrieben. Geschichte wird auf diese Weise - entlang der Entwicklung einer Art durchgängiger "Romanfigur" präsentiert - eingängiger und "lesbarer", als wenn sie durch eine eher trockene geschichtswissenschaftliche Abhandlung dargeboten würde. Doch eine solche Form hat, wegen ihrer Konzentration auf eine Gestalt und eine Institution, notgedrungen auch einige Mankos: So kommt der historische "Vorlauf", die Rolle der Justiz in der Weimarer Republik, ohne die die NS-Justiz nicht verständlich wird, bei Ortner ein wenig zu kurz. Schon damals stellte die Justiz keine zuverlässige demokratische Kraft dar, sondern entpuppte sich als frühe Wegbereiterin des Faschismus. Ferner wird die Einordnung der NS-Justiz in das gesamte nationalsozialistische Staatssystem, in das arbeitsteilig und fabrikmäßig betriebene Verfolgungs- und Vernichtungsprogramm zu wenig herausgearbeitet: die Entwicklung der gesamten NS-Terrorjustiz zu einem Zweig der nazistischen Massenvernichtung. Und durch die Schwerpunktbildung "Volksgerichtshof" und "Freisler" kommt auch die Darstellung der unterschiedlichen NS-Gerichtsbarkeiten - Sondergerichte, Kriegsgerichte, Standgerichte, Nacht-und-Nebel-Justiz usw. - zu kurz, denn der Volksgerichtshof bildet lediglich einen - wenn auch besonderen - Ausschnitt der NS-Justiz. So ist für die Zeit von 1933 bis 1945 die Zahl der Todesurteile des Volksgerichtshofes mindestens zu verzehnfachen, um auf die Gesamtzahl der Todesurteile aller NS-Gerichte zu kommen, die auf 50.000 bis 80.000 geschätzt wird; fast 90 Prozent dieser Urteile wurden auch vollstreckt. Zu den Opfern dieser justitiellen Tötungsmaschinerie gehörten Kommunisten, Sozialisten und Pazifisten, "Wehrkraftzersetzer", "Volksschädlinge", "Rassenschänder", "Fremdvölkische", "Schmarotzer im Alltagsleben", "destruktive Außenseiter", "Asoziale" und wie die Begriffe aus dem Wörterbuch der Unmenschlichkeit noch lauten.

Ortners Buch handelt auch von den Opfern Freislers, von ihren Lebensgeschichten und erschütternden Schicksalen; einige von Freislers Urteilen "Im Namen des deutschen Volkes" wegen "Wehrkraftzersetzung" oder "Vorbereitung zum Hochverrat", "Zersetzungspropaganda" oder "Defaitismus" werden dokumentiert - Gesinnungsurteile einer gnadenlosen Justiz: "... durch seine zersetzenden Bemerkungen hat der Angeklagte unsere Kraft zum Volleinsatz für den Sieg angenagt ... Solcher Verrat macht für immer ehrlos ... Er mußte zum Tode verurteilt werden, damit die Siegesgewißheit und damit die Kampfkraft unserer Heimat unangetastet bleibt." "So blieb für den Volksgerichtshof nur übrig, sie ... für ihren Verrat mit dem Tode zu bestrafen. Denn eine andere Strafe kann um der Selbstachtung des Reiches, des Sauberkeitsbedürfnisses unseres Volkes und um des Schutzes von Reich und Volk willen nicht in Frage kommen." "Sie hat also unsere Wehrmacht zu zersetzen gewagt, ist damit für immer ehrlose Magd unserer Feinde geworden und wird dafür mit dem Tode bestraft." "Frau F. erfrechte sich zu der Behauptung, einige Jahre unter angelsächsischer Herrschaft seien besser als die ‚gegenwärtige Gewaltherrschaft`... Dadurch ist sie für immer ehrlos geworden. Sie wird mit dem Tode bestraft ..."

Ortner sprach mit vielen Zeitzeugen, mit überlebenden Opfern, aber auch mit NS-Tätern, die sich selbst gerne zu Opfern der nationalsozialistischen Politik uminterpretieren und nichts als ihre "Pflicht" getan haben wollen. Ortners Verdikt (Urteil, Anm. ak) über den fanatischen Eiferer Roland Freisler, der Tausende in den Tod schickte: Er "war keineswegs ein Dämon, der aus der Hölle aufstieg, sondern er kam aus der Mitte des deutschen Volkes. Seine Karriere war eine ‚deutsche Karriere`. Er war ein erbarmungsloser Vertreter einer erbarmungslosen Justiz. Ein konsequenter Komplize eines mörderischen Systems. Ein exemplarischer Mörder in Robe - und die Deutschen haben seine Taten, sein Wirken, seine Karriere möglich gemacht."

Das Urteil des Nürnberger Militärgerichtshofs nannte Freisler nach dem Krieg posthum "den düstersten, brutalsten und blutigsten Richter der gesamten deutschen Justizverwaltung". Helmut Ortner widerspricht dieser Beurteilung nicht, aber er wehrt sich gegen eine Einschätzung Freislers, die ihn nach 1945 "ebenso zum Sündenbock der deutschen Justiz (machte) wie zu ihrem Alibi": "Die überlebenden NS-Juristen benutzten die Dämonisierung Freislers, um ihre eigene Schuld auf dessen Rücken abzuladen." So konnten sich die Mit-Täter als "Verführte" und "Opfer" gerieren.

Am Ende des Buches findet sich ein tabellarischer Lebenslauf Freislers; wäre er nicht 1945 während eines Bombenangriffs in Berlin ums Leben gekommen, so hätte ihm diese Biographie mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Fortsetzung seiner juristischen Karriere in der Bundesrepublik beschert. Davon gingen auch jene Beamten des bayerischen Versorgungsamtes aus, die der Witwe Freislers eine sogenannte Schadensausgleichsrente gewährten mit der Begründung, es müsse unterstellt werden, daß Freisler - hätte er den Krieg überlebt - "als Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes tätig geworden wäre".

Im Buch-Anhang findet sich darüber hinaus eine Auflistung der Urteile, der Berufsrichter und der Staatsanwälte am "Volksgerichtshof" (VGH). Daraus geht hervor, daß die Richter des VGH in der Zeit von 1934 bis 1945 von 16.342 Angeklagten insgesamt 5.243 zum Tode und 7.768 zu zeitigen bzw. lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilten; lediglich 1.089 Angeklagte wurden freigesprochen.

Mindestens 80 der VGH-Richter und Staatsanwälte sind nach 1945 wieder im bundesdeutschen Justizdienst beschäftigt worden und richteten zum Teil erneut über die selben Opfer - so etwa im Verlauf der KommunistInnenverfolgung der 50er und 60er Jahre. Ein dunkles Kapitel dieser Justiz und dieser Gesellschaft, das fatale Auswirkungen zeitigte, denen sich das Buch ebenfalls widmet. Inzwischen dürfte zwar die Mehrzahl der von NS-Tätern zu "rechtsstaatlich" gesinnten Richtern gewendeten Staatsdiener gestorben sein - doch "einige von ihnen leben noch unter uns. In hohem Alter, gut versorgt mit ebenso hohen Pensionen aus der Staatskasse. Die meisten noch immer davon überzeugt, damals nur ihre Pflicht getan zu haben", schreibt Helmut Ortner in seinem Vorwort: "Es ist die nach 1945 so häufig strapazierte Entschuldigung, sie seien zum Paragraphengehorsam verpflichtet gewesen. Tatsache ist: Deutsche Richter haben zwischen 1933 und 1945 mit opportunistischer - bisweilen fanatischer - Kaltblütigkeit die Weimarer Verfassung zu einem Fetzen Papier gemacht und formal geltendes Recht mit organisierter Brutalität bedenkenlos angewandt. Keiner war dazu gezwungen worden. Nein, sie handelten aus eigenem Entschluß. Sie waren die juristischen Handlanger und Vollstrecker des NS-Staates, die Mörder in Robe."

Der massenhafte Justizmord blieb straffrei - juristische Konstruktionen und der Kalte Krieg machten es möglich. Die bundesdeutsche Justiz ist jedenfalls mit Hunderten von NS-Mördern errichtet worden - eine ungeheuerliche Tatsache, die gegenüber dem juristischen Nachwuchs systematisch verdrängt und verklärt wurde: "Die stolze Geschichte der Richterschaft durchzogen stets die Treue zur Staatsführung und die Liebe, mit der man dem Staate diente." Diese peinliche Äußerung stammt von dem ehemaligen Landgerichtspräsident Hubert Schorn und ist nachzulesen in seinem Rechtfertigungswerk "Der Richter im Dritten Reich" (1959). Wahrlich eine stolze Geschichte der politischen Rechtslastigkeit, des faschistischen Justizterrorismus und der Selbstamnestierung. Mit den überschwenglich positiv besetzten Richtereigenschaften der "Treue zur Staatsführung" und der "Liebe" zum Staat hat Schorn allerdings das ungeheure Dilemma eines überwiegenden Teils der deutschen Richterschaft (in West wie Ost, insbesondere bei politischen Verfahren) ungewollt offenbart: die Staatsbezogenheit, ja Staatsfixiertheit, die die Freiheitsrechte der Bürger zwangsläufig in den Schatten stellen. Der Bremer Jurist Ingo Müller ("Furchbare Juristen", 1987) sieht darin auch einen Grund für die Einäugigkeit der politischen Justiz in der Bundesrepublik, wie wir sie bis heute konstatieren müssen (vgl. dazu Gössner, Das Anti-Terror-System, 1991): "Diese Staatsfixiertheit großer Teile der Richterschaft, die ihre Anpassung an das Dritte Reich so reibungslos gemacht hatte, erklärt auch die Einseitigkeit der Justiz bei der Beurteilung aller Anklagen mit politischem Hintergrund. Bis heute wissen vor allem die höheren Gerichte je nach ‚Staatsnähe` des Angeklagten ihre rechtlichen Ausführungen fein zu differenzieren."

Die Wiedereingliederung von Nazis, von ehemaligen NS-Beamten in den staatlichen Verwaltungsapparat und der große "Friede mit den Tätern", also die tendenzielle Nichtverfolgung von NS-Verbrechern bzw. ihre Amnestierung, überhaupt die gigantische Nicht-Aufarbeitung respektive Verdrängung der NS-Zeit und ihrer Folgen - all das, was Ralph Giordano als "zweite Schuld" bezeichnet, offenbart in eindrucksvoller Weise, wie wenig die Westdeutschen, wie wenig die Juristen in ihrer Mehrzahl aus der deutschen Geschichte gelernt haben. Mit fatalen Auswirkungen: Denn diese Nachkriegs-Entwicklung vermag auch zu erklären, weshalb hierzulande der "Linksextremismus/-terrorismus" derart überzogen wahrgenommen und überdimensional verfolgt wird, während der "Rechtsextremismus/-terrorismus", den es schließlich in erheblichem Maße gibt und der seine Wurzeln im Nationalsozialismus findet, immer noch eher zurückhaltend geahndet wird. Es besteht insoweit, juristisch ausgedrückt und auf die Justiz bezogen, ein Fortsetzungszusammenhang zwischen der schuldhaften Nichtbewältigung der NS-Verbrechen, insbesondere der justizeigenen terroristischen Vergangenheit einerseits und der Verharmlosung des Neonazismus, der milden (Nicht-)Verfolgung neonazistischer Umtriebe und Verbrechen andererseits.

Helmut Ortners Buch leistet einen wertvollen Beitrag, diese Tradition deutscher Justiz der Verdrängung zu entreißen und das justitielle Handeln der bundesdeutschen Justiz besser "verstehen" zu lernen: nämlich ihren Beitrag zu der zwei Jahrzehnte währenden Kommunistenverfolgung der 50er und 60er Jahre mit Ermittlungsverfahren gegen weit über 120.000 Personen, die zumeist bereits in der NS-Zeit zu den Verfolgten

gehört hatten, und mit weiteren 250.000 mittelbar Betroffenen; ihren Beitrag zu der zwei Jahrzehnte währenden Berufsverbotepolitik (seit 1972) mit etwa zehntausend Berufsverboteverfahren und weit über tausend Berufsverbotemaßnahmen; schließlich die über zwanzigjährige Justiz-Geschichte der sogenannten Terrorismusverfahren (seit 1971) mit ihren tiefgreifenden Auswirkungen auf die Substanz des Straf- und Strafprozeßrechts, aber auch auf die politische Kulter in der Bundesrepublik; und nicht zuletzt den zwiespältigen justitiellen Umgang mit der DDR-Geschichte seit dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, der zeitweise an Siegerjustiz gemahnt gegenüber einem ehemals verhaßten kommunistischen System und seinem Personal.

Helmut Ortner: Der Hinrichter, Roland Freisler - Mörder im Dienst Hitlers. Zolnay Verlag Wien - Rastatt (350 Seiten, 42 DM)

13. Das Geschäft mit den Rußlanddeutschen

Autor: Ulla Jelpke und Helmut Schröder · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Revanchismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:29

"Inseln der Hoffnung" möchte Dr. Horst Waffenschmidt, Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern (BMI), für die Deutschen in Rußland, in der Ukraine und anderswo schaffen. Und es sollen "Inseln des Wohlstands" werden, die den Rußlanddeutschen Anreize bieten, in diesen Ländern zu bleiben, statt sich um Ausreise in die BRD zu bemühen.

Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung in den letzten Jahren mehrere hundert Millionen Mark in die Länder der ehemaligen Sowjetunion gepumpt. Der Plan war: Landwirtschaftliche Projekte und Fabriken sollten aus dem Boden gestampft werden. Häuser, ja ganze Siedlungen und neue Städte sollten gebaut, Schlachtereien, Bäckereien, Käsereien, Saatgut geliefert werden. In Notfällen wurden vom BMI "Soforthilfeprogramme" in Millionenhöhe von heute auf morgen umgesetzt, für Nahrungs-, Bekleidungs- und Bedarfsgüterlieferungen. Also: Arbeit und Geld für die Rußlanddeutschen.

Indes: Die Umsetzung der Pläne an der Wolga, in Kasachstan, in der Ukraine und im Altai-Gebiet ließ erst einmal auf sich warten. Die einzige "Insel des Wohlstands" entstand ganz woanders: In St. Augustin bei Bonn. Hier ist der Sitz des "Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA). Dieser Verein wurde von der Bundesregierung in den letzten Jahren zur zentralen Mittlerorganisation für die Belange der Rußlanddeutschen befördert. Der VDA erhielt allein von 1990 bis 1992 über 110 Millionen Mark aus dem BMI zugeschustert - "für die Deutschen im Ausland". Die Gelder versickerten in beträchtlichem Maße im VDA- Organisationsapparat.

Dabei ist nicht so ganz klar, wieso gerade der VDA auserkoren wurde. Vielleicht deshalb: Die Organisation, 1871 gegründet, hat sich als deutscher Schutz- und Trutzverein einen äußerst schlechten Namen gemacht und wurde nach 1945 wegen ihres Engagements für den Nazistaat von den Alliierten in Nürnberg verboten. Der VDA fristete nach seinem Wiederaufbau nur ein bescheidenes Dasein. Von Rechtsextremisten durchsetzt, gab man sich deutschtümelnd und hielt alte unselige Traditionen hoch. Führende Funktionäre, wie Rudolf Aschenauer, schrieben in neofaschistischen Zeitungen wie "Nation Europa" und betrieben wieder völkische Propaganda für ein Großdeutschland.

Im eigenen Verein zumindest hat man dieses Großdeutschland schon realisiert. Organisationen aus Österreich und Italien haben ihre Vertreter im Verwaltungsrat des VDA. Aus Österreich sitzt da beispielsweise Helmut Kowarik, Vorsitzender der rechtsextremen "Österreichischen Landsmannschaft" und presserechtlich verantwortlich für den "Eckartboten", eine antisemitische und geschichtsrevisionistische Zeitschrift. In diesem Hetzblatt wird der Antisemitismus als "natürliche Abwehrreaktion aller Wirtsvölker", die Ermordung von sechs Millionen Juden in deutschen KZs als "bösartige Propaganda" bezeichnet.

Anscheinend ohne sich daran zu stören, sitzt seit 1989 im VDA-Verwaltungsrat auch kein geringerer als der eingangs genannte Horst Waffenschmidt. Der sorgte dafür, daß der VDA im großen Stil ins Osteuropageschäft einsteigen konnte. Von Null auf Hundert beschleunigte er die Fahrt des VDA ins Ostgeschäft.

Ein Verein, der bisher einen Jahresumsatz von maximal einer Millionen Mark für deutschtümelnde Kulturarbeit bewirtschaftete, bekam nun plötzlich Bundesmittel in zweistelliger Millionenhöhe. Dabei nahm das BMI es nicht so genau: Ohne daß überhaupt ein schriftlicher Antrag vorgelegen hätte (Ruf doch mal an!), wurden dem VDA wegen der "besonderen politischen und wirtschaftlichen Dringlichkeit" beispielsweise am 19. Dezember 1990 über 34 Millionen Mark bewilligt und sofort telegraphisch angewiesen. Beim VDA wanderte dieses Geld erst einmal ... auf ein Festgeldkonto, lagerte dort monatelang und brachte dem VDA beträchtliche Zinsgewinne von mehreren hunderttausend Mark. Später wurde das 34-Millionen-Projekt ohne Ausschreibung im wesentlichen an zwei Firmen vergeben. Besonders profitierte die "Interform", eine Firma, in der der VDA Mehrheitseigentümer ist.

Nach dem gleichen Schema ließ die Bundesregierung dem VDA ein Jahr später fast 50 Millionen Mark zukommen. Dabei agierte sie in einer Grauzone des Rechts. Für die Unterstützung der Deutschen in den Aussiedlungsgebieten waren im Bundeshaushalt für das Jahr 1991 rund 70,5 Millionen DM bewilligt worden. Im Herbst 1991, in den Beratungen für den Nachtragshaushalt 1991, wurden für die Deutschen in den

Aussiedlungsgebieten keine weiteren Gelder beantragt. Merkwürdig jedoch: Nachdem der Nachtragshaushalt in allen Gremien beraten und vom Bundestag in 2. und 3. Lesung verabschiedet worden war, beantragte der Finanzminister plötzlich - ca. zwei Wochen später, am 2.12.91 - die Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben von 50 Millionen zur Unterstützung der Rußlanddeutschen. Die Ausgabe war "unaufschiebbar" - so Waigel - und konnte angeblich bei Aufstellung des Haushalts nicht vorgesehen werden. Offenbar beim Nachtragshaushalt auch noch nicht.

Interessant jedoch und in eklatantem Widerspruch dazu: In einem Bewilligungsbescheid vom 22.11.91 für ein 6-Millionen-Projekt des VDA, den das BMI aus dem Zuständigkeitsbereich des Auswärtigen Amtes übernahm, führte das BMI aus, daß "durch Zurückstellen anderer nicht so dringender Projekte um wenige Monate Mittel bereitgestellt werden" konnten.

Als Resultat bleibt: Mit diesem großen Coup hatte der Finanzminister die Gremien des Bundestages von einer ordentlichen Beratung ausgeschlossen. Und wie es der Zufall will: Diese 50 Millionen zusätzliche Ausgaben fingen just eine vom Bundestag beschlossene qualifizierte Sperre über den gleichen Betrag an Leistungen für die Rußlanddeutschen unter dem Einzelplan 06 Titel 896 01-249 auf.

Das hieß: Innerhalb weniger Tagen mußten 50 Millionen Mark ausgegeben werden. Die "unaufschiebbare Aufgabe" der Realisierung des "Sofortprogramms" wurde dem VDA übertragen. Obwohl dieser mit der Realisierung der Projekte überhaupt nicht zurecht kam, schrieb der Finanzminister am 28.2.92 in einer Unterrichtung des Bundestages bezüglich der "Über- und außerplanmäßigen Ausgaben", daß 49,43 Millionen DM für die Finanzierung eines Sofortprogramms ausgegeben worden seien. (Drucksache 12/2181).

Aber das einzige, was sofort passierte, war die Überweisung der Gelder an den VDA. Bereits am 27.12.91 waren die Mittel aus dem Bundeshaushalt beim VDA eingegangen. So z.B. 29,14 Millionen DM als "Soforthilfe für die Bevölkerung in Saratow/Wolgograd". Dringend benötigte Nahrungsmittel, Kleidung, Bedarfsgüter und Medizin sollten davon gekauft und geliefert werden. Von diesen Geldern wurden vom VDA allerdings 6,5 Millionen DM überhaupt nicht eingesetzt. Entweder war er nicht in der Lage oder nicht willens, diese Gelder zur Hilfe für die Menschen einzusetzen. Dafür berechnete der VDA für dieses "Sofortprogramm" aber Lagerkosten von mehr als einer halben Millionen DM. Der Zeitraum der Rechnung umfaßt Oktober 1991 bis einschließlich Dezember 1992. (Bewilligt wurden die Mittel vom BMI am 17.12.91; der Nachweistermin war der 30.6.92). Aussteller der Rechnung war das VDA-eigene Lager in Horhausen. Ein schmutziges Geschäft mit der Not.

Ähnlich lief es bei dem Projekt "Ausstattung von 500 Schulen" in Höhe von 6,18 Millionen Mark. Ausgegeben wurden lediglich 4,73 Millionen. Nachweistermin hierfür wäre ebenfalls der 30.6.92 gewesen. Die verbleibenden 1,4 Millionen Mark stehen dem VDA ebenfalls zur Verfügung. Ein Abrechnungsausdruck des VDA vom 19.7.93 vermerkt nämlich: "Rücküberweisung: 0,00 DM". Dabei hatte der Bundesrechnungshof in einem Prüfbericht (Stand: 9.4.92) das BMI bereits dafür gerügt, daß dem VDA im Dezember 1991 die gesamte Zuwendung ausgezahlt wurde, obwohl die Gelder erst später benötigt wurden. Man beachte jedoch, daß der Bundesrechnungshof bei seiner Beanstandung davon ausging, daß die Abrechnung ordnungsgemäß am 30.6.92 erfolgen würde.

Wäre die Bevölkerung in Rußland akut von Hunger und Kälte bedroht gewesen, dann wären sie bei dieser "Hilfe" durch den VDA eher gestorben. Dafür schwollen die Konten des VDA ins Unermeßliche an. Aus den der PDS/Linken Liste vorliegenden Auszügen aus internen Abrechnungen und Haushaltsbüchern des VDA geht hervor, daß dieser nicht nur eine Vielzahl von diversen Konten bei zig Geldinstituten hat, sondern daß deren Stand astronomisch in die Höhe schnellte. So hatte der VDA am 31.12.92 allein auf einem Konto der Deutschen Bank in Brüssel/Paris 48 Millionen Mark.

Kein Wunder: Der VDA hat sich bei den Abrechnungen immer gut bedient. Allein im Haushaltsjahr erzielte er Einnahmen durch :

* Zinsen und sonstige Erträge: 6,28 Millionen Mark

* Verwaltungskostenersatz (Aktivitäten Ost): 2,22 Millionen Mark.

Hinzu kommt, daß der VDA auch als Eigentümer der entsprechenden Projekte auftritt und konsequent dafür sorgt, daß er bei den aus Bundesmitteln finanzierten Projekten als alleiniger Eigentümer oder zumindest als

Hauptanteilseigner auftritt. In der Haushaltsbilanz des VDA taucht unter "Aktiva" der Unterposten "sonstige Anlagegüter" mit sage und schreibe 30,18 Millionen Mark auf.

Daß der VDA so handeln konnte, lag vor allem daran, daß das BMI seiner Aufsichtspflicht so gut wie nicht nachkam. Der Nachweistermin für das Projekt der "Soforthilfe für die Bevölkerung in Saratow/Wolgograd" beispielsweise war auf den 30.6.92 terminiert, eine Abrechnung lag jedoch ein Jahr später immer noch nicht vor. Im Juli 1993 war der VDA dabei, die Abrechnung für das BMI zusammenzustellen. In einem Schreiben vom 21.7.93 weist der Geschäftsführer des VDA, Schlamelcher, den VDA-Vorsitzenden darauf hin, daß "in den letzten Wochen die letzte Lieferung veranlaßt" wurde und man "nunmehr auf die Rechnungen" warte.

Aus den vorliegenden Unterlagen geht hervor, daß der VDA bei einer ganzen Reihe von weiteren bewilligten Projekten aus dem "Sofortprogramm" die entsprechenden Verwendungsnachweise und Sachberichte mit fast einem Jahr Verspätung oder gar nicht ablieferte. Der VDA setzte unter diesen für ihn höchst vorteilhaften Bedingungen so manches Projekt buchstäblich in den Morast, wie leerstehende Containersiedlungen in Nowo-Kamenka oder zu spät zur Aussaat ankommendes Saatgut belegt. Die Rußlanddeutschen klagen seit geraumer Zeit, daß Gelder gar nicht ankommen, daß gelieferte Anlagen gar nicht oder nur schlecht funktionieren, da sie häufig defekt sind oder Nachlieferungen ausbleiben.

Unter den Fittichen des BMI konnte der VDA unbekümmert weitermachen, selbst als der Bundesrechnungshof schon prüfte und rügte, und sogar noch, als die Staatsanwaltschaft schon ermittelte. Kleine Anfragen der Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste wurden von der Bundesregierung mit dem Verweis auf laufende Ermittlungsverfahren im Detail nicht beantwortet. Dabei ging es der Bundesregierung mit ihrer Auskunftsverweigerung offenbar darum, die Vernachlässigung der eigenen Aufsichtspflicht aus der Kritik zu nehmen.

Diesen Schutz im Dunkel hatte die Bundesregierung bitter nötig, denn die Kritik des Bundesrechnungshofes am BMI war vernichtend. In dem Prüfbericht heißt es u.a.: "Wir beanstanden, daß Sie die bewilligten Mittel stets in vollem Umfang ausgezahlt haben, obwohl Sie vom Zuwendungsempfänger noch nicht benötigt wurden. Dadurch ist dem Bund ein finanzieller Schaden entstanden.

Wir bitten zu veranlassen, daß

- die derzeit beim VDA vorhandenen und kurzfristig nicht benötigten Bundesmittel einschließlich der erwirtschafteten Zinsen zurückgefordert werden,

- künftige Bundesmittel nur entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorschriften gezahlt werden,

- die Frage der Haftung für den eingetretenen Schaden und disziplinarrechtlicher Maßnahmen geprüft werden."

Das BMI trägt die Verantwortung dafür, daß diese Bundesmittel weiter vom VDA unbekümmert zum eigenen Vorteil bewirtschaftet werden konnten. Deshalb unternahm das BMI alles mögliche, damit dieser Prüfbericht nicht an die Mitglieder des Haushaltsausschusses ging.

Aber nicht nur, daß man dem VDA Millionenbeträge fast unkontrolliert zuschob: Der Verein übernahm auch die Bezahlung von Dienstreisen des Parlamentarischen Staatssekretärs Waffenschmidt. So wurden u.a. die Transferkosten vor Ort und der Hotelaufenthalt einer 56köpfigen Delegation, die mit dem Staatssekretär im September 1992 in die GUS reiste, über den VDA abgerechnet. Summe: 50.000 DM. (siehe dazu: Hrsg. LUPE e.V. und Buntstift, Verein für das Deutschtum, Berlin 1993, S. 52). Der Nachrichtensender "VOX" brachte am 6.10.93 den Nachweis, daß darüber hinaus der VDA auch die Telefonrechnung von Waffenschmidts Hotelaufenthalt übernahm. Eine Hand wäscht die andere.

Im Juli diesen Jahres soll Waffenschmidt den Verwaltungsrat des VDA verlassen haben. Kurz zuvor begannen die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen den Skandal-Verein. Ob ihn dieser Abgang retten wird?

Einen Überblick über die Politik des VDA gibt das Buch:

Hrsg. LUPE/Buntstift e.V., Organisationsprofil - Verein für das Deutschtum im Ausland, 198 Seiten, DM 20,00

14. Wehrsportgruppe Heitmann formiert sich

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; DVU (Deutsche Volks-Union) · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:37

Die Debatte um den unsäglichen Präsidentschaftskandidaten Steffen Heitmann wird immer absurder. Während allen Ortes heftig spekuliert wird, wie denn Kohl seinen "größten Fehler" wieder korrigieren könne, Präsidentschaftskandidaten zuhauf gehandelt werden, Szenarien von Abstimmungsmöglichkeiten in der Bundesversammlung durchgerechnet werden, formieren sich um Heitmann zunehmend seine wahren Freunde, die Gruppen und Parteien der extremen Rechten.

Denn das, was er vertritt: keine Überfremdung Deutschlands, Frauen zurück an den Herd, Nein zu Maastricht-Europa und Schluß mit der ewigen Sonderrolle Deutschlands wegen des Holocausts - dies hatten sie schon immer gefordert. Und so einer, den sie alle einen aufrechten nationalen Deutschen nennen, soll denn nun auch Präsident werden!

"Schwarzbraun ist die Haselnuß" haben Heitmanns Tischnachbarn beim Parteitag der CDU im September in Berlin gesungen - programmatisch, national und Stammtisch eben. Kein Wunder, daß die Angesprochenen sich äußern müssen.

Am gemäßigsten fällt dabei die Zustimmung Schönhubers aus, der wohl befürchten muß, daß dieser scharfe Rechtskurs der Union seiner Partei am meisten schaden könnte. Er jedenfalls kann "mit den meisten Aussagen von Herrn Heitmann" übereinstimmen (Spiegel, 4.10.93), aber - er macht seine offene Unterstützung noch von Heitmanns Verhalten gegenüber den REPs abhängig.

Völlig ungeniert antisemitisch dagegen gibt sich die Presse der DVU. Seit Wochen ist Heitmann z.B. Aufmacher jeder Ausgabe der rechtsradikalen "Deutschen Wochenzeitung" des Gerhard Frey. So titelte die DWZ am 15. Oktober 1993: "Kohl Bundespräsident? - wenn Heitmann untergeht" und: "Jüdischer Weltkongreß verdammt Heitmann". Dieses Motiv der "jüdischen Weltverschwörung" gegen den Kandidaten der "schweigenden Mehrheit" wird am 22. Oktober dann weiter ausgeführt: "Die vereinigte Meinungsindustrie in der Bundesrepublik und im Westen leistet ein Maximum an Verteufelung und eine konzertierte Aktion linker bzw. antideutscher Politiker besorgt den Rest. ... Das massive Eingreifen des Vorsitzendenden des jüdischen Zentralrats in Deutschland, Bubis, und des Präsidenten Bronfmann des mächtigen jüdischen Weltkongresses gegen Heitmann ist wohl zuviel ...". Wieder eine Woche später lautet die entsprechende Schlagzeile: "Zentralrat der Juden - allmächtig in Deutschland" (Thema war die Kritik des Zentralrats an der Verleihung des Jean-Paul-Preises an Gertrud Fussenegger, eine klerikal-nationalistischen Schriftstellerin, die im Faschismus u.a. im "Völkischen Beobachter" und anderen Medien publiziert hatte). Auf Seite drei geht es dann um "Heitmanns Verdammung", die vor allem vom Zentralrat der Juden in Deutschland, dem jüdischen Weltkongreß und dem Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles betrieben werde. Am 5. November schließlich lautet die Schlagzeile: "Was Heitmann erwartet - Die Methoden des Jüdischen Weltkongresses". Auf zwei Seiten wird hier die Diskussion um den damaligen österreichischen Bundespräsidentschaftskandidaten Waldheim aus dem Jahr 1986 als angeblich perfide jüdische Verschwörung kolportiert (Waldheim wurde seine Rolle als Offizier der faschistischen Wehrmacht in Jugoslawien vorgeworfen, die er lange Zeit verschwiegen hatte). Allerdings hält Frey eine tatsächliche Kandidatur Heitmanns für immer weniger wahrscheinlich: Er propagiert Schäuble als Kanzler und Kohl als Präsident. Dies sei die einzige Möglichkeit, noch Schaden abzuwenden.

Den Vogel aber schießt Neonazi Christian Worch (Nationale Liste Hamburg, Anti-Anti-Fa, Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front etc.) in einem am 18.10.1993 verbreiteten Fax ab: Er fordert seine Kameradinnen und Kameraden zu einer "konzertierten Aktion" auf, einer "nationalen Kampagne" unter dem Titel "Wählt Heitmann". Zwar sieht auch er (wie Schönhuber) den Sogeffekt, den die CSU/CDU durch nationale Aushängeschilder wie Heitmann und Kanther auf das sogenannte nationale Lager ausübt. Seine Schlußfolgerung: "Nur wenn wir uns rechtzeitig und eindeutig zu Wort melden, wird die Wahl Steffen Heitmanns auch als ein Sieg des radikal rechten Lagers betrachtet werden."

Doch auch für den Fall der Niederlage Heitmanns oder seines Rückzuges aus der Kandidatur sieht Worch Chancen für die Nazis: "Denn dann könnten wir darauf hinweisen, daß vor allem linke Kräfte, ewiggestrige

Vergangenheitsbewältiger und jüdische Funktionäre im In- und Ausland die Wahl Heitmanns hintertrieben haben und damit einmal mehr bewiesen ist, daß mit der Selbstbestimmung der Deutschen auch eine halbes Jahrhundert nach Kriegsende mies aussieht."

Als Rita Süßmuth als eine der wenigen in der Bundestagsfraktion den Kandidaten Heitmann fragen wollte, wie er denn mit diesem Beifall von ganz rechtsaußen umgehen wolle, wurde sie gnadenlos ausgebuht. Kanzler Kohl nannte die "Kampagne gegen Heitmann" einen "ungeheuren Vorgang in der deutschen Geschichte" (Stern, 7.10.93). Für den brandenburgischen CDU-Generalsekretär Thomas Klein sabotierten die Heitmann-Kritiker in den eigenen Reihen, namentlich Süßmuth, Geißler, Else Ackermann und Immo Lieberoth, eine Kandidatur auf eine "heuchlerische und unappetitliche Weise". Wer sich daran beteilige, "vergreift und versündigt sich an der Vollendung der deutschen Einheit" (taz, 23.10.93).

A propos: Mehr als 60% aller Bundesbürger halten Steffen Heitmann für ungeeignet und lehnen ihn ab. Im Osten fast noch entschiedener als im Westen.

Absurdes Theater? Leider nein.

ES, Hamburg

15. Nazi-Aufmarsch verhindert (München)

Presseerklärung des Münchner Antifa-Plenums

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:34

Über die "Nationalen Infotelefone" der Neo-Nazis wurde bekannt gegeben, daß am 30. Oktober 1993 in München eine Kundgebung und Demonstration unter dem Motto "Keine Ausländer in der Polizei" und "Gegen ein Ausländerwahlrecht" durchgeführt wird.

Die Demonstration sollte um 13 Uhr beim U-Bahnhof Silberhornstraße beginnen und zum Giesinger Bahnhof führen. Weiter wurde bekannt, daß die Veranstalter eine sogenannte "Zündelfahne" angemeldet hatten. Damit war klar, daß die Aktion vom Umfeld des Münchner Neo-Nazis Bela Ewald Althans organisiert wurde. Dieser betreibt seit dem 8.6.1991 in der Herzog-Heinrich-Straße 30 den AVÖ (Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit) Laden. Seit 1. September, 5.45 Uhr, nennt sich der Laden "Stephan Wiesels Herzog-Heinrich-Buchhandlung". Am 2. September entzog das KVR Althans und Wiesel die Gewerbeerlaubnis, weil der Buchladen der Verbreitung neonazistischer Propaganda dient. Dies wurde zwischenzeitlich vom Verwaltungsgericht bestätigt. Der Laden wird u.a. von Ernst Zündel aus Kanada finanziert, dieser leugnet öffentlich die Verbrechen des NS-Regimes und wurde deshalb auch schon vom Amtsgericht München verurteilt. Trotzdem sah die Stadt München keinen Anlaß, gegen die Kundgebung und Demonstration vorzugehen.

Das Münchner Antifa-Plenum rief dazu auf, daß verhindert werden muß, daß Neo-Nazis in dieser Stadt ihre faschistische, rassistische und sexistische Propaganda öffentlich verbreiten können. Vor der zentralen Flüchtlingsunterkunft in der Unterbergstraße wurde eine Mahnwache angemeldet. Die Unterbergstraße liegt in der Mitte des von den Neo-Nazis gewählten Zugweges. Genehmigt wurde jedoch nur eine Mahnwache einige hundert Meter weiter weg.

Am Freitag, den 29.10., wurden zwei junge Antifaschisten festgenommen, denen vorgeworfen wird, sie hätten Plakate mit dem Aufruf, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern und an der Mahnwache teilzunehmen, verklebt. Oberstaatsanwalt Meier-Staude sah darin einen "Aufruf zu Gewalttätigkeiten" und ordnete eine Durchsuchung des Infoladens, in dem sich u.a. auch das Antifa-Plenum trifft, in Haidhausen an. Rund 40 Polizeibeamte stürmten gegen 17 Uhr den Infoladen, durchsuchten und fotografierten sämtliche, zum Teil auch nicht zum Infoladen gehörende Räume. Sie beschlagnahmten in erheblichem Umfang Flugblätter, Broschüren, private Aufzeichnungen u.ä. Darunter auch sämtliche Flugblätter, die für die Mahnwache hergestellt wurden. Auf keinem der beschlagnahmten Flugblätter und sonstigen Materialien war auch nur im Ansatz der Verdacht der Aufforderung zu Straftaten erkennbar.

Am Samstag, den 30.10., begann in der Nähe der Flüchtlingsunterkunft in der Untersbergstraße die Mahnwache mit einem Informationsstand und Transparenten. Auch bei der Tela-Post am Tegernseer-Platz sammelten sich zahlreiche Antifaschistinnen und Antifaschisten. Gegen 13 Uhr tauchten rund zehn Neo-Nazis auf. Unter anderem waren die bekannten Neo-Nazis Stephan Wiesel und Stefan Jahnel sowie der Anmelder Huber anwesend. Jahnel erklärte, daß seine Kameraden sich vor der antifaschistischen Übermacht fürchten würden, da sie viel weniger wären. Er verhandelte weiter mit der Polizei, die ihm angeblich erklärte, daß sie seine "Demonstrationsfreiheit" nicht garantieren könne. Daraufhin wurde der Aufmarsch abgesagt. Die Neo-Nazis wurden mit Polizeifahrzeugen weggefahren. Die Antifaschistinnen und Antifaschisten zogen mit einer Spontandemonstration zur Mahnwache in die Unterbergstraße. In Verlauf dieser Demo wurden die TeilnehmerInnen und Teilnehmer von der Polizei laufend gefilmt und provoziert. Es kam dabei zu Übergriffen von seiten der USK-Polizeieinheit. Diese prügelte grundlos in äußerst brutaler Weise auf einige Leute ein. Zum Teil wurde auf Menschen, die bereits am Boden lagen, eingeprügelt, andere wurden an den Haaren durch die Gegend gezogen. Vier Antifaschisten wurden bei dieser Aktion festgenommen.

In München, "der Stadt der Lichterkette", finden derzeit viele Veranstaltungen und Ausstellungen zum Thema "München - Hauptstadt der Bewegung" statt. Doch diese Stadt, ihre Verwaltung, Polizei und Justiz scheinen nicht dazugelernt zu haben, wie die Vorgänge um den geplanten Nazi-Aufmarsch am Samstag gezeigt haben. Es sind nicht nur die militanten Neo-Nazis um Althans, die hier ihr Unwesen treiben. Hier sitzen auch die

Herren Schönhuber und Frey, daneben gibt es noch eine Menge "kleinerer" Organisationen, Zeitungen, Druckereien und Gruppen, die faschistische Propaganda betreiben. Dies muß bekannt gemacht werden, dagegen muß etwas gemacht werden.

Antifa-Plenum München,

München, den 31.10.1993

(redaktionell gekürzt)

16. Prozeß gegen Antifaschisten (Saarbrücken)

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:36

"Es drängt sich der Eindruck von Voreingenommenheit und bewußter Prozeßsabotage zur Abwendung eines Freispruches der vier Angeklagten auf ..." (1)

Am 7.9. wurde der Prozeß gegen vier Antifaschisten aus Rheinland-Pfalz vor dem Amtsgericht Saarbrücken eröffnet.

Sie wurden beschuldigt, am 12.10.91 in Saarbrücken nach einer Demo gegen Rassismus und neonazistischen Terror die Nazi-Skin Kneipe "Spinnrädchen" in St. Ingbert angegriffen zu haben.

Auf der Nachhausefahrt von der Demo wurden unter anderen diese vier Personen von der Polizei gestoppt und festgenommen. Erst auf der Wache in Homburg wurde ihnen mitgeteilt, was ihnen vorgeworfen wird.

Der Prozeß war gut besucht, und es war eine recht gute Stimmung. Den Angeklagten war es möglich, eine neuneinhalbseitige Prozeßerklärung vorzulesen. Danach wurden die Zeugen (ein Passant, drei Leute aus dem "Spinnrädchen", darunter der Wirt und der ehemalige JN-Kreisvorsitzende Oliver Neumüller, und zwei "Beamte der saarländischen Polizei") gehört. Keiner der Zeugen konnte einen der Angeklagten identifizieren. Ihre Aussagen widersprachen sich dermaßen, daß danach eine Verurteilung unmöglich erschien.

Aber so kam es dann doch nicht. Am Ende der Zeugenvernehmung gab Staatsanwalt Zöcke zu erkennen, daß er keine weiteren Beweisanträge stellen werde, lediglich zwei Stunden Zeit brauche, um sich auf sein Plädoyer vorzubereiten.

Am zweiten Verhandlungstag, dem 9.9., machte Staatsanwalt Zische in seinem Plädoyer die Angeklagten zu skrupellosen Gewalttätern, während er gleichzeitig O. Neumüller als glaubwürdigen Zeugen darstellte. Neumüller machte in dem Prozeß gegen die vier Antifas keinen Hehl aus seiner faschistischen Gesinnung. Er würde lediglich Gewalt als Mittel zur Durchsetzung seiner "politischen Ziele" ablehnen (wohl im Hinblick auf seine Verurteilung zu zwei Jahren auf Bewährung wegen schwerer Körperverletzung). Am Schluß forderte der Staatsanwalt acht Monate auf Bewährung und 200 Arbeitsstunden bzw. 1.500 DM Geldstrafe gegen die vier Angeklagten.

Doch das dicke Ende kam erst danach: Zöcke erklärte, falls das Gericht sich nicht zu einer Verurteilung durchringen könne, würde er Hilfsbeweisanträge stellen. Damit war der Prozeß geplatzt, da bereits am ersten Verhandlungstag klar war, daß ein Schöffe Ende der Woche in Urlaub fahren würde und daß während einer Hauptverhandlung nicht mehr als zehn Tage Pause liegen dürfen. Für uns bedeutet das, daß damit alles wieder von vorne anfängt.

Mit seinem Verhalten hat Zöcke den Prozeß, in dessen Verlauf er immer mehr in die Defensive gedrängt wurde, gesprengt. Die Anwälte der Angeklagten haben mittlerweile eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Zöcke erhoben. Ebenso beantragten sie, Staatsanwalt Zöcke von der weiteren Sachbearbeitung und Sitzungsvertretung in diesem Verfahren auszuschließen.

Wann der Prozeß wieder eröffnet wird, ist derzeit nicht absehbar, vermutlich nicht mehr in diesem Jahr.

Wer mehr über den Prozeß wissen will, schreibt an: Prozeßgruppe, c/o Jabberwocky, Pirmasenser Str. 35, 67655 Kaiserslautern.

Dort kann auch die komplette Prozeßerklärung für 1 DM (plus 2 DM Porto) bestellt werden.

Wir danken nochmal allen Leuten, die uns bisher unterstützt haben und freuen uns auch, wenn Ihr das weiterhin tut.

Spenden für die Prozeßkosten bitte auf das Konto Nr. 100 895 630, BLZ 54 052 020, Kreissparkasse Kaiserslautern, überweisen.

Anmerkung:(1) Zitat aus der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Staatsanwalt Zöcke

17. Antifa-Demonstration in London

Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:25

Am 17. September 1993 erzielten britische Faschisten ihren bislang größten Wahlerfolg: Derek Beacon wurde in einer kommunalen Nachwahl zum ersten Councillor für die "British National Party" (BNP) gewählt. (1)

Rassistische Überfälle sind in Großbritannien im Laufe der letzten fünf Jahre stark angestiegen. Zwölf Menschen wurden alleine im letzten Jahr wegen ihrer Hautfarbe von Faschisten ermordet. Nach der Wahl von Beacon hat sich das Ausmaß faschistischen Terrors nochmals verschärft.

Am 16. Oktober zogen zehntausende AntifaschistInnen auf zwei getrennten Demonstrationen durch die Straßen der britischen Hauptstadt. Hierbei kam es teilweise zu militanten Auseinandersetzungen.

Daß es keine vereinte Demonstration gegen die BNP gab, ist auf Rivalitäten und Spaltungen innerhalb der britischen Linken zurückzuführen.

"Speak Out Against Racism" wurde von der Labour Party und den Gewerkschaften organisiert. Die Pressearbeit für diese Demonstration überließen die Veranstalter jedoch der Anti-Racist-Alliance (ARA). Diese Gruppe wurde im November 1991 maßgeblich aus der "Black Socialist Section" der Labour Party heraus gegründet. Die Öffentlichkeitsarbeit von ARA sah unter anderem so aus, daß die VeranstalterInnen der zweiten Antifa-Demonstration aus offenkundig parteitaktischen Gründen verleumdet wurden: Sie würden das Problem des Rassismus für ihre Interessen funktionalisieren und hätten darüber hinaus ein "kolonialistisches und patronistisches Verhalten schwarzen Menschen gegenüber". (Guardian 18.10.) Diese Hetze nutzte der Labour Party jedoch nichts: Ganze 5.000 DemonstrantInnen versammelten sich in der Londoner City hinter den Größen der britischen Sozialdemokratie.

Zum selben Zeitpunkt trafen sich auf dem Winn's Common, südlich der Themse, ungefähr 30.000 AntifaschistInnen. Deren Ziel war es, an der Parteizentrale der BNP vorbeizumarschieren und so für die Zerschlagung dieser faschistischen Partei zu demonstrieren.

Organisiert wurde dieser Protestmarsch im wesentlichen von den beiden Organisationen "Anti Nazi League" (ANL) und "Youth Against Racism in Europe" (YARE). Als Veranstalter traten ebenfalls auf bzw. es hielten Redebeiträge: die antifaschistische Zeitschrift "Searchlight", die "Asian Workers Association", Angehörige von Opfern rassistischer Überfälle sowie Überlebende des Völkermords an den europäischen Juden.

Die inhaltliche und technische Vorbereitung, die landesweite Mobilisierung und das Demo-Geschehen wurden dominiert von der ANL und YARE. Im Gegensatz zu bundesrepublikanischen Verhältnissen sind diese beiden größten antifaschistischen Organisationen Großbritanniens fest in sozialistischer Hand.

Die ANL, hinter der sich die größte trotzkistische Gruppe, die "Socialist Workers Party" (SWP), verbirgt, wurde Anfang 1992 zum zweiten Mal aus der Taufe gehoben. In den 70er Jahren hat es die ANL schon einmal gegeben. Damals ist sie unter anderem durch ihre antifaschistischen Konzertreihen populär geworden. In Konkurrenz dazu steht YARE, an deren Gründung die andere wichtige trotzkistische Gruppierung, "Militant Labour", beteiligt war.

Die Agitation der "militants" bzw. der SWP wie auch die ihrer Vorfeldorganisationen ANL und YARE greift als Hauptfeind die konservative Regierung sowie die verräterischen Führer der Labour Party und der Gewerkschaften an. In holzschnittartigem Muster wird der Erfolg faschistischer Parteien auf die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Politik der Tory-Regierung zurückgeführt. Hiergegen wird eine sozialistisch ausgerichtete Labour Party als Alternative sowie als Garant antifaschistischer Arbeit gesetzt. (2)

Daneben entwickelt insbesondere YARE eine entsprechend populistische und aktionsreiche Praxis. Aushängeschild dessen ist die Aktion, die Anhänger von YARE zwei Tage nach dem faschistischen Wahlerfolg im East End Londons durchführten. In der Brick Lane, die bereits in den 30er, aber auch in den 70er Jahren Straße erfolgreicher militanter Kämpfe gegen britische Faschisten war, hatte die BNP begonnen, mit Info- und Zeitungsständen ihren faschistischen Müll unter die Leute zu bringen. Mitglieder einer "snatch-group" von YARE hatten sich als Skinheads ausstaffiert und begaben sich am 19. September unter dem Rufen rassistischer Parolen in Richtung des BNP-Zeitungsstandes. Die Polizei ließ die vermeintlichen Kumpane

selbstverständlich passieren. Doch kaum waren die Antifas an dem Stand angekommen, wurden die BNP-Aktivisten verprügelt und dabei nicht unerheblich verletzt.

Das Dominieren der Antifa-Demo für die Schließung der Headquarters der BNP durch ANL bzw. YARE erfolgte über die Logistik. Unübersehbar waren die Abertausenden von "placards", kleine auf Stöcken geheftete Pappschilder, mit den Parolen von YARE/Militant bzw. ANL/SWP. Ein weiterer wichtiger Punkt war das Aufbieten von über 500 offiziellen Ordnern (sog. "stewards"). Diesen kam im Laufe der Demonstration noch Bedeutung zu.

Die Strecke an dem BNP-HQ vorbei war verboten worden. Mehrere tausend Bullen waren aufgeboten worden. Über 40 Straßen waren abgesperrt. So auch die Kreuzung, an der die Demonstration zur faschistischen Parteizentrale abbiegen wollte. Ein polizeiliches Großaufgebot hatte nur einen Weg in entgegengesetzter Richtung offen gelassen. Inmitten dieser typisch englischen Wohngegend entwickelte sich daraufhin auf dieser Kreuzung eine zweistündige Straßenschlacht. Die Ziegel einer Friedhofsmauer, die unter dem Druck flüchtender DemonstrantInnen eingestürzt war, wurden zweckentfremdet. Die "riot police" setzte Schlagstöcke und berittene Einheiten ein.

In dieser Situation übernahmen die "stewards" die Rolle Demo-eigener Ordnungskräfte: Zunächst hatten sie einigen DemonstrantInnen "Waffen" abgenommen und der Polizei übergegeben. Später versuchten sie unablässig, den Demonstrationszug an den militanten Auseinandersetzungen vorbei zu schlängeln und so die sich wehrenden Antifas den Bullen zu überlassen.

Mit dem Einbruch der Dunkelheit endeten die "riots" auf natürliche Weise. Auf dem Abmarsch gab es zwar keine polizeilichen Übergriffe mehr (insgesamt 31 Festnahmen und 41 verletzte DemonstrantInnen). An mehreren Stellen im Süden Londons hatten jedoch BNP-Anhänger abziehenden AntifaschistInnen aufgelauert.

M./Berlin

Anmerkungen:

(1) vgl. ak 359 vom 20.10.93

(2) Auf einer Bühne von YARE auf dem Winn's Common sprach auch ein Abgesandter der in der BRD im November 1992 in Kassel gegründeten deutschen Sektion von YARE ("Jugend gegen Rassismus in Europa" - JRE). Hinter JRE steht ebenfalls eine trotzkistische Gruppe, die sich um die Zeitung "Voran - Marxisten in Jusos, SPD und Gewerkschaften" gruppiert. Mit ihrer schlicht gestrickten Agitation und aktionistischer Praxis wendet sich JRE gezielt an politisch unerfahrene SchülerInnen und Azubis. Auch hier wird das Anwachsen des Faschismus platt mit Arbeitslosigkeit und der Sozialpolitik der Kohl-Regierung (in Zusammenarbeit mit den SPD-Führern und gewerkschaftlichen Bürokraten) zu erklären versucht. Aktionen entfaltet JRE auf lokaler, auf bundesweiter (anläßlich des DVU-Parteitages in Passau) und auch auf internationaler Ebene (YARE-Demo in Brüssel). Am 6. Juni in Solingen führte JRE vor, wie mensch erfolgreich einen der Demonstrationszüge mit wenigen Leuten, mehreren Dutzend selbsternannter Ordner und auch hier Unmengen von "JRE-placards" majorisieren und so andere Leute ungefragt hinter den eigenen Karren laufen lassen kann.

18. Gegenwehr organisieren (Nordhessen)

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:35

Mitte August wurden im nordhessischen Arolsen und Umgebung 13 junge AntifaschistInnen festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, einen 22jährigen jungen Mann in der Nähe von Frankenberg schwer verletzt zu haben.

Einige der AntifaschistInnen wurden über mehrere Wochen in Untersuchungshaft genommen und sind nun, unter z.T. absurden Auflagen, wie z.B. Kontaktverbot untereinander, wieder entlassen worden. Die Staatsanwaltschaft Kassel hat die Ermittlungen übernommen. Mit der Anklageerhebung wird frühstens im November gerechnet. Der zu Beginn der Ermittlungen erhobene Vorwurf des "gemeinschaftlich versuchten Totschlags" wurde fallengelassen. Ermittelt wird nun wegen Körperverletzung und "schwerem Landfriedensbruch".

Bei dem 22jährigen Mann handelt es sich um den Rechtsextremisten Thomas Kubiak aus Hallenberg. Er war an jenem Tag auf dem Weg zur alljährlichen Demonstration rechtsextremistischer Gruppen, dem sogenannten "Rudolf Hess Gedenkmarsch" nach Wunsiedel, der dann, wie bekannt, in Fulda stattfand.

In der Berichterstattung der Medien wurde der politische Hintergrund der Tat vollständig ausgeblendet. Auf der einen Seite stand das Opfer, ein 22jähriger junger Mann, demgegenüber wurden die Täter, Jugendliche, als "arbeitslos" und "vorbestraft" verunglimpft. Dabei sollte sowohl der Presse, insbesondere aber der örtlichen Polizei, nicht entgangen sein, welche politische Funktion Kubiak innerhalb der rechtsextremistischen Szene im Kreis Waldeck-Frankenberg zukommt.

In zwei Antworten des Hessischen Ministeriums des Innern und für Europaangelegenheiten auf zwei Kleine Anfragen der Abgeordneten Kahl und Fischer von 1991 wird darauf hingewiesen, daß im Landkreis Waldeck-Frankenberg

- ein "Flugblatt rechtsextremistischer Herkunft" kursiert, in dem dazu aufgefordert wird, "nationale Kameradschaften" zu gründen. "Der Aufruf einer ‚Sauerländischen Aktionsfront` ist unterzeichnet mit ‚Heil Deutschland`."

- Es wird mitgeteilt, daß sich in Bromskirchen/Hallenberg ein Mann niedergelassen hat, der an früheren Wohnorten "in verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen aktiv" war, "u.a. in der FAP und der NPD".

- Diverse Anschläge und andere Aktionen mit rechtsextremistischem Hintergrund im Landkreis werden ebenfalls erwähnt.

Thomas Kubiak ist kein anderer als der "Führer" der "Sauerländischen Aktionsfront". Er ist der Nachfolger des in der obigen Antwort erwähnten Mannes namens Thomas Fink, der 1992 bei einem Motorradunfall ums Leben kam.

Die "Kameradschaften", zu deren Aufbau aufgerufen wurde, gründete man in Frankenberg, Korbach und Meschede. Im Juli 1992 wurde eine sogenannte "Anti-Antifa-Demonstration" in Meschede organisiert. Redner waren bundesweit bekannte Rechtsextremisten wie Christian Worch, Otto Riehs, Michael Petri (Deutsche Alternative) und der NL-Vorsitzende (Nationale Liste) Thomas Wulff. Des weiteren wurden Fahrten zu Aufmärschen, wie dem "Rudolf Hess Gedenkmarsch" organisiert, und die bundesweiten Strukturen durch ein "Nationales Infotelefon" ergänzt.

Die "Sauerländer Aktionsfront" firmiert heute unter dem Namen "Nationale Jugend". Sie ist als Vorfeldorganisation der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)", die sich wiederum als Nachfolgeorganisation der verbotenen "Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)" von Michael Kühnen versteht, einzuordnen. Ihr Ziel ist der Aufbau und die Wiederherstellung der Legalität der NSDAP in Deutschland. Die Führungsgruppe um den schon erwähnten Christian Worch, um Arnulf Priem und Gottfried Küssel (Österreich, z.Zt. in Haft), um nur einige Namen zu nennen, ist bemüht, vornehmlich Jugendliche in solchen Vorfeldorganisationen zu rekrutieren. Paramilitärisches Training,

Aufmärsche wie in Wunsiedel und Fulda, öffentliche Propaganda zur Verbreitung ihres widerwärtigen Geschichtsrevisionismus ("Auschwitzlüge") zählen zu ihren Aktivitäten.

19. Computernetzwerk wehrt sich gegen Spitzelverdacht

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:21

Das "Spinnennetz" ist ein Verband von Computermailboxen, der versucht, die neuen Kommunikationstechniken für eine linke/revolutionäre Politik zu nutzen. Aktuelle Hinweise über Demo-Mobilisierungen sind in der Mailbox ebenso abzurufen wie Hintergrundberichte über (z.B.) Ölinteressen in Kurdistan. Getragen wird das Projekt von Leuten aus der autonomen/antiimperialistischen Szene, die als Gruppen in Mainz/Wiesbaden, Berlin, Bonn, Göttingen, Frankfurt, Marburg und anderen Städten arbeiten. Als Schnittstelle des European Counter Network ist das Netz in einen internationalen Nachrichtenaustausch eingebunden.

Eine Falschmeldung der "konkret", der Spitzel Klaus Steinmetz habe das "Spinnennetz" eingerichtet, hat dem Projekt schwer geschadet. - Im folgenden veröffentlichen wir eine Selbstdarstellung der Gruppe und eine Stellungnahme zu den Spitzelgerüchten.

Y Y Y

2 Uhr nachts, kalter Ostwind, irgendwo in der Ex-DDR und irgendwo in Wiesbadens Innenstadt , Waldstraße 83. An der SpinnenNetz-Hotline ein Computerkommando der RAF, auf der anderen Seite Klaus Steinmetz ... Was hier geredet wurde, weiß nur "Der Spiegel" - oder vielleicht "Konkret"? Es bleibt die Vorstellung nicht aus, daß den Journalisten ein derartiges Szenario vorschwebte, als sie über den V-Mann im elektronischen Netz geschrieben haben. Warum die Panik?

SpinnenNetz ist ein Mailbox(1)-Verbund, in dem über Modem (2) und die normale Telefonleitung Informationen ausgetauscht und weiterverbreitet werden. SpinnenNetz kann also wie jedes gewöhnliche Telefon abgehört werden. Wir gehen davon aus , daß der VS die Diskussionen, Erklärungen und Nachrichten etc. im Netz genauso verfolgt wie in allen anderen linksradikalen Medien auch. Das ist ihr Job. Die Kriterien für unsere Arbeit mit SpinnenNetz haben deshalb nichts mit Sicherheitserwägungen gegenüber dem Verfassungsschutz zu tun. Wir haben allerdings Kriterien für die Arbeit im Spinnennetz aufgestellt, die von unseren politischen Zielen bestimmt sind: In dieser Hinsicht ist das Netz nicht in allen Bereichen öffentlich. Einloggen (3) kann sich zwar, wer die Telefonnummer und ein Modem am Computer hat und damit die öffentlichen Nachrichten in der Mailbox lesen. Dennoch entscheiden die SpinnenNetz-Gruppen, wer Nachrichten in die Box schreibt, wer zu welchen Bereichen Leseberechtigung erhält, mit wem wir zusammenarbeiten bzw. uns organisieren wollen. Das ist notwendig, um politisch effektiv arbeiten zu können und hat wenig mit Konspiration zu tun. Denn die ist, wie jetzt hoffentlich klar wird, im SpinnenNetz weder möglich noch von uns gewollt. Gerade weil Spinnennetz öffentlich arbeitet und somit ansprechbar ist, konzentrieren sich so viele Anfragen, Kritik und Angriffe auf Spinnennetz. Andere Gruppen, die dazu ebenfalls etwas zu sagen hätten, waren und sind noch immer nicht greifbar.

Der Auftrag des V-Mannes Klaus Steinmetz lautete, zur RAF vorzudringen. Wie wir inzwischen wissen, konnte er bei der Ausführung seiner Aufgabe eine ganze Reihe von Informationen mitnehmen, die dem VS einen Einblick in die verschiedensten linken Strukturen erleichterte. Zu diesen gehörte auch SpinnenNetz. Daß ihm das so leicht gemacht wurde, lag zum großen Teil an einer mehr als oberflächlichen Diskussion in Strukturen der sogenannten Szene. Kriterien für eine Zusammenarbeit konnten nicht klar definiert werden, weil die Ziele und Inhalte dieser Politik sich oft genug in einem nicht klar benannten "radikalen Matsch" verloren.

Das Problem ist in diesem Zusammenhang nicht der formale Zugang von Klaus Steinmetz als User (4) zu SpinnenNetz Mainz/Wiesbaden, sondern die informelle und persönliche Ebene seiner Spitzeltätigkeit; SpinnenNetz ist heute nicht sicherer oder unsicherer als vorher. Den eigentlichen Schaden hat bisher vor allem die RAF genommen. Wolfgang Grams ist tot und Birgit Hogefeld sitzt im Knast. Welche Nachwirkungen in anderen Strukturen anstehen, ist noch nicht abzusehen. Warum also die Diskussionen um SpinnenNetz? Schaden haben wir ebenfalls zu verzeichnen, aber keinen so massiven. Beigebracht hat uns diesen Schaden auch nicht Klaus Steinmetz, sondern die Strukturen der Linken selbst. Durch die Reaktionen auf seine

Enttarnung wird wieder mal deutlich, wie wenig tragfähig diese Strukturen sind. Ein Hauch des V-Mannes reichte, um die Seifenblase platzen zu lassen.

In jedem Land findet der politische Kampf in verschiedenen Bereichen statt. Wer legale Arbeit wählt, muß diese Konfrontation durchhalten. In Ländern wie z.B. der Türkei sterben Menschen dafür, legal und offen arbeiten zu wollen. In unseren Kreisen wird hingegen oft die fatale Angewohnheit gepflegt, die eigene Radikalität am Grad der Repression zu messen und mit der Grenze zur Illegalität zu kokettieren. Das alles verhinderte in der verworrenen Situation nach Bad Kleinen, SpinnenNetz als Kommunikationsstruktur zu nutzen; die Gerüchtekocherei hat uns fast handlungsunfähig gemacht.

Die angehende Panik verhinderte eine offene und offensive Diskussion über die Situation von SpinnenNetz. Die hätte sofort ergeben, daß SpinnenNetz als politische Struktur vom Verrat des Klaus Steinmetz nicht unmittelbar betroffen ist. Spekulationen über die Spinnennetz-Gruppe Mainz/Wiesbaden erzeugten eine Verunsicherung, die der VS nicht besser hätte inszenieren können. Die Gerüchte haben mittlerweile internationale Kreise gezogen, was unsere Arbeit nicht gerade erleichtert. - Es ist sicherlich notwendig aus Sicherheitserwägungen Distanz zu einer illegalen Struktur zu halten, die auffliegt. Das hat mit der legalen Arbeit von SpinnenNetz nichts zu tun. Was uns von Seiten des Staates immer ins Haus stehen kann, hat unser eigenes politisches Umfeld schon vorweggenommen; streng gesehen ist die oben erwähnte Gerüchteküche der Beginn einer "Eigenkriminalisierung".

Die Mutlosigkeit und Entpolitisierung der letzten Jahre haben in weiten Kreisen der radikalen linken ein ambivalentes Verhältnis zu staatlicher Gewalt verstärkt. Das Reagieren auf Repression ist immer mehr vom Bestandteil linker Politik zur eigentlichen politischen Bestimmung geworden. Denn: In dem Moment, in dem die staatliche Repression bei uns auf keinerlei Vorstellungen von politischen Zielen und kollektiven Bewußtseins trifft, werden wir, wie jetzt nach Bad Kleinen, handlungsunfähig. Deshalb waren die linken Strukturen in Wiesbaden auch nicht in der Lage, offensiv mit der Situation umzugehen, als die Medien ihnen die Tür einrannten.

Es gibt also noch viel zu tun. Im Moment sind die Gruppen und Organisationen, die in SpinnenNetz arbeiten, noch nicht in der Lage, die Funktion von SpinnenNetz im Rahmen einer Organisierung der radikalen Linken genau zu definieren, weil diese Organisierung nicht weit genug fortgeschritten ist. Das ist aber die Richtung, in die wir weiterdenken und arbeiten müssen. Mit einem funktionierenden Informationsfluß können wir die Organisierung vorrantreiben: mit wachsender Organiserung werden wiederum die Strukturen unseres Netzes gefestigt. Diesen Prozeß, den SpinnenNetz zusammen mit GenossInnen aus anderen Ländern 1991 begonnen hat, werden wir auch in Zukunft vorrantreiben.

SpinnenNetz Bundesweit

Y Y Y

Anmerkungen

1) Mailbox: "Elektronischer Briefkasten", in dem Nachrichten ausgetauscht, Post versendet und empfangen und Informationen, für andere Computer abrufbar, archiviert werden

2) Modem: Elektronisches Bauteil zwischen Computer und Telefonanschluß, das die elektronischen Daten des Computers in Telefonsignale kodiert und dekodiert, damit sie über Telefonleitung von einem Computer zum anderen übertragen werden können

3) Einloggen: Mit Computermodem in einer Mailbox anrufen

4) User: können mit verschiedenen Berechtigungen eine Mailbox benutzen (s.1)

Von den Ursprüngen eines Gerüchts

In einer Erklärung (vom 20.10.93) stellt die Spinnennetzgruppe Bonn "eine von uns in die Welt gesetzten Falschinformation, die die Dimension eines BRD-Gerüchts bekommen hat" richtig: "Ein Genosse des Spinnennetz Bonn hat mit einem anderen Genossen aus derselben Gruppe vor ca. einem Jahr eine Einweisung in das Computernetz von SN bekommen. Diese Einweisung fand in Wiesbaden statt. Nachdem die Enttarnung von KS erfolgte, äußerte er intern den Verdacht, daß KS diejenige Person gewesen sein könnte,

die damals mit an diesem Computer gesessen habe." Dieser "erstmal rein subjektive Eindruck" sei, wie die Gruppe selbstkritisch feststellt, ohne wirkliche Nachprüfung weitergetragen worden und hätte dadurch die Gestalt einer "Quasi-Information" angenommen.

"Wir stellen hiermit ausdrücklich fest, daß es sich hier um eine Verwechslung handelt. KS war bei der Einführung nicht dabeigewesen."

Dokumentation: Was macht das SpinnenNetz?

Informationen brauchen mehr als die bloße Übermittlung; Informationen müssen genauso vermittelt werden. Das beinhaltet für uns nicht nur technische, sondern vor allem inhaltliche Vorstellungen über die Arbeit mit/in einem Computernetz.

SpinnenNetz soll eine von Gruppen und Organisationen getragene Struktur sein. Einzelpersonen haben zunächst keine Möglichkeit, Informationen in die Mailbox einzugeben. Das können nur die Spinnennetz-Gruppen oder diejenigen, die fest mit SpinnenNetz zusammenarbeiten und in die politische Struktur des Netzes eingebunden sind. Die SpinnenNetz-Schnittstellen funktionieren in diesem Zusammenhang als dezentrale Redaktionen, die die Nachrichten ins Netz legen. Dabei gibt es keine Beschränkung, wenn uns diejenigen Gruppen bekannt sind, die etwas weitergeben wollen. Wir denken, daß ein politischer Ausdruck, in Form von Aktionen genauso wie als Information, ein Produkt von Diskussionen sein soll. SpinnenNetz wird von Gruppen getragen, die Teil von politischen Prozessen sind und die sich Gedanken darüber gemacht haben, wie und warum sie ihre Infos an andere weitergeben und mit welchen Erwartungen.

Informationen an sich ergeben für uns wenig Sinn, wenn sich aus ihnen keine Konsequenzen ableiten und Strukturen entstehen, die handlungsfähig sind. Im Umkehrschluß heißt das: Die Informationen selbst müssen den Weg zum Handeln suchen oder aufzeigen und gehen damit über eine bloße Beschreibung der Zustände hinaus. Alle Informationen haben eine Vergangenheit und eine Zukunft; eine Situation, aus der heraus sie entstehen und einen Zweck, den sie verfolgen. Das, was passiert ist, soll vor einem für die LeserInnen nachvollziehbaren politischen Hintergrund stehen:

Zum einen gibt es dafür Richtlinien, die unsere Infos und Nachrichten informativer machen sollen: Anstelle eines Berichtes, der z.B. eine Hausbesetzung/Räumung einfach beschreibt, wieviele Festnahmen, Demo etc. ... sollen in der Nachricht noch andere Sachen stehen:

- Aus welcher Situation heraus haben sich Leute entschlossen, ein Haus zu besetzen; Geschichte von Politik und Praxis der Gruppe

- Welche Einschätzung gab es vor der Aktion; politische Erwägungen, Erwartungen

- Was ist gut oder schlecht gelaufen, welche Erwartungen haben sich erfüllt

- Ist danach politisch oder praktisch noch etwas passiert,

- Wie soll es weitergehen, was können Gruppen in anderen Städten machen

- Weitervermittlung von praktischem Wissen, das für andere von Nutzen sein kann

- Handlungsorientierte Perspektive.

Wir hoffen, daß so in den Nachrichten der ganze politische Prozeß für andere transparent wird.

Zum anderen will Spinnennetz die innere Struktur der Mailbox umstellen. Das hört sich zunächst technisch an, geschieht aber aus politischen Überlegungen. Dabei geht es um die Frage, ob die herkömmliche, nach Datum/Ort/Teilbereich unterteilte Mailbox ihren politischen Charakter wiedergibt: Nämlich über den Bereich "Aktuelle Nachrichten/Mobilisierungen" hinaus, politische Diskussionen aus verschiedenen Teilbereichen zu verknüpfen, um sie in den Gesamtzusammenhang revolutionärer linker Politik zu stellen; damit könnten wir theoretisch wie praktisch anders arbeiten. Die bisherige Mailboxstruktur reproduziert unser, nach Teilbereichen und Ländern aufgeteiltes, meistens voneinander losgelöstes, politisches Denken. Aber gerade in Zeiten der völligen Überinformation, ist es wichtig, für uns zu überlegen, wie die Situationen verschiedener GenossInnen miteinander verbunden sind, wo Diskussionen einander gleichen oder reale Probleme, wer an welchen

Lösungen arbeitet etc. Unsere bisherige Boxstruktur ist eine technische, die Draufsicht auf ein politisches Spektrum:

Von "Antifa" über "Häuserkampf", "Repression", "politische Gefangene", "Internationalismus", "Frauen/Lesben" bis zu "Antimilitarismus/Totalverweigerung" sind die Fächer der Mailbox aufgeteilt. Alle Fächer haben eine Unterteilung in "Aktuell" und "Diskussion"; die Textdateien sind nach Ländern/Datum geordnet.

Was wir jedoch wollen, ist die Innenansicht, sowohl der uns umgebenden Verhältnisse als auch unserer eigenen Situation, um analytisch arbeiten zu können. Texte, in denen es beispielsweise um Organisierung in verschiedenen Teilbereichen geht, sollen ihrem politischen Charakter entsprechend, nebeneinander gestellt und nicht in getrennten Fächern abgelegt werden. Der Blick über den eigenen Tellerrand soll sich automatisch ergeben. Die neue Mailboxstruktur wird weiterhin ein Fach für brandaktuelle Nachrichten enthalten, ansonsten aber (grob) aufgeteilt sein nach: "Hintergrund", "Diskussion/Debatte", "Wissen" (allgemein brauchbares Wissen), "Dokumentation", "Praxis" (Erfahrungen, Recherchen), "Termine" (Mobilisierungen, Veranstaltungen), "Theorie", "Feuilleton".

Es wird zwar weiterhin möglich sein, themenbezogen zu arbeiten, z.B. über Suchworteingabe alle neuen Antifa-Texte herauszusuchen und aus der Box zu holen (macht ein BenutzerInnenprogramm automatisch). Ansonsten aber stehen die Texte in einem politischen Zusammenhang, der von den AutorInnen so gewollt ist, wie sie die Texte in die Mailbox einordnen. So kann ein Überblick über eigene Aktionen/Diskussion in anderem Kontext helfen, gemeinsame Perspektiven und neue Diskussionsansätze zu öffnen.

Am Ende sollen Texte stehen,

- die von politischen Kollektiven für Gruppen/Organisationen gemacht werden

- die authentisch sind und nachvollziehbar

- die subjektiv sind, aber in Diskussionsprozessen hinterfragt

- die politisches Handeln anregen und möglich machen

- die aus einem Kontext heraus politische Perspektiven erschließen

- die Konsequenzen fordern und Lernprozesse

- die Strukturen aufbauen und Kämpfe voranbringen.

Für Zeitungsredaktionen sind diese Überlegungen nicht neu, für Computernetze stellen sich jedoch relativ neue Probleme: Die Computertechnik hat ihren großen Vorteil durch Schnelligkeit der Übertragung und die Menge der Informationen und ihrer "Verwaltung". Wie gesagt, müssen wir uns jedoch genau überlegen, was wir übertragen wollen und wie wir Informationen sinnvoll verknüpfen. Sinnlos ist z.B. die - technisch beliebig erweiterbare - Speicherung von immer mehr "Informationen". Die verschwinden, oft lieblos produziert, ungesehen in elektronischen Schubladen, weil ihnen Handlungsrahmen und Handlungsbezug fehlen. Deshalb ist es neben den Möglichkeiten ebenso wichtig, die Grenzen und Nachteile der Technik zu kennen und damit umzugehen. Texte, die z.B. im ASCII-Code geschrieben sind, haben keinen persönlichen Ausdruck mehr, wie etwa Flugblätter mit mehr oder weniger kreativen Layouts.

Schließlich wollen wir das Gegenteil der bürgerlichen Medien, die zumeist Nachrichten in keinen Gesamtzusammenhang einordnen und damit ein Verstehen oder Reaktionen unmöglich machen. Der sogenannte objektive Journalismus entpolitisiert die Wirklichkeit und produziert eine Informationsflut, der wir ohnmächtig gegenüberstehen sollen und die uns lähmt, anstatt Konsequenzen zu fordern. Information wird auf eine Begleiterscheinung visueller Bilder reduziert. Ebenso, wie es Anspruch ist, daß politische Aktionen sich selbst vermitteln, müssen wir mit Informationen arbeiten: Ein Computernetz und seine Möglichkeiten sind keine Selbstläufer: Wir wollen mit unserem Netz einen praktischen wie inhaltlichen Zusammenhang schaffen, damit der Datenaustausch per Computer unmittelbar an unsere politische Arbeit anknüpft und auf ihre Ziele hinweist. Das bedeutet, daß die Auseinandersetzung mit dem Konzept Computervernetzung immer auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit unserer politischen Gegenwart ist und den Perspektiven.

SpinnenNetz Mainz/Wiesbaden

Kontakt:

Verein zur Förderung politischer Kultur durch Kommunikation e.V., Werderstraße 8, 6200 Wiesbaden.

Computer-Mailbox: 0611-9490749

Tel.: 0611-440887 (Anrufbeantworter)

20. Brief von Brigitte Mohnhaupt (Dokumentation)

Die Gefangenen und die Illegalen streiten jetzt öffentlich

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:15

Wir machen jetzt eine Sache offen, die für uns der Bruch ist im Zusammenhang der Gefangenen und in der politischen Beziehung zur RAF. Der Inhalt der Beziehung ist zerstört, eine andere Entscheidung als die Trennung nicht mehr möglich. Wir haben den Endpunkt der Entwicklung in die politische Agonie erreicht, die 1992 damit anfing, daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt wurden, und heute damit aufhört, daß unser Leben und unser Kampf hinter unserem Rücken abgewickelt werden sollen. Seit Mai haben die Gefangenen in Celle die Abwicklung von RAF und Gefangenen in Gang gesetzt, mit Einverständnis der Illegalen.

Wir wissen das alles selbst erst seit kurzem, und auch nur durch einen Zufall. Es war nicht vorgesehen, daß wir davon erfahren, weil für die Celler wie für die RAF klar war, daß niemand von uns anderen Gefangenen diesen Weg mitgehen wird. Wir sollten vor vollendeten Tatsachen stehen, friß oder stirb. Genau in dieser Bedeutung: Wer dann nicht "mitmacht", bleibt für immer im Knast.

Die Täuschung ist nicht nur uns gegenüber gelaufen, sondern zu allen, die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden sind, solidarisch sind, mit uns die Freiheit der Gefangenen erkämpfen wollen. Auf die eine oder andere Weise waren wir alle Einsatzmaterial im Deal. Diesen Fahrplan schneiden wir jetzt ab. Die Situation muß für alle vollkommen klar sein, alles andere wäre verantwortungslos und politisch irre. Jede/r muß genau sehen können, was ist und wohin er oder sie jetzt will. Und für uns selbst geht es anders sowieso nicht weiter, wir könnten dann unser Leben und alle Erfahrungen in unserem Kampf gleich selbst zertreten.

Ich sage jetzt zuerst das zugrundeliegende Konzept für die Abwicklung und dann die Fakten, soweit wir sie kennen.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, Kohl könne ein Interesse daran haben, sich vor den Wahlen als derjenige darzustellen, der die "politische Lösung" gebracht und 23 Jahre Konfrontation beendet hat. Deswegen wird rechtzeitig bevor die Wahlstrategien festgelegt sind, an Kohl die Bereitschaft von Seiten der RAF und der Gefangenen signalisiert und ein konkretes Angebot gemacht.

Außerdem sollen Personen in wichtigen gesellschaftlichen Funktionen über diese Bereitschaft informiert und darauf angesprochen werden, ihrerseits bei Kohl für eine solche Lösung einzutreten. Das langfristige Kalkül dabei ist, daß - falls Kohl auf nichts eingeht - diese Personen wissen, daß die RAF sozusagen nur noch gezwungenermaßen zur Konfrontation zurückkehrt. Ihnen gegenüber soll eindeutig vermittelt werden, daß allein der Staat für eine Fortsetzung von Aktionen verantwortlich ist. Die RAF wollte ja, aber Kohl nicht.

Eine eigene politische Bestimmung und Konzeption der RAF gibt es damit nicht mehr, alles ist nur noch darauf ausgerichtet, "Druck" zu machen, um die Abwicklung zu besseren Bedingungen zu kriegen, wie es schon mit Weiterstadt war.

So oder so ist das das Ende der Politik, für die die RAF über 20 Jahre gestanden hat, revolutionäre Intervention in der Metropole. Und das war noch nie eine Frage der Mittel allein, sondern eine des Inhalts. Wo der Inhalt hingekommen ist, sehen wir daran, daß die bewaffnete Aktion heute als Ware definiert wird.

So weit das Konzept. Es gibt einen Vermittler bei der ganzen Sache, einen früheren Anwalt von uns. Er ist der Meinung, er tue damit was für uns alle, und das sei sowieso unsere letzte Chance, jemals aus dem Knast zu kommen. Irmgard und ich haben mit ihm gesprochen, von ihm wissen wir jetzt auch den ungefähren Ablauf.

Als erster soll Edzard Reuter als führender Vertreter der Wirtschaft angesprochen werden. Das ist im Mai. Aber Reuter läßt sich nicht sprechen, der Vermittler kommt nur bis zum Sicherheitschef durch. Erst nachdem er zu "Benz" vom Verfassungsschutz geht und dessen Behörde über den Zweck informiert ist und grünes Licht gibt, bekommt er Reuter ans Telefon.

Die von Karlheinz Dellwo fixierte Linie für das Gespräch ist, Reuter anzudienen, daß eine Beendigung des Konflikts RAF-Staat auch im Interesse der Wirtschaft sei, deren zentrale Leute mit zu den Hauptbetroffenen der Auseinandersetzung gehören. Ein Schlußstrich sei möglich, der Staat wolle jedoch weiter die militärische

Lösung, was nur die Verlängerung des Konflikts bedeutet. Deswegen sei es notwendig, daß Wirtschaftsführer wie Reuter den eigenen Einfluß einsetzen, um eine Lösung zu forcieren.

Reuter ist abweisend, redet schließlich mit Schnarrenberger, später mit Kohl. Kohls Antwort ist negativ.

Das ist kurz vor Bad Kleinen.

Wolfgang wird erschossen, Birgit verhaftet, Steinmetz der dem Staat die ganze RAF ausliefern sollte, fliegt auf.

Der Vermittler geht zu Birgit, um sich zu vergewissern, ob ihre und die Zustimmung der Illegalen auch jetzt noch besteht. Birgit ist einverstanden, daß er weitermacht.

Reuter wird erneut angerufen, das ganze sei durch Bad Kleinen nicht überholt, nur noch dringlicher, aber Reuter will nicht mehr und lehnt ab.

Als nächstes versucht der Vermittler, die Unterstützung von Ignatz Bubis zu gewinnen, und damit eine weitere Person, deren Einfluß und Gewicht dem Celler Konzept entspricht.

Bei einem weiteren Treffen sagt Bubis zu, Gespräche in Bonn in dieser Richtung zu führen. Beweggrund ist für ihn seine Einschätzung der politischen Entwicklung in Deutschland, daß die Gefahr von rechts so gravierend ist, daß der Staat sich ganz darauf konzentrieren muß.

Er spricht mit Schnarrenberger, Kinkel, Kohl. Sein Vorschlag, einen Besuch in Celle zu machen, um das ganze von den Gefangenen selbst zu hören, wird von Kohl abgelehnt, der abwarten will, was sich aus den Ermittlungen nach Bad Kleinen ergibt, wie weit sie mit der Steinmetz-Ernte kommen. Kohls Interesse heißt Fahndungserfolg, nicht Abwicklung. Und damit sähe auch die Wirtschaft ihrem Interesse Genüge getan. Ein für Ende September angesetztes Gespräch von Bubis mit Kohl und Kanther findet ebenfalls nicht statt. Das ist der uns bekannte Stand.

Wie die Abwicklung konkret vor sich gehen soll, wissen wir nur teilweise, als Zeichen, daß der Staat auf das Angebot eingeht, soll er die Gefangenen, die am längsten im Haft sind, freilassen, Birgit nach Frankfurt verlegen, die übrigen Gefangenen zusammenlegen. Danach käme die "Gesamtlösung", die die Illegalen einschließt. Wir wissen nicht, was sie sich vorstellen, wahrscheinlich Legalisierung nach begrenztem Exil oder kurzem Knast, oder was für die übrig gebliebenen Gefangenen geplant ist.

Egal auch. Sollen sie ihren Weg gehen, aber offen. Nicht indem versucht wird, andere für eine Sache zu benutzen, die sie weder überblicken können noch sollen.

Es ist jetzt keine Zeit mehr, viel zu schreiben, aber kurz will ich noch etwas sagen.

Wir versinken nicht in Bitterkeit. Die Bitterkeit war im letzten Jahr, als sichtbar wurde, daß die "Zäsur" für die RAF nicht die Öffnung zur Neubestimmung radikaler und revolutionärer Politik war, Suche und Kampf um die eigenen Vorstellungen, sondern der Schritt in die Anpassung und blanke Entpolitisierung. Das war nicht aufzuhalten, nicht weil sie nicht verstanden haben, wovon wir reden, sondern weil sie etwas anderes wollen. Sicher ist, daß revolutionäre Politik hier nur wieder Fuß fassen können wird in einer ganz neuen Entscheidung und im bewußten Bruch mit dieser Hinterlassenschaft.

Wir haben alle jetzt jede Menge zu sagen, das kommt als nächstes, Sinn und Inhalt unserer Politik sind Teil unseres Lebens, eine untrennbar zusammengewachsene existentielle Einheit, und genauso kämpfen wir darum.

Brigitte Mohnhaupt

für die Gefangenen aus der RAF in Lübeck, Köln, Frankfurt, Schwalmstadt, Frankenthal, Bruchsal, Aichach.

(Namentlich sind das folgende Gefangene: Rolf Heissler, Rolf Clemens Wagner, Eva Haule, Adelheid Schulz, Christian Klar und Helmut Pohl.)

Den Bruch in der RAF gab es schon lange!

Die Gefangenen und die Illegalen streiten jetzt öffentlich

Dokumentation

Es gab keine Geheimverhandlungen

Antwort auf die Spaltungserklärung vom 28.10.93 an die Gefangenen aus der RAF, die sich dahinter gestellt haben. Für die Auseinandersetzung aller, die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden sind.

Es hat nie irgendwelche Geheimverhandlungen zwischen uns und dem Staat gegeben. Es ging in unseren Überlegungen nie darum, den bewaffneten Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen zu "verdealen". Alle Behauptungen, die das Gegenteil suggerieren, sind Dreck, unwahr.

Richtig ist, daß wir am 10.4.92 die Eskalation zurückgenommen haben, da mit den globalen Veränderungen Ende der 80er Jahre die Zentralperspektive der revolutionären Linken zusammengebrochen war und damit auch die Funktion des bewaffneten Kampfes in der BRD in der strategischen Vorstellung der vergangenen Epoche. Ausdruck dieser Entwicklung waren auch die Grenzen, auf die wir gestoßen sind. Die gesamte Entwicklung verdeutlichte uns, daß eine kritische Reflexion der Kämpfe der vorangegangenen Epoche, d.h. auch des Kampfes der RAF, dringend notwendig ist. Eigentlich banalste revolutionäre Selbstverständlichkeit.

In dieser Phase, in der es vordringlich um das Herausfinden neuer Wege und Gedanken für den Umwälzungsprozeß ging und geht, wollten wir auch, daß die Freiheit der politischen Gefangenen erkämpft wird. Dazu haben wir immer gesagt, daß das nur in einem Kampfprozeß durchgesetzt werden kann.

Es entspricht nicht unserer Verantwortung aus 23 Jahren Kampf der RAF, die RAF unter allen Umständen ins nächste Jahrtausend zu retten. Wir waren offen für alle möglichen Formen und Transformationsgedanken, je nachdem, was wir und alle, die sich an der Neubestimmung revolutionärer Politik beteiligen, als das Beste für den zukünftigen Prozeß für die Umwälzung herausgefunden hätten. Und diese Bestimmung der Mittel und Organisationsformen ist nur möglich aus der neu zu entwickelnden strategischen Vorstellung. Das hat nichts mit der Aufgabe der Option auf bewaffneten Kampf zu tun.

Die Freude von Staat und Kapital über den politischen Todesstoß, der Eure Erklärung gegen die RAF sein sollte, kommt zu früh: Wir werden solange die Verantwortung, die wir als RAF haben, tragen, bis das neue herausgefunden worden ist. Und ob das dann weiter RAF heißt oder die Transformation der RAF innerhalb einer Neuformierung der revolutionären Linken, ist uns heute völlig egal. Hauptsache, es entspricht den Notwendigkeiten und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß. Entsprechend war auch das, was wir in der Weiterstadt-Erklärung gesagt haben ernst, so wie alles, was die RAF sagt, dem entspricht, was wir denken:

"Es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte Wirklichkeit zu begreifen ..., denn nur in einer tiefgreifenden Auseinandersetzung wird es möglich werden, eine Vorstellung zu gewinnen, wie die Verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. Und nur aus diesem Prozeß können die Fragen nach den Mitteln des Kampfes und den konkreten Formen der Organisierung neu beantwortet werden."

Wir sagen ausdrücklich: die Gespräche, die die Celler Gefangenen mit Ströbele hatten bzw. mit I. Bubis führen wollten - in dem Inhalt, wie Karl-Heinz das in der taz vom 1.11.93 erklärt - standen in der Tat nicht im Widerspruch zu unseren Vorstellungen.

Mit Eurer Erklärung vom 28.10. ist ein Punkt erreicht, an dem Ihr uns zwingt, zu der Geschichte zwischen der RAF und einigen Gefangenen, zu den fortlaufenden Verdrehungen und Versuchen, eine Entsolidarisierung gegen uns zu erreichen, öffentlich Stellung zu beziehen.

Wir hätten nach dem Schlag vom 27.6.1993 gegen uns mehr Zeit gewollt, um wieder in der Öffentlichkeit zu reden.

Wir mußten uns mit dem schweren Fehler, dem Kontakt mit dem VS-Spitzel, auseinandersetzen, wozu wir zu einem späteren Zeitpunkt noch was sagen werden. In erster Linie hat uns die Verhaftung von Birgit und die Ermordung von Wolfgang getroffen. Darüber hinaus die Tatsache, daß durch den Spitzel der Staat die Möglichkeit eines militärischen Schlages gegen uns in der Hand hatte, so daß wir die reale Entwicklung in der Konfrontation mit dem Staat an einem existentiellen Punkt nicht richtig überblickt haben. Wir sind mit einer Situation konfrontiert gewesen, in der es für uns darum ging, unsere Möglichkeit neu herauszufinden, wie wir uns produktiv in den Prozeß für Neubestimmung revolutionärer Politik einbringen können. Der 27.6. hatte für uns eine völlig neue Situation geschaffen. Dabei haben wir darauf gehofft, trotz der Widersprüche im Zusammenhang Gefangene/ RAF, trotz des von einigen von Euch bereits vollzogenen Bruchs, nochmal zu

einer Vorstellung zu kommen, in der wir uns politisch aufeinander beziehen können. Das wollten wir in einem neuen Abschnitt, der so oder so vor uns liegt. Dieser Versuch wäre unsere Sache gewesen.

Eine Trennung von Euch wollten wir nicht, obwohl einige von Euch nach dem Schlag gegen uns das, was vom Staatsschutz zu erwarten gewesen wäre, selbst in die Hand genommen haben: den Bullen auch noch politisch gegen uns zu drehen. Das Gerede von der "Steinmetzschen Einheit", "dem ideologischen Fuß des VS bei den Illegalen" bis hin zu der Unterstellung, die Celler Gefangenen, Birgit, Wolfgang und wir hätten "einen Platz im Reich" gesucht.

Seit langem sind die Äußerungen einiger von Euch wie Bewegungen im Reagenzglas des Staatsschutzes. Für einige von Euch scheint es schon länger Selbstverständlichkeit zu sein, bei inhaltlichen und politischen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem Staat zu beschuldigen und ihnen jede moralische Integrität abzusprechen. Genau auf so eine Haltung hat schon der ehemalige Hamburger VS-Chef Lochte gesetzt, als er nach '89 für Eure Zusammenlegung eintrat. Er war davon überzeugt, daß Ihr nicht mehr in der Lage wärt, mit Widersprüchen und Unterschieden umzugehen, sondern Euch gegenseitig zerfleischen würdet.

Die jahrelangen und immer wiederkehrenden Anschuldigungen und Gerüchte von einigen von Euch gegen unsere gefangenen Genossen in Celle haben schon mal dazu geführt, daß international Gerüchte rumgingen, die Gefangenen in Celle würden mit dem VS zusammenarbeiten. Das setzt sich bis heute fort mit der Lüge in Brigittes Erklärung, die schon am 30.10. im Interview mit Ströbele offensichtlich wird: Ströbele hätte mit VS-Benz gesprochen.

Bis zum 28. 10. hatten wir darauf gehofft, daß diese Gefangenen, die sowas nötig haben, nochmal den Sprung aus ihrer kleinbürgerlichen Konkurrenz schaffen - dem deutschesten Alltag bei GenossInnen, die sich mit ihrem ganzen Leben einmal für etwas anderes entschieden hatten. Wir hatten gehofft, daß es nie soweit kommen würde, daß die RAF und Gefangene aus der RAF ein weiteres zerstrittenes Grüppchen wird, wie viele in der BRD, die nur noch gegenseitig Gift verspritzen und sich so ins politische Aus manövrieren.

Wir schreiben diesen Brief in dem Bewußtsein, daß es wichtigere Fragen aus der Situation in der BRD und international gibt, zu deren Antworten wir damit nichts beitragen können. Aber nun ist auch unsere Schmerzgrenze überschritten.

Hinter Eurer Erklärung steckt miese Taktik, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß Ihr heute eine solche Initiative von Gefangenen als Deal mit dem Staat denunziert, obwohl doch einige von Euch eine ganz ähnliche Initiative überlegt hatten, in der Zeit um '90 rum, als in Texten von Euch von "Freunden der Vernunft" die Rede war, was sich ja auch auf Typen aus der Wirtschaft bezog. Das erfuhren wir damals viel später, sozusagen "durch Zufall".

Ihr wolltet damals nichts anderes als Bewegung in den Prozeß bringen, in dem es auch um Eure Freiheit ging und darum, neue Ausgangsbedingungen für Euch, für uns, wie für alle, die neue Bestimmungen suchten, durchzusetzen. Auch dafür sollten wir den bewaffneten Kampf zurücknehmen, allerdings ohne öffentlich zu sagen, daß das in einem Zusammenhang steht.

Wir unterstellen Euch nicht, daß es Euch um den Deal mit dem Staat und den "Platz im Reich" ging. Ihr solltet das gegenüber Birgit, Wolfgang, den Celler Gefangenen und uns auch lassen.

Wie wir heute wissen, habt Ihr das damals unterlassen wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg, und weil es damals mit unseren politischen Vorstellungen zusammen nicht möglich gewesen wäre. Eure Empörung ist heuchlerisch. Was Ihr heute auf dem Markt als Deal feilbietet, den Gesamtlösungsgedanken - die Illegalen eingeschlossen - kam auch von Euch. Von einigen von Euch sind wir verdammt, verflucht und gehaßt worden, weil wir das nicht "rechtzeitig" einsehen wollten. Selbstverständlich hattet Ihr vorgesehen: möglicherweise erstmal Exil.

Zur Vorstellung einiger von Euch gehört auch, daß wir eine Erklärung abgeben: daß die RAF den bewaffneten Kampf einstellt. Damals hieß es: ansonsten ist jeder Gedanke an die Freiheit der Gefangenen Illusion. Wir sollten uns zurückziehen, dazu würde der Staat "danke" sagen und sonst nichts - was dann komme, wisse niemand. Das war allerdings nie unsere Vorstellung, weil wir davon ausgegangen sind, daß wir nur in einem Kampfprozeß neue Ausgangsbedingungen durchsetzen können, was auch heißt, in einer Zeit bewaffnet zu

intervenieren, in der die strategische Vorstellung noch nicht erarbeitet ist, wenn es die Entwicklung von uns verlangt.

Ihr werft uns vor, mit unserer Drohung und der Sprengung des Weiterstädter Knastes hätten wir "die bewaffnete Aktion zur Ware gemacht". Sind Eurer Meinung nach Aktionen nur zur Begriffsbildung zulässig? Nur abstrakte Politik? Ohne jeden Gebrauchswert? Seit wann ist es Eurer Meinung nach verwerflich, mit Aktionen Druck gegen den Staat auszuüben? Ihr wißt genausogut wie wir, daß die bewaffnete Aktion in ihrem politischen Inhalt stimmen muß, um Druck auf den Staat für eine Entwicklung, die es zu erkämpfen gilt, ausüben zu können.

Das Verhältnis, das Ihr zu revolutionärer Politik und zur bewaffneten Intervention heute vermittelt, ist dermaßen abstrakt und tot, wie es uns vollkommen fremd ist, und wie wir es von Kämpfenden auf der ganzen Welt nicht kennen.

Auch wenn Ihr die Lüge tausendmal wiederholt, wird sie nicht wahr. Wer die Aktion gegen den Weiterstädter Knast unpolitisch nennt, muß einen Knall haben. Ihr solltet mal inhaltlich begründen, wieso Ihr mit einer Intervention nichts anfangen könnt, die einen Knast zerstört, der ein in Beton gegossenes Spiegelbild der Entwicklung ist, wie sie die Herrschenden anpeilen, und durchzusetzen entschlossen sind; gegen ein Projekt, das für den militärischen Umgang des Staates mit den sich forcierenden Widersprüchen in dieser Metropolengesellschaft steht; gegen ein Projekt, das für den staatlichen Rassismus und die wissenschaftliche Zerstörung menschlicher Identität steht. Das Wesen dieses Projekts und die Beweggründe, es zu zerstören, waren untrennbar mit unserer Absicht verbunden, Druck gegen den Staat für Eure Freiheit zu entwickeln. Wir wissen allerdings, daß es welche unter Euch gibt, die schon damals diese Aktion verurteilt haben, scheinbar wegen der Tatsache, daß viele Menschen - auch hier - damit etwas verbinden können.

Denn das ist für Euch Ausdruck von "Entpolitisierung und Anpassung", wenn wir vielen aus dem Herzen sprechen, dann kann damit etwas nicht stimmen!

Euer Aufschrei gegen diesen Druck auf Staat und Kapital, der ein Aspekt aus 23 Jahren bewaffneten Kampfes, aus der Entwicklung und der Konfrontation Befreiung/Kapital ist, ist nur noch flache Polemik. Mit inhaltlicher, also auch politischer Auseinandersetzung und Kritik hat das nichts zu tun. Schon '77 ging es auch darum, einen Druck gegen Staat und Kapital zu schaffen, wobei ein Aspekt nur gewesen sein kann, daß die Wirtschaft ihren Einfluß zugunsten Schleyers zur Geltung bringt. Schon damals alles zur Ware verkommen? Natürlich nicht.

Kommt jetzt nicht damit, daß der Versuch damals seine Berechtigung ausschließlich aus der zentralen Perspektive der internationalen revolutionären Bewegung hatte.

Im FernsehInterview hast Du, Irmgard, gesagt, daß ihr damals staatlichen Stellen angeboten habt, nicht in die BRD zurückzukehren, sondern im Exil weiter politisch zu kämpfen. Von anderen aus Eurem Kreis wissen wir, daß es für die gesamte Gruppe, d.h. auch für die Illegalen, darum gegangen wäre, nach der Befreiung der Gefangenen, überhaupt neu herauszufinden, wie der Kampf weiter zu entwickeln ist. Alles sei offen gewesen, auch wie bewaffnet weiter gekämpft werden soll. Das wäre auch in der jüngeren Vergangenheit für den gesamten politischen Zusammenhang RAF/Gefangene am besten gewesen. Wir wissen, daß die meisten von Euch das nicht anders gedacht haben. Um so schlimmer, daß Ihr jetzt anderes zu vermitteln versucht, und von Deal quatscht.

"Wenn gleichzeitig Angriffe der Guerilla laufen, wird hier keine Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen Fuß fassen können ..." (Aus einem Brief von Brigitte, Frühjahr '93.) Wenn Ihr denkt, daß die Existenz der RAF Eurer Freiheit entgegensteht, und Ihr mit der Erklärung vom 28.10. das Ziel habt, die RAF endgültig vom Hals zu haben - dann solltet Ihr das auch so offen sagen. Anstatt so zu tun, als wäret Ihr die Gralshüter der Option des bewaffneten Kampfes oder der revolutionären Intervention in der Metropole; und könntet den Trennungsstrich zur RAF ziehen, moralisch unbefleckt und als Opfer der angeblich verräterischen Machenschaften von uns, Birgit und den Celler Gefangenen.

Wenn Ihr offen und ehrlich reden würdet, hättet Ihr solche Schweinereien nicht nötig. Und Ihr könnt es Euch auch sparen, ein Verhältnis zu bewaffneten Aktionen auf uns zu projizieren, das aus der Gruselkammer kapitalistischer Warenwelt kommt und vom dem Ihr Euch mal in Eurer gesamten Politik befreien solltet: "Wenn

sie (RAF) jetzt ankündigen, den Schritt vom April '92 praktisch aufzuheben, begründet mit unserer Gefangenensituation - dann tragen wir das nicht mit." (Eva). Als wäre es unser Problem gewesen, daß wir das haben/besitzen wollten für uns. In dem Stil, die RAF - mordlüstern wie sie ist - braucht die Gefangenen, weil - unpolitisch wie sie ist - ihr sonst zur Entwicklung nichts einfällt.

Zur Geschichte der Beziehungen, deren Inhalt für Euch zerstört ist: Eure Kämpfe, die Ihr in der RAF oder später als Gefangene geführt habt, haben uns mobilisiert. Für alle hier hatten sie eine Bedeutung in der eigenen Geschichte. Daraus ist ein Vertrauen in Euch, die GenossInnen im Knast, lebendig gewesen. Eine Verbundenheit auch daraus, die gleiche existentielle Lebensentscheidung für den Kampf um Befreiung getroffen zu haben, und die Vorstellung, dies sei eine Basis dafür, auch an unterschiedlichen Orten und in der sich immer verändernden äußeren Situation zu politischem Einverständnis über den Weg kommen zu können. Doch dies ist nur als lebendiger und widersprüchlicher Prozeß möglich, der Offenheit und Respekt zueinander voraussetzt.

Das Vertrauen dazu ist zu einigen von Euch schon lange zerstört. Wir denken heute, daß es eine Illusion von uns war, wir könnten es schaffen, uns als politischen Zusammenhang, in dem die Grundlagen zueinander gebrochen sind, gegen einen Machtapparat wie den BRD-Staat gemeinsam durchsetzen und einen neuen Aufbruch schaffen. Unsere Entscheidung zu allem, womit einige von Euch gegen uns - wo sie nur konnten - gearbeitet haben, nicht öffentlich Stellung zu beziehen, war falsch. Wir haben auf die falsche Hoffnung gesetzt, die Widersprüche könnten sich im Kampfprozeß auflösen. Sie basierte auf einer falschen Rücksichtnahme auf Euch als Gefangene in der Isolation und darauf, daß wir verhindern wollten, in eine sinnlose Schlammschlacht zu geraten.

Brigitte, Deine Unterstellung in dieser Erklärung, unser Verhältnis zu Euch sei gewesen "friß oder stirb ..." sagt viel über Dich/Euch, nicht über uns. Da, wo die Anschuldigung die Beschuldigten nicht trifft, macht sie nur offen, welche Nähe Du oder Ihr zu solchen Verhältnissen hast/habt. Das ist uns schon im vergangenen Jahr schmerzlich deutlich geworden. Wir kennen diese ganzen Sprüche zur Genüge: wenn wir an Kritik und Selbstkritik - was Ihr Opportunismus und Entpolitisierung nennt - festhalten würden, dann werdet Ihr uns "als Typen vom Tisch fegen", uns und andere "links überholen". Alle, die sich auf das beziehen könnten, was von der RAF in die Auseinandersetzung gebracht wurde "interessieren dann nicht mehr".

Das seid Ihr.

Das war der Schwerpunkt Eurer Anstrengung im letzten Jahr, zumindest soweit sie öffentlich bekannt sind. Und die Methoden, die Ihr dabei benutzt, solltet Ihr dem Gegner überlassen. Ihr habt darauf gebaut, daß es in der Linken schon seine Wirkung hat, wenn die Denunziation nur oft genug wiederholt wird.

Ihr seid im gesamten vergangenen Jahr auf inhaltliche Ansätze von uns nicht inhaltlich eingegangen, auch wenn das zu widersprüchlichen Diskussionen geführt hätte. Statt dessen habt Ihr unsere gesamte Anstrengung mit Eurer kleinbürgerlichen Konkurrenzscheiße und Eurem Besitzverhältnis zur RAF und revolutionärer Politik in der BRD überzogen.

Für manche von Euch war es ausreichend, ewig alte Klarheiten zu verbreiten, die allgemein zwar richtig sein können, aber für sich allein wenig zur Beantwortung der Fragen beitragen können, die sich aus der sich zuspitzenden Situation hier wie international stellen.

Auch Ihr hattet von einer Zäsur gesprochen, was das allerdings für Euch bedeuten sollte, dazu gibt es von Euch bis heute nichts Substanzielles. Für uns war es aus unserem Prozeß heraus notwendig geworden, zu einem produktiven Verhältnis von Kritik und Selbstkritik zu kommen.

Für die Kämpfenden auf der ganzen Welt ist das eine Lebensader - für einige von Euch ist das wie das Wasser für das Feuer. Euer Bruch zu uns hängt auch damit zusammen und damit, daß wir, wie auch die gefangenen Genossen in Celle, in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre einen eigenen Kopf behalten haben.

Mit Schlagwörtern wie "entpolitisiert" und "Anpassung" schützt Ihr Euch schon seit eineinhalb Jahren vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung. Und genau das ist entpolitisiert. Ihr tragt mit der auf uns fixierten Arbeit der letzten eineinhalb Jahre mit Verantwortung daran, daß sich einige Teile der radikalen Linken mit einer "RAF-Debatte" selbstbeschäftigt haben, ganz so, wie Ihr sie ins Leben gerufen habt. Die Rücknahme des bewaffneten Kampfes der RAF (! die Ihr auch wolltet), sei Verrat. Viele von ihnen beziehen sich dabei auf

Briefe von Euch, da können sie Euch wohl kaum verstanden haben. Das ganze geht soweit, daß behauptet wird, die RAF sei mit der Zurückstellung des bewaffneten Kampfes verantwortlich für die steigende Zahl von Vergewaltigungen. (Auch welche, die sich auf Euch beziehen.) Sie begreifen die alte Konzeption der RAF als zeitlose Antwort, wobei das Aussetzen des bewaffneten Kampfes (der RAF) bereits verräterisch sei.

Viele dieser Papiere sind eine Demonstration der Begriffslosigkeit sowohl des 23jährigen Kampfes der RAF und ihrer früheren Konzeption, als auch der gesamten Entwicklung. '92 gab es plötzlich soviele SchwätzerInnen wie nie zuvor, die ausgerechnet jetzt die Notwendigkeit zum bewaffneten Kampf der RAF entdeckten. SchwätzerInnen, von denen wir in unseren offensiven Phasen nichts mitbekommen haben. Niemand von denen war und ist bereit, selbst bewaffnet zu kämpfen. Weder bei uns, noch gründen sie andere bewaffnete Organisationen, die weniger "reformistisch" sind. Das wundert uns nicht. Denn Schwätzertum führt nicht mal zu Wiederholungen des alten, es führt zu nichts. Diese Scheindiskussion, in der es nie um die Leute selbst geht, sondern immer nur um andere, meistens gegen uns, habt Ihr entfacht und mit einer Flut von Diffamierungen begleitet: "Entpolitisiert", "den Internationalismus fallengelassen," "wir würden die Geschichte abwickeln," und mit dem VS - wahlweise - entweder die Politik bestimmen oder Verhandlungen führen, und würden für unser Wohl und den "Platz im Reich" opportunistisch Inhalte aufgeben und und und.

Wir haben die Methode schon lange satt, daß der Inhalt unserer Texte verdreht wird, je nachdem, wie es gerade opportun erscheint, wie in einem Brief kurz vor Weiterstadt. Mit geschickter Wortspielerei kommt unterm Strich raus: Alle sollen "nun schauen, welche Fraktion sich ‚durchsetzt`, wie die RAF sagt". Natürlich hatten wir ganz im Gegenteil in der dort zitierten Erklärung gesagt: "Von alleine werden sie (der Staat) an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe notwendig sein."

Euer blöder Machtkampf zeigt sich auch am verkrampften Festhalten an der Diskussion um die "zwei Fraktionen im Apparat", obwohl die Gefangenen in Celle unseren Fehler in der April-Erklärung im Konkret-Interview korrigiert hatten und wir die Kritik im August-Text bekräftigten. (Ein allerdings imaginärer Machtkampf gegen die Genossen in Celle, uns und zeitweise gegen die GenossInnen in Lübeck, denn alles andere wäre notwendig gewesen, da der Feind wie auch die Fragen groß sind.) Ihr müßt mal realisieren, daß Ihr diesen Fehler von uns über ein Jahr lang zu einem Eurer Schwerpunkte gemacht habt, während es ansonsten kaum noch jemand interessiert hat.

Während Ihr immer wieder die "Situationsdebatte" statt "RAF-Debatte" gefordert habt und das Gegenteil davon gemacht habt, ist Euch der Blick selbst auf die eigene Situation durch Eure Orientierung gegen uns vollkommen verstellt geblieben.

Bis zuletzt haltet Ihr Euch an Eurem Irrglauben fest, in der KGT-Initiative sei von Anfang an nur für einige Gefangene die Freiheit vorgesehen gewesen. Ihr realisiert nicht, daß für niemanden die Freiheit vorgesehen war. Alles war abhängig von einer politischen Mobilisierung, davon, ob die Gefangengruppe darin solidarischer Kern ist und in der Lage, gemeinsam in die Diskussion einzugreifen und auch vom Kräfteverhältnis RAF/ Staat. Das konntet Ihr weder daran realisieren, daß nach Günter kein Gefangener aus der RAF mehr freikam, und noch nichtmal hat Euch der Schlag gegen uns in Bad Kleinen erhellt. Bei Euch schiebt sich vor jede Erkenntnisfähigkeit das Gift, das Ihr in Euren Herzen mobilisiert habt. Deshalb muß nun auch die Story vom versuchten Deal herhalten, damit Euer Irrglaube weiter Bestand haben kann.

Daß Ihr es fertigbringt, mit Euren Denunziationen auch Wolfgang mit Dreck zu überziehen - ihn, der neun Jahre lang die Politik der RAF mitentwickelt und in ihr gekämpft hat, der unter anderem auch für Eure Freiheit gekämpft hat und bei dem Versuch, gerade nicht in den Knast zu kommen, um draußen weiter kämpfen und leben zu können, ermordet wurde - ist nur Ausdruck davon, auf welchen Niederungen Ihr angelangt seid. Wolfgang war ein Mensch, der für GenossInnen durchs Feuer gegangen wäre.

Es gab in der letzten Zeit einen neuen Anlauf zur Mobilisierung für Eure Freiheit. Von GenossInnen mit einer neuen Haltung, die wir befreiend fanden gegenüber der alten Geschichte von Fraktionierungen, der Unfähigkeit, mit inhaltlichen, politischen Widersprüchen umzugehen. Das hat die Aussicht darauf offen gemacht, daß es tatsächlich einmal zu einer ernsten, politischen Auseinandersetzung kommen kann. Wir fanden die Entscheidung der GenossInnen richtig, sich nicht auf die Spaltereien einzulassen. Sie gehen stattdessen von den tatsächlichen Widersprüchen in den politischen Vorstellungen auf unserer Seite aus. Wir denken, daß das ein Selbstbewußtsein ist, das absolut notwendig ist, in einem Prozeß, in dem es um die

Neubestimmung revolutionärer Politik geht. Eure Erklärung vom 28.10. ist auch gegen diese Haltung gerichtet. Sie ist Ausdruck eines dumpfen Machtkampfes. Sie drückt ein Festhalten an überholten Strukturen aus, in denen es für Euch legitim ist, bei inhaltlichen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem System zu beschuldigen und ihre moralische Integrität in den Dreck zu ziehen. Letztlich seid Ihr diejenigen, die sie damit verlieren.

Wir halten es für notwendig, mit dieser Hinterlassenschaft einen bewußten Bruch zu machen!

Wir sagen Euch, daß diese "ganz neue Entscheidung", von der Ihr sprecht, die auf Lügen, Dreck und Unehrlichkeit Euch selbst gegenüber aufgebaut sein soll, mit Sicherheit nicht dazu führen wird, "daß revolutionäre Politik hier wieder Fuß fassen können wird".

Wir fordern Euch auf - und das ist uns sehr ernst - jetzt einen Moment innezuhalten. Kommt zur Besinnung! Auch wenn Ihr dabei über Euren Schatten springen müßt. Wir wissen, daß Euch das unser Brief nicht einfach macht, aber Ihr könntet verstehen, daß Ihr uns keine andere Möglichkeit gelassen habt, als nun das zu sagen, was wirklich ist.

Es gibt Vertrauen, das keine Mauern brechen können. Karl-Heinz, Lutz, Knut, Birgit und wir werden mit dieser Spaltung umgehen können, aber wir wollen sie nicht!

Vielleicht ist dies - wenn überhaupt - die letzte Möglichkeit für was anderes.

Es liegt nun an Euch.

Rote Armee Fraktion, 2.11.1993

Gegen einen subjektiven Zustand zu argumentieren, in dem Wut und Rache dominiert, ist wahrscheinlich aussichtslos. Das einzige, was rauskommen wird an dem, was unter den Gefangenen läuft, ist, daß die Gesellschaft mit einem weiteren sektiererischen Zerfallsprozeß gelangweilt wird. Zur Sache selber will ich aber noch etwas sagen, auch für andere. Ich kann da gut zu stehen.

Ich habe Ströbele kommen lassen vor Monaten aus der Überlegung, daß wir alleine auflaufen werden gegen jene in Politik und Staatsapparat, die in diesem Konflikt längst schon heimisch geworden sind (was ja auch mal alles kritisiert wurde bei uns, daß zu viele sich mit unserer politischen und praktischen Realität arrangieren können). Wir haben in zwei Richtungen gesprochen: Leute suchen, die das, was die RAF und die Gefangenen in den letzten Jahren versucht haben, als vernünftig sehen und deshalb öffentlich unterstützen wollen; Druck machen in den Reihen der Gegenseite.

Im ersteren sind wir auf Bubis gekommen. Er wurde angesprochen, was sich als sinnvoll herausstellte. Von ihm kam, daß er selber mit uns sprechen wollte, um direkt zu hören, was wir wollten. Wir haben dem natürlich zugestimmt (und hätten ihm dabei auch vorgeschlagen, nach und nach einige andere Gefangene zu besuchen). Daraus ist bis jetzt nichts geworden, denn Kohl nahm ihn bei irgendeiner Gelegenheit kürzlich beiseite und erklärte, er sei gegen diesen Besuch, "solange Bad Kleinen nicht zuende ermittelt sei". Er habe aber Ende September ein Gespräch mit Kohl und Kanther und will dabei auch ansprechen, warum sich nichts getan hat.

Ganz anders bestimmt ist die Reuter-Sache. Es ging darum, daß jemand von "außen" (also außerhalb unseres Zusammenhangs) sie aus einer Einschätzung der Situation heraus, wie er sie selber vertreten kann, auf den Ernst der Lage aufmerksam macht, auf das, worauf es wahrscheinlich hinausläuft, wenn die Regierung ihre Haltung nicht ändert. Zu diesem Zweck habe ich mit Ströbele über die Situation diskutiert.

Auch daß er nicht in unserem Namen reden kann, daß er nicht verhandelt, keine Zusagen macht oder sonst etwas, sondern einfach, daß er als jemand, der die ganze Geschichte von Anfang an kennt und in ihrer Dialektik einzuschätzen weiß, darauf hinweist, daß die Regierung eine andere Entwicklung systematisch zerstört und für alles, was daraus kommen mag, dann auch alleine die Verantwortung hat.

Es war auf der Linie, was wir die letzten eindreiviertel Jahre gemacht haben und, trotz allem, Konsens der Gefangenen entlang unseren Forderungen war: um politische Akzeptanz für unsere Sache zu kämpfen und öffentlichen wie nichtöffentlichen politischen Druck zu machen.

Es erbittert Dich, daß Du nicht gefragt worden bist, daß hier an Dir was vorbei gemacht wurde? Das war für uns auch ein Problem und wir hätten es lieber anders gemacht. Aber was wäre passiert, wenn ich Dir oder Helmut das z.B. vorgeschlagen hätte? Ihr hättet es niedergemacht, wie jede andere Sache von hier! Die Absurdität dahinter ist der Besitzanspruch! Ihr stellt die Eigentumsfrage an der RAF! Das Mittel dazu ist die Permanenz der Liniendiskussion. Sie klärt natürlich nichts. Sie erstickt nur. "An jenen, die recht haben, geht jede Idee zugrunde" - und das wird auch das Ergebnis sein von Helmuts Erklärung: Bedingungen zerstören. Viel mehr enthält sie ja nicht, außer ein paar Unwahrheiten.

Euch entgrenzt immer alles, weil Euch irgendwie Eure eigene Subjektivität unbegriffen bleibt. Für Eure Ansprüche gegen die draußen seid ihr derzeit auch am falschen Ort. Auch sind diese nicht gerade durch die Ergebnisse Eurer eigenen Praxis, bei der rauskam, daß die danach von vorne anfangen mußten, legitimiert.

Die Methodik und die politische Bestimmung lassen sich korrigieren; das Abrutschen in die Objektivationen, da, wo die Politik außerhalb von uns steht, und sich selbst kreiert, kaum noch. Das haben wir an Euch gesehen, das haben wir selber erfahren und daran krankt bis heute alles.

Ihr sagt zwar selber, daß das Alte nicht fortzusetzen ist, aber es bleibt ein Widerspruch, solange Ihr denkt, daß ihr die Alten bleiben könnt. Als wäre die Politik der Vergangenheit nur was äußerliches gewesen und hätte nicht auch als Subjektprägung nach "innen" zurückgewirkt. Aber zur "äußeren" Entfremdung lief eben auch die "innere". Mit der kann man nur selber brechen. Statt aus dem zu lernen, wie die es draußen gemacht haben und wie es besonders in der August-Erklärung zum Ausdruck kommt, schmeißt Ihr ihnen Steine in den Weg, wo Ihr nur könnt, Häme, Verachtung, Denunziation. Nicht einmal der Tod von Wolfgang gebietet Euch Einhalt. Das ist das Traurigste.

***

Bin ich auch für eine Gesamtlösung, so bin ich nicht für "abwickeln". Für mich ist nur etwas zu Ende gekommen, wir stecken in der Sackgasse und aus der müssen wir raus. Das meint den anderen Aspekt von "Freiheit", weil's nicht nur um die Freiheit der Gefangenen vom Knast geht. Freiheit meint die eines Neuanfangs und das impliziert auch die "Freiheit" der Genossen draußen dazu. Es geht nicht darum, die Erfahrungen und die Geschichte dazu abzuwerfen, sondern sie dafür nutzbar zu machen. Es ging nie um die Frage "bewaffneter Kampf ja oder nein". Das ist eine nutzlose Fragestellung, die dann nach vorne tritt, wenn die Form den Inhalt ersetzt.

Daß die alte Konzeption der RAF nicht zu halten ist, habt Ihr unabhängig meiner Begründung selber gewußt. Helmut schrieb, daß ihm schon immer bewußt war, daß am Ende eine Aufhebung der RAF steht. Und trotzdem scheint es Euch ein Paradox zu bleiben, das Konzept aufzuheben und den Bruch zu halten, aus dem der bewaffnete Kampf früher oder später wiederkehren wird. Wenn gewiß auch in anderer Gestalt und auf einer anderen Bestimmung. Wenn man vom Prozeß ausgeht, müßte man begreifen können, daß wir immer in Durchgangsphasen sind. In ihnen durchschreiten wir Räume: hinter der nächsten Tür, um im Bildlichen zu bleiben, ist man vielleicht im Freien oder im nächsten Raum. Aber nicht mehr auf der gleichen Grundlage oder im gleichen Zustand. Die letzten 25 Jahre sind ebenso ein Durchgangsstadium gewesen, für uns individuell (das ist aber nicht so wichtig), vor allem aber ein Durchgangsstadium linker Bestimmungen, in politischen Konzeptionen, in der Moral, auch Kultur, vor allem der Praxis. Das gilt also auch für die RAF. Auch sie ist nur ein vorübergehender Ausdruck der Situation, nicht ihre zeitlose Antwort.

Ich glaube aber nicht, daß es das war, was Helmut jüngst veröffentlichte: "... daß jetzt eine Situation Realität wird, aus deren Antizipation wir 20 Jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern". Niemand hat z.B. vorausgesehen, daß die "Ost-West-Demarkationslinie" sich zugunsten des Westens auflöst. Auch haben wir uns zu andern nicht im Wissen um die kommende Systemkrise unterschieden. Zu prognostizieren, daß die Entwicklung nur bedrohlicher werden kann, dazu gehört nicht viel.

Es gab schon vor uns die Erkenntnis "Sozialismus oder Barbarei". Auch kann's das nicht gewesen sein, die objektive Entwicklung des Kapitalprozesses zu verhindern. So etwas wie die Aufhebung der Arbeit oder Krise des Werts ist gar nicht zu verhindern, es sei denn, durch eine Revolution. Aber das wäre ja nur eine Kinderbegründung, denn um zu ihr kommen zu können, muß der Prozeß überhaupt erst mal da durch.

Was also hatten wir anderen voraus, und an was müssen wir uns messen? Die Entscheidung zum materiellen radikalen Bruch mit den Gesellschaftsverhältnissen. Ein Endzeitbewußtsein über eine historische Periode. Das Wissen, daß wir eine andere Art zu leben und zu kämpfen finden müssen, daß wir eine neue Revolutionsvorstellung brauchen, den Bezug auf das Subjekt, also Bruch mit der Entfremdung als Orientierungskriterium der Politik, daß wir heute am Aufbau von Bewußtsein und Gegenkräften arbeiten müssen, wenn die kommende Systemkrise nicht über uns alle drüberschlagen soll. Und so manches mehr. Aber haben wir die erahnte Krise erkannt, theoretisch analysiert, begriffen und also auch die Antwort antizipiert? Die Krise der Arbeit und die Krise des Werts - haben wir sie gesehen, und wo sind dann die Antworten? Und da frag ich gar nicht, wo wir Bewußtsein darüber in der Gesellschaft geschaffen haben, sondern ich frage nach dem Bewußtsein darüber bei uns! Und wo war das in der Praxis?

Ein gesellschaftliches Umkehren wird nicht kommen, wenn es nicht auch aus den Leuten selber kommt, weil die Dinge des Lebens und der Gesellschaft ihnen jede Illusion über ihre Sinnhaftigkeit selber untergraben. Dann müßte man sich neu überlegen, was man macht. Aber deshalb läßt sich was Altes, das uns keinen Aufhebungsschlüssel - so auch keinen Zugang zu anderen - in die Hand gab, halt auch nicht fortsetzen. Eine auf die Gefangenen reduzierte Lösung aus dem "Umbruch" oder der "politischen Grenze" ist weder moralisch noch politisch legitimiert, ganz abgesehen davon, daß sie unrealistisch ist im Hinblick auf die nicht einfach zu ignorierenden Machtverhältnisse hier. Jedenfalls halte ich es für zweifelhaft, daß wir in einer Situation der eigenen wie der gesellschaftlichen Defensive dem Staat Haltungen aufzuzwingen, die ihm aufzuzwingen wir in sog. "offensiven Zeiten" nicht in der Lage waren. Auch glaube ich nicht mehr daran, obwohl ich es mitvertreten habe und es ja auch schön wäre, daß an uns ein Umkehrungsprozeß möglich ist, weder an der Freiheitsfrage, noch wenn wir weitermachen wie bisher. Das war alles zu einfach gedacht. Vielleicht ist die Spur davon drin, aber zur Umkehrung wird es ganz anderer Inhalte, Kräfte und Formen bedürfen. Und solange wird natürlich auch keine Freiheitskampagne in Gang kommen, wie wir neurotisch Ziele setzen, für die alles, auch bei uns, fehlt, und die Leute spüren, daß ein Graben ist zwischen dem, was wir wollen, und dem, was wir können, und deshalb die Klappe runtermachen, denn Niederlagen haben sie genug gehabt.

***

Ich hatte mal gehofft, wir könnten es gemeinsam schaffen, aus unserer Sackgasse rauszukommen. Als Gruppe sind wir von der Freiheit jetzt weiter entfernt als je zuvor. Die Spaltung der Gefangenen hat das über Bord geworfen, was über zwei Jahrzehnte unangefochten war. Als hättet Ihr irgendeine Frage damit gelöst. Es reicht nicht, die Freiheit zu fordern. Es reicht auch nicht, mit der Fortsetzung einer politischen Konzeption zu drohen, an deren Perspektive niemand mehr glaubt, weder wir, noch der Feind, noch die Linke oder die Gesellschaft. Wir hätten über uns reden müssen, statt über andere und gegeneinander. So wie die das draußen begonnen haben. Nur darin wird man wiederkennbar, nur das schafft eine Grundlage für Solidarität. Und in dem Rahmen hätten wir darum kämpfen können. Aber Euer Verständnis scheint immer noch, daß sich die Leute immer nur zu Euch hinbewegen müssen. Ich bezweifle, daß das eine Haltung ist, die Revolutionäre kennzeichnet.

Auszüge aus einem Brief von Anfang Oktober 1993. Nach taz vom 1.11.1993

21. " Klasse gegen Klasse": " Kiezsäuberung" mit Handgranaten?

Rubrik: Westdeutsche Linke, Anschläge; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:26

In der Nacht zum 18. Oktober explodierte gegen vier Uhr morgens in dem Kreuzberger Restaurant "Auerbach" eine Handgranate. Verantwortlich für diesen Anschlag zeichnete die Gruppe "Klasse gegen Klasse". "Klasse gegen Klasse" stellt damit alles in den Schatten, was bisher an kiez-internen Auseinandersetzungen möglich war. Und weiter ging's: Einige Tage später war das italienische Spezialitätengeschäft "Alimentari & Vini" Ziel eines "konventionellen Angriffs" derselben Gruppe. Den italienischen BetreiberInnen wurde gedroht, bis Ende Januar aus dem "proletarischen terrain" Kreuzberg zu "verschwinden - ansonsten: plünderung oder finales ende wie beim auerbach."

Dies waren nicht die ersten Anschläge, die "Klasse gegen Klasse" (im folgenden: KgK) in Kreuzberg durchgeführt hat. Ebensowenig ist auch die Aktionsform nicht ganz neu, "politischen Feinden", und hierbei besonders gerne RestaurantbesitzerInnen, durch direkte Aktionen zu Leibe zu rücken.

Nach den ersten "riots" am 1. Mai 1987 stand das Thema der Kiez-Umstrukturierung bei den Autonomen hoch im Kurs. Im September jenen Jahres wurden in der Kreuzberger Schnösel-Kneipe "Maxwell" mehrfach Kübel voller Scheiße ausgekippt. Die Kneipe machte zu.

Kurz zuvor war damals auch der taz-Journalist Gerd Nowakowski wegen seiner den Autonomen gegenüber haßerfüllten Kommentare angegriffen worden. Die autonome Szene war sich zunächst nicht sicher, was von diesen Anschlägen zu halten sei. Später rang sich eine Nachbereitungs-VV zum 1. Mai aber immerhin dazu durch, die "Bombendrohung gegen die taz und das Anstecken des Kellers im Wohnhaus in dem Nowakowski wohnt, für uns (als) Counter-Aktionen" anzusehen. Im "Arbeiterkampf" wurde damals differenziert argumentiert und ähnlich ablehnend kommentiert. (ak 286)

Nach einigen Jahren Ruhe, was Aktionsformen dieser Art anbetraf, folgte der erste Angriff gegen das "Auerbach". Im Oktober 1991 wurde dort wieder ein Kübel voller Fäkalien entleert. Ähnlich erging es dem Schicki-Schuppen "Exil" am Kreuzberger Paul-Lincke-Ufer. Zu diesen Anschlägen bekannte sich nachträglich die damals noch namenlose Gruppe KgK.

Im Jahr 1993 entwickelte KgK ihre Politik planmäßig und steigerte das Eskalationsniveau Schritt für Schritt. Im März dieses Jahres wurde Szene-intern eine Broschüre kostenlos ausgelegt, in der diese Gruppe ihr Vorgehen politisch zu begründen versuchte. Drei Monate später wurden zunächst MieterInnen oder BesitzerInnen von Dachgeschoß-Wohnungen angeschrieben. Darin drohte KgK den "Schmarotzern" mit Überfällen, Einbrüchen und körperlichen Angriffen: "Wir haben Euch im Fadenkreuz! Verschwindet (...) Der Krieg ‚Klasse gegen Klasse` kommt bald auch in Eure Straße!" Kurz darauf bekamen auch diejenigen Läden in der Haupteinkaufsstraße in Kreuzberg 36 Drohbriefe, die zuvor in dem Yuppie-Stadtmagazin "Prinz" Anzeigen geschaltet hatten. Diesmal wurde den (oftmals linken, teilweise kommunistisch organisierten) "korrupten Krämerseelen" attestiert, daß sie "zu dem Potential von Mittelklasse-Schmeißfliegen gehören, die sich wie Schweinepest im Kreuzberger Kiez ausbreiten: Der einzige Platz für Mittelklasse-Schmarotzer liegt zwischen Mündungsfeuer und Einschuß."

Hierauf entwickelt sich den Sommer über eine kleine Debatte in dem autonomen Berliner Stellungnahmen-Sammelblatt "Interim". Dabei meldete sich auch KgK zu Wort. Ungeachtet der einhelligen Kritik an in ihren Aktionen trat KgK jedoch in die nächste Phase ihres Kampfes ein, ihre Drohungen mittels direkter Aktionen, und wie beim "Auerbach" auch mit Sprengstoffanschlägen, zu untermauern.

Autonome fühlen sich - den bisher vorliegenden Papieren nach - aus zwei Gründen besonders gefordert, sich zu Theorie und Praxis von "Klasse gegen Klasse" zu äußern. Zum einen sind sie von KgK in einem der Kernbereiche autonomer Theoriebildung provoziert worden. KgK hatte gleich am Anfang ihrer gleichnamigen Broschüre erklärt, daß sie die autonome Debatte um das Verhältnis unterschiedlicher Widerspruchslinien von Kapitalismus/Sexismus/Rassismus etc. für sich in dem Sinne entschieden haben, den Kapitalismus als Hauptwiderspruch anzusehen. Die Kritik des überholten, eindimensionalen Klassenbegriffs, der ideologisch

hinter der IWF-Mobilisierung 1987 zurückbliebe und das Fehlen von antisexistischer und antirassistischer Praxis duchzieht sämtliche autonomen Kritiken. (Interim 246, 249 und 251)

KgK zeigte sich davon vollkommen unbeeindruckt. Mit der autonomen Parole "Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten" wurden Aktionen, wie gegen den italienischen Laden, angedeutet und weitere Anschläge gegen "ausländische Geldsäcke" nicht grundsätzlich ausgeschlossen. (Interim 250)

Zum anderen ist der Stadtteilkampf gegen die soziale Umstrukturierung des eigenen Kiezes ein besonderes Steckenpferd autonomer Basispolitik. Breite Zustimmung durfte KgK dort ernten, wo es um die Beschreibung geht, wie weit die Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten zugunsten des besserverdienenden Mittelstands vorangeschritten ist. Kritisiert wurde jedoch, daß KgK nicht die direkten Verursacher der Umstrukturierung, wie Spekulanten und Banken etc., sondern ausschließlich die NutznießerInnen dieser Entwicklung angreife. (Interim 246) Dazu wurde aus den Erfahrungen der Häuserkämpfe in der 80er Jahren sowie der jahrelangen Stadtteilpolitik angemerkt, daß heute keine vergleichbare Bewegung, keine Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit existiere. Nur in einem derartigem politischem Umfeld ließen sich militante Aktionen innerhalb des Kiezes vermitteln und verantworten. (Interim 246 und 251) So gesehen würden sich die Anschläge von KgK als isolierte und somit als "absolut kontraproduktive, durchgeknallte Aktionen" erweisen. (Interim 246)

Tatsächlich sind die Anschläge von KgK nicht vermittelbar und auch nicht mehr als linke Aktionen erkennbar. Sie sind ohne emanzipatorischen Gehalt. Sie bieten für andere Betroffene keinen Ansatzpunkt, etwas zu lernen und darüber hinaus selber aktiv zu werden.

In keinem der autonomen Kritik-Papiere wird jedoch das Aktionsfeld der Stadtteilpolitik in Frage gestellt. Dazu ist diese Ebene zu sehr mit den Bedürfnissen und Erfahrungen autonomer AktivistInnen verwurzelt. Dies als Mangel zu benennen, eröffnet aber gleichzeitig die Möglichkeit, KgK an ihren eigenen "proletarischen" Ansprüchen zu messen. Von KgK sind ausschließlich Anschläge im Zusammenhang mit Wohnungs- und Umstrukturierungspolitik erfolgt. Dieses ist aber für eine kommunistische Gruppe, als die sich KgK selber sieht, bei weitem zu wenig. Es wird von ihnen noch nicht einmal angesprochen, geschweige denn praktisch versucht, kommunistische Politik auf betrieblicher oder gewerkschaftlicher Ebene zu entwickeln und zu verankern. Statt dessen verlegt sich KgK darauf, die Charaktermasken des Kapitalismus im Kiez anzugreifen und behauptet, damit "proletarische Gegenmacht" aufzubauen. Ihre illegale Politik ist jedoch in kein legales Umfeld eingebettet, das ihre Propaganda der Tat verbreiten und vermitteln könnte.

Hinzu kommt, daß KgK ihre Politik ausschließlich mit terroristischen Methoden durchzusetzen sucht. Die Idee, den Kapitalismus als gesellschaftliches Gewaltverhältnis mit Drohungen, Verunsicherung und körperlichen Angriffen auf dessen Charaktermasken aufzulösen, ist unmaterialistisch und stellt sich aus marxistischer Sicht als kleinbürgerlicher Blanquismus dar.

Die Methoden von KgK sind zwar kein Ausdruck der "Psyche eines KZ-Wächters (...) dessen geistige und seelische Verfassung auf dem Niveau von Marodeuren der Selektion angelangt ist" (Zitty 22/93), eine Nähe zu kriminellen Einschüchterungsmethoden ist allerdings nicht von der Hand zu weisen. So wurde z.B. dem taz-Redakteur Nowakowski eine 9-mm-Patrone zugesandt mit der Aufforderung, für den Abdruck der KgK-Broschüre in der taz zu sorgen. Dies tat KgK nach eigener Aussage in der Gewißheit, daß Nowakowski dem nicht Folge leisten würde. Den "Erfolg" dieser Aktion sah KgK darin, mit dem taz-Artikel über die Bedrohung Nowakowskis eine kostenlose Werbung für die eigene Broschüre in der taz erreicht zu haben.

Die Selbstherrlichkeit und Kritikunfähigkeit der KgK ist nicht nur ein Problem für die von ihrem Vorgehen Betroffenen. Eine mit derartigen Methoden arbeitende Gruppe, die außerhalb jeder Verantwortlichkeit agiert, kann zu einer Gefahr für linksradikale, speziell autonome Politik werden. Denn die Selbstisolierung der KgK ist Programm: nicht nur, daß sich unter den Angegriffenen teilweise auch diejenigen "pseudoalternativen Mittelschichtler" befinden, die KgK in ihren kruden Klassenbegriff aufnehmen möchte (Teile der Mittel- und Oberschicht, "die sich bewußt und tatkräftig auf die Seite unserer Klasse stellen"). Auch und gerade die Autonomen werden diesem schwankenden Milieu zugeordnet.

Kritik wird von KgK nicht verarbeitet. Im Gegenteil wird dies als "hysterisches Geschrei" abgetan, "das wir als Wasser auf unsere Mühlen ansehen". Hinzu kommt noch die Abschottung aus Gründen der Illegalität. So

besteht die nicht unbegründete Befürchtung, daß sich hier eine aus der autonomen Szene kommende Gruppe abnabelt, um sich zu einem nicht mehr beeinflußbaren Selbstläufer zu entwickeln, deren Anschlagsziele und -methoden zunehmend unkontrollierbar werden.

Ein Wort noch zu der "Sprache der Verachteten", derer sich KgK bedient. Unabhängig, ob einem dieser machistische und militaristische Stil gefällt oder nicht: Selten zuvor hat eine sich "kommunistisch" bezeichnende Gruppe ein derart deprimierendes Bild ihres revolutionären Subjekts gezeichnet. Der pseudoproletarische Sprachmüll, den KgK verwendet, spottet jeder Beschreibung. Der dumpfe Gehalt dieser sprachlichen Projektion ist nicht ein Problem des Proletariats, sondern fällt auf die AutorInnen von "Klasse gegen Klasse" zurück.

Manni/Berlin 36

22. VVN fordert Staatsknete (Dokumentation)

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:20

Die VVN/Bund der Antifaschisten wandte sich am 4. November mit folgender Stellungnahme an das Bundesfinanzministerium und an die Öffentlichkeit:

Zwölf Jahre lebte Deutschland unter der Knute des Hakenkreuzes. Die gesetzgebenden Organe der BRD haben es in 45 Jahren nicht vermocht, das NS-Unrecht gegenüber allen Opfern zu entschädigen. Bei Anerkennung aller Leistungen - ein Armutszeugnis. Nach Abschluß der Gesetzgebung zur Wiedergutmachung am 31.12.1969 blieben viele Gruppen von einer Entschädigung ausgegrenzt, und zwar Zwangssterilisierte, Opfer der Wehrmachtsjustiz, in Anwendung des § 6 BEG ausgeschlossene Widerstandskämpfer, Zwangsarbeiter, Homosexuelle.

Und dabei hatte alles so würdig begonnen. Im Vorspruch zu dem am 1.10.1953 in Kraft getretenen Bundesentschädigungsgesetz ist der Anspruch auf Wiedergutmachung damit begründet, "daß Personen, die aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgt worden sind, Unrecht geschehen ist, daß der aus Überzeugung oder um des Glaubens oder des Gewissens willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand ein Verdienst um das Wohl des Deutschen Volkes und Staates war...".

Mit diesem Vorspruch ist der hohe politische Stellenwert der Wiedergutmachung festgeschrieben. Die Entschädigungspraxis ist weit hinter dieser Wertung zurückgeblieben. An der Chronologie ihres Ablaufes ist dies unschwer zu erkennen.

Um der biologischen Lösung der Wiedergutmachung vorzubeugen, haben sich die verschiedenen Opfergruppen organisiert und den ‚Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.' mit dem Sitz in Köln gegründet. Dort arbeitet mit sichtbarem Erfolg eine Beratungsstelle. In Erwartung einer Regelleistung durch die Bundesregierung hat das Land Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1992 und 1993 eine Beratungsstelle finanziert. Für die kommenden Jahre wurde über den Unterausschuß Wiedergutmachung des Bundestages eine Förderung beim Bundesfinanzministerium beantragt und jetzt eiskalt abgelehnt.

Begründung Nr. 1: Es bestehe kein sachliches Bedürfnis für eine finanzielle Förderung des Bundesverbandes. Eine Behauptung, die offensichtlich in Unkenntnis seiner praktischen Arbeit in die Welt gesetzt wurde.

Begründung Nr. 2: Der Verband habe in seinen Publikationen das Wiedergutmachungswerk der Bundesregierung negativ bewertet. Also berechtigte Kritik aus der Sicht der Betroffenen wird bestraft. Demokratisches Verhalten ist unerwünscht. Die Bundesregierung muß sich nicht nur daran messen lassen, was sie im In- und Ausland an Wiedergutmachung geleistet hat, sondern was zu leisten war und nicht getan wurde.

Die Wiedergutmachung von NS-Unrecht ist kein Ruhmesblatt in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Auch in der ehemaligen DDR wurden Opfer ausgegrenzt. Die politische Wertung im Vorspruch zum BEG 1953 ist und bleibt der Maßstab. Das Manko muß schnell nachgeholt werden. Deshalb muß auch die einzige zentrale Beratungsstelle für alle NS-Opfer weiterarbeiten. Die Weigerung des Bundesfinanzministerium, den Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V. zu unterstützen, ist ein Schlag gegen alle Opfer des Nationalsozialismus. Nicht wenige Publizisten bezeichnen die Abwicklung der Wiedergutmachung als eine zweite Schuld.

Unterzeichnet von Marion Lehmicke - Bundesgeschäftsführerin - und Alfred Hausser - Bundessprecher für Sozialpolitik und Wiedergutmachung

23. Nach dreieinhalb Jahren Prozeß wegen Hafenstraßendemo

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Hafenstraße · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:31

Am 9. November 1993 begann in Hamburg vor dem Landgericht der Prozeß gegen sechs Männer. Vorgeworfen wird ihnen, daß sie gemeinschaftlich schweren Landfriedensbruch, Widerstand und Körperverletzung begangen haben, indem sie im Laufe einer verbotenen Demonstration Polizisten verprügelt hätten.

Dreieinhalb Jahre dauerte es, bis dieser Prozeß eröffnet wurde, dessen Verhandlungsgegenstand vom Gericht als eine "so tiefe Verunsicherung der eingesetzen Polizei und der Öffentlichkeit" eingestuft wird, daß nicht, wie in vergleichbaren Fällen sonst üblich vor dem Amtsgericht, sondern gleich vor dem Landgericht verhandelt wird. Weitere Begründungen dafür sind die "Komplexität des Sachverhaltes" und "die Zahl der Angeschuldigten und der zu vernehmenden Zeugen" wie des zu "erwartenden Strafmaßes".

Die Situation, die 1990 dieser Demonstration vorausging beschreiben die Angeklagten in ihrer Prozeßerklärung wie folgt:

Zur Räumung der Lama-Häuser

am 14.5.1990

Die Vorgeschichte dieser Räumung ist lang und die Verantwortung für diesen äußerst brutalen Einsatz, bei dem nicht nur UnterstützerInnen und HausbesetzerInnen selber in großer Zahl verletzt, sondern auch JournalistInnen gewaltätig an der Berichterstattung gehindert wurden, lag einerseits bei der Einsatzleitung der Polizei und zum anderen daran, daß die Mächtigen dieser Stadt ihre Schergen selbst dann losschicken, wenn ein sogar in der bürgerlichen Presse als Spekulant verschrieener Hausbesitzer ruft. Die Entschlossenheit nämlich, mit der die damalige Wiederbesetzung der Häuser durchgeführt wurde, hatte ihre Begründung in den Machenschaften des Eigentümers Rabels, der während der jahrelangen Querelen mit seinen Mietern vor keiner Schweinerei zurückschreckte. Das Anheuern von Schlägertrupps aus dem Zuhältermilieu, mutwilliges Zerstören von Versorgungsleitungen, sollte den noch nicht herausgeklagten Bewohnern ein Weiterwohnen unmöglich machen; all das war nur die Spitze eines Eisberges, die Auseinandersetzung zog sich schließlich seit Jahre hin. Der eigentliche Skandal an dieser Räumung war und ist, daß selbst diese allseits bekannten Tatsachen nicht dazu geführt haben, daß Druck auf Rabels ausgeübt wurde, in die angebotenen Verhandlungen einzusteigen, nein im Gegenteil, mit geradezu paranoider Sturheit mußte die sogenannte Hamburger Linie durchgezogen werden, jedes besetzte Haus innerhalb von 24 Stunden zu räumen. (...) Das reihte sich ein in das Wunschdenken Hamburger Politiker, die Geschehnisse vom Herbst 1987, als der Erhalt der Häuser an der Hafenstraße allen Machtinteressen zum Trotz von Tausenden durchgesetzt werden konnte, ungeschehen zu machen. Auf der einen Seite wurden sich entwickelnde Wohnprojekte schon im Entstehen angegriffen und teilweise zerschlagen, auf der anderen Seite wurden schon bestehende -, wie die Rote Flora oder eben die Häuser an der Hafenstraße mit allen Mitteln bekämpft. Ob es die damalige Pressehetze war oder die Bullenprovokationen, ob es die Vertragskündigung am Hafen oder der Neubau im Florapark war, alles hatte nur den einen Sinn, Rache für die Niederlage von 1987, Zurückdrehen einer Entwicklung, in der Menschen angefangen haben, sich nicht verwalten zu lassen, sondern ihre Probleme selber anzugehen. Die Lama-Häuser stehen immer noch leer, seit mittlerweile 3 1/2 Jahren, und das, obwohl Tausende eine Wohnung brauchen.

Die BKA/LKA Razzia

vom 15.5.1990 in der Hafenstraße

Ab ca. 9 Uhr umstellten mind. 2.500 schwerbewaffnete BGSler sowie sonstige Schergen die zehn Häuser an der Hafenstraße. Sie riegelten den ganzen Stadtteil hermetisch ab und begannen eine Durchsuchungsaktion, die selbst den Rahmen des bis dahin durchaus üblichen Polizeiterrors an der Hafenstraße sprengte. Teilweise mit vorgehaltener MP wurden sämtliche ca. 60 Wohnungen gewaltsam gestürmt. Viele wurden aus den Betten gerissen und mußten gefesselt zusehen, wie stundenlang ihre Privatsachen durchwühlt wurden. Die Personalien sämtlicher Anwesender wurden festgestellt, wer zufällig keine Papiere dabei hatte, wurde

festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Bis ca. 20 Uhr dauerte der Terror an. Lastwagenweise wurde sogenanntes Beweismaterial abgeschleppt, am Ende blieben zerstörte Wohnungseinrichtungen, eingetretene Türen und das dumpfe Gefühl, wer eine Razzia durchführt, der könnte es auch schaffen, mit dubiosesten Konstruktionen reale Anklageschriften und Prozesse zu basteln.

Der Hintergrund dieser Razzia stellt sich für uns wie folgt dar: Schon Monate vorher gerieten im Zuge des seit dem Herrhausen-Attentat auf den Bullen lastenden Erfolgsdrucks zwei Leute, die vorher in der Hafenstraße gewohnt haben, in die öffentliche Fahndung. Sie wurden als RAF-Mitglieder bezeichnet, und im selben Zusammenhang wurde einigen BewohnerInnen des Hafens vorgeworfen, Zuträgerdienste für die RAF zu leisten. Beides war Bestandteil eines Feldzuges, der seinerzeit vom Verfassungsschutz einmal gegen die Hafenstraße und zum anderen gegen UnterstützerInnen einer Kampagne für die Zusammenlegung der Gefangenen geführt wurde. Sinn und Zweck diese Feldzuges war es, einen legalen Arm der RAF zu konstruieren, der seinen Hauptsitz im Hafen haben sollte; ein solches Bild in der Öffentlichkeit konnte den Sicherheitsbehörden gleich mehrere Vorteile verschaffen. Peinliche Fragen nach den unmenschlichen Haftbedingungen der politischen Gefangenen können unterdrückt werden, indem Leute, die sich gegen die Haftbedingungen engagieren, immer mit der Drohung eines 129a Verfahrens leben müssen. Andererseits schaffte dieses Bild Möglichkeiten, mit den BewohnerInnen der Hafenstraße eben nicht rechtsstaatlich umzuspringen: Ganze Straßenzüge abzusperren und zu durchsuchen, Ausweiskontrollen auf offener Straße mitten in der Stadt, Zerstörung und Diebstahl von Privatsachen, Ausschluß der Öffentlichkeit und der MedienvertreterInnen bei Razzien. (...)

Dreieinhalb Jahre nach dieser Razzia bleibt festzustellen, daß alle elf Ermittlungsverfahren wegen 129a eingestellt wurden, ein Ermittlungsverfahren wegen verschiedener Eigentumsdelikte mit einem Freispruch endete (...)

Die Demonstration, die am Wochenende nach der Razzia in der Hafenstraße stattfinden sollte, wurde wie jede "Ersatzkundgebung oder -demonstration" in Hamburg verboten. Trotzdem versammelten sich an verschiedenen Orten mehrere hundert Menschen. Es gelang damals in der Innenstadt, einen Demonstrationszug zu formieren, der sofort sowohl vorne als auch hinten von starken Polizeikräften eingeschlossen wurde. Die "Hamburger Kessel"-Situation von 1986 war den DemonstrantInnen noch stark präsent, damals waren ungefähr 800 DemonstrantInnen über zwölf Stunden von der Polizei eingekesselt worden. Deshalb wurde der Versuch unternommen, einer Kesselsituation durch das Ausweichen durch eine Fußgängerpassage (Gerhofpassage) zu entgehen, es war der einzige Weg, der nicht durch Polizei gesperrt war. Die Situation, die dann eintrat, ist Gegenstand des Prozesses; die Angeklagten schreiben dazu: "Schließlich standen hier (Gerhofpassage, Anm. ak) lediglich wenige BGSler mit abgesetzten Helmen an den Hauswänden. Ohne zu zögern, gingen die Leute dann auch dort entlang. Als bereits ein Teil der Demonstranten vorbei war, setzten die uniformierten Helden völlig überraschend und ohne jeden Grund ihre Helme auf und versuchten dann unter massivem Einsatz ihrer Knüppel und Schilder, den Leuten den Weg zu versperren und damit den Kessel zu schließen. Geradezu zwangsläufig ergab sich eine spontane Auseinandersetzung von kaum mehr als einer Minute. Von planmäßigem und gemeinschaftlichem Handeln der Beteiligten konnte keine Rede sein. Diese, eben berichtete Situation war jedoch noch lange nicht das Ende der Demonstrationen an diesem Tag, sowohl in der Innenstadt, als auch auf der ursprünglich geplanten Route über die Lama-Häuser zum Hafen bewegten sich noch stundenlang Menschen, die nicht bereit waren, die Außerkraftsetzung des Demonstrationsrechtes an diesem Tag hinzunehmen."

Vor Ort wurde niemand festgenommen, die Fahndung lief quasi intern im Polizeiapparat, nachdem ein BILD-Zeitungs-Fotograf die von ihm gemachten Fotos zur Verfügung stellte. Diese Fotos hingen in den verschiedenen Revierwachen nach dem Motto: "Das sind die Schweine, die unsere Kollegen verprügelt haben". Sechs Personen wurden teilweise im "Viertel" von Zivilbullen vom Fahrrad gezerrt und zur ED-Behandlung mitgenommen, teilweise waren sie als Bewohner der Hafenstraße bei den Bullen persönlich bekannt und wurden daraufhin angeklagt.

ga.

Die nächsten Termine sind am 24.11., 30.11., 2.12., 7.12., 10.12., 14.12. und 16.12.1993 jeweils um 9 Uhr im Strafjustizgebäude im 2. Stock in Saal 301.

Da der Prozeß und die Öffentlichkeitsarbeit eine Menge Geld kostet, wird um Spenden gebeten: Anderkonto Gerhofstraße; Rechtsanwalt Dr. Axel Hagedorn; Kontonummer: 1268/123252, BLZ: 20050550 bei der Hamburger Sparkasse.

24. Das Verfahren gegen die Filmemacherin Margit Czenki

Autor: Jan Schmidt · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:40

Die Freiheit der Berichterstattung ist in den letzten Monaten mehrfach ernsthaft ins Visier genommen worden: Das Titanic-Titelbild vom April 1993, das den amtierenden schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Engholm in der Badewanne zeigt, wurde nicht nur vom schleswig-holsteinischen Landtag einstimmig (brave DVU!) als "Verstoß gegen die Pressefreiheit" verurteilt, sondern vom Landgericht Hamburg schlicht und einfach verboten; in Zuge der Bad-Kleinen-Berichterstattung wurde ernsthaft erwogen, das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten einzuschränken, im Bundeskanzleramt wurde über Pläne zur offenen Einschränkung der Pressefreiheit nachgedacht; die Innenminister der Länder haben in den Verhandlungen mit IG Medien/dju und djv versucht, den allgemeingültigen, bundeseinheitlichen Presseausweis abzuschaffen und damit die Möglichkeiten für z.B. kritische Polizeiberichterstattung nachhaltig zu beeinträchtigen. Daß diese und andere, vor allem polizeiknüppelgewaltige Attacken nicht immer und sofort erfolgreich waren, sagt wenig aus: Grundrechtsdemontage vollzieht sich Stück für Stück. Einen gewaltiges Stück hat die Hamburger Justiz dabei im Verfahren gegen die Filmemacherin Margit Czenki (die z.B. den Frauen-Knastfilm "Komplizinnen" gedreht hat) herausgebrochen.

Pikant an diesem Verfahren ist, daß ein Medienkonzern selbst die Grundlage dafür gelegt hat. Und das kam so: Der "stern", Flaggschiff von Gruner+Jahr, hat in seiner Ausgabe 38/1990 aufgrund von Informationen aus dem Staatsschutz-Apparat die beliebte Lüge, daß die RAF einen Wohnsitz in der Hafenstrasse habe, zur Titelgeschichte erhoben: "Im Fadenkreuz der RAF". Daraus habe sich nach Auffassung von Bundeskanzler Kohl und Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter die Notwendigkeit einer Hausdurchsuchung in den Hafenstrassenhäusern ergeben, berichtete das Magazin damals. Die Hafenstrassen-BewohnerInnen versuchten vergeblich gegen diese aberwitzige, für ihr Projekt äußerst bedrohliche Berichterstattung zu intervenieren und den Abdruck einer Gegen-Erklärung durchzusetzen. Schließlich entschieden sie sich für den direkten Dialog durch direkte Aktion und veranstalteten am 16. Oktober 1990 ein Go-In in den Verlagsräumen.

Margit Czenki filmte das Geschehen und die auf Veranlassung der Verlagsspitze von der Polizei kurz und heftig vollzogenen Räumung. Bevor geräumt wurde, hatten Verlagsvertreter, die sie kannten, sie noch gebeten, als Vermittler zwischen den BesetzerInnen und dem Verlag tätig zu werden. Außerdem hatte Margit Czenki andere Journalisten, die später dazu gekommen waren, über den Anlaß des Go-Ins informiert und einzelnen auch die Erklärung der Hafenstrassen-BesetzerInnen gegeben. Damit war sie dem Leiter des Polizeieinsatzes Werner Jantosch bereits unangenehm aufgefallen. Als er dann beobachtet, daß Frau Czenki die Festnahme der Hafenstrassen-Leute filmte und ihn ein Beamter des Staatsschutzes darauf aufmerksam machte, daß die Filmemacherin "zur Szene" zu rechnen sein, weil er sie auch schon in der Nähe einer Aktion zum Knast Fuhlsbüttel gesehen hatte, gab Jantosch den Befehl, die unliebsame Journalistin festzunehmen - und zwar draußen vor der Tür, damit "keine weiteren Tumulte entstehen". Außerdem war erklärtes Ziel der Festnahme, die Video-Kassette der Filmemacherinnen zu beschlagnahmen. Daß Frau Czenki bei dem Polizeieinsatz mit den Armen "gerudert" haben soll, legte der Staatsanwalt in seiner Anklage als Widerstand gegen die Staatsgewalt aus. Gruner+ Jahr verschärfte das Strafverfahren noch durch eine Anzeige gegen Margit Czenki wegen Hausfriedensbruchs.

Das Strafverfahren vor dem Amtsgericht Hamburg nahm anfangs noch einen günstigen Verlauf: Es ging vor allem um die Frage, ob der Polizeieinsatz gegen Margit Czenki nicht einen rechtswidrigen Eingriff in die Pressefreiheit dargestellt hätte. In den letzten Wochen der erstinstanzlichen Verhandlung setzte die Amtsrichtern Lübke-Detring den Akzent dann allerdings überraschenderweise, wahrscheinlich auf Intervention von vorgesetzten Dienststellen, ganz anders: Beweisanträge, die Margit Czenki entlasten sollten, wurden abgeschmettert. Vor allem wurde mit dümmlichen Begründungen ("wir haben keinen Fernseher zur Verfügung") verhindert, daß das Video, das Frau Czenki gedreht hatte, gezeigt werden konnte. Dabei zeigte dieses Videos nicht nur den Verlauf des Go-Ins insgesamt, sondern auch die Festnahme der Angeklagten, die eben durchgängig gedreht und sich keineswegs militant gegen die Festnahme zur Wehr gesetzt hatte, wie die Polizeizeugen behaupteten. Das Video (1) hätte widerlegen können, daß Margit Czenki sich vor Ort

vorwiegend "unterstützender Tätigkeiten" für die BesetzerInnen schuldig gemacht hat. Die Weigerung, das entscheidende Beweismittel überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, und das Abtun von Zeugenaussagen, die ihre Version stützten, als "unglaubwürdig", führte in erster Instanz zu einem Schuldspruch wegen "Hausfriedensbruchs" und "Beihilfe zur Nötigung" (durch Weitergabe von Informationen an Kollegen, die als Flugblattverteilen bewertet wurde). Die Strafe wurde auf 1.600 DM festgesetzt.

Czenkis Anwalt Hagedorn wertete das im Dezember 1992 ergangene Urteil als "Angriff auf die Pressefreiheit" und ging in die Revision vor das Landgericht Hamburg. Der Vorsitzende Richter der Kleinen Strafkammer machte dort schon im Vorfeld deutlich, daß er den Beweisanträgen der Verteidigung, die u.a. erneut die Sichtung des Videos forderten, nicht zu folgen gedächte. Dafür terminierte er das seit fast zwei Jahren laufende Verfahren in die Endphase des Schnitts für einen Spielfilm, den Margit Czenki für das ZDF fertigstellt: Weder eine Intervention der Produktionsleitung, noch die des ZDF oder gar von Frau Czenki selbst konnten Richter Kawalat bewegen, umzuterminieren. Er war auch nicht bereit, auf Frau Czenkis Erscheinen, solange sie schneiden mußte, zu verzichten und sie durch den Anwalt vertreten zu lassen: Er werde, kündigte er an, die Filmemacherin zwangsvorführen zu lassen. Es kam, wie es kommen sollte: Die entnervte Angeklagte zog die Revision, um nicht auch noch die Fertigstellung ihres Films zu gefährden, zähneknirschend zurück, das Amtsgerichtsurteil wurde am 18. Juni 1993 rechtskräftig.

Ein Urteil ganz im Stil der Zeit. Ein Urteil, das für Journalisten, die ihre Kollegen über das Vorgefallene aufklären oder Informationen weitergeben, ohne sich z.B. offen von Aktionen oder Demonstrationen zu distanzieren, ziemlich nachteilige Folgen haben kann: Sie könnten sich der Beihilfe zur Unterstützung einer versuchten Nötigung schuldig machen. Für Margit Czenki, die von der IG Medien zwar Prozeßhilfe zugesprochen, aber de facto noch nicht erhalten hat, bleibt erstmal ein kleiner Schuldenberg: Anwaltskosten und Strafe summieren sich zu über 10.000 DM. Solidarische Berichterstattung kann teuer zu stehen kommen. Spenden sind deswegen dringend erwünscht. Sie gehen an: Margit Czenki, Stichwort: Pressefreiheit, Hamburger Sparkasse BLZ 200 505 50, KtoNr.: 1042/796 597

Jan Schmidt

(1) Ausschnitte des Geschehen zeigt der Film "Auch das kleinste Licht durchbricht die Dunkelheit" des MPZ Hamburg und waren im WDR in der Sendung ZAK zu sehen.

25. Die Politik der Türkei und des Irans gegenüber den Kurden im Irak

Autor: Milena Ergen · Rubrik: Türkei; Iran; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:05

Im folgenden veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung der Autorin ein Kapitel aus dem im Januar erscheinenden Buch "Wie teuer ist die Freiheit?" Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Republik 1991-1993 von Milena Ergen. Neuer ISP-Verlag. Ca. 160 Seiten. Ca. 19,80 DM. ISDN 3-929 008-56-4

Auf einer trilateralen Außenministerkonferenz in Teheran im Mai 1993 einigten sich die drei Nachbarstaaten der kurdischen Region (des Iraks, Anm. ak), Syrien, Iran und Türkei, ausdrücklich darauf, "die territoriale Integrität des Irak nicht anzutasten." Stillschweigender Konsens herrschte darüber, daß alle drei Konferenzteilnehmer sich für das "politische Vakuum" in der unmittelbaren Nachbarschaft verantwortlich fühlten - nicht uneigennützig. Insbesondere sehen hier vor allem Iran und Türkei ein Feld, auf dem sie ihre Konkurrenz um Hegemonie in der Region fortsetzen können.

Während es der Türkei gelungen war, nach der bewaffneten Auseinandersetzung mit der PKK auf verschiedenen Ebenen mehr oder weniger solide Kontakte im kurdischen Teil des Iraks zu etablieren, stand der Iran noch am Anfang eines solchen Versuches.

Indem er sich mehr oder weniger direkt als Vermittler zwischen der PKK und der türkischen Regierung anbot, machte Celal Talabani (Vorsitzender der Patriotischen Union Kurdistans, PUK) im März 1993 den ersten Schritt, seinerseits in die Kurdenpolitik der Türkei einzugreifen.

Arbil/Zaxo/Sale 18.4.1993

Die Betroffenheit unter den Fernsehzuschauern ist einhellig. "Hätte er nicht wenigstens noch ein Jahr aushalten können", stöhnt einer von ihnen. "Gerade jetzt ist das das Schlimmste, was passieren konnte." - Das "Kurdische Volksfernsehen" in der irakisch-kurdischen Hauptstadt Arbil hat in den 20-Uhr-Nachrichten soeben den Tod des türkischen Staatsoberhauptes Turgut Özal verkündet. Viele von denen, die dieses Ereignis heute so bestürzt aufnehmen, hätten vor einigen Jahren noch ganz anders reagiert. Es sind Mitglieder einer kurdischen Delegation aus der Türkei, Vertreter der "Stiftung für Rechte und Freiheiten der Kurden", die ihren Sitz in Istanbul hat. Nicht wenige der Delegationsmitglieder hatten zu Özals Zeit als türkischer Ministerpräsident wegen "Separatismus" im Gefängnis gesessen. Jetzt kommt ihnen der Tod des Staatspräsidenten genauso ungelegen wie ihren Gastgebern, den Mitgliedern des irakisch kurdischen Regionalparlamentes. "Özal war derjenige, der innerhalb der türkischen Eliten entschieden für eine Verhandlungslösung der Kurdenfrage eintrat; gerade jetzt, wo alles noch unsicher ist, wäre er sehr notwendig gewesen", meint der Delegationsleiter der Kurden aus der Türkei.

Schon tagelang hatte in Arbil große Spannung geherrscht. Je näher der 15.4.1993 rückte, der Tag, an dem der vom PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan verkündete einseitige Waffenstillstand zu Ende sein sollte, um so mehr nahmen die Diskussionen über eine eventuelle Verlängerung zu. Der Erleichterung über die Erklärung Öcalans folgt nun erneute Unsicherheit, denn Turgut Özal wurde in Arbil schon immer als der "Motor einer Wende in der Kurdenfrage" gesehen.

Für die kurdische Regionalregierung in Arbil ist die Frage, ob die Auseinandersetzung zwischen türkischer Regierung und PKK auf den Verhandlungsweg gelöst werden kann, fast ebenso wichtig wie für die Kurden in der Türkei. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen PKK und kurdischer Regierung stellen vor allem für die kurdische Bevölkerung der selbstverwalteten Region immer noch ein traumatisches Erlebnis dar. Mit einer Entspannung zwischen PKK und der türkischen Regierung, so hofft man in Arbil, wird auch die Regionalregierung nicht mehr zwischen allen Stühlen sitzen.

Entsprechend euphorisch war der Waffenstillstand in Hewler aufgenommen worden. Um so mehr, weil er gleichzeitig eine Art Bündnis zwischen der PKK und der Patriotischen Union Kurdistans, die über die Hälfte der Sitze im Regionalparlament verfügt, mit sich brachte.

Auch ca. 150 km von Arbil entfernt, direkt an der iranisch/irakischen Grenze, wird von kurdischer Einheit geredet. Der sei man in den letzten Monaten schon ein bedeutendes Stück näher gekommen, meint Osman Öcalan. Der Bruder des PKK-Vorsitzenden ist zur Zeit Verantwortlicher für das PKK-Quartier in Sale, das der PKK nach dem Waffenstillstand mit der kurdischen Regierung im vergangenen Herbst zur Verfügung gestellt worden war. "Wir wollen gute Beziehungen zu den kurdischen Parteien im Irak", erklärt er. Auch in Bezug auf die bevorstehenden Entwicklungen in der Türkei zeigt er sich optimistisch. "Der Verhandlungsvorschlag kam nicht aus einer Position der Schwäche", betont er. "Wir haben genug ausgebildete Kämpfer hier, um morgen zum Großangriff zu blasen. Aber wir wollen die Türkei auf den friedlichen Weg zwingen." In dem weitläufigen Lager befinden sich ca. 2.000 Guerillakämpfer; mit Einheiten, die sich auch während der Periode des Waffenstillstandes in der Türkei aufhalten, besteht Funkkontakt. Über Funk werden Kommandanten dazu aufgefordert, allzu heißblütige Kämpfer im Zaum zu halten.

Szenenwechsel. Wir sind an der türkisch/irakische Grenze, ca. 30 km östlich vom offiziellen Grenzübergang Habur. Hier wird geschossen; den ganzen Tag sind Detonationen von der türkischen Seite der Grenze zu hören. "Schmuggler", haben die türkischen Verantwortlichen dem Alliierten Kommandanten in Zaxo erklärt, als er sich nach dem Grund der Auseinandersetzungen erkundigte. Dieser läßt durchblicken, daß die Antwort für ihn wenig Glaubwürdigkeit besitzt. Im Zentrum der Grenzstadt Zaxo finden seine Zweifel Bestätigung. Einige Familien sind dieser Tage aus der türkischen Grenzregion hierher geflohen, weil ihre Dörfer von türkischen Soldaten angegriffen wurden.

"Die türkischen Militärs sind ungehalten über den Vorschlag zur Waffenruhe", erklärt auch ein irakisch-kurdischer Diplomat, der nicht genannt werden möchte. "Ich glaube, es wird schwer sein, sie zu stoppen. Es sei denn", fährt er fort, "es wird ihnen von irgendeiner einflußreichen Seite nahegelegt, zum Beispiel von den Alliierten hier."

Während in Ankara die Diskussion über eine Antwort auf die neue Situation noch nicht abgeschlossen ist, nehmen die türkischen Beziehungen zu dem irakischen Teil Kurdistans eben dieser Tage Konturen an. In der vergangenen Woche besuchte die erste offizielle türkische Delegation unter Leitung von Tokay Ulucöl aus dem türkischen Außenministerium als Gast der Regionalregierung die kurdische Hauptstadt Arbil. Auf dem Programm stand der Ausbau der internationalen Hilfe, der unter anderem auch den Aufbau eines Stromversorgungs- und eines Telefonnetzes für die selbstverwaltete Region beinhalten soll. Fachleute besuchten Gouverneure und Bürgermeister der großen Städte, um Einzelheiten zu besprechen; über Politik sollte "nur am Rande geredet werden". Diese "offizielle Kontaktaufnahe" mit der Regionalregierung hätte noch vor sechs Monaten mit Sicherheit größere Begeisterung ausgelöst; heute ist der Besuch überschattet von dem Wissen, daß Ankara schon vor über einem Monat seine Vertretung in Bagdad wieder eröffnet hat. "Die Türkei will hier mitmischen und sich unentbehrlich machen", meint ein Parlamentsabgeordneter.

Wie ambivalent das türkische Verhältnis zu der immer noch nicht klar definierten Struktur Irakisch-Kurdistans ist, zeigt die Tatsache, daß genau zum Zeitpunkt des offiziellen Delegationsbesuches der Grenzverkehr wieder einmal von türkischer Seite gedrosselt wird. Nur wenige Laster mit Lebensmittellieferungen kommen noch über den Übergang Habur; sie reichen nicht aus, um die Menschen zu versorgen. Zusätzlich läßt es die Zolleinnahmen der kurdischen Regierung gegen Null sinken.

In Arbil ist es mitunter schwierig, all die verschiedenen Entwicklungen im Auge zu behalten. "Die vergangenen zwei Jahre", versucht ein kurdischer Journalist Bilanz zu ziehen, "ging es vor allem darum, die Situation der Grenzen zu klären. Seit nun feststeht, daß die nicht geändert werden, ist der Weg für Aktivitäten jeglicher Art offen, weil sie den Status quo nicht mehr in Frage stellen. So ist die Verhandlungsinitiative der PKK zu verstehen, aber auch die Tatsache, daß die Türkei hier immer mehr an Einfluß gewinnt."

Im Juni ist der Waffenstillstand zwischen türkischer Regierung und PKK zu Ende. Das Grenzgebiet zur kurdischen Region im Irak ist Schauplatz heftiger Kämpfe, und der Druck des nördlichen Nachbarn wird größer.

Duhok 6.7.1993

500 Dinar sind mehr als ein Lehrer in der kurdisch verwalteten Region im Monat bekommt. Sadiq Amer verdient diesen Betrag in einer Nacht. Das Risiko, das er bei der Ausübung seines Berufes eingeht, ist allerdings auch ungleich größer, und viele kurdischen Lehrer würden wohl trotz der attraktiven Bezahlung nicht

mit ihm tauschen wollen. Sadiq Amer schmuggelt. Für Händler aus der kurdischen Großstadt Duhok bringt er Tee oder Zigaretten über die türkisch/irakische Grenze und übergibt sie dort den türkischen Abnehmern. Mehrere Tausend Dollar wechseln dabei den Besitzer, 20 davon gehen an Sadiq. In der irakisch-kurdischen Grenzstadt Zaxo muß er damit insgesamt 16 Personen ernähren. Das Dorf von Sadiqs Familie, Banke, war Ende der 80er Jahre von der irakischen Regierung zerstört worden. Im Sommer 1991 nach dem Volksaufstand kamen die Bewohner zurück und bauten es wieder auf. Im Oktober 1991 wurde es erneut zerstört, dieses Mal von türkischen Kampfflugzeugen, die auf der Suche nach Stützpunkten der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) irakisches Territorium bombardierten. Nun lebt Sadiq in Zaxo und verdient sich seinen Unterhalt mit den profitablen, aber gefährlichen Nachtwanderungen. Schmuggel ist die Haupteinnahmequelle der Menschen in der Grenzregion; direkt oder indirekt leben wohl 80% der erwerbstätigen Bevölkerung in Zaxo davon.

"Jetzt höre ich auf, noch einmal gehe ich nicht über die Grenze", meint Sadiq nun; was er in Zukunft machen will, weiß er noch nicht. "Seit der Krieg mit der Türkei wieder angefangen hat, ist das Risiko zu groß geworden", sagt er, zieht sein Hemd aus und zeigt seinen zerschundenen Rücken. Zusammen mit seinen Kollegen Cihangir und Idris war Sadiq vor einigen Tagen von türkischen Soldaten auf deren Seite der Grenze festgenommen worden: "Sie haben uns den Weg abgeschnitten, da haben wir uns sofort ergeben", erzählt Sadiq. "Wir haben unsere Waffen und unsere Tee, den wir auf den Rücken hatten, abgegeben und unsere irakischen Ausweise gezeigt. Dann wurden wir auf die Wache gebracht. Wir haben dort durch einen Dolmetscher erklärt, daß wir Schmuggler sind und nichts weiter. Sie sagten, sie wüßten, daß wir von der PKK sind, und würden uns erschießen, wenn wir nicht die Wahrheit sagen." Sadiqs Kollegen Cihangir und Idris wurde erschossen, Sadiq konnte nach Folterungen, deren Spuren heute noch zu sehen sind, fliehen.

Das war nicht der erste Zwischenfall an der Grenze. Anfang Juni zeigte das türkische Fernsehen die Bilder von sechs "Terroristen", die von Soldaten in unmittelbarer Nähe der Grenze "zur Strecke gebracht" worden waren. In Zaxo, wo das kurdische Fernsehen auch empfangen werden kann, wurden diese von ihren Angehörigen identifiziert: Alle sechs waren irakische Kurden, vier davon aus Zaxo, zwei aus dem Süden der kurdischen Region, die nach Angaben ihrer Angehörigen alle wie Sadiq als Schmuggler gearbeitet hatten. Sieben Schmuggler wurden in der vergangenen Woche erschossen; auch sie hatten sich, nach Augenzeugenberichten, den türkischen Sicherheitskräften ergeben.

Nerwa, Rekan und Baweri, drei Regionen direkt an der Grenzlinie, seien in naher Zukunft besser zu meiden, teilte auch das Military Coordination Center (MCC), das Verbindungsbüro der alliierten Truppe für den Nordirak, ausländischen Hilfsorganisationen mit. In allen drei Regionen gibt es breite Pässe, in denen die Grenze, die sonst in ziemlich unzugänglichem Bergland verläuft, leicht zu überschreiten ist. "Es kann sein, daß PKK-Mitglieder sich über die Grenze zurückziehen und das Militär hinterherkommt", wird die Warnung begründet. Konkrete Anhaltspunkte gebe es keine, hieß es dann auf Nachfrage. In den grenznahen Dörfern der Region Baweri bauen Rückkehrer ihre Dörfer wieder auf. Viele waren zuvor mehrere Jahre in türkischen Flüchtlingslagern, einige haben türkische Ausweise. "Hier gibt es keine PKK", berichten sie. "In unserer Region nicht."

In Shirwan Mazin, direkt am Länderdreieck Iran/Irak/Türkei, beschießt türkische Artillerie irakisches Territorium. "Das erste Mal seit dem Krieg zwischen kurdischer Regierung und PKK im letzten Jahr", erklären die Bauern. In den irakisch-kurdischen Städten der Grenzregion warnen vor allem Intellektuelle vor einer Neuauflage des Krieges Kurden gegen Kurden vom vergangenen Jahr. "Die Türkei hat hier viel Kontakte aufgebaut, vielleicht kommt es zu Provokationen", sagt ein kurdischer Schriftsteller, der seinen Namen nicht nennen will. "Wer schützt mich dann vor denen?"

"Wir werden uns mit den Türken über die Kurdenfrage in der Türkei nicht einig. Unserer Meinung nach läßt sie sich nur politisch lösen, den Kurden müssen ihre Rechte gegeben werden", meint Kurdenführer Massoud Barzani, der auf der Rückreise seiner Auslandstour Ankara und Istanbul besucht hatte. Im türkischen Fernsehen hatte Oppositionsführer Mesut Yilmaz von der Mutterlandspartei erklärt, man erwarte von den Kurden im Irak "Unterstützung bei der Bekämpfung des Terrorismus." Barzani seinerseits verweist auf das Abkommen mit der PKK vom vergangenen Winter: "Solange sich die PKK daran hält, wird es auf keinen Fall eine Auseinandersetzung geben." Auch Celal Talabani erklärt entschieden, es werde "keine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der PKK und der kurdischen Regionalregierung mehr geben". "Wir haben viel für die Türkei getan", sagt Talabani. "Aber sie sind nicht zufriedenzustellen. Wir wollen eine gute Nachbarschaft mit ihnen, aber wir werden nicht gegen die PKK kämpfen."

Dieser Tage kam es auch im PKK-Lager Sale zu Artilleriebeschuß - von iranischer Seite. "Pünktlich nach der trilateralen `Konferenz der Nachbarländer` Syrien, Iran und Türkei in Teheran", sagen Repräsentanten der PKK, der iranischen Kurden und der kurdischen Regionalregierung im Irak übereinstimmend. Von PKK-Vertretern in der kurdisch verwalteten Region ist zu hören, daß sie sich strikt an das Abkommen mit der Regionalregierung halten und alles versuchen, um Auseinandersetzungen zu vermeiden. "Die Grenzregion ist nicht mehr so wichtig", sagt ein Vertreter aus dem Büro in Arbil. "Die Auseinandersetzungen finden innerhalb des Landes statt."

Trotz klarer Aussagen aus Arbil nimmt die Spannung weiter im Norden, in der türkisch irakischen Grenzregion, nicht ab. In der Bevölkerung von Duhok und Zaxo herrscht die Meinung vor, daß türkische Soldaten die Grenze überschreiten können, sobald sich ihnen eine günstige Gelegenheit bietet. Unter Politikern und Intellektuellen sind die Meinungen etwas differenzierter. Hier wird vor allem auf den Regierungswechsel in Aserbaidschan hingewiesen. "Elcibey war der Mann der Türkei", meint ein kurdischer Autor. "Seit er weg ist und nicht klar ist, wie eng die Türkei an Aserbaidschan angebunden bleiben wird, wächst wieder das Interesse an irakischem Öl und der Ölpipeline, die hier an Zaxo vorbeiführt."

Von ihren Balkon und Dächern sehen die Menschen in Zaxo so gut wie jeden Abend Leuchtraketen auf der anderen Seite der Grenze. Die Detonationen "der Türken" gehören mittlerweile zum Tagesablauf, wie das Rufen der Muezzine von den Moscheen. Die Dimensionen des Krieges auf der anderen Seite der Grenze sind den Menschen bewußt. Die Angst davor, in diesem Krieg in eine Rolle gedrängt zu werden, läßt sich nie ganz beiseite schieben.

Auch der Iran will seinen Teil

Was der Türkei recht ist, sollte dem Iran nur billig sein. So mindestens lauteten die Antworten iranischer Geheimdienstbeamter, die die kurdische Region offiziell und inoffiziell immer wieder besuchten und Freizügigkeit für ihren Geheimdienst in Kurdistan forderten. Ausweisung der iranischen Oppositionellen aus der kurdischen Region lautete die zweite Forderung. Die kurdische Regierung leistete den iranischen Forderungen gegenüber mehr Widerstand als gegen die Türkei, was die Grenzregion dann in ein Kriegsgebiet verwandelte.

Bole/Penjwin 1.5.1993

"Die USA wollen von eurer Region aus unser Land angreifen; was wir hier machen, ist reine Selbstverteidigung."

Diese Begründung erscheint Xalit jedoch nicht sehr einleuchtend. Er ist einer der Händler, die am 25. April den ersten größeren iranischen Vorstoß auf kurdisch/irakisches Territorium miterlebten. Schauplatz der Aktion des iranischen Heeres und der Revolutionswächter "Pasdaran" war Baschmach, einer der größten Marktflecken des Bezirk Penjwin im Süden der selbstverwalteten kurdischen Region. Baschmach liegt direkt auf der Grenzlinie, erstreckt sich sowohl über iranisches als auch irakisches Territorium und ist mit der Kreisstadt Merivan im Iran sowie mit Penjwin durch eine befahrbare Straße verbunden. Es ist einer der wichtigsten Umschlagplätze für Zucker, Tee, Mehl und andere lebenswichtige Produkte, die aus dem Iran in die selbstverwaltete Region kommen. Zumindest die Versorgung des südlichen Teils der kurdischen Region hing weitgehend von dem zwar nicht offiziellen, aber geduldeten Warenverkehr in Baschmach ab.

"Seit dem 25. April ist der Markt geschlossen, und wir wissen nicht, ob und wann er überhaupt wieder aufgemacht wird", erzählt Xalit. "Die Iraner kamen morgens um 9 Uhr und haben den Markt umzingelt. Sie kamen bis auf 10 m an uns heran und hatten ihre Maschinengewehre und schwere Waffen auf uns gerichtet. Die Pasdaran hatten grüne Stirnbänder um, auf denen ‚Kerbela` (1) geschrieben stand. Viele von uns haben alles stehen und liegen gelassen und sind weggelaufen. Ich bin bei meinem Laden geblieben. Sie haben uns aufgefordert, unsere Waffen abzugeben, denn sie würden jetzt die Region kontrollieren. Dann haben sie gesagt, daß sie alle Ausländer aus Kurdistan jagen würden und daß die Amerikaner sie angreifen wollten. Sie sind den ganzen Tag dort geblieben und haben den Bazar geschlossen. Bis heute können wir dort nicht wieder hingehen."

Zeitgleich mit dem Überfall auf den Bazar wurden die nahegelegenen irakisch-kurdischen Dörfer Tutman und Aschxan ebenfalls von iranischem Militär umstellt. An verschiedenen Stellen eines Grenzstreifens von

insgesamt 50 km Länge nördlich von Penjwin wurden Dörfer - die im Rahmen des UNHCR-Winterhilfsprogramms von 1991 wiederaufgebaut worden waren - mit schwerer Artillerie beschossen. In Kanicxana, einem der nördlichen Dörfer dieses Streifens, lassen sich mit dem Fernrohr Zelte und Unterstände auf irakischen Territorium erkennen. "Die Iraner bauen dort Unterstände", erklärt der Arzt Ali Muhamed, der in der Krankenstation von Kanixana arbeitet. "Tagsüber halten sie sich in den Bergen auf, nachts kommen sie bis ans Dorf. Oft sind es bis zu 400 Soldaten; es sind normale Heeressoldaten, aber wir können beobachten, wie der iranische Geheimdienst in die Zelte kommt. Die Leute haben hier große Angst. Als die Iraner das erste Mal kamen, sind alle hier weggegangen nach Penjwin, aber der Landrat hat sie davon überzeugt, zurückzugehen. Wohin sollen wir denn auch fliehen? Doch die Bündel sind gepackt; wenn der erste Pasdaran den Fuß ins Dorf setzt, sind wir weg."

Dort, wo der Bazar von Baschmach war, haben Planierraupen ihre Arbeit begonnen. Dort soll direkt auf der Grenze ein Militärstützpunkt der Iraner entstehen.

Etwas über 100 km weiter nördlich stehen zwar keine iranischen Soldaten auf irakischen Territorium, dafür ist die Erde mit Überresten iranischer Splitterbomben übersät. Am 29. und 30. April griff das iranische Militär zum bisher dritten Mal das Hauptquartier der im Iran operierenden "Demokratischen Partei Kurdistan Iran" (DPK-I) an. Schon seit vielen Jahre befindet sich das Politbüro der DPK-I in Bole im Qandil Massiv, ebenfalls auf irakischen Territorium, ungefähr 30 km Luftlinie von der Grenze entfernt. Nach Bombardements im März und Anfang April wurde das Quartier, in dem sich auch ein großes Krankenhaus befindet, mit schwerer Artillerie beschossen. "Die Bombardements sind nicht sehr gezielt", sagt Abdullah Hasanzade, Politbüromitglied der PDK-I. "Wir nehmen an, daß ihr Ziel ist, die Bevölkerung hier abzuschrecken. Neben unserem Quartier sind Dörfer beschossen worden, in denen irakische Kurden leben. Wir haben gute Kontakte mit ihnen und versorgen sie in unserem Krankenhaus. Diese Kontakte sollen von iranischer Seite kaputtgemacht werden, indem sie uns als die Verantwortlichen für die Angriffe darstellen. Das soll dann die Grundlage dafür schaffen, Leute aus der Bevölkerung hier anzuwerben, Terroranschläge gegen uns durchzuführen." In der Tat hat es allein in den vergangenen zwei Monaten über 20 Autobomben an den Fahrzeugen iranischer Kurden in der selbstverwalteten irakisch-kurdischen Region gegeben. Manche wurden rechtzeitig entdeckt, andere explodierten.

Aus einem offiziellen Papier des iranischen Verteidigungsministeriums, das die PDK-I erbeuten konnte, geht hervor, daß im Rahmen eines Zwei-Stufen-Planes zuerst das PDK-I Politbüro zerstört werden soll, dann an der südlichsten Ecke der selbstverwalteten Region, wo Iran, Kurdistan und Irak aufeinanderstoßen, ein Brückenkopf auf irakischem Territorium geschaffen werden soll. Endziel, so ist aus den Aufzeichnungen zu ersehen, wäre eine 20 km breite Pufferzone entlang der iranisch/irakischen Grenze.

Die irakische Regierung in Bagdad zeigt sich bisher von den Aktivitäten des ehemaligen Kriegsgegners trotz Kerbela-Fahnen wenig beunruhigt. Im Gegenteil. Schon die ersten Angriffe auf Bole wurden in der in Bagdad erscheinenden Zeitung "Al Thaura" vom 24.3.1993 ausdrücklich gebilligt. Die irakischen Minister für Gesundheits- und Religionswesen, die sich zu dieser Zeit in Teheran aufhielten, verhandelten neben der Rückgabe der irakischen Flugzeuge und Wirtschaftskontakten auch über gemeinsames Vorgehen in Irakisch-Kurdistan.

Auf eine Protestnote der kurdischen Regionalregierung, die zur gleichen Zeit, also noch vor den Grenzüberschreitungen des iranischen Heeres, in Teheran einging, antwortete der Iran, Quellen aus Arbil zufolge, "er werde angreifen, wo und wie es ihm paßt."

"Unglücklich über die Vorfälle" zeigt sich das alliierte Koordinationsbüro der Schutztruppe für den Nordirak in Zaxo. Obgleich sich die Angriffe auf Bole nördlich des 36. Breitengrades abgespielt haben, sei die Truppe nicht zuständig, heißt es in Zaxo. Der kurdische "Minister für Peschmerge-Angelegenheiten", der höchste militärische Verantwortliche der selbstverwalteten Region, erklärte weiterhin, auch er sei von den Alliierten angehalten worden, vorerst nicht militärisch zu reagieren. So ist es nur zu verständlich, daß sich in der Bevölkerung die Befürchtung breitmacht, ähnliche Angriffe wie im Herbst von türkischer Seite nun vom östlichen Nachbarn zu erleben. "Was der Türkei recht war, erscheint dem Iran nur billig", heißt es in Diskussionen in der Hauptstadt. "Ein wichtiger Unterschied ist unsere Position in Kurdistan", meint Abdullah Hasanzade. "Die PDK-I führt von hier aus keine Angriffe auf iranischem Territorium durch, und unsere

Beziehungen zur Regionalregierung hier sind nicht gespannt." - Möglich ist allerdings, räumt er ein, daß die iranische Regierung ihrerseits versuche, einen Keil in diese Beziehungen zu treiben.

"Die iranische Opposition und ausländische Hilfsorganisationen sind die Hauptzielgruppen der iranischen Aggression", erklärt auch Landrat Mustafa. Er hatte wenige Tage nach dem iranischen Eindringen in Baschmach und dem Artilleriebeschuß in Bole offiziellen Besuch erhalten: "Zwei Männer kamen zu mir und zeigten Ausweise des Karagah Ramazan (2) vor. Sie waren offiziell beauftragt, mit mir zu reden. Obwohl die Iraner in unser Territorium eingedrungen waren, stellten sie uns zur Rede. Warum wir die iranische Opposition unterstützen und die Ausländer hier schalten und walten lassen würden. Wenn wir alle ausländischen Hilfsorganisationen des Landes verweisen und die iranischen Oppositionsgruppen hier rausschmeißen würden, dann würden sie sich zurückziehen. Falls wir das nicht selber tun würden, wollten sie uneingeschränkte Bewegungsfreiheit in unserer Region. Ich habe ihre Forderungen zurückgewiesen, aber nach zwei Tagen sind sie noch einmal gekommen. Jetzt habe ich von der Regionalregierung kurdisches Militär für unsere Region angefordert."

Sülaymania 17.8.1993

Auf den Straßen der Stadt ist in der flimmernden Mittagshitze kein Mensch zu sehen, doch die krächzende Stimme aus den Lautsprecher dringt auch durch verschlossene Türen. Es ist Freitags zwei Uhr und die Stimme kommt aus einer der vielen Moscheen. Sie erzählt von der Größe Allahs und verheißt den Gläubigen ewige Seligkeit und, was viel interessanter ist, Reis, Zucker und Mehl - aber nur dann, wenn sie zum Freitagsgebet erscheinen.

Auch in dem Freitagsunterricht scheint der Grundsatz, vom gesunden Geist im gesunden Körper zu gelten; neben Koransuren werden den Schülern Milch und Kekse serviert. Auf dem Markt kostet ein Sack Reis mittlerweile 100% mehr als vor drei Wochen, das Vierfache eines Lehrergehaltes. Kein Wunder, daß sich da immer mehr Menschen über die Allmächtigkeit Allahs Gedanken machen.

In Rania, einer Kleinstadt in der kurdisch verwalteten Region im Nordirak, knapp 30 km von der iranischen Grenze entfernt, liegt die große Moschee an der Hauptstraße, die Mehl- und Reissäcke, die sich im Vorhof stapeln, sind von der Straße aus zu sehen. Da ist es nicht verwunderlich, daß viele der Einwohner in den vergangenen Wochen "erleuchtet" wurden.

Rania ist eine der Hochburgen der "Islamischen Liga Kurdistans" (ILK), eine andere ist Halabja, ebenfalls direkt an der iranischen Grenze gelegen. Ungefähr 60 Moscheen gibt es mittlerweile in der Stadt mit 45.000 Einwohnern und ihrer unmittelbaren Umgebung. Ein großer Teil der Menschen, die heute in Halabja leben, waren 1988 nach den Giftgasangriffen auf die Stadt in den Iran geflohen. In den unterversorgten Flüchtlingslagern dort hatte die ILK das gleiche zu bieten, wie heute in der kurdisch verwalteten Region: enorme finanzielle Möglichkeiten, mit denen sie Versorgungslücken schließen konnte. So konnte sie sich einen Teil ihrer Anhängerschaft schon in das wieder zu besiedelnde Halabja mitbringen.

Wo all der Reichtum der ILK herkommt, darüber schweigen sich deren Mitglieder aus. Im Gegenteil, in Gesprächen beschweren sie sich über "mangelnde Unterstützung aus der islamischen Welt." Bauern an der iranischen Grenze wissen aber zu berichten, daß ein großer Teil des Schmuggels zwischen Iran und der kurdischen Region von ihnen kontrolliert wird. "Sie kommen immer über die Grenze, auch wenn sie für uns zu ist", meint einer der "normalen" Schmuggler aus Halabja.

Ende August erhielten kurdische Autoritäten dann einen handfesteren Beweis organisatorischer Verbindungen der ILK mit dem Iran: Nach schweren iranischen Bombardierungen auf die Überlandstrasse von Darbenikhan nach Sülaymania, eine der wichtigsten Straßenverbindungen der kurdisch verwalteten Region, konnten die lokalen Polizeikräfte vier Personen festnehmen. Zwei von ihnen waren iranische Staatsbürger; sie gestanden, vom iranischen Geheimdienst angeheuert worden zu sein, um "das Gelände auszukundschaften". Die anderen beiden gestanden, dabei behilflich gewesen zu sein; sie waren nachweislich Mitglieder der ILK.

"Insgesamt scheint es aber eher eine Arbeitsteilung zu geben", meint ein Mitglied des kurdischen Regionalparlamentes. "Die IKL sorgt für ökonomische Destabilisierung, der Iran führt die militärischen Angriffe durch." In der Tat war in den letzten vier Monaten eine erhebliche Eskalation iranischer Übergriffe in der

Grenzregion zu beobachten gewesen. Den Überfall auf die Schule des kurdischen Dorfes Karnawe Ende Juli bezeichnet der Polizeichef von Sülaymania als "neuen Abschnitt in dieser Eskalation".

Die Schule von Karnawe war im vergangenen Jahr gebaut worden; eine Hilfsorganisation der dänischen Kirche hatte kurdischen Rückkehrern dabei geholfen. Heute liegt sie wieder in Trümmern: zwölf Männer, wie kurdische Partisanen gekleidet, waren gekommen und hatten das Gebäude mit TNT in die Luft gejagt. Diese zwölf Männer waren Pasdaran, iranische Revolutionswächter, die sich zum ersten Mal mehr als 10 km in irakisch-kurdisches Territorium gewagt hatten und dort effektiven Schaden anrichteten. Dorfbewohner und Soldaten des kurdischen Heeres schnitten ihnen den Rückzug ab und nahmen vier von ihnen gefangen. Ebenfalls zum ersten Mal hatten damals kurdische Kräfte einen Angriff der Iraner offensiv beantwortet.

Artilleriebeschuß hatte schon vorher an fast allen Abschnitten der fast 300 km langen Grenze zum Alltag gehört. Angriffe des Iran hatten sich in einer ersten Phase hauptsächlich auf Stellungen und Dörfer iranischer Kurden konzentriert, die sich schon vor dem Volksaufstand auf der irakischen Seite der Grenze angesiedelt haben. Das Politbüro der "Demokratischen Partei Kurdistan-Iran" (KDP-I) befand sich im Distrikt Rania ca. 30 km von der Grenze entfernt. Viele Familien iranisch-kurdischer Partisanen, die vor der politischen Repression im Iran geflohen waren, hatten in der Region ebenso wie die irakisch-kurdischen Rückkehrer Dörfer gebaut. Unausgesprochen beriefen sich die Iraner in bilateralen Verhandlungen auf die Erfahrung vom Vorjahr: "Die Iraner haben uns immer wieder zu verstehen gegeben, daß ihnen nur recht sein muß, was der Türkei im letzten Jahr billig war", erklärt ein Mitglied des kurdischen Kabinetts, der mehrmals bei solchen Gesprächen anwesend war.

Die "Demokratische Partei Kurdistan-Iran" (KDP-I) ließ es ihrerseits zu keiner Eskalation kommen; im August verließ sie ihre Stellungen auf der irakisch-kurdischen Seite der Grenze: mehrere Dörfer, die Strukturen des Politbüro mit Radiosender und ein gut eingerichtetes, funktionierendes Krankenhaus. Heute ist das Politbüro in einer alten, halb verfallenen Kaserne im Inneren der kurdisch verwalteten Region untergebracht. In mehreren Treffen haben sich die kurdische Regionalregierung, der UNHCR und Vertreter der iranischen Kurden auf mehrere Gebiete geeinigt, in denen die Familien aus der Grenzregion untergebracht werden können. Zufrieden ist Mustafa Hicri, Vorsitzender der KDP-I, nicht mit seiner heutigen Situation, aber er bringt seinen Willen, die Situation nicht eskalieren zu lassen, deutlich zum Ausdruck: "Unsere Familien haben zwar hier im Landesinneren Wohnraum bekommen, aber wir haben keine Existenzgrundlage. Unsere Dörfer und die Felder haben wir verloren. Aber wir sind Gäste hier in der Region und wir werden dem Iran, der nicht nur uns, sondern die kurdische Selbstverwaltung hier angreift, keinerlei Anlaß geben, seine aggressive Politik fortzusetzen."

Ungeachtet dessen eskaliert die Situation an der Grenze weiter. Der Artilleriebeschuß hat schon lange nicht mehr nur die Wohnorte der iranischen Kurden zum Ziel; in Darbendikhan im südlichen Teil der Grenze beschossen iranische Kanonen Weizenfelder irakischer Kurden;, die gesamte Ernte von zehn kurdischen Dörfern wurde dadurch vernichtet. In der Pishder Region um die Kreisstadt Rania sind mittlerweile mehr als 20 Dörfer teilweise zerstört. Die meisten davon waren 1991 von irakisch-kurdischen Rückkehrern und der Frankfurter Hilfsorganisation "medico international" wieder aufgebaut worden. Schulen und andere öffentliche Gebäude in der Region sind vollgestopft mit Flüchtlingen, viele zelten einfach in den Bergen: "Gerade ein Jahr hatten wir Ruhe", meint ein Bauer. "Wir haben angefangen, wieder Weizen und Gemüse anzubauen, jetzt sind alle Obstbäume bei dem Beschuß kaputtgegangen, meine Felder sind abgebrannt. Sollen wir diesen Winter wieder die Organisationen um Hilfe anbetteln? Wie soll das weitergehen?"

Auf diese letzte Frage hatten die iranischen Delegationen, die in diesem Sommer zum ersten Mal mehr oder weniger offiziell die kurdisch verwaltete Region besuchten, eine sehr einfache Antwort. "Lückenlose Kontrolle, Entwaffnung und nach Bedarf Ausweisung aller iranischen Oppositionellen", verlangten sie von ihren Gastgebern. Die Treffen fanden allerdings mit Vertretern der beiden großen kurdischen Parteien, nicht mit der Regionalregierung statt, die vom Iran nicht anerkannt wird. "Nach dieser Forderung war für uns die Türe zu", berichtet ein Teilnehmer der kurdischen Seite. "Die Delegation ist abgereist, ohne daß auch in anderen Fragen, wie z.B. Handel, eine Einigung erreicht werden konnte. Das, was die gefordert haben, ist für uns in keiner Weise akzeptabel."

Gleichzeitig mit den "Verhandlungen" wurde das Politbüro der marxistischen iranisch-kurdischen Organisation Komala mit Raketen beschossen. Auch dies stellt offensichtlich eine Eskalation dar, denn das Quartier befindet sich über 70 km von der iranischen Grenze entfernt - keine 15 km von der kurdischen Großstadt Sülaymania.

"Damit sollte gezeigt werden, daß der Iran in der Lage ist, Sulaymania anzugreifen", meint einer der kurdischen Minister.

Während immer wieder Gespräche zwischen kurdischen und irakischen Politikern stattfinden, wird es in den Bergen der Pishder Region und um Penjwin, zwei der am meisten betroffenen Regionen, nachts schon empfindlich kalt. Die Bauern, die in den Bergen zelten, um dort ein Ende der Angriffe abzuwarten, werden sich bald nach einer neuen Unterkunft umsehen müssen. Der UNHCR erklärt, daß er für die irakische Bevölkerung nicht zuständig ist.

In Zaxo an der türkischen Grenze erklärt derweil das militärische Koordinationsbüro der Alliierten (MCC), die Flugverbotszone gelte nur für irakische Flugzeuge; deshalb sei ihr Büro auch von der Bombardierung der Dörfer nördlich des 36. Breitengrades nicht betroffen. Mehrmals hatten hier Delegationen der Regionalregierung vorgesprochen, um, so war von Diplomaten aus Arbil zu hören, Rückendeckung für eine eventuelle weitere Eskalation zugesichert zu bekommen. Doch eine solche Zusage liege, so Sprecher des MCC ", nicht in ihrer Zuständigkeit."

Anmerkungen:

1) Kerbela: Stadt im Irak, die ein Wallfahrtsort der Schiiten ist.

2) Das Karagah Ramazan ist eine Abteilung innerhalb des iranischen Geheimdienst, die ausschließlich für die selbstverwaltete kurdische Region im Irak zuständig ist. Daß sie über mehrere Büros in der Region verfügt, ist zwar nicht offiziell, aber allgemein bekannt.

26. Die schwarzen Tage von Anfal. Neues Material belegt den irakischen Völkemord an den Kurden

Neues Material belegt den irakischen Völkermord an den Kurden

Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:24

Der 3. Mai 1988 war ein schöner Frühlingstag. Die Frauen des Dorfes Goktapa im Herzen Irakisch-Kurdistans buken gegen Abend Brot für das Ramadan-Festessen nach Sonnenuntergang. Die Männer kehrten von den Feldern zurück. Als sich Flugzeuge der irakischen Luftwaffe zeigten, waren die BewohnerInnen Goktapas nicht besonders beunruhigt, Artilleriefeuer und Bombardements waren sie seit Jahren gewöhnt und hatten gelernt sich einigermaßen davor zu schützen.

Doch diesmal war alles anders: Die Bomben explodierten mit einem dumpfen Laut, weißer Rauch stieg von ihnen auf, der sich gelb und grau verfärbte. Es roch nach abgebrannten Streichhölzern oder nach Minze. Die Menschen bekamen Atembeschwerden, erbrachen, wurden bewußtlos und erblindeten.

Eine Liste nennt die Namen von 154 Menschen, die bei dem Angriff auf Goktapa starben, Überlebende erzählten, sie hätten 300 Leichen begraben. Goktapa ist einer von mindestens 40 Orten in Irakisch-Kurdistan, die von der eigenen Armee mit Giftgas angegriffen wurden. In das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gelangte davon fast nur der größte, der Angriff auf Halabja am 16. März 1988, bei dem zwischen 3.200 und 5.000 Menschen starben. Während aber zumindest der Einsatz von Giftgas bei Halabja seit dem (zweiten) Golfkrieg allgemein bekannt und nicht mehr umstritten ist (1), ist das Ausmaß, von dem diese Angriffe nur ein Teil waren - die Operation, der das irakische Regime nach einer Koransure, den Namen "Anfal" ("Beute") gab - noch immer weitgehend unbekannt.

Mit dem Buch "Genocide in Iraq, The Anfal Campaigne Against the Kurds" legt nun Middle East Watch (MEW), eine Abteilung der internationalen Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch", die bisher umfangreichste und am besten fundierte Beschreibung der Anfal-Operation vor. 350 Interviews mit Überlebenden haben Mitarbeiter von MEW geführt. Durch intensive Suche im befreiten Teil Irakisch-Kurdistans gelang es ihnen - außer dem einen bisher bekannten Fall eines Überlebenden irakischer Massenerschießungen von Zehntausenden von Kurden - noch fünf weitere Zeugen ausfindig zu machen. Während die Gräber, denen diese Zeugen entkamen, tiefer im irakischen Gebiet liegen und daher unzugänglich sind, untersuchte MEW zusammen mit "Physicians for Human Rights" einige kleinere Massengräber auf befreitem Gelände, mit archäologischen und anthropologischen Methoden.

Die dritte Quelle besteht aus irakischen Geheimunterlagen, die aufständische Kurden im März 1991 erbeuteten und die die Patriotische Union Kurdistans (PUK), trotz des allgemeinen Chaos beim Wiederanrücken der Saddam-Armee, mit in die Berge nahm. Diese insgesamt über 14 Tonnen wiegenden Unterlagen wurden später in die USA gebracht. Das erbeutete Material konnte zwar bisher nicht vollständig ausgewertet werden, einzelne Dokumente gewähren aber bereits tiefe Einblicke in den Ablauf der Anfal-Operation aus der Sicht der Ausführenden. Das Material deckt den ganzen Bereich der schriftlichen Unterlagen von Militär, Geheimdienst und ähnlichen Organisationen ab. Es besteht aus einzelne Informationen, Berichten, Befehlen und Analysen. Das schriftliche Material wird ergänzt durch Tonaufzeichnungen wichtiger Besprechungen und sogar durch Videoaufnahmen vom Einsatz chemischer Waffen und einer Erschießung dreier Kurden vor einem applaudierenden Publikum aus Parteifunktionären.

Als militärische und geheimdienstliche Aktion begann Anfal am 23. Februar 1988 und endete ein halbes Jahr später am 6. September. Anfal voran ging eine lange Reihe von Verbrechen des irakischen Regimes, von denen nur die Verschleppung und Ermordung von 8.000 männlichen Mitgliedern des Barzani-Clans 1983 und die ersten Einsätze von Chemiewaffen gegen die kurdische Bevölkerung und Zerstörung von mehr als 700 Dörfern im Frühjahr 1987 genannt seien. Mit Anfal haben diese Verbrechen auch nicht aufgehört. Z.B. wurden kurz nachdem Anfal mit einer Amnestie endete mehrere hundert Angehörige der assyrischen, jezidischen und turkmenischen Minderheit liquidiert. Solche Verbrechen, wie der erst vor kurzem auch von unabhängigen Beobachtern gemeldete Einsatz chemischer Waffen in den Sümpfen des Südirak, gehen auch heute noch weiter. (2)

Anfal übertraf alles, was davor war, nicht nur durch das Ausmaß der Operation, sondern auch durch ihren systematischen Charakter und den Entschluß, das Kurdenproblem durch die Ermordung eines vorher festgelegten Teiles der Bevölkerung und die Vernichtung fast der gesamten kurdischen Landwirtschaft endgültig zu lösen.

Als Vorbereitung diente eine Volkszählung im Herbst 1987, die auch die Frage nach der Zugehörigkeit zur arabischen oder zur kurdischen Volksgruppe einschloß. Indirekt war dies auch die Entscheidungsfrage für die kleineren Minderheiten. Danach wurde die gesamte Fläche Irakisch-Kurdistans, mit Ausnahme einiger Städte, arabisierter Teile und eines kleinen Gebietes, das von besonders loyalen Stämmen bewohnt war, in Zonen aufgeteilt. Die militärische Besetzung dieser Zonen erfolgte in acht Anfal-Offensiven, von der Schneeschmelze bis Ende August 1988.

Eine Zone nach der anderen wurde zunächst von möglichst allen Seiten von Armeeverbänden und kurdischen Hilfstruppen umstellt. Dem Eindringen der Bodentruppen gingen meist Angriffe mit chemischen Waffen voran. Senf- oder Nervengas wurde auch manchmal während der Operation gegen besonders zähen lokalen Widerstand eingesetzt. Die gesamte Bevölkerung wurde festgenommen. Flüchtlinge, die sich in den Bergen versteckt hielten, wurden mit falschen Amnestieversprechen hervorgelockt. Aus manchen Regionen gelang jedoch einer großen Zahl von Menschen die Flucht in den Iran oder die Türkei. In den besetzten Gebieten wurden alle Gebäude und Versorgungseinrichtungen vollständig zerstört. Selbst die systematische Zerstörung eines Friedhofes ist belegt.

Von der gefangenen Bevölkerung wurden alle Männer zwischen 14 und 50 Jahren abgetrennt. Die Männer wurden dann mit verbundenen Augen zu einigen Stellen gefahren, wo Bulldozer lange Gräben ausgehoben hatten und bei Nacht Zehntausende erschossen wurden. Aus einigen Gebieten wurden auch die Frauen und Kinder in gleicher Weise ermordet.

Alte, Frauen und Kinder wurden monatelang in großen Gefängnissen zusammengepfercht. Viele starben an Hunger, an Krankheiten, durch die Behandlung der Wachen und manche Kinder auch einfach vor Schreck. MEW kommt durch den Vergleich verschiedener Aussagen für das Wüstengefängnis Nugra Salman, indem sich rund 7.000 Gefangene befanden, zu der Aussage, daß dort mehr als 560 Gefangene starben.

Bislang kann die Zahl aller Todesopfer der Anfal-Operation nur geschätzt werden. MEW meint, es müßten mindestens 50.000 sein, die doppelte Zahl sei aber auch möglich und begründet dies mit einem Gespräch, das kurdische Unterhändler nach dem gescheiterten März-Aufstand gezwungen waren mit Ali Hassan Al-Majid, dem Leiter der Anfal-Operation und jetzigen Verteidigungsminister des Irak, zu führen. Die Kurden fragten Al-Majid, der in Kurdistan auch Ali-Chemical genannt wird, anhand einer Schätzung von 182.000 Vermißten, wieviele Menschen in irakischem Gewahrsam ermordet wurden. Al-Majid sprang wütend auf und sagte, es könnten nicht mehr als 100.000 gewesen sein.

Eine Amnestie am 6. September 1988 leerte die Gefängnisse und ermöglichte vielen über die Grenze geflohenen Kurden die Rückkehr. Die Überlebenden wurden zwangsweise in Sammelstädte entlang der großen Straßen eingewiesen. Solche Siedlungen gab es schon seit einigen Jahren, diesmal handelte es sich aber nur um Flecken offenen Landes mit Dornengestrüpp, umgeben von Wachttürmen und Stacheldraht. Ein erneutes Massensterben wurde nur durch die mit eigenem Risiko verbundene Hilfsbereitschaft der Bevölkerung naher Städte verhindert.

Bis auf ein paar Städte war das ganze Land zerstört und an manchen Orten ging die Zerstörung sogar noch weiter. Insgesamt wurden zwischen 1975 und 1989 rund 4.100 Ortschaften, vom kleinsten Weiler bis zur 70.000 Einwohner zählenden Stadt Qala Dize, zerstört. Das Betreten ganzer Landstriche war bei Todesstrafe verboten und viele Millionen Minen wurden im Boden Kurdistans vergraben.

Ein Kurde aus Sülaimania, einer Stadt die von der Anfal-Operation verschont blieb, beschrieb die Gefühle der Kurden nach Anfal so: "Nach der Anfal-Operation dachte jeder, er wäre der nächste, der dieser Operation zum Opfer fallen würde. Gerade in Sülaimania dachte jeder, daß diese Stadt auf keiner Landkarte mehr verzeichnet sein würde. Die Anfal-Operation war ein gut geplanter Angriff gegen alle Kurden (...) Sie trieben die Menschen in der Nähe der Städte zusammen und versuchten sie wegzubringen an Plätze, die niemand kannte. Bis heute werden 182.000 Menschen vermißt, niemand weiß, wo sie sich befinden. Wir wissen das, aber die Menschen im Ausland reden nicht darüber, auch nicht die Medien, die Zeitungen, das Fernsehen - niemand redet

darüber. Der Giftgasangriff auf Halabja wurde nicht erwähnt, 5.000 Menschen wurden innerhalb von zwei Stunden getötet und niemand spricht darüber. Die Nachrichten-Medien hatten kein Interesse daran und niemand wußte, was im Irak vor sich ging (...) So waren unsere Gefühle, wie immer sie aussahen, in uns eingeschlossen. Wir konnten nichts darüber sagen und nichts dagegen tun..." (3)

Die Lage der freigelassenen Opfer von Anfal, jener fast nur aus Alten, Witwen und Waisen bestehenden Gruppe, die als "Anfalakan" bezeichnet wird, war noch schlimmer. Die meisten wußten nicht einmal, ob ihre Angehörigen noch lebten. Mittellos und in einer nach patriarchalen Familienstrukturen organisierten Gesellschaft besonders hilflos, konnten sie noch nicht einmal ihre Toten beweinen, um nach innen und außen ein neues Leben zu beginnen.

MEW erzählt die Geschichte der Anfal-Operation im Detail und mit Hilfe oft beeindruckender Dokumente. Bei der Analyse der Anfal-Operation arbeitet MEW heraus, daß Anfal - obwohl nicht zu trennen von jahrzehntelangen kurdischen Rebellionen, zum Teil mit Unterstützung der feindlichen Macht Iran - mehr war als eine große Counterinsurgency-Operation. Persönliches Verhalten, Verhalten einer Gruppe und aktuelle Sicherheitslage waren von untergeordneter oder gar keiner Bedeutung für die "Anfalisierung" einer Person. Entscheidend war die Lage des Wohnortes und die Volkszugehörigkeit. Selbst die kurdischen Hilfstruppen mußten die Zerstörung ihrer eigenen Dörfer mitansehen und ihre traditionelle Lebensweise aufgeben, auch wenn sie andererseits materiellen Ersatz erhielten. Aus dieser Zielrichtung der Operation gegen die gesamte kurdische Landwirtschaft und dem Ausmaß dieses Verbrechens zieht MEW den Schluß, daß es sich bei Anfal um Völkermord im Sinne der Völkermordkonvention der UNO, nämlich um Zerstörung eines Teiles einer Gruppe, handelt. Damit verbindet MEW das Ziel einer Klage vor internationalen Organisationen. Die politische Seite dieses Versuches, sich nur bewaffnet mit dem Nachweis eines großen Verbrechens und dem Hinweis auf internationales Recht in die Weltpolitik einzumischen, diskutiert MEW nicht.

Eine Reihe weiterer Fragen, die über die Beschreibung des inneren Ablaufes von Anfal hinausgehen, drängen sich beim Lesen des Buches auf, z.T. werden sie in Fußnoten kurz behandelt, wie z.B. die Frage rassistischer Anfeindung der Kurden. MEW zitiert vor allem aus dem Munde Al-Majids Äußerungen, die in dieser Richtung zu verstehen sind. Am deutlichsten wird ein Pamphlet von Saddam Husseins Schwiegervater Khairallah Tulfah mit dem Titel: "Drei, die Gott nicht hätte erschaffen sollen: Perser, Juden, Fliegen". Dabei bezieht sich "Perser" wegen der Verwandtschaft beider Völker auch auf die Kurden. Doch keine der zitierten Äußerungen richtet sich an eine große Öffentlichkeit. Den Versuch, eine rassistisch bestimmte Massenbewegung, ähnlich der Judenhetze der Nationalsozialisten zu entfachen, stellen sie also nicht da, und eine solche hat es im Irak gegen die Kurden auch nicht gegeben.(4)

Eine weitere Frage ist das Verhalten des Auslandes. Maßnahmen wie die Erhöhung der dem Irak 1989 gewährten Darlehen für Getreideimporte durch Präsident Bush gewinnen eine ganz andere Bedeutung, wenn man die Ursache für den plötzlich erhöhten Getreidebedarf kennt. Nur mit erhöhten Importen konnte der Irak die soeben erfolgte Zerstörung eines großen Teiles seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche in Kurdistan ausgleichen und auf dem Verbot der Wiederansiedlung beharren. Dieser Zusammenhang war der US-Regierung sicher nicht unbekannt.

Das Ausland reagierte insgesamt zurückhaltend auf die ersten Berichte über ein ungeheures Verbrechen an den irakischen KurdInnen - genauso wie es heute auch wieder zu einem funktionalen Verhältnis zu den vom Saddam-Regime im Landesinneren begangenen Menschenrechtsverletzungen zurückgekehrt ist. In türkischen Flüchtlingslagern starben hunderte von Flüchtlingen an den schlechten Lebensbedingungen. Die BRD schickte zwei Drittel der wenigen Flüchtlinge, denen es gelang vom Irak in die BRD zu kommen, zurück.

Jan Keetman

Der Report kann bestellt werden bei:

Human Rights Watch

90 Borough High Street, UK SE1 1LL

Tel. 0044/71/ 378-8008 oder per Fax -8029

(1) Geleugnet wurde der Einsatz von chemischen Waffen gegen die Kurden im Irak außer von der irakischen auch von der türkischen Regierung. Mehr Gewicht hatte eine Studie des U.S. Army War College (S. Pelletiere, D. Johnson, L. Rosenberg, Iraqi Power and U.S. Security in the Middle East, Carlisle Barracks, PA: Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, 1990). Die Autoren versuchen darin, dem Iran zumindest eine Teilschuld am Giftgasangriff auf Halabja zu geben. Begründet wird diese Behauptung mit dem Umstand, daß viele Opfer in Halabja blaue Lippen hatten. Daraus schlossen die Autoren auf eine Zyanid-Vergiftung und behaupteten weiter, der Irak habe keinen entsprechenden Kampfstoff besessen. Allerdings kann auch eine durch Nervengase hervorgerufene Atemlähmung blaue Lippen verursachen. Außerdem spricht die leichte Herstellbarkeit von Blausäure und Dizyan gegen die ganze Argumentation, die nebenbei auch noch alle Zeugenaussagen bei Seite läßt.

(2) TAZ 23. 10. 93, BZ 6. 11. 93

(3) Interview für Radio Dreyeckland, Sülaimania, August 93.

(4) Eine Analyse des irakischen Staates und seiner Ideologie zeichnet Samir al-Khalil (Pseud.) in: Republic of Fear, The Politics of Modern Iraq, University of California Press, Berkeley, Los Angeles, 1989.

27. Interview mit Frauen der "Unabhängigen Frauenunion" in Südkurdistan

Rubrik: Frauenbewegung; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/mad-dog.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:mad-dog

In Konkurrenz zueinander versuchen die Türkei und der Iran die Hegemonie in Südkurdistan zu gewinnen. Milena Ergen schildert aus einigen Städten den Alltag der irakischen Kurden.

Insbesondere die Frauen in der Südkurdischen Region sind nach dem Aufstand gegen Saddam Hussein arbeitslos geworden. In einem Interview erzählen Frauen aus der Unabhängigen Frauenunion wie sie versuchen, sowohl ein Recht auf Arbeit als auch die Aufhebung der allein den Männern dienenden Moralvorstellungen durchzusetzen.

Der Ortsname Halabja ist untrennbar verbunden mit dem Giftgasangriff auf irakische Kurden. Daß das nur Teil einer großen Offensive war, enthüllt der neue Bericht von Middle East Watch über die Operation "Anfal". Ab Seite 21

Nordirland

Schon dreimal hatte die IRA vergeblich versucht, den "tollen Hund" aus dem Wege zu räumen. "Mad dog", führendes Mitglied der loyalistischen Ulster Freedom Fighters, brüstet sich offen, in den letzten zwei Jahren zwölf Katholiken eigenhändig umgebracht zu haben. Der vierte Versuch, "diesen loyalistischen Massenmörder für seine Verbrechen büßen zu lassen" (die IRA), scheiterte auf besonders tragische Weise. Zehn Menschen starben durch eine zu früh detonierte Bombe. In der Woche nach dem Anschlag wurden 14 katholische Zivilisten von protestantischen Paramilitärs ermordet. Geht der nordirische Krieg bis ins nächste Jahrtausend - oder gibt es doch noch eine Chance für einen gerechten und dauerhaften Frieden? Seite 28

28. Mörder von Chris Hani zum Tode verurteilt

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:08

Nach nur zweiwöchiger Verhandlung verurteilte ein südafrikanisches Gericht am 15. Oktober die beiden weißen Südafrikaner Janusz Walus und Cliff Derby-Lewis wegen Ermordung von Chris Hani, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Südafrikas und führendes Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), zum Tode. Walus, ein Anfang der achtziger Jahre nach Südafrika eingewanderter polnischer Immigrant und fanatischer Antikommunist, Mitglied verschiedener südafrikanischer militanter faschistischer Organisationen, wurde für schuldig befunden, am 10. April dieses Jahres vier Schüsse auf Hani abgegeben zu haben - davon die ersten zwei auf Hanis Körper, dann, als dieser zusammengebrochen war, die restlichen zwei aus einer Entfernung von weniger als einem Zentimeter in den Kopf Hanis hinter dem linken Ohr. Derby-Lewis, führendes Mitglied der rassistischen Konservativen Partei Südafrikas und zugleich als Leiter des in London ansässigen "Western Goals Institute" eine Schlüsselfigur im Netz der internationalen konterrevolutionär-faschistischen Szene (vgl. ak 354 vom 5.5.93), hatte Walus zur Mordtat angestiftet, die Tatwaffe beschafft und sie ihm vier Tage vor dem Mord in seinem Haus beim gemeinsamen Frühstück übergeben.

Ironie der Geschichte im Noch-Apartheid-Staat Südafrika: Während ein bis auf den Gerichtsdiener ausschließlich mit Weißen besetztes Gericht zwei weiße Rassisten zum Tode verurteilt, wird ihnen genau diese Bestrafung auf Grund des wachsenden Einflusses des ANC vermutlich erspart bleiben. Schon kurz nach Legalisierung des ANC im Februar 1990 hatte Präsident de Klerk auf entsprechende Forderungen der Befreiungsorganisation hin zugesagt, daß die Vollstreckung der Todesstrafe, die bis dahin praktisch nur für Schwarze ausgesprochen worden war, ausgesetzt wurde. Darüber hinaus steht die Abschaffung der Todesstrafe ohnehin im Programm des ANC, was dieser in den Verhandlungen über eine neue Verfassung Südafrikas auch durchsetzen dürfte. Schließlich haben Walus und Derby-Lewis sogar gute Chancen, in absehbarer Zeit wieder auf freiem Fuß zu sein. Denn der von der weißen National Party in den Verhandlungen mit dem ANC massiv geforderten Amnestie für alle politisch motivierten Straftaten (die den Zweck verfolgt, die einstigen Unterdrücker vor zukünftiger Rechenschaft für ihre Verbrechen zu bewahren) dürfte vom ANC im Interesse einer "nationalen Versöhnung" und aus Angst vor weißem bewaffneten Widerstand entsprochen werden. Hinzu kommt außerdem, daß auch etliche ANC-Mitglieder in der Illegalität der früheren Camps der Organisation in den südafrikanischen Frontstaaten beispielsweise durch das Verbrechen der Folter gegen tatsächliche und vermeintliche Agenten des südafrikanischen Rassistenregimes schuldig wurden.

Mit einem Freispruch davon kam die Ehefrau von Derby-Lewis, Gabrielle Derby-Lewis, Herausgeberin der Zeitung "Patriot", die als Sprachrohr der Konservativen Partei gilt. Und das, obwohl sie als Verfasserin einer in der Wohnung von Walus gefundenen Liste entlarvt wurde, die neben dem Namen von Hani auch weitere führende ANC-Politiker, den südafrikanischen Außenminister Botha, den Vorsitzenden der Untersuchungskommission zur Aufklärung politischer Verbrechen, Richter Goldstone, sowie einige Journalisten enthielt - insgesamt neun Personen. Gabrielle Derby-Lewis redete sich jedoch erfolgreich damit heraus, daß diese Liste zur Vorbereitung einer umfassenden journalistischen Recherche über Persönlichkeiten des politischen Wandels in Südafrika dienen sollte. Walus hätte sich demzufolge mit Hilfe der auf der Liste verzeichneten Adressen lediglich über den Lebenswandel der aufgeführten Personen beobachtend informieren sollen. Das Gericht glaubte der Zeitungs-Herausgeberin kein Wort von dieser Geschichte, konnte ihr jedoch Gegenteiliges nicht beweisen.

Hani-Mord Teil einer umfassenden Operation?

Daß es sich bei dem Mord um eine großangelegte, womöglich internationale Verschwörung gehandelt haben könnte, die über die drei Angeklagten wesentlich hinausgereicht hätte, konnte im Verlauf der Ermittlungen offensichtlich nicht konkretisiert werden. Auch ANC und SACP haben diese These nicht vertreten. Obwohl sämtliche Angeklagten in ein südafrikanisches bzw. im Falle des Ehepaares Derby-Lewis auch in ein hochkarätiges internationales konterrevolutionäres Netz integriert waren, deutet wenig darauf hin, daß die Ermordung Hanis Teil einer umfassenderen Operation gewesen wäre. Entsprechende Vermutungen liegen in einem derart gelagerten Fall zunächst richtigerweise immer nahe; genauso wie sie sich jedoch in den seltensten Fällen belegen lassen. So wie die Tat durchgeführt wurde, läßt sich allerdings kaum auf einen gut

vorbereiteten Zusammenhang schließen: Noch eine halbe Stunde nach dem Mord (dem Zeitpunkt seiner Verhaftung) fuhr Walus in dem für die Tat benutzten Auto durch die Gegend, was seine Festnahme ermöglichte. Auch daß sich die schon erwähnte Liste in seiner Wohnung fand, spricht nicht gerade für professionelles Agieren. Insofern kann man zwar trotzdem, muß es aber nicht zwangsläufig, von einem groß angelegten Plan ausgehen. Plausibler scheint vor diesem Hintergrund, daß in die Vorbereitung des Verbrechens im wesentlichen die drei Angeklagten verwickelt gewesen sind. Der politisch beabsichtigte Zweck - durch eine Strategie der Spannung Unruhen herbeizuführen, um somit eventuell bewaffneten rassistischen Kräften den Anlaß zum Eingreifen zu geben - konnte nämlich auch bei solch dilettantischer Durchführung herbeiprovoziert werden.

Insofern tragen auf vagen Vermutungen aufbauende Verschwörungstheorien, wie sie die Zeitschrift "Geheim" in zwei Ausgaben konstruierte (und die jetzt nochmals ausführlich im Berliner "Antifa-Info", Nr. 24, wiedergegeben werden), wenig zur Klärung des Sachverhalts bei. Danach wäre der Hani-Mord Teil einer "Operation Thunderstorm" gewesen, von der auch Präsident de Klerk gewußt haben soll. Im Anschluß wäre eine "Operation Iron Fist" ausgearbeitet worden, die unter dem Motto "Bekämpfung von Kriminalität und APLA" (Militärischer Flügel der Befreiungsorganisation PAC) die Isolierung und Ausschaltung militanter ANC-Kader vorgesehen hätte.

Ärgerlich werden solche durch wenig mehr als nichts zu belegende Spekulationen spätestens dann, wenn sie mit politisch eindeutig falschen Zitaten und Schlußfolgerungen umrahmt werden. Mit Hani sei "ein mächtiger potentieller Gegner der Ergebnisse unserer Verhandlungen mit dem ANC ausgeschaltet", wird da aus obskurer Quelle zitiert. Das gerade Gegenteil war nun allerdings der Fall: Hani war bekanntermaßen ein entschiedener Befürworter von Verhandlungen mit der Regierung und machte dahingehend seinen Einfluß auf die radikalen Teile der ANC-Basis geltend. In einem seiner letzten Interviews hat er dies übrigens noch einmal bekräftigt: "Revolutionäre müssen realistisch sein. Wir verhandeln ... mit einer Regierung, die wir nicht besiegt haben ... Sie (die radikale ANC-Jugend, Anm. ak) haben Angst, daß wir uns einkaufen lassen, sie haben Angst vor einer deformierten Demokratie. Wir sagen ihnen: ... Kompromisse sind unvermeidlich, wenn man mit einem Gegner verhandelt, den man nicht besiegt hat." (Frankfurter Rundschau, 19.4.93)

Südafrikanisch-deutsche Verbindungen

Trotz Derby-Lewis' Integration in das Netz der internationalen faschistischen Konterrevolution (mit Verbindungen beispielsweise zur französischen "Front National" ebenso wie zur "World League for Freedom and Demokracy", früher: "World Anti-Communist League", die entscheidend die Contra-Aktionen in Angola, Mosambik und Nicaragua anleitete und unterstützte), wurden in der konkreten Mordsache Hani diese internationalen Verbindungen nur an einer Stelle sichtbar (ohne daß sie allerdings für den Ablauf des Geschehens eine größere Rolle gespielt hätten): Im Zuge der Ermittlungen wurde kurze Zeit nach dem Mord neben drei weiteren Südafrikanern auch der Journalist Arthur Kemp verhaftet. Kemp, der zeitweise bei der von Gabrielle Derby-Lewis herausgegebenen Zeitung "Patriot" arbeitete, hatte seiner Bekannten auf deren Bitte hin Anfang des Jahres eine insgesamt dreißig in den südafrikanischen Reformprozeß involvierte Personen umfassende Adressen-Liste angefertigt, die diese dann zur Grundlage für das an Walus ausgehändigte Exemplar nahm.

Kemp verfügt über gute Beziehungen in die deutsche Nazi-Szene hinein. Er veröffentlichte seit 1990 mehrmals Artikel in der in Coburg erscheinenden faschistischen Monatspostille "Nation und Europa", herausgegeben von Peter Dehoust, der sich an führender Stelle zum einen in der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", zum anderen im 1976 von ihm mitgegründeten "Hilfskomitee Südliches Afrika" engagiert. Das Hilfskomitee (Motto zum Beispiel: "Solidarität mit Weiß-Afrika") ist eine typische "Braunzonen"-Organisation. Zum einen ist es weitgehend mit der Coburger Ortsgruppe der "Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft" (DSAG) identisch, die ihrerseits CDU-Demokraten, seriöse Kapitalisten und ausgewiesene Rechtsextreme (etwa die CSU-Politiker Otto von Habsburg und Hans Graf Huyn) gleichermaßen umfaßt. Zum anderen veranstaltet sie seit ihrer Gründung jährlich (auch mit DSAG-Geldern) sogenannte "Südafrika-Seminare", auf denen regelmäßig Grußbotschaften von CSU-Parlamentariern verlesen werden und ausgewiesene Nazis Vorträge halten. 1991 beehrte auch Andries Treurnicht, im April dieses Jahres verstorbener Vorsitzender der südafrikanischen Konservativen Partei, die Versammelten mit einer Grußadresse; 1992 war es dann Arthur Kemp, der dort persönlich einen Vortrag hielt, in dem er Bombenanschläge rechtfertigte. Denn, so seine Einschätzung, die

weißen Afrikaner hätten "die Kraft und wohl auch die Entschlossenheit, eine chaotische Lage im Lande zu schaffen", die letztendlich zur "Anerkennung eines Afrikaaner-Volksstaates" führen würde. (taz, 23.4.93)

Zu diesen deutsch-südafrikanischen Verbindungen paßt eine Meldung des Simon-Wiesenthal-Zentrums vom Mai dieses Jahres, wonach der berüchtigte Neonazi Manfred Roeder (der mit seinen "Deutschen Aktionsgruppen" schon 1980 Brandanschläge auf Immigranten-Unterkünfte durchführte, worauf er in Folge des Todes von zwei Vietnamesen zu dreizehn Jahren Haft verurteilt, allerdings bereits nach acht Jahren wieder entlassen wurde) anläßlich eines Aufenthalts in Südafrika dem Journalisten Yaron Svoray verriet, daß er monatlich zwischen 30.000 und 50.000 Dollar zur Unterstützung seiner Aktivitäten von südafrikanischen Sympathisanten erhalte. (Weekly Mail, Johannesburg, 7.5.93)

Arthur Kemp indessen (wie Derby-Lewis und Roeder auf einer Kontakt-Liste der in Südafrika ansässigen "World Apartheid Movement" verzeichnet; einer Organisation, die die Verteidiger-Kosten für Walus übernommen hatte) erwies sich nach seiner Verhaftung als ausgesprochen aussagefreudig und belastete die späteren Angeklagten schwer. (Weekly Mail, 8.10.93) Kemp, so Willi Germund in der taz (15.10.93), "stellte sich als Zeuge zur Verfügung und entging so einer Anklage" - was immer dieser Vorgang bedeuten mag. Im übrigen hatte auch Walus recht bald nach seiner Festnahme angefangen zu plappern, was dann nach nur einer Woche zur Verhaftung von Derby-Lewis geführt hatte.

J./Westberlin

Hinweis: Die Gruppe Archiv (Coburg) hat sich aus Anlaß der Ermordung Chris Hanis mit dem "Hilfskomitee Südliches Afrika", der DSAG sowie mit "Nation und Europa" befaßt und in einer akribischen Recherche die beteiligten Akteure und Akteurinnen sowie die personellen Querverbindungen untereinander und zu anderen Organisationen aufgelistet. Informationen im zweiten Teil dieses Artikels stammen zum Teil aus dieser 44seitigen Veröffentlichung.

Bezug: Infobüro/Stichwort Broschüre, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg. Preis: DM 6,50 plus 3,50 Porto und Verpackung. Bei größeren Bestellungen Rabatt. Lieferung nur gegen Vorauskasse.

29. Die Anhänge zur Prinzipienerklärung für eine Übergangsselbstverwaltung im Gazastreifen und in Jericho (Dokumentation)

Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:14

Anhang I

Die zwischen Israel und der PLO ausgehandelte Prinzipienerklärung für eine Übergangsselbstverwaltung im Gazastreifen und in Jericho ist auch in zahlreichen deutschen Zeitungen zumindest auszugsweise publiziert worden. Die weitaus interessanteren Anhänge und Niederschriften zu dieser Erklärung, faktisch die Ausführungsbestimmungen für die Realisierung der erklärten Absichten, sind jedoch unseres Wissens von der deutschen Presse ignoriert worden. Wir dokumentieren diese Anhänge hier in der Übersetzung der Presse- und Informationsabteilung der Botschaft des Staates Israel in Deutschland. (Verbindlich ist die englischsprachige Fassung, die u.a. in der "Jerusalem Post - international edition" vom 25.9.93 veröffentlicht wurde.)

Auf einem jüngst stattgefundenen Symposium von israelischen und palästinensischen Wirtschaftsfachleuten, Wissenschaftlern und Politikern äußerte einer der Teilnehmer, er habe noch nie einen "Vertrag zwischen Feinden" gesehen, in dem so viel von wirtschaftlicher Zusammenarbeit die Rede ist. Tatsächlich wirken Teile der Prinzipienerklärung und ein großer Teil der Anhänge wie eine nachträgliche Bestätigung der Auffassung des Israeli Meron Benvenisti, der umfangreiche Forschungen in den besetzten Gebieten leitete und schon vor Jahren feststellte, daß insbesondere aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung von Israel und den besetzten Gebieten der "point of no return" überschritten sei - was, ohne daß Benvinisti es ausgesprochen hätte, bedeuten würde, daß ein, in welcher Form auch immer, binationaler Staat oder zumindest eine sehr enge Föderation heranwachse. Das Ausmaß wirtschaftlicher Verflechtung, der gegenseitigen Abhängigkeit der besetzten Gebiete und Israels beschrieb vor einigen Monaten auch der palästinensische Ökonom Adel Samara. (Siehe ak 355, S. 23) Mit den mit der Prinzipienerklärung und den zugehörigen Ausführungsbestimmungen eingeleiteten Schritten wird neben der Festschreibung israelischer Vorherrschaft über Verlauf und Gestalt des Prozesses zumindest, so hat es den Anschein, auf der wirtschaftlichen Ebene die wechselseitige Verflechtung noch verstärkt werden - was in fernerer Zukunft bedeuten könnte: "Zwei Völker in einem Staat".

(Es ist zwar nicht erforderlich, erleichtert aber das Verständnis der "Niederschrift", wenn parallel die Prinzipienerklärung, publiziert in ak 358, S. 4, herangezogen wird.)

Protokoll über die Art und Bedingungen der Wahlen

1. Palästinenser aus Jerusalem, die dort leben, haben gemäß dem Abkommen zwischen den beiden Seiten das Recht, am Wahlverfahren teilzunehmen.

2. Darüber hinaus muß die Übereinkunft über die Wahl unter anderem die folgenden Punkte beinhalten:

a. Das Wahlsystem;

b. Die Art und Weise der vereinbarten Überwachung und internationalen Beobachtung sowie deren personelle Zusammensetzung; und

c. Regeln und Vorschriften für die Wahlkampagne, einschließlich vereinbarter Regelungen für den Einsatz von Massenmedien sowie der Möglichkeit der Lizenzerteilung an einen Radio-und Fernsehsender.

3. Der künftige Status von vertriebenen Palästinensern, die bis zum 4. Juni 1967 registriert waren, wird nicht durch die Tatsache beeinträchtigt, daß sie aus praktischen Gründen nicht in der Lage sind, sich an der Wahl zu beteiligen.

Anhang II

Protokoll über den Rückzug der israelischen Verteidigungsstreitkräfte aus dem Gaza-Streifen und Jericho

1. Die beiden Seiten werden innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieser Prinzipienerklärung ein Abkommen über den Rückzug der israelischen Verteidigungsstreitkräfte aus dem Gaza-Streifen und Jericho abstimmen und unterzeichnen. Dieses Abkommen wird umfassende Regelungen für den Gaza-Streifen und Jericho für die Zeit nach dem israelischen Rückzug umfassen.

2. Israel wird den Rückzug der israelischen Verteidigungsstreitkräfte aus dem Gaza-Streifen und Jericho nach einem zu erstellenden Zeitplan zügig vollziehen; der Rückzug wird unmittelbar nach Unterzeichnung des Abkommens über den Gaza-Streifen und Jericho beginnen und spätestens innerhalb eines Zeitraums von vier Monaten nach Unterzeichnung des Abkommens abgeschlossen werden.

3. Die obengenannte Übereinkunft wird unter anderem folgendes beinhalten:

a. Vereinbarungen für eine reibungslose und friedliche Übertragung von Befugnissen von der israelischen militärischen und Zivilverwaltung auf die palästinensischen Vertreter.

b. Struktur, Befugnisse und Verantwortlichkeiten der palästinensischen Behörde in diesem Bereich, ausgenommen äußere Sicherheit, Siedlungen, Israelis, Außenbeziehungen sowie andere gegenseitig vereinbarte Angelegenheiten.

c. Regelungen für die Übernahme der inneren Sicherheit und der öffentlichen Ordnung durch die palästinensische Polizei, die aus örtlichen oder aus dem Ausland angeworbenen Polizeibeamten besteht, die im Besitz eines jordanischen Passes und von durch Ägypten ausgestellten palästinensischen Papieren sein müssen. Diejenigen Angehörigen der palästinensischen Polizei-Truppe, die aus dem Ausland kommen, sollten als Polizisten und Polizeioffiziere ausgebildet werden.

d. Vorübergehende internationale oder ausländische Präsenz, wie vereinbart.

e. Errichtung eines gemeinsamen palästinensisch-israelischen Ausschusses für Koordination und Zusammenarbeit im Bereich beiderseitiger Sicherheitsfragen.

f. Ein wirtschaftliches Entwicklungs- und Stabilisierungsprogramm, einschließlich der Einrichtung eines Soforthilfe-Fonds zur Förderung ausländischer Investitionen und finanzieller sowie wirtschaftlicher Unterstützung. Beide Seiten werden sich abstimmen, sowie gemeinsam und unilateral mit regionalen und internationalen Stellen zusammenarbeiten, um dieses Ziel zu fördern.

g. Regelungen für den sicheren Durchgang für Personen und Transporte zwischen dem Gaza-Streifen und Jericho.

4. Das obengenannte Abkommen wird Regelungen für beide Parteien für die Koordination des Durchgangs

a. Gaza-Streifen-Ägypten und

b. Jericho-Jordanien

beinhalten.

5. Die Büros der palästinensischen Behörde, die für die Ausführung der Befugnisse und Verantwortlichkeiten gemäß (Anhang; Anm. d. Red.) I und Artikel 6 der Prinzipienerklärung zuständig sind, werden bis zur Einsetzung des Rates (1) im Gaza-Streifen und in Jericho angesiedelt sein.

6. Unbeschadet von diesen Regelungen werden der Gaza-Streifen und Jericho weiterhin integrale Bestandteile des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens bleiben, deren Status durch andere Vereinbarungen nicht beeinträchtigt werden darf und während der Übergangsperiode nicht verändert wird.

Anhang III

Protokoll über israelisch-palästinensische Zusammenarbeit bei Wirtschafts- und Entwicklungsprogrammen

Die beiden Seiten stimmen überein, einen ständigen israelisch-palästinensischen Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit einzurichten, der sich unter anderem im wesentlichen mit folgendem befaßt:

1. Zusammenarbeit im Bereich Wasser, einschließlich eines von Fachleuten beider Seiten auszuarbeitendes wasserwirtschaftliches Entwicklungsprogramms, in dem die Art und Weise der Zusammenarbeit in der

wasserwirtschaftlichen Planung im Westjordanland und Gaza-Streifen festgelegt wird und das Vorschläge für Studien über und Pläne für die Wasserrechte jeder Partei enthält sowie Pläne über die gerechte Nutzung gemeinsamer Wasservorräte, die während der und über die Übergangsperiode hinaus Geltung haben.

2. Zusammenarbeit im Bereich Elektrizität, einschließlich eines Elektrizitätsentwicklungsprogramms, in dem die Art und Weise der Zusammenarbeit bei der Erzeugung, der Erhaltung, dem Kauf und dem Verkauf von Elektrizität festgelegt wird.

3. Zusammenarbeit im Bereich Energie, einschließlich ein Energieentwicklungsprogramm, das die Förderung von Öl und Gas für industrielle Zwecke insbesondere im Gaza-Streifen und im Negev ermöglichen wird sowie die gemeinsame Erschließung anderer Energiequellen vorsehen wird. Dieses Programm könnte auch den Bau eines petrochemischen Industriekomplexes im Gaza-Streifen und den Bau von Öl- und Gas-Pipelines ermöglichen.

4. Zusammenarbeit im Bereich Finanzen, einschließlich eines finanziellen Entwicklungs- und Aktionsprogramms zur Förderung internationaler Investitionen im Westjordanland und im Gaza-Streifen sowie in Israel als auch die Einrichtung einer palästinensischen Entwicklungsbank.

5. Zusammenarbeit im Bereich Verkehr und Kommunikation, einschließlich eines Programms, in dem die Leitlinien für die Einrichtung eines Seehafenbereichs in Gaza bestimmt werden und das die Einrichtung von Verkehrs- und Kommunikationswegen nach und vom Westjordanland und dem Gaza-Streifen nach Israel und in andere Länder vorsieht. Darüber hinaus ist innerhalb dieses Programms der erforderliche Bau von Straßen, Eisenbahnen und Kommunikationslinien etc. vorgesehen.

6. Zusammenarbeit im Bereich Handel, einschließlich Studien und Handelsförderungsprogramme zur Förderung des lokalen, regionalen und interregionalen Handels sowie eine Machbarkeitsstudie für die Schaffung von Freihandelszonen im Gaza-Streifen und in Israel mit allseitigem Zugang zu diesen Zonen sowie Zusammenarbeit in anderen Bereichen, die den Handel und die Wirtschaft betreffen.

7. Zusammenarbeit im Bereich Industrie, einschließlich Industrie-Entwicklungsprogramme, die die Einrichtung gemeinsamer industrieller israelisch-palästinensischer Forschungs- und Entwicklungszentren vorsehen, palästinensisch-israelische Gemeinschaftsunternehmen fördern sowie Leitlinien für die Zusammenarbeit in der Textil-, Lebensmittel-, Pharma-, Elektro-, Diamanten-, Computer- und wissenschaftlich-technischen Industrie aufstellen sollen.

8. Ein Programm für die Zusammenarbeit und Regulierung der Arbeitsbeziehungen (2) und für die Zusammenarbeit in Fragen des Sozialwesens.

9. Ein Plan zur Entwicklung und Zusammenarbeit im Bereich menschliche Ressourcen, der gemeinsame israelisch-palästinensische Workshops und Seminare sowie die Einrichtung gemeinsamer beruflicher Ausbildungszentren, Forschungsinstitute und Datenbanken ermöglicht.

10. Ein Umweltschutzplan, der gemeinsame und/oder koordinierte Maßnahmen in diesem Bereich beinhaltet.

11. Ein Programm zur Entwicklung und Koordination und Zusammenarbeit im Bereich Kommunikation und Medien.

12. Andere Programme von gemeinsamem Interesse.

Anhang IV

Protokoll über israelisch-palästinensische Zusammenarbeit in regionalen Entwicklungsprogrammen

1. Die beiden Seiten werden im Rahmen der multilateralen Friedensbemühungen an der Förderung eines von den G-7-Staaten einzuleitenden Entwicklungsprogramms für die Region, einschließlich Westjordanland und Gaza-Streifen, zusammenarbeiten. Die Parteien werden die G-7-Staaten ersuchen, sich um die Teilnahme anderer interessierter Staaten an diesem Programm zu bemühen, wie zum Beispiel Mitglieder der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, arabische Staaten der Region und Institutionen sowie Teilnehmer aus dem privaten Sektor.

2. Das Entwicklungsprogramm wird aus zwei Teilbereichen bestehen:

a. einem wirtschaftlichen Entwicklungsprogramm für das Westjordanland und den Gaza-Streifen;

b. einem regionalen wirtschaftlichen Entwicklungsprogramm.

A. Das wirtschaftliche Entwicklungsprogramm für das Westjordanland und den Gaza-Streifen wird aus folgenden Teilbereichen bestehen:

(1) einem sozialen Rehabilitationsprogramm, einschließlich Wohnungs- und Bauprogramm;

(2) einem Entwicklungsplan für kleine und mittelständische Unternehmen;

(3) einem Programm für die Entwicklung der Infrastruktur (Wasser, Elektrizität, Verkehr, Kommunikation etc.);

(4) einem Plan für menschliche Ressourcen;

(5) anderen Programmen

B. Das regionale wirtschaftliche Entwicklungsprogramm kann aus folgenden Teilbereichen bestehen:

(1) Einrichtung eines Nahost-Entwicklungsfonds als ersten Schritt sowie einer Nahost-Entwicklungsbank als zweiten Schritt.

(2) Entwicklung eines gemeinsamen israelisch-palästinensisch-jordanischen Plans zur koordinierten wirtschaftlichen Nutzung der Region des Toten Meeres.

(3) Mittelmeer-Gaza-Totes-Meer-Kanal

(4) Regionale Entsalzungs- und andere wasserwirtschaftliche Projekte.

(5) Ein Regionaler Agrarentwicklungsplan, einschließlich abgestimmter regionaler Maßnahmen zur Verhinderung von Desertifikation.

(6) Verbund der Leitungsnetze für Elektrizität.

(7) Regionale Zusammenarbeit bei der Übertragung, Verteilung und industriellen Nutzung von Gas-, Öl- und anderen Energiequellen.

(8) Einen regionalen Entwicklungsplan für Tourismus, Verkehr und Telekommunikation.

(9) Regionale Zusammenarbeit in anderen Bereichen.

3. Die beiden Seiten werden die multilateralen Arbeitsgruppen fördern und sich hinsichtlich deren Erfolg abstimmen. Die beiden Parteien werden die Arbeit zwischen den Sitzungsperioden sowie Vorstudien und Studien zur Machbarkeit innerhalb der verschiedenen multilateralen Arbeitsgruppen fördern.

Niederschrift

Vereinbarte Niederschrift zur Prinzipienerklärung über die Regelungen der vorübergehenden Selbstverwaltung

A. Allgemeine Übereinkünfte und Vereinbarungen

Alle den Palästinensern gemäß der Prinzipienerklärung vor der Einsetzung des Rates übertragenen Befugnisse und Verantwortlichkeiten werden den gleichen Prinzipien, auf die in Artikel IV Bezug genommen wird, unterliegen, der nachstehend in der Vereinbarten Niederschrift niedergelegt ist.

B. Besondere Übereinkünfte und Vereinbarungen

Artikel V

Es besteht Einverständnis darüber, daß

1. die Jurisdiktion des Rates sich auf die Gebiete Westjordanland und Gaza-Streifen erstrecken wird, mit Ausnahme solcher Angelegenheiten, die in den Verhandlungen über den dauerhaften Status verhandelt werden: Jerusalem, Siedlungen, militärische Standorte und Israelis.

2. Die Jurisdiktion des Rates bezieht sich auf die vereinbarten Befugnisse, Verantwortlichkeiten, Bereiche und Zuständigkeiten, die ihm übertragen worden sind.

Artikel VI (2)

Es wird vereinbart, daß die Übertragung der Zuständigkeiten folgendermaßen vor sich geht:

(1) Die palästinensische Seite wird der israelischen Seite die Namen der Palästinenser bekanntgeben, die zur Ausübung der Vollmachten, Befugnisse und Verantwortlichkeiten berechtigt sind, die den Palästinensern gemäß der Prinzipienerklärung in den folgenden Bereichen übertragen werden: Bildung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung, Tourismus und jede andere vereinbarte Zuständigkeit.

(2) Es besteht Einverständnis darüber, daß die Rechte und Pflichten dieser Ämter nicht beeinträchtigt werden sollen.

(3) Jeder der vorstehend beschriebenen Bereiche wird auch weiterhin entsprechend der einvernehmlich zu vereinbarenden Regelungen die Budgetzuweisungen wie bisher erhalten. Diese Regelungen werden auch die notwendigen Anpassungen ermöglichen, die aufgrund der Einnahmen der Steuerämter aus der direkten Besteuerung erforderlich werden.

(4) Mit dem Vollzug der Prinzipienerklärung werden die israelischen und palästinensischen Delegationen unmittelbar mit Verhandlungen über einen genauen Plan für die Übertragung von Zuständigkeiten für die obengenannten Ämter in Übereinstimmung mit den vorstehend genannten Vereinbarungen beginnen.

Artikel VII (2)

Das Interimsabkommen wird auch Regelungen für Koordination und Zusammenarbeit einschließen.

Artikel VII (5)

Der Rückzug der Militärverwaltung wird Israel nicht daran hindern, seine nicht dem Rat übertragenen Befugnisse und Verantwortlichkeiten auszuüben.

Artikel VIII

Es besteht Einverständnis darüber, daß das Interimsabkommen Regelungen über Zusammenarbeit und Koordination zwischen den beiden Parteien in dieser Hinsicht enthält. Außerdem wird vereinbart, daß die Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten an die palästinensische Polizei entsprechend der Vereinbarung im Interimsabkommen in Phasen gegliedert erfolgt.

Artikel IX

Es ist vereinbart, daß die israelischen und palästinensischen Delegationen mit Inkrafttreten der Prinzipienerklärung die Namen der Personen austauschen werden, die von ihnen als Mitglieder des gemeinsamen israelisch-palästinensischen Verbindungsausschusses benannt werden.

Ferner ist vereinbart, daß jede Seite über die gleiche Zahl von Mitgliedern in dem gemeinsamen Ausschuß verfügen wird. Der gemeinsame Ausschuß trifft Entscheidungen wie vereinbart. Der gemeinsame Ausschuß kann weitere Fachleute und Experten berufen, wenn erforderlich. Der gemeinsame Ausschuß wird über die Häufigkeit und den Ort oder die Orte seiner Sitzungen entscheiden.

Anhang II

Es besteht Einverständnis darüber, daß Israel nach dem israelischen Rückzug weiterhin für die äußere Sicherheit sowie für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung, für Siedlungen und Israelis verantwortlich sein wird. Die israelischen Verteidigungsstreitkräfte und Zivilisten dürfen weiterhin die Verkehrswege innerhalb des Gaza-Streifens und Jerichos frei benutzen.

Geschehen zu Washington D.C.,

am 13. September 1993

Anmerkungen der Redaktion:

1) Mit der Kurzform "Rat" ist - lt. Art. 1 der Grundsatzerklärung (s. ak 358) - die "palästinensische Übergangsverwaltung", der "gewählte Rat" gemeint.

2) Im englischsprachigen Original "labor relations". Dieser Begriff umfaßt die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern und/oder zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Im vorliegenden Falle geht es jedoch bei der "Regulierung der Arbeitsbeziehungen" ganz vorwiegend um die Tätigkeit palästinensischer ArbeiterInnen in Israel, wozu wesentlich der Ausgleich des Konflikts zwischen einerseits dem Verlangen israelischer Unternehmer nach billiger und rechtloser Arbeitskraft, andererseits der hohen Arbeitslosigkeit in Israel insbesondere unter den Einwanderern aus der ehem. Sowjetunion gehört.

30. Alte und neue Filme. Interview mit Eleuterio Fernandez Huidobro (MLN-Tupamaros)

Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:38

"Diesen Film haben wir schon gesehen", faßte Eleuterio Fernández Huidobro seine eindringliche Warnung zusammen. Der Mitbegründer der "Nationalen Befreiungsbewegung" (MLN-Tupamaros) wies in einem vielbeachteten Artikel darauf hin, daß es in Uruguay gefährliche Parallelen zu den frühen siebziger Jahren gibt, der Zeit vor dem Militärputsch. Dieser Alarmruf kostete Eleuterio Fernández Huidobro und Jorge Zabalza, die schon unter der Militärdiktatur zwölf Jahre lang eingekerkert waren (1972-1985), erneut eine Haftstrafe. Im Juni wurden beide zu sechs Monaten mit Bewährung verurteilt. Das angebliche Delikt: Beleidigung und Verleumdung des Staatspräsidenten. Beim Obersten Gerichtshof ist noch ein Verfahren anhängig, in dem endgültig über die Aussetzung der Strafe entschieden wird (1).

Eleuterio Fernández Huidobro mußte die Erlaubnis der Polizeibehörden einholen, um die Bundesrepublik besuchen zu können. Er nahm in Frankfurt an dem Kongreß "Reform oder Revolutionäre Theorie und Praxis" teil und führte in mehreren Städten Veranstaltungen durch. Wir trafen uns in Frankfurt und sprachen über alte und neue Filme sowie die Politik der Linken Uruguays, die "in Gefahr ist, im November 1994 die Wahlen zu gewinnen" (E. Fernández Huidobro). Der zweite Teil des Interviews erscheint in der nächsten Ausgabe des ak.

Offenbar wird versucht, in Uruguay wieder ein Klima der Angst zu schaffen. Dafür sprechen die Ermordung des ehemaligen MLN-Führungsmitglieds Ronald Scarzella im April des Jahres sowie mehrere Attentate gegen Personen aus dem Umkreis der Linken. Operieren in Uruguay erneut geheime und illegale Unterdrükkungsapparate?

Derartige illegale Apparate gibt es in der Tat. Aber trotz des Todes von Ronald Scarzella gilt es festzuhalten, daß sie heute vor allem in Konflikte eingreifen, die es innerhalb der Streitkräfte gibt. Ihr Hauptangriff richtet sich derzeit nicht gegen die Linke. Innerhalb der Armee und der anderen Sicherheitsorgane finden Versammlungen statt. Es gibt geheime Gruppen, die Kommuniqués herausgeben. Sogar in der US-Botschaft legten sie Bomben. Sie streiten um die Rolle, welche die Armee Uruguays im Rahmen der "Neuen Weltordnung" spielen soll.

Sind diese Todesschwadrone Teil gewisser Fraktionen innerhalb der Armee und der Geheimdienste?

Ja. Wir haben keine Beweise, aber alle Indizien deuten darauf hin, daß sie - wie seit jeher - mit den Repressionsapparaten in enger Verbindung stehen. Es gab Fälle, in denen sie gegen Angehörige der Streitkräfte aktiv wurden. Dies ist auf die genannten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der Streitkräfte zurückzuführen. Für diese Aktionen übernahmen sie auch die Verantwortung. Sie schickten Kommuniqués an die Zeitungen und unterzeichneten sie als Gruppe von Offizieren, die der Armee angehören.

Wie heißt diese Gruppe?

Eine heißt "Guardia de Artigas", eine andere "Comando de la Valleja".

Gibt es andere Gruppen, die ausschließlich oder vor allem gegen die Linke vorgehen?

Es ist sehr schwierig, dies zu unterscheiden. Es kann sein, daß alles vermengt ist. Dazu können wir noch keine sicheren Aussagen machen.

Der Fall des nach Uruguay geflohenen und im November 1992 verschwundenen chilenischen Geheimdienstagenten Eugenio Berrios zeigt, daß die Zusammenarbeit der Geheimdienste des Cono Sur bis heute funktioniert. Die mutmaßlichen Entführer des Chemiewaffenexperten, den seine ehemaligen Auftraggeber offenbar als Sicherheitsrisiko betrachteten, werden in Uruguay von höchsten Stellen gedeckt. Die "Bewegung für die Partizipation des Volkes" (MPP), die Teil des linken Bündnisses "Frente Amplio" (FA) ist, sagte zu diesem Vorfall, daß "dieser Sumpf das Ergebnis des Staubs ist", den "das Abkommen vom Club Naval" aufgewirbelt hat. Was ist damit gemeint?

Der "Pakt vom Club Naval" ist die Übereinkunft, die das Militär und die politischen Parteien schlossen, um die politische Öffnung in die Wege zu leiten. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch viele politische Gefangene.

Auch die Linke unterschrieb den Pakt ...

Der Großteil der Linken trug diesen Pakt mit. Der Rest war im Exil oder im Gefängnis. In diesem Pakt wurde ein Übergang vereinbart, der die Repressionsapparate intakt ließ. Später wurden die engen Grenzen der Öffnung zementiert, als die Straflosigkeit der Verbrechen der Militärs bestätigt wurde. Da weder der militärische Apparat noch dessen verbrecherische Vergangenheit angerührt wurde, brauchen wir uns nicht wundern, daß es heute zu derartigen Vorfällen kommt. Sie setzen jetzt in ihren internen Auseinandersetzungen die Methoden ein, die sie früher gegen uns verwandt haben. Der Fall Berrios belegt, daß die Geheimdienste im Cono Sur wirklich zusammenarbeiten. Das war schon zuvor bewiesen worden, als Ende 1992 in Paraguay das sogenannte "Archiv des Terrors" aufflog. Viele sagten, das sind Dinge, die in der Vergangenheit passierten. Wenige Tage nach der Entdeckung dieses Archivs kommt es zum Fall Berrios, der beweist, daß diese Zusammenarbeit weiter funktioniert.

Noch einmal zurück zum "Pakt vom Club Naval". Der hatte doch, neben anderen Punkten, auch die Freilassung der politischen Gefangenen zum Inhalt. Du selbst, deine MLN-Genossen und viele andere, ihr seid doch deshalb freigekommen. War es denn deiner Meinung nach ein Fehler der Linken, diesen Pakt zu unterschreiben?

Der Pakt ermöglichte unsere Freilassung, die Wahlen von 1984, die politische Öffnung. Die Kritik richtet sich nicht dagegen, daß Verhandlungen geführt und eine Vereinbarung unterzeichnet wurden. Sie richtet sich vielmehr dagegen, wie die Linke überhaupt an den Verhandlungstisch kam. In jener Zeit gab es in unserem Land eine zunehmende Massenmobilisierung. Diese Mobilisierung wurde abgebrochen, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Wenn die Aktivitäten auf der Straße noch eine gewisse Zeit angehalten hätten, hätte man bessere Bedingungen gehabt. Ich denke, daß man in jedem Fall hätte verhandeln müssen.

Aber dann eben mit mehr politischer und sozialer Kraft im Rücken ...

Natürlich. Die Militärs wurden von einer stark anwachsenden Massenbewegung immer mehr in die Ecke gedrängt. Aber diese Dynamik wurde abrupt abgeschnitten, als die Linke an den Verhandlungstisch ging.

Nächstes Jahr sollen in Uruguay Wahlen stattfinden. Ist denn zu befürchten, daß in deren Vorfeld die Repression gegen die Linke zunimmt?

Das hängt davon ab, wie zuvor eine andere Frage beantwortet wird: Mit welchem Regierungsprogramm wird die Linke in die Wahlen gehen? Ich bin der Meinung, daß die andere Seite derzeit eher darauf setzt, die Linke zu vereinnahmen. Sie setzten nicht in erster Linie auf einen Staatsstreich und auch nicht auf Repression. Ihre Strategie, die außerordentlich gefährlich ist, läuft darauf hinaus, die Linke zu zähmen und so zu transformieren, daß sie die Krise des Kapitalismus verwaltet. Wenn sie das schaffen, werden sie sehr zufrieden sein, denn nicht einmal die Rechte ist zur Verwaltung der Krise in der Lage.

Und wenn sich die reformistische Strömung innerhalb der Linken nicht durchsetzt?

Dann ist es möglich, daß die Armee auf die Methode des Terror setzt.

Das heißt, daß die von einigen Beobachtern für möglich gehaltene "Strategie der Spannung" gegen die Linke ganz eng mit der politischen Grundorientierung der Linken zusammenhängt?

Um diese Frage geht es. Die Linke Uruguays ist gerade dabei, eine große und wichtige Debatte zu eröffnen. Dabei stehen die politische Strategie, die eingeschlagen werden soll, sowie das Programm im Mittelpunkt. Ich beziehe mich dabei nicht auf ein Grundsatzprogramm, sondern auf das Regierungsprogramm. Was wollen wir verwirklichen, wenn wir 1994 die Wahlen gewinnen? Hier zeichnen sich bereits recht klar zwei Tendenzen ab. Eine, die das Programm tiefer hängen will, die sich an das System anpassen will und das zu verwirklichen sucht, was das System mutmaßlich erlaubt. Die andere Tendenz, zu der ich mich auch rechne, ist der Meinung, daß dies einem Selbstmord der Linken gleichkäme. Damit würde die Linke sowie die Kräfteakkumulation vieler Jahre zerstört werden. Außerdem meinen wir, daß derzeit nicht einmal die Bedingungen dafür gegeben sind, um ein Programm in die Praxis umzusetzen, wie es der erstgenannten Tendenz vorschwebt. Wir denken, daß wir die öffentliche Meinung des Landes polarisieren müssen. Denn zu

einem neoliberalen Wirtschaftsprogramm gibt es nur Alternativen, wenn wir tiefgreifende Veränderungen durchführen.

Schließen wir, bevor wir auf die Wahlfrage kommen, noch das Thema Repression ab. Du hast im Mai in einer Kolumne in der Zeitschrift Mate amargo auf die provozierenden Aktionen der illegalen Gruppen hingewiesen und den Präsidenten Lacalle als unfähigen Feigling kritisiert, weil er deren Treiben nicht Einhalt gebietet. Warum ist die Justiz daraufhin so hart gegen dich vorgegangen?

Das hängt alles sehr eng mit den Problemen innerhalb der Armee zusammen. Als eine Todesschwadron den Compañero Ronald Scarzella ermordete, interpretierten wird das als Aktion, die auf die Linienstreitigkeiten innerhalb der Armee Einfluß nehmen sollte. Sie brachten unseren Compañero um, weil sie uns zu einer gewaltsamen Gegenreaktion provozieren wollten. Sie wollten einen Krieg vom Zaun brechen und einen gemeinsamen Feind schaffen, den sie bisher nicht haben. Sie hatten keinen Erfolg damit. Denn alle Genossinnen und Genossen, die in der "Nationalen Befreiungsbewegung" (MLN-Tupamaros) organisiert sind und auch diejenigen, die uns nahestehen ohne direkt dazuzugehören, blieben sehr diszipliniert. Sie antworteten nicht mit Gegengewalt. Ich klagte den Präsidenten Lacalle an, weil er keine Untersuchungen über diese Todesschwadronen vornehmen ließ.

Weil er, wie du ihn bezeichnet hast, "dumm wie ein Esel ist" und politische Fehler macht oder weil er einer bestimmten Strömung zuneigt?

Er und die Militärführer, die ihm ergeben sind, sind Anhänger einer Doktrin, die aus der US-Botschaft kommt. Sie sind bereit, sich an der Durchsetzung der von den USA proklamierten "Neuen Weltordnung" zu beteiligen. Sie wollen die Armee Uruguays zu schnellen Eingreiftruppen ummodeln, die sogenannte Friedensmissionen durchführen sollen. Mehrere Bataillone uruguayanischer Soldaten stehen bereits in Kambodscha und in Mosambik. Die Armee hat für die Armeen des Cono Sur eine internationale Militärakademie gegründet. Dort sollen die internationalen Militärmissionen vorbereitet werden. Der Präsident setzt auf Intervention und ist bereit, überallhin Truppen zu schicken. Andere Militärs sprechen sich dagegen aus.

Der Fall Berrios und das Agieren der Todesschwadron zeigen, daß die Militärs de facto nach wie vor Straffreiheit genießen.

Die Militärs, die im Fall Berrios übrigens ziemlich dumm dastanden, erschienen zum ersten Mal vor einem Zivilrichter. Daß sie sich der zivilen Rechtsprechung unterwarfen, stellt einen wichtigen Fortschritt dar. Denn seit dem Ende der Militärdiktatur hatten sie immer wieder betont, daß sie sich nur vor Militärgerichten verantworten würden. Als jetzt ein Zivilrichter die Armeeangehörigen vorlud, warteten alle gespannt darauf, was passieren würde. Sie tauchten schließlich auf. Unter dem Strich heißt das, daß die Militärs in Uruguay aufgrund ihrer internen Probleme in den letzten Monaten an Boden verloren haben.

Dreht sich ihr Konflikt im Kern um die Frage, ob sie eine Streitkraft wollen, die Uruguays Grenzen verteidigt und/oder nach innen repressive Funktionen innehat oder ob sie eine Armee wollen, deren Aufgabe in erster Linie in internationalen Einsätzen besteht?

Das Konzept der "Neuen Weltordnung" beinhaltet die zahlenmäßige Verringerung der Armeen Lateinamerikas. Außerdem sollen sie nach innen und nach außen repressive Funktionen erfüllen können. Die Militärs, vor allem mittlere Offiziere, die sich dieser Konzeption widersetzen, sprechen sich gegen die "Neue Weltordnung" aus. Aus ihrer Sicht macht es keinen Sinn, die Probleme zu regeln, die der Imperialismus, die Großmächte, irgendwo in der Welt haben. Denn sie verdienen zwar viel, wenn sie nach Kambodscha, Mosambik oder sonst irgendwo hin geschickt werden; aber sie wissen auch, sie können schließlich lesen, daß sie mitten in eine Scheiße geschickt werden, die mit ihnen gar nichts zu tun hat. Sie sind sich klar darüber, daß sie nur Kanonenfutter sind.

Ich möchte noch einmal auf die "Guardia de Artigas" zurückkommen, die du eingangs erwähnt hast. Dabei handelt es sich um einen illegalen Apparat der Rechten, aber mit einem Diskurs, den man auf den ersten Blick gar nicht unbedingt als rechts identifiziert. Sehen wir uns ihren Diskurs etwas genauer an und gehen auf die Realität ein, die darin reflektiert wird!

Ihre Erklärungen sind antiimperialistisch und anti-neoliberal. Sie erklärten sogar, daß sie sich beim Plebiszit im Dezember 1992 gegen die Privatisierung von Staatsunternehmen aussprachen. (Die Opposition erzielte

sensationelle 71,5% und versetzte damit dem neoliberalen Ausverkaufsprogramm der Regierung einen schweren Schlag; Anm. Al.) Sie lassen die faschistischen Wurzeln ihres Diskurses nicht so recht hinter sich, erklären aber gleichzeitig, daß die Ideologien Erfindungen des Imperialismus gewesen seien, um die Völker zu spalten. Für sie gebe es heute keine ideologischen Spaltungslinien mehr, vielmehr sei die Grundfrage heute, ob man das Vaterland verteidige oder nicht. In gewisser Weise täuschen sie einen Übereinkunft mit uns vor. Auf dieses Dilemma habe ich in meinem Kongreßbeitrag hingewiesen. Sie greifen uns in der Öffentlichkeit nicht an und legen in ihren Erklärungen nahe, daß der Moment gekommen sei, um sich gegen den Imperialismus zusammenzuschließen. Diese Positionen halte ich für außerordentlich gefährlich. Wenn die Linke, um beispielsweise die Wahlen zu gewinnen, ihr antiimperialistisches Programm aufweicht, sind die Militärs da und besetzen diese Positionen. Genau das passiert derzeit in Argentinien.

Wie reagierte die Linke Uruguays? Differenzieren wir zwischen der "Nationalen Befreiungsbewegung" (MLN-Tupamaros) und dem Bündnis der Linken, der "Frente Amplio" (FA).

Die Reaktionen waren unterschiedlich. Führungspersonen der "Frente Amplio" sicherten anfänglich dem Präsidenten der Republik ihre Unterstützung zu, um die demokratischen Institutionen gegen die Bedrohung durch die "Guardia de Artigas" zu verteidigen. Diese Position nahmen sie ein, ohne daß es vorher in der "Frente Amplio" eine Diskussion gegeben hätte. Wir, die MLN-Tupamaros, betonten, daß wir die Attentate gegen die US-Botschaft und andere Ziele verurteilten. Wir sagten aber, daß die Forderungen, die die Attentäter stellten, schon seit Jahren von der Bevölkerung Uruguays eingeklagt werden. Man muß unserer Meinung nach zwischen den Attentaten auf der einen Seite und den Forderungen auf der anderen Seite unterscheiden! Uns erschien es gefährlich, daß ein Teil der "Frente Amplio" das Abstraktum "institutionelle Ordnung" verteidigte, was im konkreten darauf hinauslief einen Präsidenten zu unterstützten, der sich mit der Politik der US-Botschaft identifizierte. Die Militärs agierten gegenüber der Linken sehr geschickt, indem sie die Frage aufwarfen: Na, auf welcher Seite steht ihr denn nun? Entscheidet euch! Denn das ist die grundlegende Frage. Es geht nicht in erster Linie um eine oder zwei Bomben, die in der US-Botschaft gelegt wurden. Was eine viel größere Wirkung hatte, war das Manifest der Attentäter.

Wie sahen denn die Reaktionen auf diese Proklamation der "Guardia de Artigas" aus?

So etwas gab es in Uruguay noch nie. Es war eine völlige Überraschung. Bald sahen die Ersten, daß es sich um eine sehr zweischneidige Sache handelte. Wir, die Tupamaros, kritisierten den übergroßen Teil der Linken vor allem, weil sie ähnlich wie Strauße den Kopf in den Sand steckten. Sie taten, als ob das Neue nicht existierte. Von wegen! Und wie es existierte! Es legte Bomben und gab Erklärungen heraus. Es paßte aber in keine unserer bisherigen Analysen. Es gibt eine Art Denkfaulheit und Anpassung an das Gewohnte, was es erschwerte, das Neue an der Situation zu begreifen.

Ist das Problem mittlerweile geklärt, oder geht die Debatte in der "Frente Amplio" weiter?

Die Diskussion hat sich vertieft. Die "Frente Amplio" hat, das müssen wir anerkennen, nach dem Fall Berrios und dem Skandal mit den Generalen gesagt: Stop, dieses Tier existiert wirklich. Wir müssen es uns ganz genau ansehen. Die Haltung, die ich skizzierte, wurde zu Beginn eingenommen. Viele dachten, das hält sich nicht lange. Heute wird darüber reflektiert, übrigens in ganz Lateinamerika. Denn dieses Problem gibt es, mit ganz ähnlichen Charakteristika, in ganz Lateinamerika. Bei den Wahlen, die heute in Argentinien stattfinden, stellt sich eine Gruppe von ehemaligen Putschmilitärs - die "carapintadas" - zur Wahl. Sie kandidieren zusammen mit einer maoistischen Gruppe und werden ein merkliches Wachstum verzeichnen. (Sie wurden drittstärkste Kraft und erhielten ca. 17% der Stimmen, Anm. Al.). Sie nützen das Vakuum aus, das die Linke hinterließ. In Venezuela marschieren die sogenannten "Bolivarianischen Militärs" sehr eng an der Seite der "Causa R" ("Radikale Sache"; eine progressive, linke Bewegung, die schnell an Bedeutung gewinnt, Anm. Al.). Etwas Neues! So etwas hat es in Lateinamerika lange nicht mehr gegeben.

Etwas ähnliches, nur mit negativem Vorzeichen, können wir auch in El Salvador oder Guatemala beobachten. Dort schmükken sich die ultrarechten Teile in Armee und Oligarchie mit "antiimperialistischen" Positionen.

Exakt. Etwas ähnliches passiert auch in Nicaragua. In der sandinistischen Armee gibt es ähnliche Probleme; denken wir nur an die bewaffneten Konfrontationen zwischen Sandinisten und ehemaligen Sandinisten. Das geht wie ein Lauffeuer durch Lateinamerika. Selbst die brasilianische Armee nimmt als Institution sehr harte Positionen gegen die US-Politik ein, als Institution!

Die lateinamerikanische Linke wird sich also möglichst schnell gegenüber diesem Nationalismus mit sozialem Anstrich und antiimperialistischer Propaganda definieren müssen.

Die Mischung sieht je nach Land etwas anders aus. Ich denke, daß nicht nur wir, sondern auch die Militärs, zumindest die im Cono Sur, ihre Vergangenheit selbstkritisch betrachten. Denn sie gewannen zwar den Krieg gegen uns, aber in gewisser Hinsicht verloren sie auch. Sie verloren auf politischer und ideologischer Ebene. Sie haben rückblickend festgestellt, daß ihnen die Massenunterstützung fehlte. Sie waren Faschisten ohne Massenbasis.

Und heute gehen die Salonfaschisten auf die Straße und suchen den Kontakt mit den Massen?

Sie suchen die Massenunterstützung. Das Beispiel Argentinien zeigt es sehr deutlich. Der Ex-Offizier Aldo Rico, der einen Wahlerfolg einfahren wird, arbeitet in den Armenvierteln. Die Stimmen wird er von den Ärmsten bekommen! Er arbeitet da, wo die Linke nicht aktiv ist. Ein anderes Beispiel sind die Militärs in meinem Land. Auch sie greifen populäre Forderungen auf.

Das Gespräch fand am 03.10.93 in Frankfurt/M. statt und wurde von Al., Nürnberg, geführt.

Im nächsten ak Teil 2: Linke und Wahlen; internationale Zusammenarbeit.

Anmerkung

1) Die Vorfälle, auf die E. Fernández Huidobro in seinem inkriminierten Artikel hinwies, und das politische Umfeld der Anklage gegen die beiden leitenden Tupamaros sind in ak 356 (7. Juli 1993, S. 10) unter dem Titel "Zurück in die Siebziger?" zusammengefaßt.

Knappe Darstellungen von Geschichte und aktueller Politik der MLN-Tupamaros finden sich in: Eleuterio Fernández Huidobro, Mit Neuen Augen. Reden, Gedanken, Interviews, (Verlag Libertäre Assoziation) Hamburg 1992; Albert Sterr, Ches Erben. Gespräche zur Politik der Guerilla in Lateinamerika, (Neuer ISP Verlag) Köln 1993, S. 213 - 235.

31. Brasiliens Straßenkindern droht täglich der Tod

Das Massaker an den Straßenkindern der Candelaria

Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:03

Am Freitag, den 23. Juli 1993, schliefen kurz nach Mitternacht ungefähr 40 Straßenkinder unter den Markisen eines Hauses, das an die Kirche "Candelaria" im Herzen Rios grenzte. Sie hatten sich in Decken gewickelt und auf Teppichresten am Boden ausgebreitet, als zwei Fahrzeuge der Marke "Chevette" hielten. Sechs Männer verließen die Wagen und bewegten sich direkt auf einen Jungen mit blondgefärbten Haaren zu. "Bist Du der Russo", fragten sie. "Mein Name ist Marco Antonio," antwortete der Gefragte. "Lügen hilft Dir nicht!", brüllte der Anführer des Rollkommandos. Marco Antonio, der Russo genannt wurde, und die direkt neben ihm stehenden Kinder wurden mit professioneller Präzision aus unmittelbarer Nähe erschossen. Auf zwei fliehende Jugendliche wurde ebenfalls das Feuer eröffnet - sie hatten keine Chance. Es ist nicht klar, ob kurz vor oder nach diesem Blutbad einer der beiden Chevette drei weitere Jungen, Wagner, Paulo und Gambazinho, 500 m von der Candelaria entfernt einlud, um sie im Auto zu erschießen. Eines der Opfer, Wagner, überlebte mit einer Kugel im Nacken, Millimeter von der Wirbelsäule entfernt. Seine letzte Erinnerung ist, daß zwei Männer auf der Vorderbank des Wagens saßen und ein Dunkelhäutiger mit kurzem Militärhaarschnitt sich nach hinten drehte und ihn fragte: "Erinnerst Du Dich an mich Paulo?" Wagner erwachte vor dem 5 km entfernten Museum der Modernen Kunst, neben ihm lag der tote Körper seines Freundes Gambazinho.

"Ich sah schon den Teufel hier, aber einen Fall wie diesen noch nie", äußerte sich erschüttert der Direktor des Hospitals Souza Aguiar, in das die Opfer des Massakers eingeliefert wurden.

Schnell kam der Verdacht auf, daß es sich bei dem Massaker an der Candelaria um eine Racheakt der Polizei gehandelt habe. Am Tag zuvor hatte die Polizei einen Jungen namens Neilton beim Verkauf von Schnüffelkleber verhaftet, was eine kleine Rebellion zur Folge hatte. Die Straßenjungen bewarfen die Polizeifahrzeuge mit Steinen, zerstörten einige Windschutzscheiben und verletzten einen Polizisten. Auf dem Weg zur Wache wurde Neilton von den Beamten der Rat gegeben: "Wenn Du diese Nacht überleben willst, halte Dich von hier fern." Neilton wurde freigelassen und kehrte zur Candelaria zurück, wo er Russo, den Anführer der Straßenkindergruppe, warnte. Für Russo war die Drohung eine von vielen, die er täglich erhielt, er nahm sie nicht ernst. Andere Kinder hatten ihre Lektion der Straße besser gelernt. Der 11jährige J. erzählte den Reportern nach dem Massaker: "Wer der Polizei etwas schuldig bleibt, stirbt."

Wer sind die Straßenkinder?

Die Zahlen, die über Straßenkinder in Brasilien verbreitet werden, sind verwirrend. Es sind in der Regel nicht nur diejenigen gemeint, die die Straße als einzigen Ort des Lebens und des Überlebens gewält und jedweden Kontakt zu ihren Familien abgebrochen haben. Es werden auch meist diejenigen mitgezählt, die auf der Straße lediglich das eigene Überleben und das ihrer Familien - zu denen sie aber in regelmäßigen oder unregelmäßigen Abständen zurückkehren - organisieren. Erstere Gruppe (die eigentlichen Straßenkinder), ist zahlenmäßig verhältnismäßig gering, man schätzt sie in Rio auf knapp 700 Kinder. Die zweite Gruppe, die "Kinder auf der Straße", sind diejenigen, die das Bild in der Öffentlichkeit prägen, indem sie sich auf der Straße ihren Lebensunterhalt mit kleineren Geschäften, Klauereien, Autowaschen und Betteln verdienen und damit zum Unterhalt ihrer Familien beitragen. Ihre Zahl wird in ganz Brasilien auf eine Million geschätzt, wahrscheinlich sind es mehr. Gemeinsam ist beiden Gruppen, daß die Kinder sowohl Herren als auch Opfer der Straße sind. In den Stunden des Morgengrauens an den gefährlichsten Orten der Städte sind sie auf der Suche nach einem Ort zum Überleben. Sie sind weder Teufel noch Heilige, sondern das Ergebnis einer sozialen Diskriminierung und eines Staates, der seinen öffentlichen Bankrott erklärt hat.

Was treibt die Kinder

auf die Straße?

Es ist einfach zu erklären: Ihnen fehlt ein Zuhause mit einem Dach über dem Kopf und ausreichende Ernährung. Es fehlen Arbeit, würdige Löhne, Schulen, soziale Betreuung, Krankenhäuser - die gesamte soziale Infrastruktur eines Staates, der seinen Marginalisierten ein halbwegs funktionierendes familiäres Zusammenleben erlauben würde. Die Kinder gehen auf die Straße, weil sie das schwächste Glied in einer

durch das Elend verrückt gewordenen Familienstruktur sind, die jedes Mitglied vom Erwachsenen bis zum Kind erdrückt. Beispiel hierfür sind die vielen Gewaltakte gegenüber Mädchen, die oft durch die Figur des Stiefvaters personifiziert werden, der sich nicht nur das Recht herausnimmt, die Tochter seiner Gefährtin zu entjungfern, sondern sie sich oft auch noch als Geliebte hält. Der soziale Ausnahmezustand ist dafür verantwortlich, daß diese Kinder oft in einem Alter auf der Straße landen, wo sie eigentlich in einem Klassenraum sitzen müßten.

Brasilien ist in Lateinamerika einsamer Rekordhalter in Sachen Elend. Von den 60 Millionen Kindern unter 17 Jahren, die in Brasilien leben, stammen 18 Millionen aus Familien mit einem Pro-Kopf-Einkommen mit maximal einem Viertel des Salario Minimo/Mindesteinkommen (ein Salario Minimo entspricht etwa 120 DM). Dieses Geld reicht noch nicht einmal aus, um täglich einen Liter Milch kaufen zu können. 18% der Bevölkerung über 15 Jahren kann weder lesen noch schreiben.

Im täglichen Überlebenskampf sind die Mütter oft genug alleinverantwortlich für den Unterhalt der Familie und sehen sich vor die Wahl gestellt, ihre Kinder vor der Straße zu "schützen", indem sie sie von klein auf zuhause einschließen und dort sich selbst überlassen, oder sie "frei" zu lassen, mit dem Risiko, sie aus den Augen und die Kontrolle über sie zu verlieren.

Die Kinder auf der Straße sind auch das Produkt einer gnadenlosen Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen einer verschwindend geringen Minderheit: 72 Prozent des Einkommens konzentriert sich auf 25 Prozent der Familien, während 25 Prozent der Kinder, das Pech haben, zu den ärmsten Familien zu gehören, die lediglich drei Prozent des Einkommens unter sich aufteilen können.

Es gehört schon fast Bösartigkeit dazu, wenn ein "Brasilienkenner" wie der FAZ-Berichterstatter Martin Gester in einem Bericht vom 10.9.1993 zustimmend einen "erfahrenen" Jugendrichter aus Rio zitiert: "Das Problem der sogenannten ‚Straßenkinder` läßt sich in 48 Stunden lösen, die Politiker und Behörden müssen es nur wollen." Wer das sagt, denkt an gewaltätige Lösungen.

Wer sind die Täter?

Die Straßenkinder, die auf der Grundlage eines perversen Wirtschaftssystems entstehen, werden zu Opfern der Vernichtungslogik einer Gesellschaft, die denjenigen tötet, der sie stört. Sie sind das schwächste Glied in einer Gesellschaft, die vier Fünftel ihrer Mitglieder marginalisiert und zu Pariern erklärt hat. Sie von den Bürgerrechten ausschließt und sich von ihnen, den ewig Verdächtigen, bedroht fühlt, wenn diese ihren Müll durchwühlen, ihre Autoscheiben waschen, ihre Armbanduhren klauen und die Innenstädte unsicher machen. "Diese Kinder werden aus der Kategorie der menschlichen Lebewesen ausgeschlossen, sie sind gefährliche Tiere, die für die Erwachsenen ein Risiko darstellen und aus diesem Grund wollen sie sie töten", beschreibt der brasilianische Soziologe Betinho, Leiter der nationalen Kampagne für Bürgerrechte und gegen den Hunger, die Situation.

Daß die als störend empfundenen Straßenkinder und tatsächlich Gewalttaten begehen ist zweiffelos war. Nur, wer sie für die Unwirtlichkeit der brasilianischen Großstädte verantwortlich machen will, bliebt bei einer ärgerlichen und oberflächichen Betrachtungsweise des Problems stehen. Es stimmt, daß in diesem Jahr zehn Menschen in Rio von Minderjährigen umgebracht wurden. Aber die Statistik hat ein kleines Problem, das "Brasilienkenner" wie Herr Gester gerne übersehen: Dagegen steht die Gewalt im Massenangebot, mit 320 ermordeten Straßenkindern allein im ersten Halbjahr 1993. Öffentlich ausgestellt wie auf den Stufen der Candelaria!

Präsident Itamer Franco hat in seinen ersten Reaktionen auf das Massaker an der Candelaria vor laufenden Fernsehkameras den Bankrott des brasilianischen Staates eingestanden. Recht hat er! Mehr als zehn Jahre wirtschaftliche Stagnation, pünktliche Rückzahlung der Auslandsverschuldung aus den Zeiten der Militärdiktatur sowie Strukturanpassungen des Internationalen Währungsfonds habe jede Grundlage eines sozialen Zusammenlebens in Brasilien zerstört. Und dieser Zerfall des brasilianischen Staates hat sich inzwischen auf den gesamten Bereich der öffentlichen Sicherheit ausgeweitet. Täglich ist zu beobachten, wie sich die Mindestregeln im Zusammenleben der Bevölkerung auflösen und sie zu Formen der "Selbsthilfe" greifen, die nicht selten als öffentliche Lynchjustiz endet. Die Wertesysteme sind in Auflösung, Gewalt wird verharmlost. Werte, wie das menschliche Leben, verlieren ihre Bedeutung. Der Wunsch, dem Anderen

physisches Leid zuzufügen, verwandelt immer mehr auch den ehrenwerten Bürger und Nachbarn von einem Moment zum anderen in ein gewaltätiges Monster, das keine Regeln und Grenzen kennt .

Hinzu kommt, daß in Brasilien, wo Staat und Elite auf eine lange Geschichte von Willkürtradition zurückblicken können, die Polizei mit der Kriminalität verschmolzen ist und sich ein System einer parallel arbeitenden Justiz herausgebildet hat, die sich durch Barbarei auszeichnet und sich jeglicher Kontrolle durch die demokratische Gesellschaft entzieht.

Der öffentliche Widerhall, das Entsetzen, das die Morde an der Candelaria ausgelöst haben, sind in Brasilien aber auch nicht nur Ausdruck einer gespielten Empörung. Es gibt heute eine Bewegung, die sich aus den Diskussionen um die Rückgewinnung ethischer Werte zu Zeiten des Impeachments gegen Ex-Präsident Collor entwickelt hat und die den Kampf um die Rückgewinnung einer menschlicheren brasilianischen Gesellschaft führt, die sich auf den sozial denkenden, mündigen Bürger stützt. Eine Gesellschaft, die in der Lage ist, ihren schwächsten Gliedern - wie z.B. den Kindern, Indianern und Schwarzen - einen würdigen Platz einzuräumen.

Aber es gibt nach wie vor auch die altbekannten Vertreter von Law und Order, die die Kindermassaker lediglich verurteilen, um sofort anschließend die ebenfalls altbekannte Lösung anzubieten: Einführung der Todesstrafe und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung durch die Intervention des Militärs.

B., Recife

Quellen:

veja vom 28.7.93; Journal do Brasil vom 15.5.92, 27.6.93, 18.7.93, 24.7.93, 25.7.93, 28.7.93; Journal de Comercio vom 31.8.93; O Globo vom 28.7.93; FAZ vom 10.9.93

Die schlimmsten Verbrechen

an den

Straßenkindern im Bundesstaat Rio

Mai 1989

Ein neunjähriger Straßenjunge wird in Ipanema ermordet aufgefunden. In seinen Händen hält er einen Zettel: "Du hast nichts gelernt und nichts produziert."

Juli 1990

Auf einem Sitio der Stadt Mage/Acari werden elf Jugendliche entführt. Tage später findet man einen ausgebrannten Kombi und rekonstruiert anhand blutbefleckter Kleidungsstücke, daß sieben Jungen und vier Mädchen von sechs Männern getötet wurden. Die Geschichte hat aber noch eine dramatische Steigerung: Die Mütter der Opfer schlossen sich in einer Gruppe zusammen, die bis ins Ausland als "Mütter von Acari" bekannt wurde und mit der Justiz um die Aufklärung des Verbrechens stritt. Die Untersuchung brachte jedoch kein Ergebnis. Am 15. Januar dieses Jahres wurde die Sprecherin der Müttergruppe im Zentrum von Rio ermordet, ein Verbrechen, das ebenfalls bis heute nicht aufgeklärt wurde.

November 1991

Sechs Kinder zwischen neun und 16 Jahren wurden in einer Favela Rios erschossen. Die Verantwortung hierfür übernahm ein Drogenhändler. (Kinder und Jugendliche werden von den Drogenhändlern oft als avioes, d.h. Transporteure kleinerer Rauschgiftmengen benutzt. Viele dieser Kinder "verschwinden" als unangenehme Zeugen.)

Juni 1992

In Imbare wurden bei dem dritten Massaker innerhalb einer Woche vier Kinder getötet.

Februar 1993

Aus dem Central do Brasil verschwanden fünf Straßenkinder spurlos.

Mai 1993

In der Favela do Metro ermordeten Militärpolizisten eine 16-jährigen Jungen.

Juli 1993

Drei Minderjährige wurden in Olaria von den Bewohnern gelyncht. Sie hatten den "Fehler" begangen, aus Angst, sie könnten beschuldigt werden, zu fliehen. Nachträglich stellte sich heraus, daß sie mit dem Vorfall, deret wegen die Bewohner Selbstjustiz übten, nichts zu tun hatten.

Vor der Candelaria sterben acht Straßenkinder.

(Quelle: Journal do Brasil 25.7.1993)

H 10,2 % der brasilianischen Kinder haben bei der Geburt Untergewicht. Im Alter von sechs Monaten sind es schon 21,8 % und bei den Zwei- bis Fünfjährigen erhöht sich der Prozentsatz auf 31,7.

Brasilianische Kinder sind bis zum Alter von fünf Jahren 5 cm kleiner als amerikanische Kinder, mit 18 Jahren hat der Wachstumsunterschied schon 7 cm erreicht.

(Quelle: Pasquisa National de Saude e Nutricao (Nationale Untersuchung über Gesundheit und Ernährung, zitiert nach Journal de Comercio v. 31.8.93)

H 12 % der Kinder, die im Nordosten Brasiliens geboren werden, kommen untergewichtig zur Welt. Es ist die höchste Rate in Brasilien. Von zwei Millionen unterernährten Kindern leben 67% im Nordosten. Die Kindersterblichkeit beträgt in dieser Region 106 von Tausend, während sie im brasilianischen Durchschnitt bei 60 von Tausend liegt (Journal do Brasil, 15.5.92).

Allein die Milch, die jedes Jahr in Brasilien durch unwirtschaftliche Handhabung verloren geht, würde ausreichen, vier Milliarden Gläser Milch pro Jahr zu verteilen (Journal do Brasil 18.7.93).

H Ein brasilianischer Untersuchungsausschuß über die Tötung von Straßenkindern kam zu dem Ergebnis, daß zwischen 1988 und 1990 4.611 Kinder unter 17 Jahren ermordet worden sind. 1991 wurden durchschnittlich vier Kinder pro Tag ermordet. 1992 erhöhte sich die Zahl auf 4,2. Das Nationalsekretariat der Bewegung der Jungen und Mädchen der Straße veröffentlichte in einem Bericht, daß 85 % der Getöteten männlichen Geschlechts sind und 72 % von ihnen schwarzer Hautfarbe sind.

32. Nordirland: Krieg bis ins nächste Jahrtausend

Nordirland zwischen katholischer Friedensinitiative und loyalistischem Terror

Autor: Max Schmitz · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:23

Seit ein paar Wochen ist Nordirland wieder einmal in den internationalen Schlagzeilen und Abendnachrichten. Der aktuelle Anlaß war am 23. Oktober ein Anschlag der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) auf das West-Belfaster Büro der pro-britischen paramilitärischen Ulster Defence Association (UDA). Bei dem Anschlag kamen zehn Menschen ums Leben, unter ihnen Thomas Begley, einer der IRA-Freiwilligen, die den Anschlag ausgeführt hatten. Die weiteren Opfer waren ProtestantInnen, die ihren samstäglichen Einkäufen nachgingen oder im Erdgeschoß des zerstörten Hauses in einem Fischladen arbeiteten. Das eigentliche Ziel des Anschlages war die Führungsriege der UDA, die sich zum Zeitpunkt des Anschlages im ersten Stockwerk des Gebäudes aufhalten sollte.

Das Treffen der UDA hatte aber kurz zuvor geendet. Nach Angaben der IRA explodierte die Bombe außerdem unvorhergesehen zu früh, was dadurch belegt ist, daß einer der beteiligten IRA-Aktivisten starb, während der andere immer noch lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus liegt. Weiterhin teilte die IRA mit, daß sie vor Detonation der Bombe eine Warnung geben wollte, um zivile Opfer zu vermeiden. Es war wohl die Absicht der IRA, die unmittelbare Umgebung des Hauses von der Bevölkerung räumen zu lassen, während sie annahm, daß sich die UDA-Führung in das oberste zweite Stockwerk flüchten würde, um der direkten Wirkung des Bombenanschlages im Erdgeschoß zu entgehen. Wie geplant war die Bombe so mächtig, daß sie das ganze Haus zum Einsturz brachte und damit auch die UDA-Leute unter sich begraben hätte.

Dem Anschlag geht eine nun schon über zweijährige Eskalation des Terrors durch die protestantischen Todesschwadrone (z.B. die UDA) voraus. In diesem und im letzten Jahr töteten sie mehr als eineinhalbmal so viele Menschen wie die IRA. Die IRA beschränkte sich in den vergangenen Jahren überwiegend auf eine ökonomisch-militärische Bombenkampagne, durch die ganze Stadtzentren und britische Militärbasen zerstört wurden. Dieser Wandel in der Operationsweise der IRA hängt damit zusammen, daß britische Soldaten immer aufwendiger geschützt werden und es das primäre Ziel der IRA ist, die Kosten der britischen Besetzung in die Höhe zu treiben. Grundsätzlich versucht die IRA außerdem, ihre Kampagne nach strikt militärischen Kriterien auszurichten. (Unter "legitime" Ziele fallen jedoch nicht nur das britische Militär oder nordirische Polizisten, sondern z.B. auch Bauunternehmer oder deren Arbeiter, die für das britische Militär Basen errichten).

Im Gegensatz dazu betreiben die protestantischen Paramilitärs eine nahezu ausschließliche Terrorpolitik: Katholiken, ob alt oder jung, werden wahllos erschossen - mit dem ausdrücklich erklärten Ziel, die gesamte katholische Bevölkerung einzuschüchtern und der britischen Regierung für den Fall eines Rückzuges mit einer weiteren Eskalation zu drohen. Seitdem die Präsidenten der beiden katholischen Parteien Nordirlands, Gerry Adams von der militant republikanischen Sinn Féin und John Hume von der konstitutionellen sozialdemokratischen SDLP, vor einigen Monaten Geheimverhandlungen aufnahmen (siehe unten), richten sich die Todesdrohungen der Loyalisten (gemeint sind die militanten VerteidigerInnen der Union mit Großbritannien) nun an eine "pan-nationalistische Front". Damit gelten nicht nur alle katholischen Zivilisten als legitime Ziele; es wurden z.B. auch die Privatwohnungen von kommunalen SDLP-Ratsmitgliedern mit Bomben angegriffen (jedes Sinn-Féin-Mitglied war dagegen schon immer ein Zielscheibe).

Die IRA versucht von ihrer politischen Zielsetzung her (eine sozialistische Republik Irland, in der die Religionszugehörigkeit keine Rolle spielt), eine sektiererische Austragung des Konfliktes zu vermeiden. Einfache ProtestantInnen sollen nicht angegriffen werden. Die meisten Opfer der IRA sind jedoch trotzdem ProtestantInnen, weil nur diese für die "Sicherheitskräfte" arbeiten.

Gleichzeitig ist die IRA aber auch die Verteidigerin der katholischen Ghettos. Mit dieser Rolle wurde sie Ende der 60er Jahre in Belfast wiedergeboren, als in loyalistischen Pogromen ganze katholische Straßenzüge niedergebrannt wurden. Diese Pogrome gibt es seit den frühen 20er Jahren, als sich Südirland von Großbritannien löste. In den 60ern waren Pogrome die loyalistische Antwort auf eine katholische Bürgerrechtsbewegung. Mitte der 70er Jahre eskalierte der loyalistische Terror wieder einmal, nachdem sich die IRA mit der britischen Regierung auf einen Waffenstillstand geeinigt hatte. U.a. wegen der damaligen loyalistischen Kampagne beendete die IRA nach einem Jahr diesen Waffenstillstand. Sie schlug dann relativ

gezielt und massiv gegen die protestantischen Paramilitärs zurück und konnte sie infolgedessen soweit einschüchtern, daß sie ihre Kampagne gegen die katholische Zivilbevölkerung stark einschränken mußten. Gerade das wird heute von der IRA in den katholische Ghettos wieder erwartet.

Vor dem Anschlag auf das UDA-Büro versuchte die IRA deshalb dreimal vergeblich, einen der Hauptakteure der protestantischen Paramilitärs von West-Belfast zu erschießen. Dieser soll persönlich allein für mindestens zwölf Morde an katholischen Zivilisten verantwortlich sein. Auch bei dem Bombenanschlag soll der UDA-Kommandant wiederum nur leicht verletzt worden sein.

Loyalistischer Terror

Die gegenwärtige Kampagne der loyalistischen Todesschwadrone setzt, politisch gesehen, an dem 1985 geschlossene Hillsborough-Abkommen zwischen der britischen südirischen Regierung an. Damals wurde gegen den Willen der Unionisten (derjenigen, die für die Beibehaltung der Union mit Großbritannien eintreten), der Dubliner Regierung ein Pro-forma-Mitspracherecht in Nordirland eingeräumt. Der Schwerpunkt des Abkommens lag jedoch in der gemeinsamen britisch-südirischen Bekämpfung der IRA und Sinn Féins. Die Unionisten fühlen sich seitdem von Großbritannien verraten und betrachten es nur noch als eine Frage der Zeit, wann sie endgültig im "Stich gelassen" werden.

Ebenso wurde der militante Loyalismus von einem sozialökonomischen Niedergang ergriffen. Der proletarische Belfaster Stadtteil Shankill gilt als dessen Kernland, in ihm befand sich auch das von der IRA zerbombte UDA-Büro. Die sozialökonomische Vorherrschaft der protestantischen Loyalisten war bis in die 70er Jahre hinein an einen sicheren Job auf den Belfaster Werften oder in den lokalen Industrien geknüpft. Gerade in diesen traditionell protestantischen Wirtschaftszweigen hat aber die Krise zugeschlagen, und die britische Regierung leistet es sich nicht mehr wie früher, diese Industrien hoch zu subventionieren. Leute aus der Mittelklasse ziehen deshalb aus Shankill weg oder verlassen Nordirland vielleicht sogar ganz. Diejenigen, die arbeitslos geworden sind, müssen bleiben.

Gleichzeitig ist in Nordirland der katholische Anteil an der Bevölkerung inzwischen auf 43% angewachsen. Während und nach der irischen Teilung von 1922 lag der katholische Bevölkerungsanteil lange Zeit nur bei ca. 30%. Die von den Briten erzwungene Teilung nach dem irischen Unabhängigkeitskrieg erfolgte damals so, daß die Unionisten in Nordirland eine komfortable Mehrheit haben würden, aber nicht "zu viel" Land abgeben mußten. Bis zum Jahre 2000 soll nach demographischen Berechnungen die Mehrheit Belfasts katholisch sein. Selbst eine katholische Bevölkerungsmehrheit im gesamten Nordirland wird von den Unionisten für die Zukunft befürchtet.

Diese sich verstärkenden Ängste auf Seiten der Unionisten bzw. der Loyalisten munitionierte die britische Regierung auch im sprichwörtlichen Sinne. Ende der 80er Jahre wurde die UDA mit Hilfe britischer Agenten neu mit südafrikanischen Waffen ausgerüstet, und die Verhaftung der alten UDA-Spitze führte Anfang der 90er Jahre dazu, daß sie durch eine junge, brutalere und besser organisierte Generation ersetzt werden konnte. Mittlerweile soll sich die UDA sogar soweit entwickelt haben, daß sie bald in der Lage sein soll, große Bombenanschläge auszuführen, wozu bisher nur die IRA fähig war. Aufgrund der von ihr intensivierten Kampagne wurde die UDA im letzten Jahr zwar offiziell verboten, konnte aber z.B. weiterhin öffentlich - das wäre für die IRA unvorstellbar - ihr jetzt zerbombtes Büro betreiben. Ebenso wurde sie bei Besprechungen mit nordirischen Polizeioffizieren und unionistischen Politikern beobachtet. Genauso bekommen die protestantischen Paramilitärs auch weiterhin aus dem nordirischen Sicherheitsapparat passive und aktive Unterstützung (siehe auch ak 358, S. 22f.).

In der Woche nach dem Bombenanschlag der IRA ermordeten die protestantischen Paramilitärs 14 katholische Zivilisten und verletzten Dutzende. In ihren Kommuniqués kündigten sie an, nicht nur Adams und Hume wegen ihrer Friedensgespräche persönlich verantwortlich zu machen, sondern die gesamte katholische WählerInnenschaft anzugreifen. Die ersten Attacken machten deutlich, was damit gemeint war: Ein Rentner wird in seinem Haus mit einem Kopfschuß getötet; ein Pizza-Austräger wird in die Falle gelockt und umgebracht; zwei Brüder Anfang 20 werden in einer abgelegenen Farm vor den Augen ihrer siebenjährigen Schwester, deren Geburtstag sie feiern wollten, erschossen; in einem von Katholiken frequentierten Pub nahe Derry, in dem gerade eine Halloween-Fete begonnen hat, werden die BesucherInnen wahllos mit

Maschinengewehren niedergemetzelt usw. Diese Woche Ende Oktober war mit 24 Toten selbst für nordirische Verhältnisse der reinste Horror.

Friedensangebot von Dublin und London blockiert

Parallel zu diesen Ereignissen begannen Anfang dieses Jahres die Vertreter der katholischen Parteien in Nordirland, Adams und Hume, mit einer geheimen Gesprächsserie, die erst am 25. September unterbrochen wurde. Dieser Gesprächsrunde vorausgegangen war 1988 eine erste, die jedoch damals nicht zu greifbaren Ergebnissen führte. Anfang 1992 verabschiedete und veröffentlichte Sinn Féin auf seiner jährlichen Parteikonferenz ein Strategiepapier "Towards a Lasting Peace" (Hin zu einem dauerhaften Frieden), in dem ein Vier-Punkte-Plan für einen Friedensprozeß in Nordirland entworfen wurde: Die Republik Irland und Großbritannien sollen sich auf ein Ende der Inselteilung einigen, an Friedensverhandlungen sollen alle relevanten Kräfte teilnehmen, die Unterstützung der EG und der UNO soll sichergestellt werden, und dem ganzen eine allumfassende Demilitarisierung in Nordirland folgen.

Später, im gleichen Jahr, scheiterten unabhängig davon die Gespräche, die das britische Nordirlandministerium mit nordirischen Parteien (unter Ausschluß allein von Sinn Féin) und der südirischen Regierung geführt hatte. Der Grund dafür lag bei den unionistischen Parteien, die zu keinen Kompromissen bereit waren und in der letzten Gesprächsphase die Fortführung der Gespräche von einseitigen Vorleistungen der Gegenseite abhängig machten (z.B. Streichung des südirischen Verfassungsanspruches auf eine Vereinigung Irlands).

Aufgrund dieser Vorgeschichte, insbesondere der Kompromißlosigkeit der Unionisten, der vorliegenden Friedensstrategie von Sinn Féin und wahrscheinlich der Einsicht, daß auf absehbare Zeit ein wirklicher Friedensprozeß nicht ohne oder gegen die republikanische Bewegung möglich ist, wird sich John Hume entschlossen haben, Gespräche mit Gerry Adams aufzunehmen. Am 25. September beendeten die beiden Politiker vorläufig die jetzige Gesprächsrunde mit einer gemeinsamen Erklärung, in der es u.a. heißt, "daß sie an einem Friedensprozeß arbeiten, an dem alle Parteien beteiligt sein würden, daß ein dauerhafter Friedensprozeß, der allen Traditionen Irlands gerecht wird, möglich ist und die von ihnen konkret ausgearbeiteten Vorschläge der Dubliner Regierung vorgelegt werden, damit diese von ihr und von der britischen Regierung bewertet werden können".

Bis heute kann nur vermutet werden, was diese Vorschläge beinhalten. Nach Aussagen der "Irish Times" soll die Grundlage der Vorschläge ein IRA-Waffenstillstand sein, wenn die britische Regierung zugleich erklärt, nicht länger daran interessiert zu sein, in Nordirland zu bleiben; sie anerkennt, daß die IrInnen ein Recht auf Selbstbestimmung haben (und nicht wie bisher allein die protestantische Mehrheit innerhalb Nordirlands über den Status Nordirlands bestimmen können soll); und daß sie sich verpflichtet, die Unionisten zu einer Akzeptanz dieser neuen Entwicklung zu bewegen. Weiterhin wurde u.a. vom Londoner "Guardian" vermutet, daß bei einer britischen Abzugserklärung von irisch-nationalistischer Seite ein konkretes Rückzugsdatum in 20 bis 30 Jahren gefordert werden würde. Ein solcher Zeitraum würde auch der oben beschriebenen demographischen Entwicklung in Nordirland entsprechen und könnte deshalb einen britischen Abzug in dieser Form auch zu einer innernordirischen Mehrheitsentscheidung machen. Von Humes und Adams wurde nach dem 25. September weiterhin deutlich gemacht, daß der innerirische Friedensprozeß nur mit unionistischer Zustimmung vorankommen kann, wobei Gerry Adams dafür eintritt, daß sich ein solches unionistisches Veto nur auf die Ausgestaltung eines zukünftig vereinigten Irlands beziehen könnte.

In der Antwort des irischen Außenministers auf die Ergebnisse des Gesprächs zwischen Adams und Hume vom 27. Oktober wird dagegen weiterhin das unionistische Vetorecht in bezug auf den Status von Nordirland bestätigt, was sogar eine Änderung der irischen Verfassung mit ihrem Wiedervereinigungsgebot nach sich ziehen soll. Sinn Féin soll nur dann an Verhandlungen teilnehmen können, wenn die IRA vorher ihre Waffen niedergelegt hat. Weiterhin sollen alle InselbewohnerInnen frei sein, neue Regierungsstrukturen zu entwickeln. Einige Tage später auf dem Brüsseler EG-Gipfel am 29. Oktober schränkten der irische und der britische Premierminister diese Antwort noch weiter ein, indem sie zum einen erklärten, daß sie erst nach einer längeren Waffenstillstandsphase mit der republikanischen Bewegung verhandeln würden und einem solchen Fall keinerlei geheime Absprachen oder Verständigungen vorausgehen würden. Zum anderen machten die beiden Premiers im Gegensatz zu ihren bisherigen Positionen deutlich, daß eine Veränderung des nordirischen Status nicht dann möglich wird, wenn sich eine innernordirische Mehrheit dafür entscheidet, sondern nur dann, wenn

sich auch die Mehrheit der Unionisten dazu bereit erklärt. Dies wäre eine weitere Verschärfung des unionistischen Vetos.

Die Entwicklung

nach dem IRA-Anschlag

Auch nach dem IRA-Anschlag vom 23. Oktober bekannte sich John Hume trotz zunehmender Kritik aus den eigenen Reihen und Angriffen von der unionistischen Seite zu einer Fortsetzung seiner Gespräche mit Gerry Adams. Auf republikanischer Seite wurde die IRA-Erklärung für den fehlgegangenen Anschlag akzeptiert, indem über 10.000 BelfasterInnen den getöteten IRA-Freiwilligen zum Friedhof geleiteten und ebenso viele die Straßen säumten. Die UDA wird den Versuch der IRA, ihre Führungsriege zu töten, als erneute Kriegserklärung betrachten und ihre Kampagne in alle Richtungen intensivieren. Sie gibt an, noch nie so viele Rekrutierungsanfragen erhalten zu haben wie heute. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß sie ihre gegenwärtige Kampagne schon vor Bekanntwerden der Adams-Hume Gespräche aufgenommen hatte und sie diese wahrscheinlich selbst dann nicht beenden würde, wenn die Gespräche erfolgreich, d.h. bis hin zu einem von der IRA erklärten Waffenstillstand, fortgeführt werden könnten.

Die Presse reagierte auf den Anschlag recht unterschiedlich. Die deutsche Presse war wie so oft von Unwissenheit und Oberflächlichkeit geprägt: In der "Frankfurter Rundschau" wurde z.B. vermutet, daß der IRA-Anschlag ein Versuch gewesen sein könnte, die Friedensinitiative von Sinn Féin zu vereiteln. In Nordirland weiß dagegen jedeR, die/der es wissen will, daß eine solche Initiative nicht zustande gekommen wäre, wenn nicht die IRA ihr O.K. gegeben hätte. Genausowenig wie ein solcher Anschlag nicht unabhängig von einer lokalen Einheit, sondern nur nach Billigung durch die IRA-Führung erfolgen konnte, die sich der potentiellen politischen und militärischen Folgen des Anschlages bewußt gewesen sein wird. Das heißt wiederum nicht, daß innerhalb der republikanischen Bewegung darüber nicht kontrovers diskutiert würde. Gerry Adams nannte den Anschlag in einem BBC-Interview z.B. "falsch und unentschuldbar".

Der linksliberale "Guardian" ebenso wie der liberal-konservative "Independent" sprachen sich auch direkt nach dem Anschlag für eine Fortsetzung der Adams-Hume-Friedensinitiative aus. Die konservative "Times" dagegen forderte die britische Regierung auf, sich nicht auf Gespräche einzulassen. Entsprechend deutlich trat eine Woche später (zwei Tage nach der Brüsseler Erklärung, s.o.) die Londoner "Sunday Times" in ihrem Leitartikel mit dem Titel "Internierung und Initiative" dafür ein, daß die Internierung in Nordirland wieder eingeführt wird, um die republikanische Bewegung zu zerschlagen, und daß London gleichzeitig die politische Initiative ergreifen solle, um die Lage in Nordirland zu stabilisieren.

Zumindest in einem Punkt spiegelt der Leitartikel der "Sunday Times" die Ausgangslage der britischen Regierung richtig wider: Den Willen zum Frieden hat die jetzige konservative Regierung genauso wenig wie ihre Vorgängerinnen. Ganz im Gegenteil, auf dem diesjährigen Parteitag der Konservativen Anfang Oktober in Blackpool stimmten die Delegierten für eine verschärfte Law-and-Order-Politik, und Premier John Major, bekräftigte in populistisch imperialistischer Manier den unbedingten Erhalt der Union mit Nordirland.

Da Major im britischen Parlament nur eine knappe Mehrheit von sieben konservativen Abgeordneten hat und seine Position innerhalb der konservativen Partei nicht unangefochten ist, ist er außerdem auf neun sog. gemäßigte unionistische Abgeordnete im Parlament von Westminster angewiesen. Ihnen versprach er im Juli dieses Jahres vor der Abstimmung zu den Maastrichter Verträgen die Einsetzung eines Westminster-Parlamentskomitees, das die britische Direktherrschaft über Nordirland ergänzen soll. Bestandteil dieses Deals soll auch gewesen sein, daß das unionistische Veto bezüglich Nordirland fortan als Veto der Mehrheit innerhalb der unionistischen Bevölkerung verstanden wird.

Nach der Brüsseler Erklärung trat John Major deshalb wiederum für die Fortsetzung von innernordirischen Gesprächen durch das Nordirlandministerium ein (s.o.), wie sie im letzten Jahr abgebrochen werden mußten. An ihrem Ende soll eine nordirischen Versammlung mit Selbstverwaltungsrechten und die Zusicherung katholischer BürgerInnenrechten stehen. Bevor diese Initiative ins Rollen kommt, wird sie in Nordirland jedoch schon für tot erklärt, weil ihr nicht nur radikale Unionisten eine Absage erteilt haben, sondern auch schwer vorstellbar ist, wie die SDLP zu einer Teilnahme bewogen werden soll. Mitte Dezember wollen sich John Major und Albert Reynolds erneut treffen, um dann ihrerseits konkrete Vorschläge für einen Friedensprozeß zu machen.

Gleichzeitig bot John Hume der britischen Regierung in einem Gespräch am 4. November "Frieden innerhalb einer Woche" an, wenn diese nur auf seine und Adams' Friedensinitiative eingehen würde. John Major lehnte wiederum ab.

Perspektiven

Der Schlüssel zur Beendigung des nordirischen Krieges liegt zwar immer noch auf britischer Seite: Solange das britische Establishment den Willen aufbringt, die politischen, militärischen und finanziellen Kosten des irischen Krieges zu tragen, wird er bis ins nächste Jahrtausend weitergehen. Adams und Hume hoffen jedoch, daß sich die südirische Regierung in naher Zukunft auf ihre Seite schlagen wird und auch die EG und die USA auf die britische Regierung Druck ausüben. Ob sie mit Dublin rechnen können, ist jedoch fraglich, denn der moralische Druck, die "Schutzmacht der katholischen Bevölkerung im Norden" zu sein, hat bisher noch nie ausgereicht, um eine Dubliner Regierung zur Beendigung der Interessenkoalition mit London bewegen zu können. Das Dubliner Ziel war immer, Nordirland so zu befrieden, daß dessen rebellische katholische Bevölkerung keine Gefährdung für den konservativen Status quo in Südirland darstellen kann. Dies hieß deshalb bisher, die IRA relativ konsequent zu bekämpfen, und Sinn Féin nicht an den Verhandlungstisch zu lassen.

Ob die Adams-Hume-Initiative Erfolg haben wird, kann im Augenblick nur Spekulation bleiben. Die aktuelle Entwicklung spricht eher dagegen. Auf der anderen Seite ist sie die einzige Initiative, die seit vielleicht 25 Jahren überhaupt einen Erfolg verspricht, und gerade das könnte in der nächsten Zeit etwas bewegen.

Festgehalten werden kann aber, daß sich, wenn der Adams-Hume-Vorschlag oben annähernd richtig wiedergegeben ist, die republikanische Bewegung als sehr kompromißbereit gezeigt hat. Von dem bisher vertretenen Ziel einer sofortigen britischen Rückzugserklärung, dem Rückzug innerhalb einer Legislaturperiode und einer sich daran anschließenden Aufhebung der Inselteilung würden nur Grundzüge erhalten bleiben. Die Briten könnten sich bis zu 30 Jahre Zeit lassen, und auch den Unionisten würde ein weitgehendes Mitsprache- und Selbstverwirklichungsrecht eingeräumt werden. Trotzdem liegt der augenblickliche politische Gewinn zu großen Teilen bei Sinn Féin, weil sie ihre von den Briten erzwungene Isolierung aufbrechen konnte, sich in aller Öffentlichkeit als friedensfähig beweist und noch einmal deutlich gemacht wurde, daß zumindest im Augenblick ohne die republikanische Bewegung nichts geht. Die schnelle und sich scharf abgrenzende Antwort der britischen und irischen Regierung beweist nur, wieviel Angst besteht, daß London und Dublin in Nordirland noch weiter an Boden verlieren.

Wenn die weitere Entwicklung doch noch zu einem Waffenstillstand der IRA auf Grundlage der Adams-Hume-Gespräche führen sollte, dann sieht sich die republikanische Bewegung ähnlichen Schwierigkeiten gegenüber wie während des Waffenstillstandes von 1975: Der loyalistische Terror würde ungehindert und noch schärfer weitergehen. Die britische Regierung müßte daran gehindert werden, den neu entstandenen politischen Raum dafür zu nutzen, ihre eigenen Interessen gegen die republikanische Bewegung durchzusetzen. 1975 bereiteten die Briten u.a. eine Strategie vor, die den irischen Krieg in ein rein nordirisches Kriminalitätsproblem verwandeln sollte. Gerry Adams war damals einer derjenigen in der republikanischen Bewegung, der für die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes eintrat. Nach seiner eigenen Aussage kamen die Briten damals ihrem Ziel am nächsten, die IRA zu zerschlagen (An Phoblacht/Republican News - AP/RN - vom 21.7.83).

Solange jedoch die dem Nordirlandkonflikt zugrunde liegende soziale, ökonomische und politische Unterdrückung der katholischen Minderheit durch die Unionisten - die ohne die Unterstützung durch das britische Festland gar nicht mehr möglich wäre - nicht beendet ist, wird die Auseinandersetzung in der einen oder anderen Weise weitergehen. In einem Interview vom 14. Oktober (in AP/RN) sagte ein Vertreter des Generalstabes der IRA u.a.: " Wir (die IRA), unsere Freiwilligen und unsere UnterstützerInnen, haben ein originäres Interesse, einen gerechten und dauerhaften Frieden in Irland zu erreichen. (...) Es sieht so aus, als ob die Vorgehensweise der britischen Regierung uns alle dazu verdammt, den Konflikt weiterzuführen. Sie (die britische Regierung) sollte Mut und Phantasie aufbringen, um sich von ihrer destruktiven Position zu entfernen, um somit allen zu ermöglichen, sich auf die Lösung dieses Konfliktes zuzubewegen." Bis dahin jedoch, merkte der IRA-Sprecher in dem Interview an, "werden wir (die IRA) an unserer Verpflichtung unbedingt festhalten."

Max Schmitz

33. Die Entwicklung der chilenischen Linken im neoliberalen Modell (Chile seit 1973 - Teil 3)

Autor: Carlos Laferrte · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:41

Am 5. Dezember werden in Chile die zweiten Parlamentswahlen nach der konstitutionellen Ablösung der Militärdiktatur stattfinden, an der sich auch verschiedene linke Organisationen beteiligen werden. Im folgenden drucken wir einen Diskussionsbeitrag eines chilenischen Genossen aus dem MIR-R ab, der sich mit der Entwicklung der Linken beschäftigt und begründet, warum der MIR-R zum Boykott dieser Wahlen aufruft. Der MIR (Bewegung der revolutionären Linken) ist eine in den 60er Jahren entstandene Organisation. Der vormalige Herausgeber dieser Zeitung, der KB (Kommunistischer Bund), hatte nach dem Putsch 1973 engen Kontakt zum MIR und unterstützte diesen in seinem Kampf gegen die Militärjunta. Der MIR spaltete sich beim Übergang von der Militärdiktatur zur jetzt bestehenden Form der überwachten Demokratie. Entscheidend war die Frage des Verhältnisses zu diesem Übergang, speziell die Frage, ob in einer solchen Situation der bewaffnete Kampf fortgesetzt werden soll. Solange im ak die chilenische Entwicklung aufmerksam verfolgt wurde, nahmen wir in dieser Auseinandersetzung eher die Position der jetzt von unserem Autor kritisierten Strömung ein; insofern ist sein Beitrag auch eine Kritik an uns. Es ist gleichzeitig der dritte Teil einer Artikelserie (siehe auch ak 358 und ak 359) he./red.

Die LeserInnen des ak, die die chilenische Entwicklung in den letzten 20 Jahren verfolgt haben, fragen sich beunruhigt, was seit 1986 in diesem Land passiert. Darüber hinaus werden die GenossInnen in der BRD fragen: Was sind die Faktoren, die den Wechsel der vorherrschenden Tendenz in der Opposition erklären - von einer Linken, die Anfang der 80er Jahre die sozialen Proteste anführte, hin zu einer verstärkten Teilhabe an bürgerlicher Politik.

"Was ist passiert?", fragen sie uns. Und "Was waren die Widersprüche innerhalb der chilenischen Linken?" Außerdem wollen sie wissen, welche verschiedenen Linien sich innerhalb der Linken herausbildeten und wie sich diese in der neuen Situation seit der Wahl des Christdemokraten Aylwin als Präsident der Republik verändert haben; was sind ihre Beziehungen zum Neoliberalismus (Neokonservatismus für die transnationale Peripherie des Kapitalismus); und was sind die Grundorientierungen, die die Linke heute charakterisieren?

Sowohl die Solidarität der GenossInnen in der BRD mit dem Widerstandskampf unseres Volkes und unserer Partei, dem chilenischen MIR, als auch die enormen Herausforderungen, die der Kampf um Demokratie und für den Sozialismus unter den neuen Bedingungen, die der transnationale Kapitalismus dem Zentrum und der Peripherie aufzwingt, machen es notwendig, auf diese Fragen zu antworten. Wir wollen hiermit einen Gedankenaustausch beginnen.

Zwei Grundachsen der chilenischen Linken in den letzten 20 Jahren

Um heute eine kurze, aber konsistente Analyse der chilenischen Linken vornehmen zu können, ist es notwendig, zumindest zwei Aspekte zu berücksichtigen. Der erste Aspekt hängt mit dem Verständnis der Linken bzgl. der Transformationen in der sozialen Formierung seit der Militärdiktatur zusammen und ebenso mit den verschiedenen Interpretationen der unterschiedlichen Phasen dieser Transformationsprozesse.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf den ideologischen, theoretischen und politischen Kompromiß zwischen den verschiedene Sektoren der chilenischen Linken in Bezug auf den realen Sozialismus und folglich auf die Notwendigkeit/Fähigkeit, eine eigene revolutionäre Theorie neu zu entwickeln, die den Anforderungen der sozialen Veränderungen unter den konkreten historischen Bedingungen unseres Landes entsprachen.

Erstens geht es um die Positionen der verschiedenen Sektoren der Linken, die diese in Bezug auf Entwicklungen und Einschätzungen einnahmen und welche von fundamentaler Wichtigkeit für den konterrevolutionären Ausgang der dreifachen Krise des chilenischen Kapitalismus von den 60ern bis Anfang der 70er Jahre waren. Unter anderem waren dies:

- Die Einschätzung des Klassencharakters der Militärdiktatur, die im September 1973 die Macht ergriff.

- Die Tendenzen des Weltmarktes, in deren Rahmen die folgende Entwicklung geschah:

- die erste Phase der ökonomischen Transformation und der Transformation des Staates zwischen 1975 und 1978 (1), die ökonomische Krise von 1980 bis 1983, die später den Nährboden für das Anwachsen der Kämpfe gegen die Diktatur zwischen 1983 und 1986 bildete

- die strukturellen Veränderungen in der sozialen Formierung zwischen 1983 und 1985 und ihre Erklärung sowie der soziale, politische, ideologische und kulturelle Ausdruck dieser Veränderung

- Bedeutung, Mittel und Ziele der Volksproteste zwischen 1983 und 1986

- das Plebiszit vom 5.10.89 und seine Interpretationen sowie die Charakterisierung der neuen Widersprüche, die durch den Triumph des "Nein" eröffnet wurden

- der Charakter des Übergangs und der Klassencharakter der Regierung der Concertacion

- Neokonservativismus und die Rolle des Marktes

- die Rolle der Regierung in der Beendigung der konterrevolutionären Phase und die strukturellen und politisch-ideologischen Charakteristika, die dementsprechend der neue historische Zyklus des peripheren abhängigen und transnationalisierten Kapitalismus in unserem Land haben würde.

Einige Aspekte dieser ersten Reflexionsachse

Pauschal läßt sich sagen, daß die Linke bei der Charakterisierung des politischen Regimes, das aus dem Militärputsch hervorging, der ersten Phase der ökonomischen und sozialen Transformationen und der Bewertung der ökonomischen Krise zwischen 1981 und 1983 eine Reihe von Fehlern gemacht hat. Diese Fehler erklären den Hegemoniewechsel in der Führung der Volksbewegung zwischen 1983 und 1986.

Sowohl die Charakterisierung der Militärdiktatur als "faschistisch" und ebenso die Definition der ersten Phase der ökonomischen und sozialen Veränderungen durch die Militärdiktatur als "die Zerstörung der nationalen Industrie" und die Vernichtung der "nationalen Nicht-Monopol-Bourgeoisie", die im Widerspruch zu den Interessen des Imperialismus stehe, entspricht der Interpretation gesellschaftlicher Formierungsprozesse der Kommunistischen Partei (PC) und der Sozialistischen Partei (PS).

Die Existenz eines rückständigen Kapitalismus, mit semifeudalen Produktionsformen - erdrückt durch den US-Imperialismus - brachte die PC und die PS dazu, einen programmatischen Vorschlag zu machen, in dem die "nationale Nicht-Monopol-Bourgeoisie" als grundsätzlicher Verbündeter betrachtet wurde. Diese Linke setzte es sich als "fundamentale Aufgabe,...die Vorherrschaft der Imperialisten, der Monopole und der Landbesitzoligarchie zu beenden". Davon ausgehend sollte in einer zweiten Etappe der Revolution "der Aufbau des Sozialismus in Chile begonnen werden". (2)

Ebenso wie diese Linke die Diktatur als "faschistisch" einschätzte und nach dem Schema der Unidad Popular (UP) eine Allianz mit der antifaschistischen Bourgeoisie suchte, war es ihnen dadurch auch nicht möglich, die Veränderungen, die die Diktatur bis 1981 durchführte, zu erkennen: als erste Phase eines tiefen und strukturellen kapitalistischen Neugründungsprozesses. Dieser Prozeß verlief in Übereinstimmung und in Verbindung mit den neuen kapitalistischen Weltachsen und ihrer globalen Tendenz zur Transnationalisierung.

1984 und 1985 waren die sozialen und ökonomischen Veränderungen konsolidiert. Die transnationalisierte Bourgeoisie hatte sich mit der Perspektive, das neue Akkumulationsmodell langfristig weiterzuführen, wieder in den Staat eingefügt - es waren Prozesse, in denen die USA, die EG, die chilenische Kirche und der Papst mitarbeiteten. (3) In dieser Phase machte die 2. Versammlung des Movimiento Democratico Popular (MDP, im Oktober 1983 gegründet, Sammelbecken der gesamten Linken unter führendem Einfluß der PC) immer noch auf der Basis Politik, die ihrer Meinung nach durch folgende Situation charakterisiert war: "Die Zerstörung der nationalen Ökonomie (...), die sich in einer Krise befindet, der schlimmsten unserer Geschichte, (wird) sich unausweichlich verschärfen, bis sie praktisch nicht mehr tolerierbar sein wird." Aus dieser Situation biete "die Diktatur keinen Ausweg". (4)

Entgegen der Realität bestand die Versammlung darauf, den Feind als "die internationalen Banken, das transnationale Kapital, die lokalen Finanzclans (...) (und) die hohen Chargen der Streitkräfte" (5) zu identifizieren. Es wurde nicht erkannt, was Ende 1985 mit aller Klarheit im Acuerdo Nacional (Nationale Übereinkunft - die Verhandlungsinstanz der politischen Repräsentanten der Gesamtheit der Bourgeoisie)

ausgedrückt wurde: die völlige Integration der sogenannten "nationalen Nicht-Monopol-Bourgeoisie" in die Einkommensquellen, die das neue Akkumulationsmodell unter der Hegemonie des transnationalen Kapitals anbot. (6) Aus dieser Situation ergab sich ein Prozeß der Neuordnung der alten politischen Repräsentanten der Bourgeoisie. Gleichzeitig wurde deutlich, daß sie sich wieder in Richtung des neokonservativen Projekts bewegte. Dafür benutzte sie den einzigen für sie effektiven Spielraum: den Weg der politischen Wahlen.

Bei den Verhandlungen, die die demokratische Allianz mit den Regierungen der USA und der EG führte, erkannte die Linke nicht die Veränderung der politischen Repräsentation der Bourgeoisie. Die Hauptvertreter in Form von Christdemokraten und PS hatten sich zusammen mit der chilenischen Bourgeoisie schon längst in das neue Modell eingefügt. Trotzdem herrschten in der Linken die alten reformistischen Vorstellungen. Man wollte von der Vorstellung nicht abrücken, daß die politische Repräsentation der Bourgeoisie, die Concertacion, "nur unter Druck die Veränderungen und die Institutionalität, die in der faschistischen Verfassung von 1980 begründet worden war", (7) annehmen würde.

Folglich bestand der MDP darauf, mit der politischen Vertretung der Bourgeoisie Übereinkünfte zu treffen, die auf eine Neuausrichtung des (neoliberalen) Modells abzielten. In der gleichen Versammlung rief er die Bourgeoisie dazu auf, "einem großen nationalen Abkommen zuzustimmen". Er akzeptierte dabei die Bedingungen, die die Bourgeoisie in ihrem "Konstitutionellen Pakt für die Demokratie und die Menschenrechte" festgeschrieben hatte, in dem die PC und die revolutionären Gruppierungen nicht einbezogen worden waren.

Zu den Bedingungen des Pakts schreibt der MDP im zitierten Papier: "Wir sind in fast allen Punkten zu einer Übereinkunft gekommen. Wir haben öffentlich zu verstehen gegeben, daß, obwohl in der Übereinkunft weder Aussagen darüber enthalten sind, wie die Diktatur zu beenden ist, noch wie die dringendsten sozialen und ökonomischen Probleme der Massen zu lösen sind, wir trotzdem gewillt sind, in der Periode des Übergangs diesen Pakt zu unterstützen."

Zu dem sich daraus ergebenden Verlust an Klarheit hinsichtlich der eigenen Ziele, der BündnispartnerInnen, der Legitimität und der Notwendigkeit von Organisationsformen und militärischem Kampf kommt noch der Verlust einer eigenen Politik in der Frage der Demokratie hinzu und darüber hinaus die Relativierung hinsichtlich der Art von Konfrontation, die notwendig ist, um zu siegen. (8)

Die Repression auf der einen sowie die Legitimation durch die von der Bourgeoisie erlaubten Spielräume und die Orientierung auf verhandlungsfunktionalen Diskurs und Kampfformen(9) auf der anderen Seite führten dazu, daß sich die Fehler der Linken weiter vermehrten. Dadurch kam es zu einem Identitäts- und auch zu einem Gewichtsverlust bei der Richtungsbestimmung im Kampf gegen die Diktatur. Es folgte die Isolierung und schließlich die Niederlage der Linken. Es muß gesagt werden, daß diese Fehler nicht nur von der PC begangen wurden, sondern ebenso von mindestens einem großen Teil der Leitung des MIR.

Ein anderer Punkt bei der Entwicklung des Kampfes der Linken war das Erkennen bzw. Nichterkennen der strukturellen, politischen, ideologischen und kulturellen Veränderung, die die neue Phase des abhängigen transnationalisierten peripheren Kapitals in unserem Land bewirkte. Daraus folgten unterschiedliche Antworten auf die Frage nach den Gründen und dem Charakter der politischen Veränderungen, die unter der Leitung von Pinochet ab Ende 1986 in Chile festgeschrieben wurden.

Die Sozialistische Partei Chiles (PS), die über einen großen Sockel an Führungskadern verfügte (die von der europäischen und besonders der deutschen Sozialdemokratie formiert und überwacht wurden), erkannte, daß der Übergangsprozeß mit der Niederlage Pinochets seinen Ausgang nehmen und Pinochet durch die friedliche soziale Mobilisierung des chilenischen Volkes und durch den enormen internationalen Druck, der die Demokratisierungswelle voranbrachte, zu Fall gebracht werden könnte. Die Kompatibilität zwischen Markt und Demokratie würde es erlauben, den für das Kapital positiven Faktoren des Modells der Diktatur Kontinuität zu verleihen. Um die Verteilungsrahmen des Modells zu verbessern, könnten Veränderungen dort gemacht werden, wo es der soziale Druck am meisten verlangte.

Aus der Sicht von KommunistInnen, kleiner Sektoren versprengter Sozialisten und großer Teile der Leitung des MIR - die sich heute in der Sozialdemokratie und dem Reformismus wiederfinden - stellten sich die Dinge wie folgt dar: Es hatte sich eine breite klassenübergreifende Allianz gebildet, die Pinochet besiegt und die gemeinsam mit der Regierung Aylwin den riskanten Kampf aufgenommen hatte, die politische Niederlage des Pinochetismus zu konsolidieren und seine militärische Entwaffnung durchzusetzen.

Einerseits wurde angenommen, die Spannungslinien dieses Prozesses würden über die Zuspitzung der ökonomischen Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie verlaufen. Die Fraktion des Finanzkapitals und der Monopole, die vom Pinochetismus und dem Militär unterstützt wurden, stünden der "Desarrolista"-Fraktion (Nicht-Monopol-Bourgeoisie) gegenüber. Das würde bedeuten: Außenmarkt gegen Binnenmarkt, Protektionismus gegen ökonomischen Liberalismus, Export von Rohstoffen gegen Reindustrialisierung auf den Sektoren, wo ein größerer Mehrwert erreicht werden könnte. Diese neuen Konfrontationslinien steckten nach Ansicht dieser Teile der Linken voller revolutionärer Möglichkeiten; und sie verlangten für eine nicht genau zu bestimmende Zeitdauer von dem revolutionären Teil, einer Allianz zuzustimmen und sich in dieser den fortschrittlichen Sektoren jener Bourgeoisie unterzuordnen, die weder mit den Monopolen noch den Transnationalen paktieren würden.

Andererseits wurde angenommen, daß sich die Widersprüche zwischen den beiden Blöcken der Bourgeoisie während der Demokratisierung eines Staates, der nicht die Interessen der Bourgeoisie als Klasse vertrat, sondern nur die Interessen ihrer "ultrareaktionären" Teile, zugunsten einer fortschrittlichen Lösung entwickeln würden.

Den Staat dadurch zu demokratisieren, daß Institutionen wie der Nationale Sicherheitsrat, das Verfassungsgericht, die Rolle des Militärs bei der Sicherung der Institutionalität und die sogenannten "Fesselgesetze" aufgehoben würden, bis hin zur Reformierung oder Aufhebung der Verfassung von 1980 - das waren die Ausgangspunkte scharfer Konfrontationen, die die neue Krise der Bourgeoisie charakterisieren würden.

Mit den Losungen "Demokratischer Übergang", "Demokratischer Wiederaufbau", "Breite Einheit gegen den Pinochetismus", "Allianz der Allendistas" und "Freiistas" (Anhänger des chilenischen christdemokratischen Präsidenten vor Allendes Amtszeit) wurde geworben, um die Niederlage des "Alessandristischen" Blocks (Präsident bis 1964 und Vertreter der Monopolbourgeoisie) zu besiegeln; dies waren u.a. die Kategorien, mit denen die Leitungskräfte der Linken die Periode und ihre zentralen Aktionslinien zwischen 1987 und 1989 bestimmten.

Entsprechend veränderte die Linke ihre eigene Rollendefinition. Die Position entwickelte sich von der "Unterstützung der demokratischen Regierung" zur "demokratischen Verantwortung" gemeinsam mit der Regierung gegenüber dem erwarteten Aufbegehren des Volkes. Denn hier war zu erwarten, daß wieder Forderungen laut werden würden, die während der langen Jahre der Diktatur zum Schweigen gebracht worden waren (z.B. die Aufhebung der Arbeitsgesetzes). Diese würden aber die Reproduktionsbedingungen des neoliberalen Modells in Frage stellen. (10)

Nach Ansicht der Leitungskräfte der Linken erforderte der Kampf um Sozialismus in diesem Moment eine erste Etappe der Demokratisierung der kapitalistischen Gesellschaft. (11) Für dieses Ziel wurde die breite Allianz zwischen Bourgeoisie und Proletariat mobilisiert. Das Ziel der Linken war es also auszuloten, wie demokratisch dieser neue Staat des transnationalen peripheren Kapitalismus werden konnte.

Nachdem schon früh der Versuch der Errichtung eines eigenen demokratischen Projekts (zwischen 1981 und 1986) aufgegeben worden war und der Kampf und die Volksbewegung breiten "Notregierungen" (so der Vorschlag von Tomic, PC, im Mai 1983) oder "Regierungen zur nationalen Rettung" (Vorschlag von Nelson Gutierrez, MIR, zur selben Zeit) untergeordnet worden war, um das Land vor der "Zerstörung durch die pinochetistische Ultrareaktion" oder die "faschistische Militärdiktatur" zu retten, gab die Linke jegliche Autonomie im konsequent demokratischen und sozialistischen Kampf auf.

Faktisch bedeutete diese Positionsaufgabe, daß die Verbindung der Massen und ihrer Forderungen mit einem demokratischen Projekt (z.B. Aufhebung des Arbeitsgesetzes: Kampf für Streikrecht, Tarifverhandlungsautonomie etc.) gekappt wurde. Durch seine Entwicklung und Reifung stellte dieses Projekt nicht nur in Frage, was die Bourgeoisie schon unmittelbar nach der französischen Revolution aufgegeben hatte. Es beinhaltete darüber hinaus die Negierung von Spielräumen in dieser Nachahmung einer Demokratie, die auf dem Polizeistaat beruhte - der einzigen Form, in der die Bourgeoisie die Bedingungen für die politische und ökonomische Konsolidierung aufrechterhalten konnte. Gleichzeitig bedeutete dies auch noch die langfristige Weiterentwicklung des transnationalisierten Kapitalismus.

So kam die Linke zur Regierung Aylwin: theoretisch entwaffnet; entfernt von den Sektoren der Massen, die sie hätte führen können und müssen; bezwungen in einem militärischen Unterfangen, das nur Basis sein konnte, um Druck in den Verhandlungen zwischen den politischen Vertretungen des Neoliberalismus auszuüben; politisch besiegt, fraktioniert und zersplittert.

Die chilenische Linke heute

Ohne Zweifel hat sich die chilenische Linke in den letzten 20 Jahren enorm verändert. Neben dem Zusammenbruch des Ostblocks (12) waren Grundlagen für intensive Neuordnungsprozesse die empirische Bestätigung ihrer mangelnden Fähigkeit, die Veränderungen zu analysieren, die die Militärdiktatur erzwungen hatte und die durch die neoliberale Vertretung, die Concertacion, noch verfeinert und legitimiert wurden.

Die PS hat den neuen Zyklus der Vorherrschaft der Bourgeoisie in Chile initiiert. Sie hat sich zur politischen Vertretung entwickelt, deren Alternativen sich nur innerhalb des neoliberalen Modells bewegen. Die PS ist eng mit der Sozialdemokratie in Spanien, der BRD und Frankreich verbunden. Ihre soziale Basis wandelt sich zunehmend. Es sind immer mehr staatliche Funktionäre aus Gemeindeverwaltungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Sektoren, die mit diesen Institutionen verbunden sind. Die Verankerung im Volk geht dabei nach und nach - und manchmal in großen Sprüngen - verloren.

Die Freiheit im Kapitalismus und ihr Ausdruck im Markt, die makroökonomischen Gleichgewichte und das Prinzip "Wachsen um zu verteilen" plus die "ganze" Demokratie (konkret heißt das Marketingtechniken und Kandidatenwahl) - kurz: alles, was nicht die Profitmöglichkeiten der ausländischen Investoren in Frage stellt, ist das heutige Dogma der Sozialdemokratie.

Die Kommunistische Partei bietet nach mehrfachen kleineren Fraktionierungen (und größeren im Jugendbereich) immer noch ein Bild der Debatten und Spannungen: auf der einen Seite die Traditionalisten, die die Vergangenheit der PC als Wahl- und Verhandlungspartei in Konflikten zwischen Staat und Sektoren der Arbeiterschaft hochhalten wollten (diese Fraktion hat nach wie vor das größte Gewicht in der Leitung) und auf der anderen Seite die Kader, die sich mit der Linie der "Massenrebellion des Volkes" zwischen 1983 und 1987 formierten.

Gezwungenermaßen und ständig findet die PC eine politische Situation vor, die sie mit ihrer Analyse nicht in den Griff bekommt. Das hat schon mehrfach zu einem Richtungswechsel in ihrer Politik geführt: von der "Unterstützung der demokratischen Regierung" zu der "demokratischen Solidarität mit der Regierung", von dort zur "unabhängigen konstruktiven Kritik an der Regierung" über die "demokratische Opposition" bis hin zu ihrer jetzigen "linken Opposition". Eine linke Reflexion ist dabei zunehmend stärker geworden.

Dazu beigetragen hat die Zusammenarbeit mit der Direccion Nacional Provisoria (DNP - vorläufige nationale Leitung) des MIR in den Formierungsprozessen des Movimiento de Izquierda Democratico Allendista (MIDA). Die nationalen Debatten führten am 5./6.12.1991 zur Gründung der MIDA. (13) Damit eröffneten sich erneut Möglichkeiten, mit dem Wiederaufbau einer Volksbewegung zu beginnen, die auch eine Machtstrategie beinhaltet.

Im Rahmen der Wahlkonjunktur bewirkte jedoch das Vorherrschen der alten Teile der PC in der Leitung, daß die Gründungsideen aus dem MIDA verschwanden. Der MIDA wurde in einem sinnlosen Wahlfieber verbraucht. Damit wurden auch die Anstrengungen zum Wiederaufbau einer Volksbewegung, die die Fähigkeit zur Machtausübung hat, unterbrochen.

Angesichts der neuen Wahlkonjunktur (im Dezember 1993 sind Parlaments- und Präsidentschaftswahlen) verschwinden die Spannungen innerhalb der PC nicht. So wurde der für Anfang 1993 geplante 16. Kongreß dieser Partei, in dessen Einberufungspapieren wichtige Vorschläge und Positionen aus der Debatte der MIR im MIDA einflossen (bevor der MIR-DNP den MIDA im Januar 1993 verließ), nach dreimonatiger Diskussion auf 1994 verschoben. Die alte Leitung der PC hoffte, so der entscheidenden Debatte ausweichen zu können. Denn wenn in den kommenden Wahlen mindestens ein PC-Abgeordneter gewählt werden würde, oder wenn das Wahlergebnis des MIDA von 6,3% in den Kommunalwahlen auf 10% anstiege, ergäbe sich daraus eine innere Dynamik, die es ermöglichen sollten, die Auseinandersetzung ganz zu neutralisieren. Nach den Konzepten dieses Führungssektors der PC hat ein neuer langer historischer Zyklus der Vorherrschaft der Bourgeoisie begonnen, ähnlich dem, der 1925 begonnen hatte und gegen Ende der 70er Jahre zu seiner

Vollendung gekommen war. Und nun muß man wieder den bereits vorher gegangenen Weg einschlagen: die PC legalisieren, die beste Wahlformel suchen, die es schon in vergangenen Wahlen ermöglicht hatte, die kritische 5%-Hürde zu überspringen. Dabei will sich die PC auf die Unterstützung der gesamten Linken stützen (da, wo in den vergangenen Kommunalwahlen Kandidatinnen des MIR in den linken Listen aufgestellt wurden, machten AnhängerInnen des MIR 10-15% des Stimmanteils für diese Liste aus). Darüber hinaus versucht sich die PC in die institutionellen Räume durch die Wahl einiger Gemeinderäte oder Parlamentarier einzufügen, um dann einen langsamen und allmählichen Prozeß des sozialen Drucks im progressiven Sinn ausüben zu können.

Der MIR rekonstruiert sich auf theoretischer und politischer Ebene. Er geht dabei von einigen der aktivsten sozialen Sektoren aus: dem Bau-, dem Gesundheits-, dem Erziehungswesen, den StudentInnen, dem Volk der Mapuches sowie von den verschiedenen Initiativen des MIR, durch die die Verankerung in den Armutsvierteln und den landesweiten sozialen Organisationen (z.B. der Bewegung "500 Jahre") vertieft wird. Erfolge konnte der MIR bereits verzeichnen: bei den Wahlen zur Föderation der Studierenden der Universität des Nordens in Antofagasta, bei denen der MIR auch gegen die Listen der Concertacion und des MIDA antrat, die Wahl der Genossin Graciela Cruz zur Präsidentin der Nationalen Föderation der Beschäftigten im Gesundheitswesen in der Region Concepcion; die Wahl einiger GenossInnen des MIR in die nationale Leitung der "Bewegung 500 Jahre". Dies alles stellt den sichtbarsten Teil des allmählichen und beständigen Prozesses dar, den MIR - ausgehend von den Volksmassen - wieder aufzubauen.

Der MIR ruft bei den im Dezember anstehenden Parlaments- und Präsidentialwahlen dazu auf, ungültig zu wählen. Das ist der erste Schritt bei dem Versuch, die vorhandene Tendenz zur Wahlenthaltung zu politisieren. Für die 5 Mio. Armen, die der Neoliberalismus als Bedingung für seine eigene Existenz hervorgebracht hat, ist Wahlenthaltung Ausdruck ihrer Frustration angesichts der vielen Versprechungen, die vor den Wahlen abgegeben und danach nicht eingelöst werden. Nach den Jahren des Kampfes gegen die Diktatur sind sie müde angesichts des erdrükkenden Angebotes an neoliberalen Kandidaten - seien es Pinochetisten, Christ- oder Sozialdemokraten; oder seien es Kommunisten, Sozialisten, Vertreter der Fuerza amplia oder Rodriguisten, die, obwohl sie aus dem Volk kommen, sich selbst und die anderen mit Versprechen betrügen, die sie nicht einlösen können.

Dagegen ruft der MIR dazu auf, ungültig zu wählen, um das antidemokratische System anzuklagen, um dessen Unfähigkeit, die Forderungen der Massen zu erfüllen, aufzudecken, um ein politisches System der direkten Demokratie einzuführen. Die direkte Demokratie soll sich auf kommunale und regionale Regierungen stützen, die zu einem großen Teil aus der jeweiligen Bevölkerung gebildet und die in direkter und geheimer Wahl durch sie gewählt werden. Die nationale Exekutive soll durch allgemeine und geheime Wahlen bestimmt werden. Außerdem soll die Möglichkeit bestehen, gewählte VertreterInnen auf allen Ebenen auch wieder abzuwählen, ohne die Möglichkeit zur Wiederwahl - ein System, auf das die Massen ihre Hoffnungen auf Veränderungen bauen können.

Als Aufgabe stellt sich der MIR, die sozialen, politischen und militärischen Kräfte zu sammeln, ihren jeweiligen Grad von Fortschritt und Entfaltung auf die konkrete Situation des Klassenkampfes zu beziehen, sowohl beim Aufbau der Partei als auch in der allgemeinen Strategie. Dies stellt sich als Aufgabe angesichts der Erfahrungen der weltweiten revolutionären Bewegung und der ca. 500 Jahre Ausbeutung, der materiellen und geistigen Verarmung, der biologischen und psychologischen Zerstörung, der Deprivation und der höchsten Gefährdung durch Zerstörung der Umwelt - denn all das bedeutet dieser gewalttätige Kapitalismus für die Männer und Frauen. Die Debatte für eine sozialistische Gesellschaft vorantreiben, aus den verschiedenen Strömungen des MIR eine gemeinsame Vorstellung zum Aufbau der Partei, ausgehend von den Massen, ihrem strategischen Gewicht im Kampf in den jetzigen Bedingungen und der strategischen Einteilung der Kräfte zu entwickeln, und sich in Lateinamerika mit kämpfenden Teilen der Bevölkerung und revolutionären Parteien mit einer demokratischen Perspektive mit sozialer und politischer Autonomie zu strukturieren - das sind alles Herausforderungen, denen wir MIRistas uns heute in Chile stellen.

Wir gehen von der strukturellen Starrheit dieses peripheren transnationalisierten Kapitalismus aus und von seinem wachsenden Widerspruch zu den stärker werdenden ökonomischen, sozialen, politischen und menschenrechtsorientierten Forderungen großer Teile der Massen, in einem Land mit 5,4 Millionen Armen und 1,5 Millionen extrem Armen als objektiver Grundlage, die es uns ermöglicht, voranzuschreiten.

Carlos Lafferte, Santiago de Chile, Sept. 1993

Anmerkungen:

1) Vgl. "Über den Staat im peripheren transnationalisierten Kapitalismus" S. 15, Carlos Lafferte, Sozialwissenschaften der Universidad de Chile, Dez.1992

2) Grundsatzprogramm der Regierung der Unidad Popular, Verlag Horizonte, 17.12.1969

3) In der Zeitschrift "Cauce", Nr. 52 vom 10.-16.12.85, S.4, wird die Reise des katholischen Kardinals Francisco Fresno in die USA und nach Rom, die Einberufung der Botschafter der EG zu einer Versammlung mit der neugegründeten "Demokratischen Allianz", einer Gruppierung der Christ- und Sozialdemokratie, durch den Botschafter der BRD, Hermann Holzheimer, und die Unterstützung dieser Allianz im Namen der EG darauf zurückgeführt, daß die "wichtige und bedeutsame Union der demokratischen Opposition in Chile eine positive Alternative und eine Negation von Gewalt, Terrorismus und Extremismus darstellt". Ferner erklärte der Unterstaatssekretär der USA für interamerikanische Angelegenheiten, Elliots Abrams, vor dem US-Kongreß: "Den USA würde es gefallen, wenn die Regierung des chilenischen Präsidenten Augusto Pinochet gehen würde." Der US-Botschafter in Chile, Harry Barnes, sagt: "Wenn Chile die Demokratie wiedererlangt, werden sich die Beziehungen zu den USA spürbar verbessern."

4) "Al Pueblo de Chile: Nuestra Propuesta de Lucha y Unidad Democratica", 2. Nationale Versammlung des MDP, 20.1.1984

5) Ebd.

6) Vgl. "Vorschlag zur Taktik der Linksfraktion des ZK des MIR-R", Versammlung des ZK, 20.3.89

7) Zweite Generalversammlung der MDP: "Dem Volk von Chile: Unser Vorschlag zum Kampf und der demokratischen Einheit", 20.1.84

8) In Bezug auf den ersten Punkt s. Interview mit V. Teitelboim in der Zeitschrift "Cauce" vom Dez. 85. Er sagt dort: "Natürlich ist Demokratie interpretierbar und wir verlangen keine andere Demokratie als die von Lincoln definierte." In Bezug auf den zweiten Punkt erklärt er in derselben Zeitschrift: "Es erschiene mir wie eine Utopie, wie ein Selbstmord und Realitätsmangel, an eine militärische Lösung in Chile zu denken." Und in der zitierten Erklärung des MDP steht zum selben Punkt: "Das Regime hat den demokratischen Kräften den Krieg erklärt und versucht dadurch, das Land in eine Konfrontation mit unvorhersehbaren Konsequenzen zu stürzen... es ist umso wichtiger, die Opposition zu vereinen. Und wenn dieser Pakt (der Demokratischen Allianz) die Art und Weise ist, wie wir weiterkommen, müssen wir - trotz dieser Beschränkungen und Unvollständigkeiten - den Pakt unterstützen."

9) Für Genaro Arriaga, einem Theoretiker der DC (Christdemokraten) "sind die Proteste der soziale Druck, der die Regierung zu Verhandlungen bringen muß: Soziale Mobilisierung und Verhandlungen sind keine Antagonismen, sondern zwei taktische Schritte ein und derselben Strategie." In: "Politische Verhandlung und Soziale Mobilisierung: Die Kritik an den Protesten", Diskussionsheft 162, Diskussionsmaterial, CED, April 1987.

10) Vgl. die Zeitschrift "Pagina abierta" vom 29.11.1989: "Offener Dialog: Die Rolle der Linken im Übergangsprozeß". TeilnehmerInnen: Clodomiro Almeyda, PS; Roberto Celedon, IC; Gonzalo D. Martner, PS; Hugo Miranda, P.R.S.D.; Patricio Rivas, MIR-R, Jose Sanfuentes, PC.

11) Im selben Forum der Zeitschrift "Pagina abierta" sagt Patricio Rivas: "Wir bewegen uns auf der politischen und programmatischen Ebene, einen Kapitalismus mit Demokratie anzubieten, und es ist unerläßlich, daß dies so ist (...) bis zum heutigen Tage sind wir in der Phase zu definieren, wie demokratisch der Kapitalismus sein wird."

12) Hierzu sagten die Führungskräfte, die an dem o.g. Forum von "Pagina abierta" teilnahmen: Roberto Celedon(IC): "Ohne Zweifel ist das bedeutsamste historische Ereignis die wirkliche politische Revolution, die in den sozialistischen Ländern stattfindet, (...) (als deren Ergebnis) die Konvergenz zwischen Sozialismus und Demokratie weder Utopie noch Traum sein wird, sondern eine greifbare historische Realität." Patricio Rivas(MIR-R): "Wir nehmen an der wichtigsten politischen Veränderung in der Geschichte des

Weltsozialismus teil: was entschieden wird, ist die Form, in der der Sozialismus in den Bedingungen des Endes des 20. Jahrhunderts aufgebaut werden muß." Jose Sanfuentes(PC): "Was dort passiert, ist ein Prozeß der tiefgreifenden Korrektur (...) ein Prozeß des Aufbaus und der Ausweitung von Freiheit, von Demokratie, kurz und gut, der Ausbreitung des Humanismus." Andererseits schreibt Luis Corvalan in seiner Arbeit: "Die Perestroika: Weg zu einem konzeptionell neuen Sozialismus" im ICAL, April 1989: "Die Perestroika ist schon immer eine sozialistische Offensive gewesen, ein Fortschritt auf der ganzen Linie hin zu einem qualitativ höherwertigen Sozialismus (...) Wir stehen also vor einer wahrscheinlich revolutionären Transformation oder, wenn man so will, vor einer Revolution innerhalb der Revolution. (...) So verstehen es jedenfalls die, die diesen Prozeß in Schwung setzten, besonders Michael Gorbatschow und die Leitung der KPdSU."

13) Es ist wichtig, hier die Grundpositionen darzulegen, die den MIDA definierten. Sie wurden von der Direccion Nacional Provisoria des MIR vorgeschlagen und auf der nationalen Gründungsversammlung angenommen: "Der MIDA will der größere Ausdruck eines großen politisch-sozialen Kräfteblocks sein, deren Ziel der Kampf um die Initiierung und die Konkretisierung eines alternativen Projekts sein wird. Dieses Projekt ist demokratisch, aus dem Volk heraus, national, antikapitalistisch, antiimperialistisch, lateinamerikanisch, multiethnisch, antibürokratisch, solidarisch mit den Befreiungskämpfen der Völker der Welt und für den Sozialismus. Es ist die Basis eines strategischen Projekts, das eine klare Machtoption werden will." In Bezug auf die Taktik und die Methoden des Kampfes heißt es: "Die Bewegung bildet sich im Kampf und in diesem Prozeß will sie Leitung und Organisation der Kämpfe des Volkes werden, sowohl der legalen als auch der illegalen, und dabei sämtliche Erfahrungen des Kampfes gegen die Diktatur nutzen, die unser Volk im Laufe seines Kampfes für seine Forderungen und Rechte entwickelt hat."

34. Wer regiert in Osteuropa?

Rubrik: Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:27

Der "Wahlsieg der Ex-Kommunisten" in Polen im September hat auf beiden Seiten des politischen Spektrums die Phantasien angeregt und zu allerlei Hoffnungen oder Befürchtungen Anlaß gegeben. Gewiß ist es ein faszinierendes Ereignis, daß ausgerechnet in einem Land, das vielen als sichere Bastion eines dumpfen Katholizismus und Antikommunismus galt, die Nachfolger der 1989 gestürzten KP in die Regierung zurückkehren, während die Reste der ruhmreichen Solidarnosc an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern. Rechnet man dann noch aus, daß die "Ex-Kommunisten" zusammen mit einer "ehemaligen Blockpartei", der Bauernpartei, jetzt im polnischen Parlament nahezu eine Zweidrittel-Mehrheit haben, so scheint die Sensation komplett.

Manche Kommentatoren stellten Vergleiche mit der Entwicklung in Polens Nachbarland Litauen an: Auch dort gewannen die "Ex-Kommunisten" im November letzten Jahres die Parlamentswahlen, ja sie erreichten sogar die absolute Mehrheit der Mandate. Im Februar wählte die Bevölkerung dann auch noch den früheren litauischen KPdSU-Chef Brasaukas zu ihrem Präsidenten. Die "Volksfront" Sajudis, die Litauen 1990/91 in die staatliche Unabhängigkeit geführt hatte, landete weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Ihr einst so populärer Präsident Landsbergis ist inzwischen so diskreditiert und in der Rolle eines nur noch perspektivlos herumnörgelnden Antikommunisten festgefahren, daß er zur Präsidentenwahl gar nicht erst aufgestellt wurde.

Wer den Blick noch weiter schweifen läßt kann feststellen, daß in Bulgarien die "Ex-Kommunisten" seit letztem Herbst wieder die Hauptpartei im Parlament und in der Regierung sind - und daß sie in Rumänien eigentlich seit dem Sturz Ceausescus Ende 1989 gar nicht aufgehört haben, das Land weiterzuregieren. Gleiches gilt für das nur noch aus Serbien und Montenegro bestehende Neu-Jugoslawien. Sogar in Slowenien erfreut sich wenigstens der frühere KP-Chef Kucan nach wie vor allergrößter Popularität bei seinen Landsleuten, die ihn im Dezember 1992 erneut zum Präsidenten wählten, mit bequemen 63,8 Prozent gleich im ersten Wahlgang. Seine sozialdemokratische Partei blieb allerdings mit nur 13,6 Prozent bei den gleichzeitigen Parlamentswahlen in der Publikumsgunst weit hinter Kucan zurück.

In den Staaten der GUS herrschen ohnehin überall "Ex-Kommunisten", wohin man auch blickt. Einige haben sich nur oberflächlich umbenannt - wie in den meisten Republiken Zentralasiens -, andere geben sich demokratisch und reformerisch gewendet. Aber fast alle lassen sie starke Geneigtheit zu traditionellen Formen der Machtausübung und zur nationalistischen Demagogie erkennen. Daneben gibt es selbstverständlich noch die "orthodoxen Altkommunisten", die vor allem in Rußland zweifellos die stärkste Opposition darstellen und deren Masseneinfluß immer noch beträchtlich ist, obwohl die rigide antipluralistische Praxis der Jelzin & Co. sie aus den staatlichen Medien weitestgehend ausgeschaltet hat.

Ohne die Dinge überzubewerten und zu verallgemeinern, kann man feststellen, daß in den meisten post-sozialistischen Ländern die "Ex-Kommunisten" sowohl als soziale Schicht wie auch als politische Richtung weiter mit im Spiel sind. Kaum jemand wünscht sich die alten Verhältnisse wieder her, aber die früheren Träger staatlicher und wirtschaftlicher Macht gelten in den meisten post-sozialistischen Ländern keineswegs automatisch als diskreditiert. Im Gegenteil halten erhebliche Bevölkerungsteile sie für kompetent, wieder oder weiter die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, beispielsweise um den negativen Begleiterscheinungen des Sturzflugs in die kapitalistische Marktwirtschaft etwas gegenzusteuern. Viel mehr ist angesichts zerrütteter ökonomischer und sozialer Verhältnisse sowie des Drucks der internationalen Finanzinstitutionen allerdings auch nicht drin.

Eine antikommunistische Hexenjagd mit politischen Prozessen, Massenentlassungen und allgemeiner Hysterie wie in der Ex-DDR hat in den meisten der übrigen post-sozialistischen Staaten nicht stattgefunden. Nur in Albanien sitzt mittlerweile die gesamte frühere Führungsprominenz im Gefängnis, einschließlich Ramiz Alia, der noch bis zum April 1992 Staatspräsident gewesen war. Aber auch in Albanien sind die Dinge noch nicht entschieden, wie sich aus den Ergebnissen der Kommunalwahlen vom Juli 1992 ablesen läßt: mit 41 Prozent lagen die "Ex-Kommunisten" nur knapp hinter den 43 Prozent der Regierungformation, die sich Demokratische Partei nennt, aber in Wirklichkeit mehr zum Gegenteil tendiert.

Wer regiert heute in Osteuropa? Ein knapper Überblick soll dazu einige Auskünfte geben. Im ersten Teil geht es um die post-sozialistischen Länder Europas außerhalb der früheren Sowjetunion. Deren Nachfolgestaaten werden Thema des zweiten Teils sein, voraussichtlich im nächsten ak.

Polen

Polen war im damaligen Ostblock das erste Land, in dem die regierende KP sich auf die Preisgabe ihres Machtmonopols einließ: Im Juni 1989 wurde nach einem mit der Opposition ausgehandelten komplizierten System das Parlament (Sejm) gewählt. Unabhängig vom Wahlausgang waren 65 Prozent der Sitze für die KP und die mit ihr kooperierenden Blockparteien reserviert worden. Hingegen war die gleichzeitige Wahl des Senats - eine Art Oberhaus mit Kontrollfunktionen - frei von Einschränkungen. Hier gewann (durch den Modus des Mehrheitswahlrechts) die Solidarnosc als Dachverband der gesamten Opposition 99 von 100 Sitzen. Im Sejm verteilten sich die Mandate auf 173 Abgeordnete der KP, 126 der Blockparteien und 161 der Solidarnosc.

Wider Erwarten mißlang die geplante Regierungsbildung durch einen von Staatspräsident General Jaruzelski bestimmten Kandidaten, da die Bauernpartei ZSL nicht mitzog, sondern statt dessen Koalitionsgespräche mit der Solidarnosc aufnahm. So kam es zur Bildung einer Allparteienregierung unter dem Solidarnosc-Politiker Mazowiecki. Sein Finanzminister Balcerowicz machte sich in der Folgezeit einen schlechten Namen als Planer und Vollstrecker der "Schocktherapie" auf wirtschaftlichem Gebiet, das heißt der Produktion von Massenarbeitslosigkeit, antisozialen Maßnahmen usw.

Im September 1990 kündigte Präsident Jaruzelski seine Absicht an, seine Amtszeit vorzeitig zu beenden und einem demokratisch gewählten Politiker Platz zu machen. Ende November/Anfang Dezember wurde Walesa mit 39 Prozent im ersten und knapp 75 Prozent im zweiten Wahlgang zum Präsidenten gewählt. Bedeutend war daran dreierlei: Erstens verschaffte sich Walesa damit eine Position mit außerordentlichen Vollmachten, teilweise über dem Parlament stehend. Zweitens zeigte sich an der Tatsache, daß Walesa gegen Ministerpräsident Mazowiecki kandidierte, dem er einen zu langsamen Gang der Reformen vorwarf, die beginnende Auflösung der heterogenen Solidarnosc-Strukturen. (Mazowiecki bekam im ersten Wahlgang 17,5 Prozent.) Drittens war mit dem Hasardeur und Demagogen Tyminski ein Kandidat überraschend erfolgreich (rund 25 Prozent im ersten und zweiten Wahlgang), der keinerlei parteipolitischen Hintergrund hatte und einen faschistoiden Populismus repräsentierte.

Mazowiecki nahm den Wahlausgang zum Anlaß, als Regierungschef zurückzutreten. Die folgende Regierung Bielecki stützte sich in erster Linie auf die sehr rechte Liberaldemokratische Union (KLD), ein Auflösungsprodukt der Solidarnosc. Balceworicz blieb Finanzminister. Insbesondere aufgrund der zunehmenden Kritik an seiner "Schocktherapie" sah sich die Regierung Bielecki im August 1991 zum Rücktritt gezwungen, da sie keine parlamentarische Mehrheit mehr zustande brachte.

So kam es im Oktober 1991 zu vorgezogenen Neuwahlen. Eine Wahlbeteiligung von nur 43 Prozent drückte erhebliches Desinteresse großer Bevölkerungsteile aus. In dem ohne Sperrklausel zusammengesetzten Parlament waren 29 Parteien vertreten; dabei lag eine Skurrilität wie die Partei der Bierfreunde mit 3,27 Prozent und 16 Abgeordneten noch gut im Mittelfeld. Die "Wahlsiegerin", die Demokratische Union (UD) - ebenfalls eine der vielen aus der alten Solidarnosc-Bewegung hervorgegangenen Parteien - hatte nur 12,31 Prozent der Stimmen und lag damit äußerst knapp vor dem von den "Ex-Kommunisten" geführten Wahlbündnis SLD mit 11,98 Prozent. Dahinter lagen etwa gleichauf das rechtskatholische Wahlbündnis WAK, die aus der früheren Blockpartei ZSL hervorgegangene Bauernpartei PSL und die zu dieser Zeit von Walesa favorisierte Zentrumsallianz (PC) mit jeweils um die 8,7 Prozent. Die rechtsextrem-nationalistische Partei KPN folgte mit 7,5 Prozent. Die unter dem alten Namen Solidarnosc kandidierende Partei brachte es nur auf 5 Prozent.

Auf die Wahl folgte zunächst die kurzlebige Regierung des von Walesa protegierten Olszewski, der sich in erster Linie auf die damalige "Präsidentenpartei" PC stützte. Nachdem Walesa Ende Mai 1992 die Regierung seines Ziehkinds in einem Brief an den Sejm als "schädlich für die Interessen Polens" gebrandmarkt hatte, war es auch um diesen Herrn geschehen: Wenige Tage später sprach ihm das Parlament sein Mißtrauen aus.

Einige Wochen lang versuchte Walesa dann vergeblich, den Vorsitzenden der Bauernpartei, Pawlak - neuerdings doch noch Regierungschef - zum Ministerpräsidenten zu machen. Die Suche nach einer neuen parlamentarischen Mehrheit endete mit der Wahl von Frau Suchocka (UD) im Juli 1992. Zwischenzeitlich hatte

Walesa schon gedroht, falls es nicht zu einer regulären Regierungsbildung kommen sollte, werde er die Minister selbst ernennen und auf eine Bestätigung durch den Sejm verzichten.

Schon im Frühjahr 1993 war abzusehen, daß wohl auch dieser Regierung kein langer Bestand beschieden sein würde. Im März lehnte der Sejm das Privatisierungsprogramm von Frau Suchocka ab. Ein Mißtrauensantrag gegen ihren Privatisierungsminister, dem vor allem nationalistische Gruppen vorwarfen, er liefere Polen an westliche Kapitalinteressen aus, scheiterte nur knapp. Im April verließ die aus der Solidarnosc hervorgegangene Bauernpartei PL die Regierungskoalition, um gegen die für ihre Klientel ruinöse Landwirtschaftspolitik zu protestieren. Ende April nahm der Sejm das Privatisierungsprogramm dann doch noch an, indem ein Teil der SDL, also der "Ex-Kommunisten", dafür stimmten, nachdem einigen ihrer Änderungswünsche Rechnung getragen worden war.

Im Mai kam es zu einem heftigen Konflikt zwischen der Solidarnosc und der Regierung, nachdem die Gewerkschaft eine Streikwelle im Schul- und Gesundheitswesen gegen die "Sparpolitik" organisiert hatte. Nach dem Scheitern von Verhandlungen entschloß sich die Solidarnosc zu einem parlamentarischen Mißtrauensantrag. SDL und PSL boten sich an, die Regierung Suchocka zu unterstützen, doch akzeptierte diese ihre Mitbeteiligungswünsche und politischen Forderungen nicht.

So ging Ende Mai der Mißtrauensantrag über die Bühne - mit nur einer einzigen Stimme über der benötigten Mindestanzahl. Walesa erklärte Sejm und Senat für aufgelöst und ordnete für den 19. September Neuwahlen an. Für diese galt erstmals ein neues Wahlgesetz, das für Parteien eine Sperrklausel von 5 Prozent und für Wahlbündnisse sogar von 8 Prozent vorsieht.

Schon im Vorfeld der Wahlen wurde aus den Umfrage-Ergebnissen sichtbar, daß die "Ex-Kommunisten" auf einen klaren "Wahlsieg" zugingen. Bei einer gegenüber 1991 leicht gestiegenen Wahlbeteiligung (50,5 Prozent) landete die SLD mit 20,6 Prozent auf dem ersten Platz, gefolgt von der Bauernpartei PSL mit 15,2 Prozent. Die bisherige Regierungspartei UD schaffte 10,5 Prozent. Überraschend stark zeigte sich die linkskatholisch-sozialdemokratische, zugleich auch entschieden antikommunistische Union der Arbeit (UP) mit 7,3 Prozent. Die nationalistische KPN hatte 5,7 Prozent, und für den von Walesa erst kurz vor der Wahl ins Leben gerufenen Parteilosen Block zur Unterstützung der Reformen (BBWR) langte es mit 5,4 Prozent nur knapp zum Einzug in den Sejm. Alle übrigen Parteien mußten draußen bleiben. Darunter auch das im Juli gegründete rechtskatholische Wahlbündnis unter dem sinnigen Namen "Vaterland", das mit rund 7 Prozent an der für solche Allianzen geltenden 8-Prozent-Klausel scheiterte. Ausgesperrt bleibt auch die Solidarnosc-Partei mit etwas über 4 Prozent.

Unter Zusammenrechnung der niedrigen Wahlbeteiligung und der an den Sperrklauseln gescheiterten Parteien ergibt sich, daß der neue Sejm nur etwa 36 Prozent der 27,5 Millionen polnischen Wahlberechtigten repräsentiert.

Die im Oktober gebildete Regierung unter dem PSL-Vorsitzenden Pawlak wird in erster Linie getragen von seiner Bauernpartei und von der "ex-kommunistisch"-sozialdemokratischen SLD. Zusammen haben sie 303 von 460 Sejm-Sitzen, also eine äußerst bequeme Mehrheit - solange sie sich nicht untereinander und intern zerstreiten. Die Unterstützung von außen, die die UP (41 Sitze) zugesagt hat, braucht die Regierung eigentlich nicht, doch könnte ihr das im Bedarfsfall auch eine Zweidrittel-Mehrheit verschaffen.

Es scheint auf den ersten Blick wie ein Spiel mit vertauschten Rollen, daß der Garant in dieser Regierungskoalition für eine Weiterführung der eingeleiteten "Wirtschaftsreformen", also der raschen Kapitalisierung Polens, die SLD zu sein scheint. Kritische Töne zur freien Marktwirtschaft hört man mehr von der PSL, deren bäuerliche Klientel heftig unter der Landwirtschaftspolitik allgemein und insbesondere unter der Öffnung des Landes für EG-Produkte leidet. Zugleich ist die PSL, ihrer Klientel entsprechend, in vielen Fragen eine eher konservative Kraft. Beispielsweise ist zweifelhaft, ob mit ihr zusammen eine Änderung des restriktiven Abtreibungsgesetzes möglich wäre.

Es dürfte sich wohl schon in nächster Zukunft zeigen, daß die SLD - vergleichbar der früheren Solidarnosc - ein heterogenes Gebilde ist, das sich zwar in der Oppositionsrolle zusammenhalten ließ, aber in der "Regierungsverantwortung" der Gefahr der Ausdifferenzierung und Aufspaltung unterliegt. Von cleveren Jungunternehmern und dynamischen Managern bis hin zu linksdogmatischen Traditionalisten ist in dieser Allianz alles vertreten. Die stärkste Fraktion innerhalb der SLD, die frühere Staatsgewerkschaft OPZZ, die im

Sejm etwa 63 der 171 SLD-Mandate stellt, hat schon ihren Widerstand gegen eine auf Kosten der Lohnabhängigen gehende Wirtschafts- und Sozialpolitik, bis hin zu Streikaktionen, angekündigt. Auch ihre Formierung als eigene parlamentarische Gruppe wird nicht ausgeschlossen.

So gibt es Grund zu der Annahme, daß sich erstens durch die "Rückkehr der Ex-Kommunisten an die Macht" in der realen Regierungspolitik nicht sehr viel ändern und daß es zweitens auch nicht so schnell zu einer Stabilisierung der parteipolitischen Landschaft kommen wird.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es mit der Ära der patriarchalischen Präsidialherrschaft Walesas zu Ende geht. Alle seine Versuche, sich nach dem Musters seines großen Vorbilds aus den zwanziger und dreißiger Jahren, Pilsudski, eine ihm persönlich hörige Partei mit Masseneinfluß zu schaffen, sind bisher gescheitert. Ob Walesa die im Lauf des nächsten Jahres fällige Präsidentenwahl überstehen wird, ist ungewiß. Gerade das könnte ihn anspornen, vorher schnell noch einmal lieber Gott zu spielen und erneut vorgezogene Parlamentswahlen zu erzwingen.

Ungarn

Ungarn, das sich im Sommer 1989 etwa zeitgleich mit Polen anschickte, Vorreiter der Beseitigung des Realsozialismus in Osteuropa zu werden, hat eine völlig entgegengesetzte parteipolitische Entwicklung genommen.

Die Verabschiedung eines neuen Vereins- und Versammlungsgesetzes eröffnete schon im Januar 1989 den Weg zu einem Mehrparteiensystem. Wenig später nahm die KP-Führung Rund-Tisch-Gespräche mit der sich legal formierenden Opposition auf, damals im wesentlichen repräsentiert durch die Dachorganisation Demokratischen Forums (MDF). Mitte September 1989 verständigte man sich darauf, im nächsten Frühjahr ein neues Parlament nach demokratischen Spielregeln wählen zu lassen.

Das geschah in zwei Durchgängen Ende März und Anfang April 1990. War im ersten Wahlgang die Beteiligung mit etwa 65 Prozent schon nicht überwältigend, so sackte sie in der zweiten Runde auf nur noch 44 Prozent. Klarer Wahlsieger wurde die konservative UDF mit 42,7 Prozent, gefolgt von der liberalen Partei SZDSZ (23,8 Prozent) und der Partei der Kleinen Landwirte (11,1 Prozent). 5,4 Prozent entfielen auf eine weitere liberale Partei, die FIDESZ; die mit der UDF verbündete Christlich-Demokratische Volkspartei erreichte 5,44 Prozent.

Schlechter als erwartet war das Resultat der KP-Nachfolgepartei USP: 8,5 Prozent. Die ungarischen Sozialisten, die sich 1989 an die Spitze des Demokratisierungsprozesses zu stellen versucht hatten und die einige zeitweise sehr populäre Politiker in ihren Reihen haben - wie den früheren Außenminister Gyula Horn - hatten sich begründet ein besseres Ergebnis erhofft.

Hauptregierungspartei Ungarns ist seit der Wahl von 1990 die Rechtspartei UDF, unterstützt von den Kleinlandwirten und den Christdemokraten. Regierungschef ist unverändert Jozsef Antall. Die UDF und die Partei der Kleinen Landwirte haben starke rechtsextreme Flügel, die sich inzwischen teils selbständig gemacht haben, teils hinausgedrängt wurden. Letzteres weist nicht auf eine wirkliche Abgrenzung beider Parteien von faschistoiden und faschistischen Tendenzen hin, sondern ist darauf zurückzuführen, daß es die extremistischen Kräfte derart toll treiben, daß es immer wieder zu beunruhigten Reaktionen im westlichen Ausland kommt. Hier kommen wirtschaftliche und außenpolitische Risiken - z.B. die Annäherung an die EG - ins Spiel, wo auch stramme Konservative verletzlich sind. Besondere Punkte permanenter Ärgernisse durch die Rechtsextremen sind die Infragestellung der nach dem 1. Weltkrieg gezogenen Grenzen Ungarns sowie übelste antijüdische Demagogie.

Für Skandale auf diesem Gebiet sorgt namentlich der frühere stellvertretende UDF-Vorsitzende Csurka. So beschimpfte er, um nur ein besonders herbes Vorkommnis zu erwähnen, den liberalen Staatspräsidenten Göncz als "Befehlsempfänger aus Paris, New York und Tel Aviv" und "jüdisch-bolschewistische Marionette". Im Juni dieses Jahres wurde Csurka schließlich aus der Parlamentsfraktion der UDF und dann auch aus der Partei ausgeschlossen. Er hat inzwischen mit seinen Gefolgsleuten eine eigene Partei namens Ungarischer Weg gegründet, der elf Parlamentsabgeordnete angehören.

Die politische Hauptfront scheint in Ungarn zwischen den rechten Regierungsparteien samt deren extremistischen Außenposten einerseits und den Liberalen andererseits zu verlaufen. Die Polemik der Rechten gegen die Liberalen und damit verbundene Maßnahmen - wie etwa die Verdrängung der Liberalen

aus den staatlichen Medien - ist stark von antidemokratischen, antijüdischen und auch von antiwestlichen Zügen geprägt. Schlagworte wie "Liberalismus und Bolschewismus", verbunden mit "Kosmopolitismus", sprechen eine klare Sprache. Unter solchen Vorzeichen mobilisierte die UDF im Herbst 1992 Massendemonstrationen mit zigtausenden Teilnehmern, um die Entlassung der als Liberale geltenden Leiter von Rundfunk und Fernsehen zu fordern. Zugleich wurde Präsident Göncz scharf angegriffen, der sich geweigert hatte, die von Antall schon vorbereiteten Entlassungsurkunden zu unterzeichnen. Auf der anderen Seite folgten damals 70.000 Menschen dem Aufruf zu einer Gegendemonstration "gegen zunehmenden Rechtsextremismus und für eine Demokratie ohne Angst". Inzwischen hat die Rechte ihre personellen Forderungen in den staatlichen Medien dennoch weitestgehend durchgesetzt.

Im Frühjahr 1994 sind in Ungarn die nächsten Parlamentswahlen fällig. Die liberalen Parteien werden voraussichtlich mit einem Bündnis antreten. Umfragen und Prognosen sehen sie ganz vorn, gefolgt von der Sozialistischen Partei. Die UDF liege, so heißt es, erst an dritter Stelle. Größte "Partei" allerdings würden wohl wieder die Nichtwähler sein.

Ein solcher Verlauf würde vermutlich zu einer von den Sozialisten tolerierten Regierung der Liberalen führen. Eine Koalition der Liberalen mit der UDF ist hingegen unwahrscheinlich: Die Liberalen schließen eine solche Option kategorisch aus, und faktisch wären die von den Rechten aufgerissenen Gräben dafür wohl auch viel zu tief. Eher könnte es im schlimmsten aller Fälle dazu kommen, daß es noch einmal zu einer Neuauflage der Rechtskoalition reicht.

Tschecho-Slowakei

In der Tschecho-Slowakei wurde das Machtmonopol der KP in der zweiten Novemberhälfte 1989 durch Massendemonstrationen (mehrere hunderttausend TeilnehmerInnen allein in Prag) und eine Generalstreik-Bewegung unhaltbar. Die KP stellte sich rasch darauf ein, einen friedlichen Machtwechsel zu ermöglichen. Im Dezember 1989 wurde eine "Regierung der Nationalen Einheit" unter Beteiligung von Oppositionsvertretern gebildet; im selben Monat wählte das noch unter realsozialistischen Bedingungen zustande gekommene Parlament den populärsten Oppositionssprecher Vaclav Havel zum Staatspräsidenten.

Im Juni 1990 fanden Wahlen zum Bundesparlament sowie für die Parlamente der beiden Teilrepubliken statt. Schon damals zeigte sich, daß sich im tschechischen und im slowakischen Landesteil unterschiedliche, wenn auch zunächst noch ähnliche und kompatible, Parteien entwickelten. Im Bundesparlament wurde nun die stärkste Strömung vom tschechischen Bürgerforum (OF) und ihrer slowakischen Parallelpartei, Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN), gebildet. Zusammen stellten sie 87 von 150 Abgeordneten. Die (schon getrennt organisierten) kommunistischen Parteien beider Landesteile kamen zusammen auf 23 Mandate. Vertreten waren außerdem die tschechischen und slowakischen Christdemokraten (KDU und KDH) mit 20 Abgeordneten, die tschechische Bewegung für Selbstverwaltungsdemokratie (HSD-SMS) mit acht, die radikalen slowakischen Nationalisten (SNS) mit sechs und die kleine slowakische Partei Koexistenz mit fünf Abgeordneten. Die KPC hatte mit 13-14 Prozent in beiden Landesteilen ein unter den Umständen respektables Ergebnis erreicht.

Es folgten etliche Parteispaltungen und eine zunehmende Entfremdung zwischen den Parteien beider Landesteile. Das tschechische Bürgerforum (OF) spaltete sich in die konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) unter dem Vorsitzenden Klaus sowie die Liberale Bürgerbewegung, die zwar einige populäre Oppositionspolitiker aufzuweisen hat, aber inzwischen nahezu bedeutungslos geworden ist. Die slowakische Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN) spaltete sich ebenfalls. Als Hauptströmung ging daraus die Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS) unter dem Vorsitzenden Meciar hervor. Sie verbindet einen grundsätzlichen Konservativismus mit einer leichten Neigung zur linkspopulistischen Phraseologie (was etwa das Verhältnis zu Westeuropa oder manche Begleiterscheinungen des Kapitalismus angeht); vor allem aber ist sie stramm nationalistisch orientiert.

Die Neuwahl des Bundesparlaments im Juni 1992 führte zu einer Blockade-Situation, die schließlich mit der Auflösung des Staates in zwei Einzelrepubliken endete. Stärkste Parteien wurden die tschechische ODS und die slowakische HZDS, die zusammen über die Mehrheit verfügten. Die Sozialisten konnten sich in beiden Landesteilen noch leicht auf 14,3 Prozent verbessern.

Nach dem Wahlergebnis war klar, daß eine Regierung, wenn überhaupt, nur als Koalition zwischen ODS und HZDS gebildet werden konnte. Entsprechende Gespräche scheiterten sofort, das heißt, sie konstatierten die Übereinstimmung beider Seiten, daß die Tschecho-Slowakei als Staat nicht mehr zu retten sei und eine geordnete Trennung vorbereitet werden müsse. Zu diesem Zweck wurde eine verkleinerte Übergangsregierung gebildet, je zur Hälfte aus Ministern der beiden Parteien bestehend.

Meciar und Klaus versprachen damals noch, die definitive Entscheidung über das Ende der Föderation werde in einem Referendum der Bevölkerung fallen. Davon war schließlich nicht mehr die Rede. Mehrere Umfragen kamen übereinstimmend zum Ergebnis, daß in beiden Landesteilen nur 36-37 Prozent für eine Trennung waren. Andererseits stieß die Teilung des Landes auch nicht auf relevanten Massenprotest.

Die Initiative zur Trennung war eindeutig von slowakischer Seite, vor allem der HZDS und der sie demagogisch anpeitschenden SNS, ausgegangen. Der zentrale Vorwurf lautete, daß der slowakische Landesteil - traditionell das "unterentwickelte Gebiet" der Föderation - wirtschaftlich permanent benachteiligt und ausgebeutet werde. Auf der anderen Seite nahm, durch solche Klagen forciert, in der tschechischen Öffentlichkeit die Stimmung zu, man habe eigentlich ständig zugunsten der Slowaken "draufzahlen" müssen und sollte die Undankbaren ruhig ziehen lassen. Die ODS, namentlich ihr Chef Klaus, ergriff die Gelegenheit, die Phraseologie der HZDS beim Wort zu nehmen und nun ihrerseits gezielt auf die Auflösung des Bundesstaats zuzusteuern. In dieser Phase zeigte sich, daß die HZDS es so extrem ernst eigentlich gar nicht gemeint hatte. Die "Abhängigkeit von den Tschechen" war ein schönes populistisches Dauerthema, aber die Perspektive absoluter staatlicher Eigenständigkeit war eigentlich auch nicht das Gewünschte. So unternahm die HZDS im Herbst 1992 einen letzten Versuch, gemeinsam mit den "Ex-Kommunisten" (inzwischen Sozialdemokraten), einige strukturelle Zusammenhänge zu retten, etwa in Form einer losen "Union" beider Landesteile. Dies allerdings auch nur halbherzig, weil sie längst zum Gefangenen ihrer eigenen Phraseologie und ihrer koalitionspolitischen Abhängigkeit von den Radikalnationalisten der SNS geworden war. (Meciar hat ohne die Abgeordneten der SNS keine parlamentarische Mehrheit.)

Seit Anfang dieses Jahres sind die Tschechische und die Slowakische Republik zwei souveräne Staaten, beide mit rechts orientierten Regierungen und zunehmenden extrem-nationalistischen Tendenzen (Diskriminierung von Roma und Asylsuchenden; unbefriedigende Situation der ungarischen Minderheit in der Slowakei).

Jugoslawien

Unter dem Eindruck der Umbrüche im übrigen Osteuropa 1989/90 setzte sich auch in der jugoslawischen KP die Bereitschaft durch, ein pluralistisches Parteiensystem zuzulassen und sich freien Wahlen zu stellen. Als verhängnisvoll erwies sich, daß der "Demokratisierungsprozeß" in den einzelnen Republiken der Föderation uneinheitlich und unkoordiniert verlief, mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und Radikalität. Auf dem einen Pol war die slowenische die hauptsächlich treibende Kraft, auf der anderen Seite spielte vor allem die serbische KP die Rolle der Bremserin der Entwicklung.

So fanden im Lauf des Jahres 1990 Wahlen nur auf Republikebene statt, während es zur freien Wahl eines neuen jugoslawischen Bundesparlaments gar nicht mehr kam. Die kontroversen Ergebnisse sahen so aus: In Slowenien und Kroatien setzten sich klar die "bürgerlichen" Kräfte durch; im ersten Fall in Form einer heterogenen Allianz, im zweiten Fall hauptsächlich in der Gestalt einer dominierenden konservativen Staatspartei. Ebenso eindeutig behaupteten sich in Serbien und Montenegro die "Ex-Kommunisten", während sich in Makedonien und Bosnien-Hercegovina komplizierte, instabile parteipolitische Verhältnisse ergaben.

Nach Volksabstimmungen, die riesige Mehrheiten für die staatliche Selbständigkeit demonstrierten, erklärten Slowenien und Kroatien Ende Juni 1991 ihren Austritt aus dem Bundesstaat. Makedonien und Bosnien-Hercegovina hatten sich zwar für den Erhalt des gemeinsamen Staates stark gemacht, wollten aber nach dem Ausscheiden der beiden Nordrepubliken auch nicht mehr Teile eines nun eindeutig von Serbien dominierten "Rumpfjugoslawiens" bleiben. Daher beschlossen sie ebenfalls den Schritt in die Eigenstaatlichkeit - im Falle von Bosnien-Hercegovina gegen den Willen des serbischen Bevölkerungsdrittels.

Auf der anderen Seite wollte auch Serbien mit den ethnisch gemischten, noch am "titoistischen" Ideal der Überwindung ethnischer Gegensätze orientierten bundesstaatlichen Strukturen nicht weiterleben. Ausdruck davon war der Sturz der Bundesregierung Markovic im November 1991 und eine radikale "Säuberung" der

Armeespitze von bundesstaatlich orientierten Kräften im Februar 1992. Der faktischen Auflösung und Zerschlagung sämtlicher bundesstaatlicher Strukturen trug man dadurch Rechnung, daß Jugoslawien im April 1992 als Staat neu gegründet wurde, nun nur noch bestehend aus Serbien und Montenegro. Dieses neue Jugoslawien ist als einziger Nachfolgestaat der untergegangenen Föderation bisher nicht Mitglied der UNO: Er müßte neu aufgenommen werden, und das wird ihm von der UNO-Mehrheit mit Hinweis auf den Krieg in Bosnien-Hercegovina verweigert.

Ende Mai 1992 wurde das Parlament des neuen Jugoslawiens gewählt, in dem Serbien mit 108 und Montenegro mit 30 Abgeordneten vertreten ist. Größter Block wurden die "Ex-Kommunisten", jetzt Sozialisten genannt. Auf sie entfielen zusammen 96 der 138 Sitze, wobei allein die serbische SPS mit 73 Mandaten schon über eine absolute Mehrheit verfügte. Zweitstärkste Partei wurde die faschistoide Serbische Radikale Partei (SRS) mit 24 Prozent der serbischen Stimmen und 33 Mandaten, von denen drei in Montenegro gewonnen wurden. Nicht vertreten war die mehr oder weniger "demokratische Opposition" Serbiens, da sie die Wahl boykottiert hatte - ebenso wie die Albaner des Kosovo und die Muslime des Sancak-Gebiets.

Anfang Juli 1992 wurde Milan Panic jugoslawischer Ministerpräsident. Er war schon 1956 in die USA emigriert und hatte seither dort gelebt. Sein erklärtes Programm: Er wolle "die Demokratie und die Marktwirtschaft amerikanischer Prägung" nach Jugoslawien bringen. Weit wichtiger war aber offensichtlich sein Ziel, durch eine hektische Reiseaktivität und durch betont moderates Auftreten die außenpolitische Isolation seines Landes zu durchbrechen. Nur unter diesem Gesichtspunkt wurde Panic einige Monate lang versuchsweise von den serbischen Sozialisten gegen mehrere Mißtrauensanträge der Radikalen Partei gestützt. Da sich die erhofften schnellen Erfolge aber nicht einstellen wollten, wurde das Experiment eingestellt und vorgezogene Neuwahlen auf den 20. Dezember 1992 angesetzt..

Das Ergebnis reduzierte den bisher dominierenden Einfluß der Serbischen Sozialisten beträchtlich: Sie halten nur noch 47 der 138 Sitze; hinzugerechnet werden können in der Regel die 17 Mandate der montenegrinischen DPS, zusammen also 64. Die Radikale Partei hat nun 34 Sitze, das Oppositionsbündnis DEPOS 20; einige kleinere Parteien wie z.B. auch die ungarische Minderheit der Vojvodina sind ebenfalls vertreten.

Klarer als auf der gesamtjugoslawischen Ebene wird die Kräfteverschiebung im ebenfalls neu gewählten serbischen Republikparlament deutlich: Die Sozialisten (SPS) haben dort nur noch 101 von 250 Sitzen, die Radikalen (SRS) 73, DEPOS 49. Von nun an stützten sich die SPS und Serbiens Präsident Milosevic auf eine engere Zusammenarbeit mit den Radikalen. Gleich der erste Schritt war, daß die SPS dem monatelangen Drängen der SRS nachgab und Ende Dezember 1992 gemeinsam mit den Radikalen die Regierung des "Vaterlandsverräters" Panic stürzte. Im Mai 1993 stimmte die SPS auch dem Antrag der SRS zu, den erst seit Juni 1992 amtierenden Staatspräsidenten Cosic zu stürzen, den die Radikalen schon lange als "viel zu weich" angegriffen hatten: Angeblich wollte Cosic das Kosovo an Albanien und die Krajina an Kroatien "ausliefern", was de facto nur bedeutet, daß er keine absolut ultranationalistische Position bezogen hatte.

Inzwischen sind die Dinge wieder in Bewegung geraten: Milosevic hat im Oktober das serbische Parlament aufgelöst und Neuwahlen am 19. Dezember angeordnet. Vorausgegangen waren mehrere Mißtrauensanträge der SRS gegen die serbische Regierung. Diese wären an sich verkraftbar gewesen - wenn nicht zum Schluß immer unsicherer geworden wäre, ob nicht Teile der "demokratischen Opposition" sich anschließen würden. Vuk Draskovic, Chef der wichtigsten Oppositionspartei, der Serbischen Erneuerungsbewegung, hat wieder einmal Wahlboykott angekündigt: Die Frist bis zur Wahl sei zu kurz; auch habe die Opposition weder die Mittel für einen Wahlkampf noch gleichberechtigten Zugang zu den Medien.

Ob es bei diesem Boykott bleibt und wieweit er von der "demokratischen Opposition" insgesamt mitgetragen wird muß sich erst noch zeigen. Zu erwarten ist jedenfalls, daß sich die Gewichte im parteipolitischen Spektrums noch weiter nach rechts verschieben werden. Spätestens nach dem 19. Dezember wird vermutlich auch ein Beschluß über vorgezogene Neuwahl des jugoslawischen Bundesparlaments unvermeidlich werden.

Slowenien

Bei der ersten Wahl im April 1990 gab es einen klaren Sieg des sehr heterogen zusammengesetzten antisozialistischen Parteienbündnisses DEMOS mit 55 Prozent der Stimmen und 47 von 80 Parlamentssitzen. Stärkste Einzelpartei waren allerdings die als SKS-SDR kandidierenden "Ex-Kommunisten" mit 17 Prozent und

14 Mandaten. Die gleichzeitige Präsidentenwahl gewann KP-Chef Milan Kucan in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten Pucnik mit 56,4 Prozent.

Die erste Regierung Sloweniens wurde unter dem Christdemokraten Peterle gebildet; ihr gehörten auch einige Minister aus der SKS-SDR an. Im April 1992 wurde Peterle durch ein Mißtrauensvotum gestürzt. In der Zwischenzeit war das Zweckbündnis DEPOS längst in konkurrierende Einzelparteien zerfallen und hatte sich zum Jahresende 1991 offiziell aufgelöst. Ausgegangen war das Mißtrauensvotum von der Demokratischen Partei (DSS), die zwei wichtige Ministerien, Außen und Innen, gestellt hatte. Die DSS gilt als Vertreterin des "städtischen Bürgertums". Unterstützt wurde die Regierung Peterle in der entscheidenden Abstimmung nur noch von den Parteien der Rechten.

Die Neuwahl am 6.12.92 machte die Liberalen (LDS) mit 23,3 Prozent zur stärksten Partei, gefolgt von den Christdemokraten (SKD) mit 14,5 und dem von den "Ex-Kommunisten" dominierten linken Wahlbündnis ZL mit 13,6 Prozent. Die rechtsextreme Nationalpartei (SNS), profiliert durch Hetze gegen "Gastarbeiter" und Flüchtlinge aus anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens, brachte es auf annähernd 10 Prozent. Weit rechts ist auch die im bäuerlichen Milieu verankerte Volkspartei (SLS) einzuordnen, die sich auf "traditionelle Werte" wie "Vaterland" und "christliche Ethik" beruft. Sie bekam 8,8 Prozent der Stimmen. Verliererin der Neuwahl ist ausgerechnet die Demokratische Partei, die den Sturz der Regierung Peterle initiiert hatte, mit nur 5 Prozent.

Nach mehrwöchigen Verhandlungen kam Ende Januar 1993 eine "Koalition des historischen Kompromisses" zustande. Sie vereint Liberale, Christdemokraten, die zu Sozialdemokraten mutierten "Ex-Kommunisten" und eine ziemlich kleine und unbedeutende Gruppe, die sich überflüssigerweise Sozialdemokratische Partei (SDSS) nennt. Ministerpräsident ist der Liberale Drnovsek; er kann sich derzeit auf 63 von 90 Abgeordneten stützen. Die Christdemokraten (SKD) hatten anfangs eine Regierungsbeteiligung zusammen mit den "Ex-Kommunisten" abgelehnt und mußten erst durch "ausländische Freunde" umgestimmt werden, die wohl in Bonn und Rom zu vermuten sind. Die Demokratische Partei ist, vielleicht als kleine Rache der SKD für den Sturz Peterles, nicht an der Regierung beteiligt, obwohl man besonders ihrem ehemaligen Außenminister Rupel im westlichen Ausland immer noch vernehmlich nachtrauert.

Kroatien

Kroatien wird seit der ersten Wahl im April-Mai 1990 sehr monopolistisch und despotisch durch die konservative und nationalistische HDZ (Kroatische Demokratische Union) regiert, die es zwar nicht ganz auf die Hälfte der Stimmen, aber dank Wahlrecht auf eine solide absolute Mehrheit im Parlament brachte. Zweitstärkste Partei waren damals noch die "Ex-Kommunisten" (SKH-SDP), die rund ein Viertel der Stimmen auf sich zogen. Das war allerdings primär darin begründet, daß die Serben Kroatiens größtenteils für diese Partei gestimmt hatten. Mit der Trennung der mehrheitlich serbisch bewohnten Landesteile von Kroatien fiel diese Basis weg.

Neuwahlen im August 1992 führten zwar zu einem differenzierteren parlamentarischen Spektrum, konnten die Alleinherrschaft der HDZ aber noch nicht erschüttern. Die Partei Tudjmans kam auf 43,2 Prozent (etwa gleichviel wie 1990), gefolgt von der Sozialliberalen Partei (HSLS) mit 18,3 Prozent. Erst mit großem Abstand folgen die in der Tradition des Ustascha-Faschismus stehende HSP (6,9 %), die Sozialdemokraten-"Ex-Kommunisten" der SDP (6 %) und die Bauernpartei HSS (4,3 %). Die HDZ hat nach wie vor die absolute Mehrheit und stellt allein die Regierungen, die von Tudjman allerdings in schneller Folge "umgebildet" oder "abgelöst" werden, da selbstverständlich keine von ihnen die gigantischen Wirtschaftsprobleme des Landes auch nur annähernd in den Griff kriegt.

Bei den Gemeinde- und Bezirkswahlen im Februar 1993 zeigte sich deutlich, daß die HDZ immer weniger in der Lage ist, den Staat wie eine konservativ umdefinierte Neuausgabe der alten KP monolithisch zu verwalten. In Dalmatien, das als Touristenregion für Kroatien wirtschaftlich lebenswichtig ist, lag die HDZ nur noch bei etwa 35 Prozent. In Istrien, ebenfalls Touristenregion, fielen zwei Drittel der Stimmen an die Regionalpartei IDS, die für einen Separatismus knapp unterhalb der Schwelle der Lostrennung steht; hier liegt die HDZ abgeschlagen bei 16,4 Prozent.

Im Sommer 1993 hat sich die bisher zersplitterte Opposition zu einem Bündnis mit gemeinsamem Aktionsprogramm zusammengeschlossen. Nicht beteiligt sind lediglich die rechtsextreme HSP und die

istrischen Separatisten. Das unmittelbare Ziel der Oppositionsallianz besteht darin, an der Regierungsbildung beteiligt zu werden: Nur eine Allparteien-Koalition könne Kroatien aus der Krise führen, in die es vor allem durch die gefährliche Politik Tudjmans in Bosnien-Hercegovina geraten sei. (Gemeint ist die Politik der ethnischen Aufspaltung der Nachbarrepublik und die partielle Zusammenarbeit mit den Serben zu diesem Zweck.)

Solange die Bürgerkriegssituation im ehemaligen Jugoslawien andauert, wird sich wahrscheinlich an der außerordentlichen Vormachtstellung der HDZ und ihres Präsidenten Tudjman wenig ändern. Andererseits ist unwahrscheinlich, daß diese kaum demokratisch zu nennenden Verhältnisse über den Krieg hinaus Bestand haben werden.

Makedonien

Makedonien erklärte nach einem Referendum (Anfang August 1991) im November 1991 seine staatliche Unabhängigkeit. Wegen der Widerstände Griechenlands - das den Namen Makedonien für sich selbst reservieren möchte und auch sonst dem Nachbarland jede mögliche Schikane zufügt - wurde der neue Staat erst im April 1993 in die UNO aufgenommen. Den absurden Namensstreit vertagte man, indem das neue Mitglied provisorisch unter dem Namen "Die ehemalige jugoslawische Republik Makedonien" geführt wird.

Fast einmalig im parteipolitisch sehr bewegten Osteuropa (außerhalb der GUS) ist, daß in Makedonien immer noch dasselbe Parlament besteht, das im Dezember 1990 gewählt wurde. Und dies, obwohl die 1990 zustande gekommene Konstellation "eigentlich" extrem kompliziert und instabil war, eine Regierungsbildung praktisch unmöglich schien.

Stärkste Partei wurde damals die radikalnationalistische IMRO mit 37 Abgeordneten. Die IMRO hat eine lange Tradition, die sie zeitweise auch in die Nähe des Faschismus brachte. Zumindest verbal strebt sie ein "Groß-Makedonien" unter Einschluß von Teilen Griechenlands und Bulgariens an. Ein Gegengewicht stellen die 50 Abgeordneten dar, die für zwei "ex-kommunistische" Parteien kandidiert hatten: die eigentliche KP, heute Sozialdemokratische Union genannt (31 Mandate), und der Bund der Reformkräfte, den der jugoslawische Ministerpräsident Markovic 1990 gegründet hatte, mit dem damals einzigen zentralen Programmpunkt "Erhalt der Föderation" (19 Mandate). Außerdem stellt die PDP, die Partei der albanischen Volksgruppe, 25 Abgeordnete.

IMRO und "Ex-Kommunisten", das war eigentlich eine absolut undenkbare Regierungskombination. Andererseits schien weder für die "Ex-Kommunisten" und schon gar nicht für die Extremisten der IMRO ein Zusammengehen mit der Partei der Albaner denkbar, die in Makedonien traditionell kaum weniger diskriminiert und schikaniert worden waren als im serbischen Kosovo.

Daß die IMRO im Januar 1991 mit ihren Stimmen half, den "Reformkommunisten" Gligorov zum Präsidenten zu wählen, deutete auf eine sich entwickelnde Zusammenarbeit oder wenigstens Tolerierung hin. Die erste makedonische Regierung unter Nikola Kljusev - ein "überparteiliches" Kabinett der "Experten" - hielt immerhin bis Juli 1992 durch und wurde dann durch ein nahezu einstimmiges Mißtrauensvotum gestürzt. Die jetzt amtierende Regierung des "Ex-Kommunisten" und Sozialdemokraten Crvenkovski stützt sich auf die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Union, der aus dem Bund der Reformkräfte hervorgegangenen Reformliberalen und auf die Partei der Albaner, die PDP, die auch mit Ministern an der Regierung beteiligt ist.

Bulgarien

In Bulgarien leitete die KP mit dem Sturz ihres langjährigen Partei- und Staatschefs Schiwkow im November 1989 selbst den "Demokratisierungsprozeß" ein, ohne dazu durch das Vorhandensein einer relevanten Oppositionsbewegung genötigt zu sein. Daher hatte sie vergleichsweise viel Spielraum, diese Entwicklung zunächst nach ihren Vorstellungen zu gestalten und sich dabei noch an der Macht zu halten.

Die ersten freien Parlamentswahlen im Juni 1990 erbrachten den nun als Sozialisten firmierenden "Ex-Kommunisten" (SP) 48 Prozent der Stimmen, bei einer hohen Wahlbeteiligung von 90 Prozent. Die konservative oppositionelle Sammlungsbewegung Union der Demokratischen Kräfte (SDS) schaffte 35,6 Prozent. 8 Prozent votierten für die frühere bäuerliche Blockpartei BZNS. Knapp 6 Prozent entfielen auf die Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS). Sie vertritt die türkische Minderheit Bulgariens, ungefähr 10 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes.

Für eine Regierungsbildung durch die SP reichte das Ergebnis bequem, da sie im Parlament die absolute Mehrheit der Sitze hatte. Doch waren die Probleme schon vorprogrammiert: Die besten Resultate erzielte die SP bei der Landbevölkerung; in den Städten und besonders in den Großstädten schnitt sie deutlich schlechter ab. In der Hauptstadt Sofia lag die oppositionelle SDS mit 54 Prozent weit vor den 39 Prozent der Sozialisten.

So fiel es der SDS nicht allzu schwer, in Sofia ihre Anhängerschaft immer wieder zu militanten Massendemonstrationen zu mobilisieren und damit das Zentrum des Landes praktisch zu beherrschen. Die SP machte einen vergeblichen Versuch der freiwilligen Macht-Teilung, indem sie im Parlament dem von der SDS nominierten Kandidaten Schelew zur Wahl als Präsident verhalf. Das war am 1. August 1990. Ende desselben Monats stürmte eine von der SDS aufgebotene militante Menge die Parteizentrale der SP.

Im November 1990 büßte die SP durch die Abspaltung von 17 Abgeordneten ihre absolute Mehrheit ein. Die SDS erneuerte ihre Massendemonstrationen für den Sturz der Regierung. Im Dezember wurde eine Koalition unter dem parteilosen Premier Popow gebildet, die nur noch als Übergangsregierung bis zu baldigen Neuwahlen fungieren sollte. Für diese war zuerst das Frühjahr 1991 in Aussicht genommen, dann wurde der Termin auf September und schließlich auf Oktober 1991 verschoben.

Diesmal ergab sich eine knappe Mehrheit für die SDS mit 34,4 Prozent (110 Mandate), dichtauf gefolgt von der SP mit 33 % und 106 Mandaten. Dritte parlamentarische Partei wurde die türkische DPS mit 7,6 Prozent und 24 Mandaten. Die übrigen Parteien scheiterten an einer 4-Prozent-Hürde. Darunter mehrere Gruppierungen, die sich inzwischen von der SDS abgespalten hatten. Die drei parlamentarischen Parteien repräsentierten zusammen also nur rund 75 Prozent der Wählerstimmen.

Das Resultat der Wahl war ebenso absurd wie evident instabil: In einem Land, wo sich die politischen Hauptrichtungen gegenseitig in antitürkischer Demagogie zu überbieten versuchen, war ausgerechnet die Partei der türkischen Minderheit zum "Zünglein an der Waage" bei der Regierungsbildung geworden - was andererseits dazu dienen konnte, antitürkische Ressentiments noch weiter anzuheizen.

Mit Unterstützung der DPS, aber ohne direkte Beteiligung durch Ministerposten, wurde eine SDS-Regierung unter Filip Dimitrow gebildet. Die "Ex-Kommunisten", jahrzehntelang durch antitürkische Maßnahmen profiliert, reagierten in bezeichnender Weise: Bei der Präsidentenwahl durch die Bevölkerung im Januar 1992 unterstützten sie gemeinsam mit mehreren extrem nationalistischen Gruppierungen den Kandidaten Walkanow, der sich vornehmlich durch antitürkische Phraseologie auszeichnete. Der amtierende Präsident Schelew (SDS) gewann die Wahl mit 44,6 Prozent gegen Walkanow (30,4).

Einige Monate später gab es eine überraschende neue Frontenbildung: Im Oktober 1992 stürzte die Regierung Dimitrow durch ein gemeinsames Mißtrauensvotum von SP und DPS. Offizieller Anlaß war der Vorwurf "Untergrabung der nationalen Sicherheit", wegen der Beteiligung eines engen Vertrauten von Dimitrow an geheimen Waffenhandel-Gesprächen mit dem ex-jugoslawischen Nachbarland Makedonien. Hauptgrund für den Seitenwechsel der DPS war aber ihre Kritik an der Sozialpolitik der Regierung. Ihr Vorwurf lautet, daß die allgemein sehr ernsten Folgen der "Wirtschaftsreformen" in besonderer Weise die Gebiete mit kompakter türkischer Bevölkerung im Osten des Landes treffen.

Im Dezember 1992 wurde die derzeit immer noch amtierende Regierung unter dem parteilosen Wirtschaftsexperten Berow gebildet, der bis dahin Berater von Präsident Schelew war. Unterstützt wird diese Regierung von der DPS, von der SP und auch von einem kleinen Teil der SDS. Darüber kam es zu einer Spaltung der Partei: 18 Abgeordnete traten aus der SDS aus (oder wurden ausgeschlossen) und bilden unter dem Namen Neue Union für Demokratie eine eigene Parlamentsfraktion.

Im Sommer 1993 organisierte die Rest-SDS vor allem in Sofia mehrere Riesendemonstrationen - mit angeblich bis zu einer halben Million Teilnehmer - gegen die Regierung Berow und Präsident Schelew. Zentrale Forderung: Sofortige Neuwahlen. Einzige erkennbare politische Aussage: "In Bulgarien kehrt der Kommunismus mit schnellen Schritten zurück." Sämtliche Zwischenkräfte, wie der selbst aus der SDS stammende Präsident Schelew, werden als Verräter und Verschwörer im Dienst der kommunistischen Restauration diffamiert.

Daß dies Negativprogramm als politisches Profil für die größte Oppositionspartei ausreicht, ist unwahrscheinlich. Überhaupt fragt man sich nach dem Sinn und Zweck ihrer Kampagne, da Neuwahlen allen

Prognosen nach vermutlich eine Stärkung der SP bringen würden. Mit diesem Argument bemüht sich derzeit Präsident Schelew darum, Teile der SDS für eine realistischere Politik zu gewinnen, um Neuwahlen noch möglichst lange hinauszuzögern. Andererseits hat er selbst schon das Frühjahr 1994 als Zeitraum für den nächsten Wahlgang ins Spiel gebracht.

Rumänien

Ähnlich wie in Bulgarien erfolgte in Rumänien der Sturz Ceausescus im Dezember 1989 im wesentlichen aus dem Partei- und Staatsapparat selbst heraus. Die KP verwandelte sich in die Front zur Nationalen Rettung (FSN) unter dem Vorsitz von Ion Iliescu. Unter dem stellvertretenden FSN-Vorsitzenden Petre Roman wurde eine Übergangsregierung gebildet.

Im Mai 1990 wurden in Rumänien das Parlament und der Präsident gewählt. Die FSN kam auf satte 66,3 Prozent. Größte Oppositionspartei wurde die Demokratische Union der ungarischen Minderheit mit 7,2 Prozent. Die Nationalliberalen kamen auf 6,3 Prozent, die Nationale Bauernpartei auf 2,5 Prozent, die faschistoide Partei der Nationalen Vereinigung auf 2,1 Prozent, etliche weitere Kleinparteien lagen zwischen 1 und 2 Prozent.

Im Juni 1990 ließ die Regierung Tausende von Bergleuten nach Bukarest bringen, um oppositionelle Demonstranten und zugleich auch etliche Zentralen der Opposition zusammenhauen zu lassen. Im September 1991 sah das Bild schon anders aus: Zigtausende Bergleute streikten, um gegen das immer größere Mißverhältnis zwischen stagnierenden Löhnen und permanent steigenden Preisen zu protestieren. Rund zehntausend Bergleute fuhren nach Bukarest und stürmten dort trotz Polizeiketten den Regierungssitz. Ministerpräsident Roman trat daraufhin zurück. Dabei richtete er heftige Vorwürfe gegen Präsident Iliescu, den er bezichtigte, durch populistische Parolen diesen "kommunistischen Staatsstreich von unten" ermutigt zu haben.

Auf dem 2. Parteitag der FSN im März 1992 kam es zum offenen Bruch zwischen den beiden Flügeln um Iliescu und Roman. Zwei Drittel der Delegierten unterstützten Roman, der sich für die schnellere Einführung marktwirtschaftlicher Reformen ausspricht. Die Anhänger Iliescus gründeten eine neue Partei, die sich Demokratische Front zur Nationalen Rettung (FDSN) nennt und sich als sozialdemokratische Kraft definiert, die die Interessen breitester Volksschichten vertritt.

Aus Neuwahlen im September-Oktober 1992 ging die FDSN als stärkste Partei hervor. Sie gewann mit 27,7 Prozent der Stimmen 117 der 340 Parlamentssitze. An zweiter Stelle liegt die Demokratische Konvention (CD), ein Block von 18 "bürgerlichen" Parteien und Gruppen, mit 20 Prozent und 82 Mandaten. Romans FSN hat 10,2 Prozent und 43 Sitze. Im neuen Parlament vertreten sind außerdem zwei rechtsextreme Parteien mit zusammen 11,5 Prozent und 46 Mandaten. Ferner die Partei der ungarischen Minderheit (UDMR) mit 28 und die Sozialistische Partei der Arbeit, eine kleine KP-Nachfolgeorganisation, mit 13 Mandaten.

Im November 1992 wurde unter dem parteilosen Wirtschaftsexperten Vacaroiu eine neue Regierung gebildet. Etwa die Hälfte der Minister gehört der FDSN an, die andere Hälfte gilt als parteilos. Der neue Ministerpräsident kündigte eine langsamere Gangart der Wirtschaftsreformen an. Zunächst einmal müsse man sich auf kurzfristige Maßnahmen konzentrieren. Vacaroiu war 1990 als Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium entlassen worden, weil er sich gegen die überstürzte Freigabe der Preise ausgesprochen und ein stufenweises Vorgehen befürwortet hatte.

Problematisch ist, daß die Regierung Vacaroiu angewiesen ist auf die parlamentarische Tolerierung durch die extrem chauvinistischen Organisationen Partei der Nationalen Einheit und Großrumänien-Partei. Beide stimmen in ihrem Mißtrauen gegen die kapitalistische Marktwirtschaft und gegen allzu große Abhängigkeit vom Westen teilweise mit der FDSN überein, die sich seit Juli dieses Jahres Sozialdemokratische Partei nennt. Unterstützt wird die Vacaroiu-Regierung auch von der Sozialistischen Partei der Arbeit.

Albanien

In Albanien schien es der KP zunächst gut zu gelingen, den "Demokratisierungsprozeß" - der erst als Reaktion auf die Umbrüche im übrigen Europa begann - fest in der Hand zu behalten. Im Juli 1990 deutete sich mit Umbesetzungen in der Partei- und Staatsspitze an, daß die Dinge in Bewegung geraten waren. Im November 1990 verabschiedete das Parlament ein neues Wahlgesetz, das konkurrierende Kandidaturen zuließ. Im

Dezember 1990 gründete sich als erstes legales Sammelbecken der Opposition die Demokratische Partei. Ihr Programm: Beseitigung des Sozialismus; Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft; Annäherung Albaniens an Europa.

Am 31. März 1991 fanden Parlamentswahlen statt. Die KP behauptete sich mit 169 von 250 Mandaten klar und sicher. Die Demokratische Partei gewann 75 Mandate; 5 Sitze fielen an die Partei der griechischen Minderheit. Ähnlich wie in Bulgarien und Rumänien zeigte sich eine starke Differenzierung zwischen Stadt und Land. Die KP konnte sich in erster Linie auf die Landbevölkerung (rund zwei Drittel aller AlbanierInnen) stützen, während die Opposition in den Städten relativ stark war.

Die von der KP vorgeschlagene Bildung einer Koalition wurde von der Demokratischen Partei abgelehnt, die sogar einen Boykott des Parlaments ankündigte, da der "kommunistische Terror" immer noch andauere. So wurde eine neue Regierung unter dem amtierenden Ministerpräsidenten Nano gebildet, der gleich eine schnelle Einführung der Marktwirtschaft versprach, einhergehend mit einschneidenden Preiserhöhungen, Entlassungen usw. Dagegen entwickelte sich eine breite Streikbewegung. Vor diesem Hintergrund kam es im Juni 1991 doch noch zur Bildung einer Koalitionsregierung "zur Stabilisierung des Landes". Als Zugeständnis an die Demokratische Partei mußte die KP einwilligen, bis Mai/Juni 1992 das Parlament neu wählen zu lassen.

Im Dezember 1991 zerbrach durch den Ausstieg der DP die Regierung, so daß man sich entschloß, bereits im März 1992 Neuwahlen abzuhalten. Diesmal siegte die DP mit 62,3 Prozent, während die "Ex-Kommunisten" (seit Juni 1991 umbenannt in Sozialistische Partei) auf nur noch knapp 25 Prozent absackten. Eine neugegründete Sozialdemokratische Partei schaffte 4,3 Prozent.

Damit verfügt die DP über eine bequeme Zweidrittel-Mehrheit im Parlament. Außer ihr sind an der im April 1992 gebildeten Regierung Meksi auch je zwei Minister der Sozialdemokraten und der kleinen Republikanischen Partei beteiligt. Aufgrund des Wahlergebnisses erklärte der sozialistische Präsident Alia seinen Rücktritt; das Parlament wählte den DP-Vorsitzenden Berischa zu seinem Nachfolger.

Die Kommunalwahlen im Juli 1992 bestätigten das Fortbestehen der Stadt-Land-Differenzierung. Insgesamt kam die DP auf 43,2 Prozent der Stimmen, während die Sozialisten mit 41,3 Prozent ganz knapp dahinter liegen.

Die von der DP dominierte Regierung ist inzwischen dazu übergegangen, die sozialistische Opposition durch Verhaftungen zu schwächen und einzuschüchtern. So ist der letzte Präsident Ramiz Alia seit August im Gefängnis, nachdem er schon im September 1992 unter Hausarrest gestellt wurde. Seit Ende Juli in Haft ist Fatos Nano, der zwischen Februar und Juni 1991 Regierungschef war. Eingesperrt sind u.a. auch der frühere "Chefideologe" der KP, ein ehemaliger Verteidigungsminister und vier weitere Ex-Politbüromitglieder. Begründet wird das mit Wirtschaftsverbrechen (Unterschlagungen etc.), doch liegt nahe, daß es primär um die Kriminalisierung der einzigen bedeutenden Oppositionspartei geht. Im Juli 1992 hat die Regierung das Verbot aller "kommunistischen, faschistischen und antidemokratischen" Parteien verfügt. In der Praxis wurde diese Verfügung anscheinend bisher nur gegen eine kleine Traditionalisten-KP angewendet, die sich 1991 von der Sozialistischen Partei abgespalten hat - doch könnte sich das Verbot irgendwann auch gegen die Sozialisten selbst richten.

Kt.

35. Buchvorstellung: Baskische Knasterfahrungen

Rubrik: Spanien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:19

Im Knast von Herrera de la Mancha wurden Anfang der 80er Jahre die meisten männlichen der rund 500 baskischen politischen Gefangenen zusammengepfercht. Weit ab der Heimat gelegen, sollte es den Angehörigen und FreundInnen erschwert werden, die ohnehin geringen Besuchszeiten auszunutzen. Unter Redeverbot in Einzelzellen gesperrt, einem schikanösen militarisierten Knastreglement unterworfen, von Videokameras und Mikrofonen bis in die Zellen hinein überwacht, vom Besuch durch Panzerglas getrennt, sollten sie von der Gesellschaft vergessen im Kerker vermodern. Die Persönlichkeit und politische Identität der GenossInnen zu zerschlagen war und ist das eine Ziel; zugleich galten und gelten die Gefangenen - vor allem gegenüber der ETA - dem spanischen Staat als Geiseln.

Einer dieser Gefangenen ist Anjel Rekalde. 1981 wurde er unter dem Vorwurf der ETA-Mitgliedschaft verhaftet und sitzt seitdem im Knast. Dort lernte er baskisch und machte ein Diplom im Fach Journalismus, er schreibt für mehrere baskische Zeitungen und Magazine, und hat nun sein erstes Buch herausgebracht. Er beschreibt darin den Knastalltag in Herrera und den Kampf der Gefangenen gegen das Knastregime, für menschenwürdigere Lebensbedingungen.

Im Laufe dieser Auseinandersetzung entwickelten die Gefangenen eine neue Form des Kampfes, das "Txapeo", im Buch mit "Selbsteinschließung" übersetzt. Kern des "Txapeo" ist es, die Knastordnung, die Autorität der Schlüsselknechte nicht mehr zu akzeptieren, um den Preis, daß die normalerweise zeitlich begrenzten und selektiv auf Einzelne angewandten Strafmaßnahmen zum Alltag aller werden. Während die Gefangenen sich nicht mehr zum Zählappell in der Zelle aufstellten, Körperdurchsuchungen verweigerten, die Lautsprecher und Mikrofone aus der Zellenwand rissen und sich durchs Fenster über den Hof miteinander unterhielten, strich das Knastregime den Hofgang und die Besuchszeit, sowie die Möglichkeit, sich von außerhalb etwas zu essen zu besorgen. Indem so die gesamte Palette an Sanktionen zum Dauerzustand wurde, verlor die Knastleitung weitgehend die Möglichkeit, im legalen Rahmen zusätzlichen Druck auszuüben.

In einer Mischung aus Anekdoten, Gesprächen und Selbstreflexionen beschreibt Anjel Rekalde weitaus mehr als den bloßen Ablauf der Ereignisse. Er schildert die kontroversen Debatten unter den Genossen, welchen Sinn und welchen Stellenwert im Rahmen der baskischen Befreiungsbewegung ihr Kampf hat, ihre Hoffnungen, aber auch ihre Zweifel. Er verdeutlicht, wie das Festhalten an den eigenen Positionen, das Gefühl, Teil des baskischen Befreiungskampf zu sein, und vor allem die Einbindung in das Gefangenenkollektiv es ihnen ermöglicht, den Knastalltag zu überleben. Er zeigt auf, wie der Kampf um Dinge, die im normalen Leben banal sind, in der Gefangenschaft zu einem bedeutenden Ereignis werden kann, zu einem kleinen Sieg, der die Allmacht des Knastregimes durchbricht und neue Kraft fürs Überleben gibt - auch wenn die Schlüsselknechte im Gegenzug ihre Wut und Aggression in brutalen Übergriffen an einzelnen Gefangenen ablassen.

Nach fast einem Jahr "Txapeo" gelang es den Gefangenen, die Situation soweit zu eskalieren, daß sie für die Knastleitung nicht mehr haltbar war. Die Knastordnung wurde in Verhandlungen mit Vertretern des Gefangenenkollektivs geändert. Das Kollektiv der Gefangenen wurde damit faktisch anerkannt und bekam mehr Spielraum, das Leben innerhalb der Trakte selbst zu regeln.

Ein Teilerfolg, den das Knastregime vom ersten Tag an zu sabotieren versuchte. Eine Erfahrung der Stärke des Kollektivs, die nicht nur die Gefangenen machten. Der spanische Staat begann Mitte der 80er mit der Politik der "Zerstreuung": die politischen Gefangenen werden über das ganze Land in Knäste verteilt; wer Pech hat, landet in einer spanischen Kolonie in Afrika (Kanarische Inseln, Ceuta, Melilla).

Olaf Berg

Anjel Rekalde: Herrera de la Mancha - Aufzeichnungen eines baskischen Gefangenen. Mit einem Vorwort von Eva Forest. Köln (Neuer ISP Verlag) 1993. Br., 235 S., DM 28.-

36. Die deutsche Spaltung als Trauma? (Kurzrezension von "Zum deutschen Neuanfang 1945-1949")

Rubrik: Geschichte der BRD; DDR; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:09

Eine Kurzrezension

Als Nummer 19 ihrer Schriftenreihe hat die Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal) die Beiträge zweier Konferenzen veröffentlicht, die von ihr selbst, der Geschichtskommission der DKP und dem Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS im September 1992 und im März 1993 veranstaltet wurden. Es handelt sich dabei um die schriftlich eingereichten Manuskripte, immerhin fast 50 an der Zahl.

Die Themenpalette ist breit. Neben umfassenden Ansätzen, die etwa H.J. Krusch auf beiden Tagungen vortrug (zur Legitimität des Neuanfangs 1945 und zur Arbeiterbewegung 1946/47), gibt es eine Vielzahl von Einzelthemen. Das reicht von der Deutschlandpolitik der Großmächte (S. Doernberg) über die Gründung der DDR (L. Berthold und E. Trümpler), die Arbeit der KPD-Fraktion im ersten Deutschen Bundestag (F. Rische), über die CDU in Ostdeutschland (G. Fischer) und die VVN in Nordrhein-Westfalen (M. Demmer), bis zur Politik der kommunistischen Parteien in Frankreich (H. Köller) und Italien (H. Neubert) unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Daneben stehen eher subjektive Erfahrungsberichte, von denen etwa R. Steigerwalds Beitrag über Frankfurt/Main, wo er Juso und SPD-Funktionär war, durchaus über den Einzelfall Hinausweisendes enthält.

Besonders erwähnenswert scheint mir Hans Modrows Referat "Zur Aufarbeitung der Geschichte der SED", nicht nur wegen seiner Qualität und der politischen Rolle des Autors, sondern weil damit ein Thema aktueller Auseinandersetzung angesprochen ist. Modrow besteht darauf, daß sich deutsche Geschichte nach 1945 in zwei Staaten vollzog, deren Wirklichkeit "sich wechselseitig auf vielfältige Weise beeinflußte". (S.102) Er spricht über persönliche Hoffnungen und Defizite gleich nach dem Krieg, über Sozialismus und Demokratie, die Friedenspolitik der SED/DDR (dabei reklamiert er das "neue Denken" als deren Erfindung vor Gorbatschow und gegen die KPdSU - S.110) und die Politik seiner Regierung nach dem Fall der Mauer.

Insgesamt ergibt sich aus einer Vielzahl von Einzelaspekten ein Mosaik, das zwar Lücken aufweist, aber doch ein Gesamtbild erkennbar werden läßt. Dabei bleibt es allerdings ärgerlich, daß häufig die Wahrheit nur zwischen den Zeilen erkennbar wird. So mancher Beitrag folgt dem Motto: "Ich finde besonders wichtig, was ich selbst schon damals zum Thema sagte." Einige lesen sich wie Parteiverlautbarungen der Vergangenheit, wo die eigentliche Botschaft nicht ausgesprochen wurde, sondern aus der Differenz zu früheren Texten erschlossen werden mußte.

Läßt sich dieser Schwäche des Buches noch durch einfaches Umblättern ausweichen, so geht das beim zweiten Kritikpunkt nicht: Durchgängig präsentieren sich die Autoren (Frauen gibt es nur drei, und die äußern sich zu anderen Themen) als die wahren Verteidiger der deutschen Einheit, damals sowohl wie heute; "Patriotismus" und "nationale Interessen" sind ungebrochen positiv gebrauchte Begriffe; Adenauer und die deutsche Bourgeoisie waren die Spalter und sind heute nur heuchlerische Vertreter der Einheit. Mag eine solche Sichtweise in den Nachkriegsjahren noch naheliegend gewesen sein (sie muß als solche natürlich auch im Buch vorgestellt werden), so bedürfte ihre zustimmende Fortführung bis heute schon der Diskussion. Völlig inakzeptabel ist, daß sowohl diese Verlängerung als auch der politische Sinn und die Richtigkeit dieser Position gerade auch in der Nachkriegszeit selber an keiner einzigen Stelle in Frage gestellt wird.

Werner Rätz, Bonn

Marx-Engels-Stiftung, Zum deutschen Neuanfang 1945-1949. Tatsachen-Probleme-Ergebnisse-Irrwege. Die Arbeiterbewegung und die Entstehung der beiden deutschen Staaten, Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1993, 408 Seiten, 28,- DM.

37. Osteuropa: Auf dem Weg zur verlängerten Werkbank?

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:07

"Die Politik der Geldwertstabilität hat den Reformländern Ostmittel- und Südosteuropas bisher primär einen andauernden Rückgang der industriellen Produktion und des Bruttoinlandproduktes (BIP), trotz allem eine beunruhigend hohe Inflation und steigende Arbeitslosigkeit gebracht. Statt eines Endes der Anpassungskrise sei bestenfalls eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau zu erwarten." So faßt die "FAZ" (26.6.93) die jüngste Einschätzung des "Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche" zusammen, einer Einrichtung, die die wirtschaftliche Lage in Osteuropa permanent beobachtet und analysiert. Es "wachse die Gefahr einer politischen Destabilisierung".

Alle osteuropäischen Staaten (ausgenommen Polen) haben seit der Auflösung des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) nun schon im vierten Jahr hintereinander einen zum Teil zweistelligen prozentualen Rückgang ihres realen BIP zu verzeichnen, nachdem sie bis zum Jahr 1989 unter staatssozialistischen Vorzeichen noch bescheidene Zuwachsraten aufwiesen (ausgenommen Rumänien).

Je nach Desolatheit der ökonomischen Situation teilt das Wiener Institut die Staaten Osteuropas in drei Gruppen ein: In der ersten Gruppe sind Polen, Ungarn, die Tschechische und die Slowakische Republik eingeordnet. Diese Staaten haben sich im übrigen seit dem 1. März 1993 zu einer Freihandelszone zusammengeschlossen (Visegrad-Abkommen). Slowenien, Bulgarien und Rumänien finden sich in der zweiten Gruppe verzeichnet. Die übrigen Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens sowie die aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten zählen zur dritten Gruppe.

Im folgenden Überblick werden nur die Länder der ersten beiden Gruppen berücksichtigt.

"Wettbewerbsschock"

Durch den Zusammenbruch des RGW, der seinem Wesen nach den Versuch darstellte, dem kapitalistischen Weltmarkt ein, ebenfalls weltweites, sozialistisches (Plan-) Wirtschaftssystem entgegenzustellen, fanden sich die Betriebe in Osteuropa praktisch von heute auf morgen auf eben diesem kapitalistischen Weltmarkt wieder. Zunächst ging im Zuge der Auflösung des RGW auch ein Großteil der Wirtschaftsbeziehungen zu den ehemaligen "Bruderländern" verloren. So lag der Rückgang des einstmals innersozialistischen Handels (bezogen auf die Exporte) zwischen 1989 und 1992 in der CSFR bei über 50, in Rumänien bei über 60 und in Bulgarien bei über 80 Prozent. Lediglich in Polen verringerte sich das Exportvolumen in die osteuropäischen Staaten nur geringfügig, während der Rückgang in Ungarn rund 20 Prozent betrug. (Handelsblatt, 18.2.93)

Zugleich verloren viele Unternehmen durch (an den kapitalistischen Weltmarktpreisen orientierte) Preisreformen sowie durch Subventionskürzungen schlagartig ihre Wettbewerbsfähigkeit bzw. Rentabilität. Dieser "Wettbewerbsschock", so stellte die UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) fest, übertreffe "in seinem Ausmaß alles, was es seit dem Zweiten Weltkrieg im Westen gegeben" habe. (FAZ, 7.12.92)

Angesichts dieses Rahmens gilt inzwischen den marktwirtschaftlichen Propagandisten hierzulande schon als Erfolg, wenn in den osteuropäischen Staaten überhaupt ein reales Wirtschaftswachstum zu beobachten ist. Dieses stellte sich seit 1989 bislang nur in Polen ein: Das BIP stieg dort 1992 erstmals um ein Prozent, für dieses Jahr werden gut zwei Prozent prognostiziert. Bescheidene Zuwächse soll es im Jahr 1994 erstmals für Ungarn, Tschechische Republik und Slowenien geben (jeweils plus drei Prozent werden veranschlagt), während für die Slowakei und Rumänien ein Minus von jeweils zwei Prozent, für Bulgarien von drei Prozent geschätzt werden - dies alles vor dem Hintergrund der schon erwähnten, mehrere Jahre aufeinanderfolgenden zum Teil zweistelligen Rückgänge.

Zurichtung auf den kapitalistischen Weltmarkt

"Erfolge" von bislang allenfalls vorübergehender Natur weisen die hier berücksichtigten Staaten lediglich in einem Bereich auf: Abgesehen von Rumänien konnten im Jahre 1992 Bulgarien, die CSFR, Polen und Slowenien (übrigens auch Rußland) nach Defiziten in den Vorjahren erstmals deutliche

Handelsbilanzüberschüsse von jeweils mehreren hundert Millionen US-Dollar erzielen (Ungarn verzeichnete bei relativ hohem Volumen ein geringes Defizit). Diese Überschüsse beruhen nach den geschilderten Rückgängen im innerosteuropäischen Handel auf einem gesteigerten Export in die kapitalistischen Zentren.

Am Beispiel Polens läßt sich zeigen, daß diese Art von Wachstum für das Land wenig bringt. Zunächst ist solche Devisenerwirtschaftung abhängig von der konjunkturellen Entwicklung im "Westen". So wird für 1993 aufgrund der Rezession in der EG ein starker Einbruch im Export erwartet. (Bis August hatte sich bereits ein Außenhandelsdefizit von 1,6 Mrd. Dollar angesammelt. Für Ungarn wird für 1993 mit einem Defizit von 2 bis 3 Mrd. Dollar gerechnet.) Zum anderen sind wichtige Exportzweige mengenmäßigen und wechselnden Beschränkungen durch die EG unterworfen (z. B. Kohle, Stahl, Textilien und vor allem Agrarerzeugnisse). Und während die Gesamt-Investitionen in Polen 1992 schon im vierten Jahr hintereinander rückläufig waren (was auf die zunehmende Veralterung der Produktionsanlagen schließen läßt), wachsen die Auslandsinvestitionen in Polen stetig. "Auf der Liste der größten Investoren mit einem Engagement von mehr als 100 Millionen Dollar stehen unter anderem die Konzerne Fiat, Coca-Cola, France-Telecom, International Paper Company und Thomson." (SZ, 4.1.93)

Daß für diese Konzerne der polnische Markt in der Regel von geringer Bedeutung ist (eine Ausnahme bilden staatliche Infrastrukturprojekte), liegt auf der Hand. Denn die fehlende Kaufkraft in Polen ist ja gerade Ausdruck von Verarmung und niedrigen Löhnen, um derentwillen das internationale Kapital Produktionsstätten nach Osteuropa verlagert: "Lohnarbeit in Mittel- und Osteuropa wird lohnend" (FAZ, 13.8.93), bei monatlichen Durchschnittslöhnen etwa in Polen von 218 DM gegenüber 3575 DM in Westdeutschland. (So jedenfalls rechnet das Institut der deutschen Wirtschaft vor, siehe "Wirtschaftswoche", 27.8.93.) "Praktisch kann es sich kein deutscher Textilbetrieb mehr leisten, den großen Trend ‚go east`nicht mitzumachen" (SZ, 19.8.93), denn "für viele mittelständische Unternehmen ist es eine Existenzfrage, sich nach Osten auf den Weg zu machen. Sie seien im Wettbewerb auf diese verlängerte Werkbank angewiesen." (FAZ, 13.8.93)

Schließlich werden mögliche Handelsbilanzüberschüsse dringend benötigt, um dem Schuldendienst gegenüber den kapitalistischen Geldgebern nachkommen zu können. Alle osteuropäischen Staaten wiesen 1992 eine wachsende Verschuldung auf (ausgenommen Polen, das einige Schuldenstreichungen durchsetzen konnte, die jedoch an der gigantischen Verschuldung des Landes - 1992: 45,5 Mrd. Dollar - nichts änderten).

Da die osteuropäischen Staaten in ihrer jetzigen wirtschaftlichen Verfassung auf Hartwährungseinnahmen angewiesen sind und gerade Polen, Ungarn sowie die Tschechische Republik auf diesem Weg am weitesten fortgeschritten sind, wird dem Freihandels-Abkommen von Visegrad gegenwärtig nur wenig praktische Bedeutung beigemessen, zumal die Produktionsstruktur der vier unterzeichnenden Länder eher konkurrierend als sich ergänzend ist und zum Teil politische Spannungen untereinander bestehen.

"Politische Stabilität" gefährdet?

Die erwartete oder im Falle Polens schon eingetretene geringfügige Stabilisierung der Produktion wird nicht nur auf dem Rücken der Lohnabhängigen ausgetragen, sie beruht auch auf steigenden Defiziten der Staatshaushalte. Entweder um ausländische Investoren anzulocken oder um die noch verstaatlichten Betriebe am Leben zu erhalten, ist deren Besteuerung sehr gering. Letzteren werden zumeist entgegen aller Privatisierungs- und Marktwirtschaftspropaganda Subventionen gewährt, um den völligen Zusammenbruch dieser Großbetriebe und damit eine weitere Deindustrialisierung Osteuropas zu vermeiden. Ein Hindernis für eine Privatisierung bilden sowohl die Verschuldung der staatlichen Betriebe als auch der inländische Kapitalmangel.

Sollten Subventionsabbau und Privatisierung in der von den westlichen Staaten geforderten Weise fortgesetzt werden, wird eine Verdoppelung der Arbeitslosenquote von jetzt schon durchschnittlich 10 Prozent für durchaus realistisch gehalten. Dies würde aber zu einer weiteren Belastung der Staatshaushalte und folglich zu entsprechenden Versuchen führen, die sozialen Ausgaben weiter zu drücken, was politisch jedoch immer schwerer durchzusetzen ist, während der IWF auf der Defizitreduzierung der öffentlichen Haushalte besteht und bereits bewilligte Kredite an Ungarn und Polen wegen Nichterfüllung seiner Vorgaben ausgesetzt hat.

Von seiner industriellen Struktur her droht sich Osteuropa den Peripherie-Ökonomien der Dritten Welt anzunähern. (Zugleich ist freilich zu berücksichtigen, daß die osteuropäischen Länder über eine funktionierende, an inländischen Bedürfnissen ausgerichtete Agrarwirtschaft verfügen.) Politisch jedoch sind

diese Länder noch nicht in gleichem Maße degradiert. Zum einen ist immer noch nicht entschieden, inwieweit die Arbeiterklasse in den ehemals staatssozialistischen Ländern ein zu berücksichtigender Faktor bleibt. In Polen, aber etwa auch in Rumänien ist sie durchaus in der Lage, ihre Interessen auch politisch zu artikulieren. Zum anderen stellen die staatlichen Betriebe mangels privatkapitalistischer Alternativen immer noch den dominierenden ökonomischen Sektor dar. Selbst beim politischen Musterknaben Ungarn sind erst 20 Prozent des Staatseigentums privatisiert, die dort 1992 nach Schätzungen 35 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes erbracht haben sollen. Eine deutlich höhere Privatisierungsquote weist nur Polen auf, wo der Privatsektor 1992 rund 47 Prozent des BIP erwirtschaftete; vorrangig lag das allerdings an der in Polen immer schon privat betriebenen Landwirtschaft.)

Außerdem sind "dritte Wege" zumindest vorstellbar. Angesichts der stockenden Privatisierung wird "die Staatswirtschaft ... auf lange Zeit hinaus ein grundlegender Sektor Osteuropas bleiben". (Charles Pauli, Osteuropa - vom Elend des Marktes, 1993, isp, S.88) Hinzu treten politische Faktoren. Zum Beispiel aus der Not geboren, wie etwa in Bulgarien, das seinen Schuldendienst einseitig eingestellt hat und seitdem auch von ausländischen Direktinvestitionen verschont bleibt, oder in Slowenien, wo vor dem Hintergrund der Tradition des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus sowie dem Vorhandensein einer zum Teil schon seit Jahrzehnten sich auf den westlichen Märkten behauptenden Industrie "die Privatisierung der vergesellschafteten Betriebe noch nicht wirklich begonnen hat ... Bisher ist es gerade ein knappes Dutzend. Ein übermäßig perfektionierter, wiederholt geänderter Privatisierungsmechanismus ist dafür ebenso verantwortlich wie vielfältiger politischer Widerstand." (FAZ, 16.10 93)

J./Westberlin

38. Chronologie rassistischer Anschläge (9.10.4.11.93)

und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Normalität

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:16

In Frankfurt/Oder wurde ein 23jähriger Palästinenser durch mehrere Messerstiche verletzt. Laut Polizei sollen die sechs Angreifer auf den Palästinenser sowie zwei Marokkaner, die zusammen auf einer Bank in der Innenstadt saßen, auch fünf Schüsse abgegeben haben. (Neues Deutschland, ND, 11.10.)

In Düsseldorf wurde ein 44 Jahre alter türkischer Obdachloser mit einem Messerstich in den Hals getötet. Der Mann, der in den 70er Jahren nach Deutschland gekommen war, verblutete, bevor der von einem Taxifahrer alarmierte Notarzt eintraf. Von dem Täter fehlt jede Spur. (taz, 11.10.)

10.10.

In Karlsruhe erhielt der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Egidius Braun, Morddrohungen von Neofaschisten nach dem Benefiz-Spiel zwischen der deutschen Nationalmannschaft und der Auswahl "Bundesliga International". Braun, der Personenschutz ablehnt, erklärte: "Ich lasse mich auch von solchen Briefen in meinem Charakter nicht verbiegen. Wir setzen unser Engagement gegen Rassismus fort". - Auch in der DFB-Geschäftsstelle in Frankfurt/Main waren entsprechende Pamphlete aus Nazi-Kreisen eingegangen. (Göttinger Tageblatt, GT, 14.10.)

In Frankfurt/Main entstand bei einem Brand in einem Wohnhaus im Bahnhofsviertel großer Sachschaden. Möglicherweise liegt Brandstiftung vor. Im siebten Stock des Gebäudes, in dem Ausländer, Obdachlose und Drogenabhängige lebten, wurde ein Benzinkanister gefunden. (taz, 12.10.)

11.10.

In Essen versuchten unbekannte Jugendliche, einen 81 Jahre alten Obdachlosen umzubringen: Sie zündeten den unter einer Brücke geparkten Wagen an, in dem der Mann schlief. Der Wagen brannte in kurzer Zeit lichterloh, aber der Obdachlose konnte sich rechtzeitig unverletzt retten. (Frankfurter Allgemeine, FAZ, 12.10.)

In Berlin-Lichtenberg brachen Unbekannte einen Döner-Imbiß auf und legten Feuer. Teile des Innenraumes brannten aus. (Berliner Morgenpost, BM, 12.10.)

12.10.

In Cottbus-Sachsendorf wurde wegen einer Bombendrohung gegen eine Schule das geplante Gastspiel einer thailändischen Theatergruppe abgesagt worden. Laut Polizei hatte ein Jugendlicher bei der Schule angerufen und für den Mittag eine Bombenexplosion angekündigt. Die Schule und ein benachbarter Kindergarten wurden daraufhin geräumt; ein Sprengsatz wurde nicht gefunden. (BM, 13.10.)

13.10.

In Göttingen kam es zu einer Schlägerei zwischen vier Skinheads und zwei Radfahrern. Die Faschisten hatten die Radfahrer aus einem PKW heraus angepöbelt, die reagierten mit einer entsprechenden Geste des Mißfallens. Daraufhin stiegen die Skinheads aus und hielten die Radler an. Plötzlich nahm einer der Neofaschisten einen der Radfahrer in den Schwitzkasten und sprühte ihm aus nächster Nähe Tränengas ins Gesicht. Außerdem beschädigte er mit Fußtritten das Fahrrad. Der Radler mußte ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei konnte drei der vier Skins festnehmen. (GT, 15.10.)

16.10.

In Stötten im Landkreis Ostallgäu überfielen neun Jugendliche im Alter zwischen 13 und 23 Jahren eine Geburtstagsfeier und verletzten einen Teilnehmer durch einer Stiefeltritt ins Gesicht schwer. Die Jungfaschisten hatten beschlossen, den Abend damit zu verbringen, "Linke aufzumischen". Als solche machten sie die Gäste einer Geburtstagsfeier in einem nahegelegenen Bauernhaus aus. Die Truppe randalierte, zerschmetterte Bierflaschen und nahm einem der Gäste seinen Parka mit Anti-Nazi-Aufschrift weg. Einer der Täter hinderte die Gäste zunächst mit einem Messer daran, die Polizei zu alarmieren, ein anderer trat einem Teilnehmer mit dem Stiefel ins Gesicht. Als die Polizei eintraf flüchtete die Gruppe. Nachdem die

Beamten weg waren, kehrten die Täter zurück und schikanierten die Gäste erneut. (Süddeutsche Zeitung, SZ, 18.10.)

Im dänischen Gedser randalierten rund 35 Skinheads aus dem Rostocker Raum. Die dortige Polizei konnte ernste Ausschreitungen verhindern. (taz, 18.10.)

17.10.

In Groß-Glienicke im Kreis Brandenburg überfielen rund 35 Faschisten eine Discothek und demolierten die Einrichtung. Später beschädigten sie mehrere Autos. Der Sachschaden beläuft sich auf 100.000 Mark. (Berliner Zeitung, BZ, 18.10.)

In Potsdam zettelten rund 20 Faschisten in einer Gaststätte eine Schlägerei an. (BM, 19.10.)

In Neuruppin wurden zwei Döner-Stände von Unbekannten mit Hakenkreuzen, SS-Runen und faschistischen Parolen besprüht. (BZ, 18.10.)

In Berlin beantragten auf der Landesdelegiertenversammlung der Jungen Union (JU) die JU Hellersdorf und JU Spandau, das von der Senatsverwaltung erlassene Zeigeverbot der sogenannten Reichskriegsflagge zurückzunehmen. (BM, 21.10.)

18.10.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden im August dieses Jahres nach Angaben des Innenministeriums 380 ausländerfeindlich motivierte Straftaten verübt. Darunter waren 19 Brandanschläge und 45 Angriffe gegen Personen. Insgesamt 49 Menschen wurden dabei verletzt. Dies gab die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL bekannt. Von Januar bis September 1993 seien rund 1450 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Motivation bekannt geworden. (taz und Welt, 19.10.)

19.10.

In Berlin-Grunewald wurde das Mahnmal zur Erinnerung an die Deportation der Jüdinnen und Juden während der NS-Zeit geschändet. An der Gedenktafel waren zwei Schweineköpfe abgelegt worden. Der polizeiliche Staatsschutz übernahm die Ermittlungen. (BM, 21.10.)

20.10.

In Dortmund griffen drei Skinheads einen 17jährigen Iraner an und verletzten ihn mit fünf Messerstichen schwer. Der mutmaßliche Haupttäter, ein 22jähriger, wurde später von der Polizei festgenommen. Die Skinheads hatten, bevor sie zustachen, dem Iraner und seinem gleichaltrigen türkischen Freund zugerufen: "Bleibt mal stehen. Türken raus. Scheiß-Türken." (taz, 22.10.)

21.10.

In Kassel griffen drei angetrunkene Männer zwei farbige Asylbewerber an, die während des Handgemenges flüchten konnten. Bei einer anschließenden Taxifahrt gröhlten die drei rassistische Parolen aus dem Fahrzeug. Der Taxifahrer verbat sich das, mit der Folge, daß das Trio den Wagen beschädigte und das Fahrgeld nicht bezahlte. Die herbeigerufenen Polizeibeamten mußten sich gegen die mit Kanthölzern bewaffneten Männern wehren. Einer der Polizisten wurde dabei im Gesicht verletzt. (FR, 23.10.)

22.10.

In Wernigerode wurden bei einer Straßenschlacht zwischen 350 rechtsextremen Jugendlichen und 60 AntifaschistInnen auch zwei eingreifende Polizisten verletzt, einer davon schwer. 17 Personen wurden festgenommen, gegen zwei erging Haftbefehl. Ein Augenzeuge hatte die Polizei alarmiert, daß sich die AntifaschistInnen mit Zaunlatten bewaffnet hätten. Kurz nach Eintreffen der Polizei griffen die 350 Neofaschisten die AntifaschistInnen an. Der Polizei gelang es erst nach drei Stunden, die gewaltsame Auseinandersetzung zu beenden. (FR, 25.10.)

In Dresden mußte ein Polizeibeamter, der sich bei der Bereitschaftspolizei Sachsen in Ausbildung befand, wegen "rechtsradikaler Aktivitäten" vom Dienst suspendiert werden. Gegen ihn soll Strafanzeige erstattet

werden. Er hatte in der Kantine "in vermutlich alkoholisiertem Zustand" Musikstücke rechtsradikaler Musikgruppen abgespielt und "Sieg Heil", "Heil Hitler" gegrölt. (ND, 23.10.)

Im Hannoversch-Mündener Ortsteil Volkmarshausen im Kreis Göttingen verhinderte ein Großaufgebot der Polizei einen nicht angemeldeten Aufmarsch der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Unter Führung ihres Bundesvorsitzenden Friedhelm Busse und des niedersächsischen Landesvorsitzenden Torsten Heise wollten sich etwa 50 Anhänger der vom Verbot bedrohten Partei zu einem Fackelzug formieren, um an einem Kriegerdenkmal einen Kranz niederzulegen. Einer der Faschisten wurde im Vorfeld festgenommen; er hatte u.a. Übungshandgranaten sowie eine - allerdings schießuntauglich gemachte - Waffe mit Magazin und Munition in seinem PKW. (FR, 25.10.)

23.10.

In Lüneburg hat ein 45jähriger Arbeiter einen Libanesen offenbar aus ausländerfeindlichen Motiven angeschossen und lebensgefährlich verletzt. Der Täter soll zuvor mehrere Ausländer aufgefordert haben, "in Deutschland gefälligst Deutsch zu sprechen". Dann habe er auf die Gruppe geschossen und einen 26jährigen libanesischen Asylbewerber in den Rücken getroffen. Der Täter konnte nach einer Fahndung festgenommen werden. (GT, 25.10.)

24.10.

In Weimar wurden drei ukrainische Asylsuchende überfallen. Einer der drei wurde durch einen Messerstich in den Rücken verletzt. Die Täter konnten unerkannt flüchten. (Welt, 25.10.)

In Artlenburg im Kreis Lüneburg sind bei einem Brand in einer Unterkunft für Asylsuchende 15 Hausbewohner aus Sri Lanka, Bulgarien und Jugoslawien mit dem Schrecken davon gekommen. Sie konnten sich aus dem brennenden Haus unverletzt retten. Das Untergeschoß des Gebäudes brannte vollständig aus, andere Räume im Obergeschoß wurden durch das Feuer stark beschädigt. Es entstand ein Sachschaden von rund 200.000 Mark. Die Polizei konnte keinen Hintergrund für eine rechtsextreme Tat erkennen. (GT, 25.10.)

In Hoyerswerda griffen Rechtsextremisten andere Jugendlichen an und verletzten mehrere von ihnen. Drei Neofaschisten hatten Jugendliche vor einem Jugendclub provoziert und waren von ihnen abgewehrt worden. Kurze Zeit später überfielen dann 20 Faschisten den Jugendclub, zerschlugen Scheiben und Einrichtung, beschädigten ein Auto. Nach der anschließenden Schlägerei mit Baseballschlägern und Steinen mußten mehrere Jugendliche im Krankenhaus behandelt werden. Bei späteren Durchsuchungen von Wohnungen stellte die Sonderkommission Rechtsextremismus u.a. Waffen und Munition sicher. (taz, 27.10.)

25.10.

In Körle bei Kassel verübte ein Unbekannter einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende. Er hatte ein Fenster eingeschlagen und einen brennenden Lappen auf die Fensterbank gelegt. Die 13 im Haus lebenden Flüchtlinge blieben unverletzt, da eine Frau den Brand rechtzeitig löschen konnte. (FR, 26.10.)

In Berlin-Friedrichshain zündeten Unbekannte einen türkischen Imbiß an. Die Feuerwehr evakuierte wegen der starken Rauchentwicklung vorübergehend 20 HausbewohnerInnen. (BZ, 26.10.)

In Eisenhüttenstadt schlugen vier Jugendliche einen chinesischen Asylsuchenden mit Baseballschlägern zusammen. Er mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Die vier Täter im Alter von 16, 18 und 20 Jahren hatten zuvor mehrere Ausländer vor dem Zentralen Aufnahmelager für AsylbewerberInnen beschimpft und bedroht. Sie wurden nach einer Serie von weiteren Straftaten gefaßt. Nach Angaben der Polizei gehören die Täter, die kein Motiv angaben, nicht zur rechtsextremen Szene. (SZ, 27.10.)

In Mecklenburg-Vorpommern halten sich von 17.000 registrierten Asylsuchenden nur noch 2.800 in den Flüchtlingsunterkünften des Landes auf. Der Verbleib der übrigen sei nicht bekannt, sagte ein Ministeriumssprecher. Wahrscheinlich seien sie abgetaucht. Ein wesentliches Motiv dafür sei die Angst vor Angriffen auf die Flüchtlingsunterkünfte. Zahlreiche Asylsuchende hätten sich gegen eine Unterbringung in Mecklenburg-Vorpommern gewehrt. (SZ, 27.10.)

26.10.

In Frankfurt/Oder wurden drei polnische und ein finnischer Student von zwölf deutschen Jugendlichen überfallen. Die drei Polen wurden in der Nähe des innerstädtischen Grenzübergangs zwischen Frankfurt/Oder und dem polnischen Slubice von den Faschisten umringt, geschlagen und zu Boden gestoßen. Die Täter riefen während des Angriffs ausländerfeindliche Parolen. Eines der Opfer erlitt bei dem Überfall starke Prellungen. Die Studenten befanden sich gerade auf dem Weg von der Frankfurter Universität in ihr Wohnheim in Slubice. (SZ, 28.10.)

27.10.

In Saarbrücken-Klarenthal wurden bei einem Brandanschlag auf zwei überwiegend von Türken bewohnte Häuser fünf Menschen verletzt; sie erlitten leichte Rauchvergiftungen. Eine schwangere deutsche Frau kam vorsorglich in ein Krankenhaus. Die anderen Bewohner konnten von der Feuerwehr über Leitern in Sicherheit gebracht werden. In den Häusern wohnten 22 TürkInnen sowie acht Deutsche. Der Täter war in den beiden Häusern jeweils in den Keller eingedrungen und hatte dort Feuer gelegt. Ein Türke entdeckte den Brand und alarmierte die Feuerwehr. Es entstand ein Sachschaden von 50.000 Mark. Die Polizei hatte zunächst keine Hinweise auf Täter sowie Motiv der Tat. Später wurde ein 18jähriger Metzger festgenommen, der angab, nach einem Zechgelage aus Wut über den Verlust von 25 Mark an einem Spielautomaten das Feuer gelegt zu haben. (ND, 28.10. und 29.10.)

In Osnabrück wurde in der Innenstadt ein 34 Jahre alter Nigerianer auf einem Gehweg tot aufgefunden. Ein Tötungsdelikt sei nicht auszuschließen. (GT, 28.10.)

In Bonn wies die PDS/LL darauf hin, daß die Zahl der Rechtsextremen getöteten Menschen doppelt so groß ist, wie von der Bundesregierung zugegeben. Die PDS/LL stellte eine Statistik vor, in der für den Zeitraum von 1990 bis 1993 insgesamt 75 Morde von rechts aufgelistet sind. Das Bonner Innenministerium hatte Ende September 1993 hingegen nur von 30 Opfern rechtsextremer Gewalt gesprochen. (FR, 28.10.)

28.10.

In Schwedt ist die rechtsextremistische Gewalt in diesem Jahr "bedenklich angestiegen". Das berichtete die Polizeipräsidentin von Eberswalde, Uta Leichsenring. Die Polizei zählte 30 Prozent mehr Straftaten der rechten Szene als im Vorjahr. Im Gegensatz zur Einschätzung der Schwedter Polizei vermutet Frau Leichsenring, "daß hier bereits Strukturen der rechten Szene aufgebaut werden". Außerdem nahm sie linke Jugendliche gegen Vorwürfe aus ihrer Polizei in Schutz. (BZ, 30.10.)

In Berlin-Tiergarten beschimpfte der REP-Bezirksverordnete, Frank Seifert, Mitglieder und Besucher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als "linke Zecken und Arschlöcher". Der Bezirksverordnetenvorsteher Kurt Theil (CDU) prüft derzeit gemeinsam mit dem Rechtsamt, ob gegen Seifert ein Strafantrag gestellt werden soll. (BZ, 4.11.)

29.10.

In Potsdam haben Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Die Täter warfen einen brennenden Brandsatz gegen das Haus. Der Brandsatz prallte jedoch an einem Fliegennetz vor einem Fenster ab; dabei löste sich die Lunte, so daß der Brandsatz nicht zündete. Hinter dem Fenster schlief eine neunköpfige jugoslawische Familie. Von den Tätern fehlt jede Spur. (BZ, 1.11.)

In Bremen-Huchting verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf den deutsch-türkischen Freundschaftsverein. Niemand wurde verletzt; es entstand ein Sachschaden von rund 200.000 Mark. Ein Sprecher der Polizei wollte einen politischen Hintergrund der Tat "nicht ausschließen". Bei dem Anschlag brannten die Räume des Vereins völlig aus. Die Flammen drohten auf die Nachbarhäuser überzugreifen, so daß mehrere Gebäude vorübergehend evakuiert werden mußten. (Welt. 1.11.)

Im thüringischen Oberhof wurden Mitglieder der Rodlerauswahl der USA bei einer Disco-Veranstaltung von Faschisten provoziert und angegriffen. Als die Sportler nach der Belästigung durch zwei Skinheads das Restaurant "Kurparkklause" verlassen wollten, griffen rund 15 aus Suhl angereiste Skinheads den früheren Junioren-Weltmeister Robert Pipkins tätlich an. Dessen Mannschaftskamerad Duncan Kennedy, der Weltcupdritte dieses Jahres, stellte sich schützend vor seinen farbigen Team-Kameraden und wurde daraufhin von den Jugendlichen, die faschistische Parolen riefen und zuvor bereits Einheimische verprügelt hatten,

zusammengeschlagen. Der Mannschaftsarzt mußte Blutergüsse am Körper und im Gesicht behandeln. Fünf der Schläger im Alter von 16 bis 18 Jahren wurden vorübergehend festgenommen. (taz, 1.11.)

Im Landgericht von Dresden rempelten Skinheads am letzten Prozeßtag gegen die Mörder von Jorge Gomondai Kameraleute an, versuchten sie am Filmen zu hindern, und schlugen auf sie ein. (FR und ND, 1.11.)

30.10.

In Göttingen schlugen fünf Faschisten einen 15jährigen Schüler am Busbahnhof zusammen. Nachdem der Jugendliche aus einem Bus ausgestiegen war, wurde er zunächst mit Worten wie "Zecke" beleidigt. Gleich darauf prügelten die Faschisten auf ihr Opfer mit Fäusten ein und traten ihn. Der Angegriffene wurde leicht verletzt, seine Brille zerbrochen. (GT, 2.11.)

In Demmin haben Unbekannte eine Parkanlage mit Hakenkreuzen und Runenzeichen verschandelt. Die NS-Symbole waren mit weißer und schwarzer Farbe in einer Größe von mehr als einem Meter geschmiert. (ND, 1.11.)

In Fehrbellin im Kreis Neuruppin nahm die Polizei zwei Jugendliche wegen des Gröhlens faschistischer Lieder fest. Die beiden Jugendlichen hatten zuvor mit 15 weiteren eine Discothek gestürmt, Besucher angegriffen und danach faschistische Lieder und Parolen skandiert. Die Polizei nahm Ermittlungen wegen des Verdachts auf Landfriedensbruch auf. (FR, 2.11.)

31.10.

In Ainring im Berchtesgadener Land verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf ein überwiegend von deutschen Aussiedlern bewohntes Haus. Durch das rasche Eingreifen eines Hausbewohners und der Feuerwehr konnte ein Ausbreiten der Flammen verhindert werden. (FAZ, 2.11.)

1.11.

In Berlin sind in diesem Jahr 452 Polizisten wegen Körperverletzung im Amt angezeigt worden; in 73 der Fälle kamen die Anzeigen von Ausländern. (BZ, 2.11.)

In Duisburg wurden an Universitätsangehörige des Fachbereiches Chemie Drohbriefe des "Nationalen Studentenbunds Deutschlands - Kampfgruppe Duisburg" (NSBD) verschickt. Darin heißt es u.a.: "Wir weisen darauf hin, daß für den Fachbereich eine schwarze Liste des NSBD existiert, auf der alle volksschädlichen Elemente und solche Emanzen stehen, die Abtreibungen hatten. Wir möchten Sie daher im eigenen Interesse dringend bitten, für klare Frontverläufe zu sorgen, indem Sie sich von allen Volksschädlingen (Kanaken, Emanzen, Lesben, Schwule) distanzieren." (taz, 2.11.)

2.11.

Die faschistische Zeitung "Die Neue Front-Widerstand" erklärt in ihrer neusten Ausgabe die legale Strategie für gescheitert und ruft zu illegalen Aktivitäten auf. Gleichzeitig werden von der aus den USA heraus operierenden "NSDAP-AO" Computerdisketten mit präzisen Anleitungen zum Bau von Brand- und Sprengbomben versandt. (taz, 3.11.)

3.11.

In der pfälzischen Gemeinde in Lustadt im Kreis Germersheim haben Unbekannte den jüdischen Friedhof geschändet. Etwa 90 Grabsteine wurden nach Angaben der Staatsanwaltschaft Landau mit Hakenkreuzen, SS-Runen und antisemitischen Parolen beschmiert. (SZ, 4.11.)

4.11.

In Niedersachsen wurden von Januar bis Oktober 1993 330 versuchte und vollendete Straftaten gegen Ausländer - davon 110 Fälle gegen Unterkünfte von Asylsuchenden - registriert. (Welt, 6.11.)

Bürokollektiv Ulla Jelpke

39. Der Grüne Punkt als Gipfel des Müllbergs

Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:01

Wer glaubt, daß er sich genug Gedanken über Müll macht, wenn er täglich die existentielle Entscheidung fällt, ob die beschichtete Müslipackung in den gelben Sack, zum Altpapier oder in den Hausmüll gehört, sollte an dieser Stelle aufhören weiterzulesen - den Artikel aber dann bitte zum Altpapier!

Wer glaubt, daß der Sozialismus längst auf dem Müllhaufen der Geschichte gehört (Rest-?, Bio-? oder gar Giftmüll?) und das bestehende System das Müllproblem schon irgendwie in den Griff bekommen wird, kann ruhig weiterlesen. Aber Vorsicht: Sozialismus allein trägt nicht zwangsläufig zur Müllvermeidung bei.

Warum dieser Artikel, wenn eh schon jedes Kind weiß, daß Müllvermeidung die beste Lösung des Müllproblems ist? Weil niemand diesem Kind sagt, daß konsequente Müllvermeidung nur dann funktionieren kann, wenn es die Prinzipien des Systems - nicht nur des Dualen - in Frage stellt. Nur wenn ein Gebrauchswertprinzip bei der Produktion von Gütern angestrebt wird, muß dieses Kind langfristig nicht im Müll ersticken. Wir machen mit!

Zugegeben: auch wir haben keine perfekte und umfassende Lösung des Problems "Müll" anzubieten. Aber immerhin eine bessere als das "Duale System Deutschland".

Die Begriffe Müll, Müllberg, Müllawine werden oft verengend assoziiert mit Verpackungen oder ungebrauchten Resten. Wenn wir eine gründliche Lösung des Müllproblems anstreben, sollten wir uns aber bewußt machen, daß jedes Produkt irgendwann einmal Müll wird, was nichts anderes meint als den Verlust seines Gebrauchswertes. Dieser tritt offensichtlich bei einigen Produkten früher, bei anderen später ein. Dabei gibt es eine Reihe von Faktoren, die den Gebrauchswert eines Produktes künstlich verkürzen (z.B. Mode, Statussymbole). Ein wesentlicher Aspekt der Mülldiskussion liegt also in der Dauer des Gebrauchs eines Produktes bevor es Müll wird. Für alle Einweg-Verpackungen ist diese naturgemäß äußerst kurz, aber dies ist eben nur ein Spezialfall des Problems.

Wir unterscheiden zwischen verschiedenen Formen von Müll, da bei der Lösung des Müllproblems nach den Gesetzmäßigkeiten, die für die Entstehung einer spezifischen Müllart verantwortlich sind, zu differenzieren ist.

Neben dem angesprochenen Verpackungsmüll und dem Produkt als Müll sehen wir als wesentlichen Typus noch Produktionsabfälle (Industriemüll). Eine andere, quer dazu liegende Unterscheidung ist in der Kategorie der Recyclingfähigkeit des Mülls gegeben. Denn ob es sich um wiederverwertbares, natürlich zerfallendes, ungiftiges oder nicht ohne Umweltschäden zu beseitigendes Material handelt, kann nicht gleichgültig sein.

Massenproduktion

contra Recycling

Wir sehen einen engen Zusammenhang zwischen dem technologischen Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft und deren Müllproduktion. Zum Beispiel werden, je höher der technologische Standard und je ausdifferenzierter die Arbeitsteilung um so aufwendigere Verpackungen für den Transport hochwertiger, empfindlicher Güter und Zwischenprodukte benötigt.

Eine Produktion in großen Stückzahlen hat darüber hinaus auch Auswirkungen auf das Produkt selber. Statt zusammengeschraubter, d.h. reparaturfreundlicherer Produkte werden Produktelemente einfacher, d.h. billiger zu reparaturunfreundlichen Endprodukten zusammengeklebt oder -geschweißt. Damit wird auf automatisiertem Massenproduktionsstandard die Neuproduktion eines Produktes wesentlich billiger als dessen Reparatur durch eine Fachkraft. Dies freilich nur, weil die Müllbeseitigung/-verwertung nicht als ein Faktor der Produktionskosten auftaucht. Gipfel des Eisbergs ist die massenhafte Herstellung völlig überflüssiger Wegwerf-Produkte, wie etwa Einwegkugelschreiber für einen Stückpreis von ca. vier Pfennig.

Die so hergestellten Produkte sind aufgrund ihrer stofflichen Zusammensetzung auch viel schwerer in den Produktions- oder den Naturkreislauf zurückzuführen, was die qualitative Veränderung des massenhaft produzierten Mülls deutlich werden läßt. Verbundstoffe oder die zur Substitution natürlicher Rohstoffe neu entwickelten chemischen Kunststoffe können, wenn überhaupt, nur zu immensen Kosten in ihre ursprünglichen Ausgangsmaterialien zerlegt und somit recyclebar gemacht werden.

Die bisher angesprochenen Mechanismen einer hochtechnisierten, arbeitsteiligen Produktion müssen jedoch als eine logische Konsequenz des herrschenden Marktmodells gesehen werden. Dieses ist dadurch charakterisiert, daß individuelle Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte durch die Institution Markt, d.h. über den Preismechanismus, koordiniert werden und a priori keine übergeordnete Instanz, der Staat beispielsweise, lenkend eingreifen soll. Dem Modell liegt die Annahme zugrunde, die KonsumentInnen träfen ihre Marktentscheidungen aufgrund individueller Nutzenabwägung, wobei der Nutzenbegriff auf materielle Bedürfnisse begrenzt wird, die unbegrenzt kurzfristig steigerbar seien. Dem entspricht auf ProduzentInnenseite ein Gewinnmaximierungskalkül, wobei die ProduzentInnen darauf achten, gegenüber ihren KonkurrentInnen Produktivitätsvorteile zu erzielen. In der Konsequenz wird je nach Branche ständig billiger und in bestimmten Industriezweigen in immer größeren Stückzahlen produziert. Das Konkurrenzmodell zwingt die ProduzentInnen zu Innovationen und nicht zuletzt zu immer schärferen Werbekampagnen, um für ihre Produkte einen Markt zu schaffen und den Absatz zu sichern.

Dazu kommt, daß ein solches System aus seiner inneren Logik nur überleben kann, wenn permanent "neue" Produkte auf dem Markt angeboten werden. Ob diese Produkte tatsächlich neu sind, ist dabei nicht maßgebend. Wichtig ist nur, daß mit dem "Neuen" der Verkäufer einen Vorsprung gegenüber seinen KonkurrentInnen besitzt, der ihm das Abschöpfen eines sogenannten "Innovationsgewinns" gestattet. Andere, gleichwertige Produkte mit "altem" Gesicht werden so zu Müll.

Staatlich

subventionierte Müllproduktion

Wie schon gesagt, beinhalten die Preise nicht die vollen Kosten der Müllbeseitigung und des "Recyclings": Auch wenn die Produzenten Abgaben für Industrie- und Gewerbemüll zu entrichten haben, wird die Beseitigung der Produktionsabfälle staatlich subventioniert. Luft, Wasser und Erde werden nach wie vor als quasi freie Güter behandelt (Giftmüllverklappung in der Nordsee, AKW-"Entsorgung", Chemie-Altlasten usw.).

Die Kosten für die Beseitigung und/oder das "Recycling" der Endprodukte nach dem Verlust ihrer Gebrauchswerte müssen Teil der Produktionskosten werden. Momentan tragen die KonsumentInnen diese Beseitigungskosten über Müllgebühren.

In einer Produktanalyse können die Kosten zur Beseitigung der Abfallstoffe, die bei der Produktion anfallen, erfaßt werden. Hierzu zählen auch die Folgen des Transports, wie sie sich heute in Waldschäden zeigen, oder durch bestimmte Produktionsweisen ausgelöste Krankheiten. Die derzeitige Subventionierung auf Kosten der Umwelt und ärmerer Staaten muß beendet werden und ein "realistischer" Preis, der sämtliche Kosten der Müllbeseitigung bzw. des "Recyclings" enthält, angestrebt werden.

Da die Produzenten ihre Produkte auf dem Markt nicht unter den Produktionskosten anbieten können, hätte dies eine starke Verteuerung gerade heute billiger Produkte zur Folge. Andererseits erhalten jedoch Produkte mit geringeren Beseitigungskosten, aber personalintensiverer Herstellungsweise eine Chance auf dem Markt. Die KonsumentInnen kennen dann die realen Kosten und tendieren so auch ökonomisch zum sinnvolleren Produkt. Das Argument, daß ökologisch sinnvolle Produkte teurer sind und damit gerade die sozial Schwachen besonders belastet werden, kann gegen eine ökologische Produktion nicht ins Feld geführt werden. Dieses Problem muß sozialpolitisch gelöst werden.

Einer solchen konsequenten Realisierung des Verursacherprinzips stehen jedoch mehrere Faktoren im Wege, zuallererst das Problem mangelnder Quantifizierbarkeit: wer wollte sich anmaßen, z.B. den Preis von Giftmüllaltlasten oder den Preis von einem Kubikmeter sauberer Luft zu bestimmen. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß wir, sind erst einmal Preise für die Umweltgüter determiniert, das Ökologieproblem getrost der unsichtbaren Hand des Marktes überlassen können. Ohne das Verbot gewisser Produktionsweisen und damit den Verzicht auf Konsumgewohnheiten kann eine ökologische Produktion nicht realisiert werden.

Wie und was produziert wird, muß letztlich politisch entschieden werden, nach ökologischen und sozialen Kriterien und nicht nach den Maximen von (Produktions-) Freiheit und Profit. Ein zentraler Punkt hierin ist die weitgehende Regionalisierung sämtlicher Wirtschaftsbeziehungen mit allen Konsequenzen für die Wohnzimmerausstattung, die Garderobe oder die Bananen im Müsli.

Müllideologie und Konsumorientierung

Wir sahen bisher: Die Müllproduktion ist auf verschiedene Weise Teil des kapitalistischen Produktionsmodells. Müll, genauer: steigende und giftigere Müllberge sind Ausdruck eines hemmungslosen, aggressiven Wachstums unter dem Banner von Fortschritt und Profitmaximierung.

Jenseits der notwendigen Lebensmittel zwingt uns VerbraucherInnen jedoch niemand, das Produzierte zu kaufen. Offensichtlich machen wir freiwillig mit, beim Verbrauch von Gegenständen, die keinen oder nur geringen Nutzwert haben. Nicht immer, aber immer öfter.

Konsum ist eine Form der Lebensbewältigung, eine Form, sich mit in das eigene Umfeld und die einen umgebende Ordnung einzufügen und Ohnmachtserfahrungen zu kompensieren. Die einzige Freiheit, die bleibt, ist die, bei jeder Kaufentscheidung zwischen 37 Alternativen in 15 Farben auswählen zu können.

Die Existenz der Wegwerfgesellschaft hängt eng mit dieser Definition von Lebensqualität zusammen. Industrialisierung, Modernisierung und Rationalisierung werden als Bedingungen angesehen, die Menschheit zu bereichern; wirtschaftliches Wachstum mit steigender Lebensqualität gleichgesetzt. Dabei wurden ursprüngliche Bedürfnisse mehr und mehr in Nachfrage nach Waren umgewandelt. Die expandierende Nachfrage treibt die Produktion, Arbeit und Konsum weiter und schneller voran.

Inzwischen jedoch ist es unübersehbar geworden, daß die rasch ansteigende Produktion nicht zu einer Verbesserung des Lebensstandards führt, sondern den gegenteiligen Effekt hat: einfachste Bedürfnisse wie die nach trinkbarem Wasser, sauberer Luft oder ausreichendem Lebensraum können nicht mehr befriedigt werden, da alles "zugemüllt" ist. Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei der unsichtbare Müll in Form von giftigen Abgasen, Gift im Boden oder chemischer Gewässerverschmutzung. Müllproduktion "avancierte" von einer Randerscheinung kapitalistischer Produktionsweise zu einem ihrer Grundpfeiler.

Durch das Fehlen ursprünglicher Bedürfnisbefriedigung entsteht ein nicht exakt zu benennendes Defizit, ein Unwohlsein, das durch noch mehr Konsum betäubt werden muß. Die Unzufriedenheit wird in Marketingstrategien aufgegriffen und wiederum mit Konsumangeboten befriedet. Man gönnt sich ja sonst nichts.

Doch nicht nur durch die individuelle Lebensgestaltung, auch im heutigen menschlichen Zusammenleben entstehen Defizite. Soziale Lebensformen veröden, was dazu führt, daß weniger Raum für Kommunikation, soziale Beziehungen, Erlebnisse, Kreativität bleibt. Natürlich wird auch hier das Problem nicht in seinen Ursachen bekämpft. Im Gegenteil: man/frau versucht das Bedürfnis nach Spannung und Erlebnis mit einem schnelleren Auto, das nach Zuneigung mit Milka-Schokoladen zu stillen.

Hinzu kommt noch, daß in einer Gesellschaft, die Menschen fast ausschließlich nach ihrer (beruflichen) Leistung beurteilt, persönliche Identität nur noch mit Hilfe diverser Statussymbole hergestellt wird. Das heißt, daß man/frau sich selbst nicht mehr über Fähigkeiten, Neigungen oder individuelle Charakterzüge, sondern durch den Stern am Auto und das Krokodil auf dem Hemd definiert. Auf die gleiche Art wird auch versucht, sich von den Mitmenschen abzugrenzen, sich von der Masse abzuheben. Dies wird immer wichtiger in einer Zeit, in der der/dem einzelnen das Gefühl vermittelt wird, austauschbar oder sogar völlig überflüssig zu sein, etwa durch den Einsatz von Robotern und Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen.

Folge ist die "freiwillige" Integration in gesellschaftliche Strukturen im Sinne der Übernahme und Verinnerlichung gesellschaftlich vorgegebener (und v.a. über Werbung vermittelter) Leitvorstellungen. Der Effekt: Kaufen und Verbrauchen wird als selbstgewollt definiert. Die einzelnen machen sich die ideologischen Denkansätze so zu eigen, daß sie sozusagen von innen heraus gelebt werden.

Freilich muß der objektive Preis des massenhaften und kurzweiligen Konsums ausgeblendet werden: die Konsumideologie reißt Produkte aus ihrem gesellschaftlichen Entstehungszusammenhang. Der Strom kommt aus der Steckdose, die Milch aus dem Schlauch, der Videorecorder vom Elektrohändler. Das Woher und das Wohin, also die Produktionsbedingungen und die Folgen der Müllentsorgung müssen verschleiert, entnannt werden. Sonst käme etwa die Zerstörung der weltweiten Lebensgrundlagen in den Blick.

Die herrschende Müllpolitik ...

... wird nach wie vor von den Profitinteressen der Industrie und des Handels geprägt. Die gängigen Argumente vom "Wirtschaftsstandort Deutschland" sollen verhindern, daß bestimmte, besonders müllintensive

Produktionsweisen und Vermarktungswege eingeschränkt oder ganz untersagt werden. Das Argument gefährdeter Arbeitsplätze legitimiert nahezu jede noch so unsinnige und umweltschädliche Produktion.

Gesucht werden also Strategien, die es beim grundsätzlichen "weiter so" belassen, gleichzeitig aber kosmetische Veränderungen mit lauter Begleitmusik zur umweltpolitischen Offensive hochstilisieren. In der öffentlichen Diskussion wird das Thema Müll auf den Hausmüll reduziert und somit das Problem allein der/m VerbraucherIn zugeschoben, obwohl der Anteil des Hausmülls an der Gesamtmüllmenge nur 10% beträgt.

Erster Baustein darin ist die Gründung des "Dualen System Deutschland" (DSD) mit dem Markenzeichen Grüner Punkt. Durch die Gründung dieses Monopolunternehmens für die Propagierung und spätere Entsorgung von Einwegverpackungen kamen Handel, Abfüllindustrie, Verpackungswirtschaft und Grundstoffhersteller einer drohenden Verpackungsverordnung zuvor, die zunächst hohe Quoten für Mehrwegverpackungen vorgesehen hatte. Durch den Druck der Industrie wurden die Vorgaben dann aber entschärft und den Möglichkeiten des DSD angepaßt. Zudem werden in allen Zielvorgaben nur Prozentsätze genannt und keine absoluten Mengen, so daß dem Anwachsen des Müllberges keine Grenzen gesetzt werden. Mit einer beispiellosen Propagandakampagne sollte die nicht vorhandene Akzeptanz geschaffen werden. Oberstes Ziel des DSD ist die Vermeidung von Müllvermeidung!! Die Müllgebühren für die Verpackungen werden an der Ladenkasse kassiert, da die Firmen die Lizenzgebühren, die sie dem DSD für den Grünen Punkt zahlen, selbstverständlich auf den Kaufpreis umlegen. Hinzu kommt, daß in den Hallen der DSD-Tochterfirmen der im Haushalt bunt zusammengemischte Wohlstandsmüll teilweise rund um die Uhr von meist weiblichen ausländischen ArbeiterInnen für Hungerlöhne auseinandersortiert wird.

Eine weitere Tendenz wird durch das DSD symbolisiert: die Privatisierung der Müllentsorgung. Was als Umsetzung des Verursacherprinzips verkauft wird, führt zu einem Entzug öffentlicher Kontrolle und zu einer Monopolisierung weiter Bereiche der Entsorgung.

Von einer auch nur ansatzweise umweltschonenden Verwertung des Verpackungsmülls kann auch nach Einführung des DSD nicht die Rede sein. Recycling funktioniert nach wie vor nur bei Glas, Papier und Metall, und selbst hier stellt es die schlechtere Alternative zum Mehrweg dar. Vor allem bei den im Verpackungsmüll zu einem großen Teil enthaltenen Kunststoffen ist eine stoffliche Wiederverwertung bisher nicht in Sicht. Das meiste wird deponiert, verbrannt, exportiert. Noch schlimmer verhält es sich bei Verbundmaterialien.

Trotzdem ist der Begriff "Recycling" Dreh- und Angelpunkt der vorherrschenden Müll-Ideologie. Müll ist demnach gar kein Müll mehr, sondern Rohstoff. Und Rohstoffe zu produzieren ist natürlich eine gute Sache. Die Industrie macht es vor, und alle machen mit. So scheinen alle Probleme gelöst: Der Müll ist weg, aus alt wird neu, und ganz nebenbei wird das Problem der Rohstoffknappheit mitgelöst. Das Perpetuum mobile der Industriegesellschaft ist anscheinend gefunden - und alles kann weitergehen wie bisher.

Das eigentliche Ziel der herrschenden Müllpolitik ist die Müllverbrennung. In den nächsten Jahren steht die flächendeckende Einführung von Müllverbrennungsanlagen in der EG an. Eine neue Verordnung ("Technische Anleitung Siedlungsabfall") macht Vorgaben für die Müllentsorgung, die nur von Verbrennungsanlagen einzuhalten sind. Damit sind andere, kalte Verfahren zur Müllbehandlung aus dem Rennen. Dabei hat die Müllverbrennung alle bekannten Nachteile einer modernen Großtechnologie. Ein immenser Investitionsaufwand ist erforderlich, denn Müllverbrennung ist nur in großem Maßstab rentabel. Um diese Kosten wieder zu erwirtschaften, muß Müll umgesetzt werden, je mehr desto besser. Ein weiterer Weg zur Vermeidung von Müllvermeidung.

Fälschlicherweise wird auch der Eindruck erzeugt, der Müll sei weg, wenn er verbrannt ist. Verschwiegen wird jedoch, daß der Müll durch die Verbrennung nur etwa auf die Hälfte seines Volumens reduziert wird. Diese Hälfte und der zusätzlich entstandene Giftmüll (z.B. Filterstäube) wandern wieder auf die Deponie.

Aber Müllverbrennungsanlagen werden gebraucht. Auch als Exportschlager der Zukunft. Und was nicht hier schon läuft, kann auch nicht in großem Stil exportiert werden. So sieht dann die ökologische Modernisierung der Marktwirtschaft aus.

Der Müllexport hat in den vergangenen Monaten und Jahren immer wieder für Schlagzeilen gesorgt und damit wesentlich zur Brisanz der Müllfrage in der öffentlichen Diskussion beigetragen. Wenn auch die absoluten Mengen des exportierten Mülls (1990 ca. eine Mio. Tonnen legal) in Relation zur Gesamtmenge nicht

besonders hoch erscheinen, so hat der Export vor allem deswegen eine große Bedeutung, weil der Anteil des Giftmülls am exportierten Müll besonders hoch ist. So wird das Gift, das hier überhaupt nicht oder nur gegen hohe Gebühren loszukriegen ist, in alle Welt exportiert, auf legalem Weg erstaunlicherweise überwiegend in westeuropäische Länder. Daneben wird geschätzt, daß die Menge des illegal exportierten Mülls in etwa der des legal exportierten entspricht. Osteuropa hat derzeit den Trikont als Hauptzielgebiet abgelöst.

Auch hier bleibt durch die Deklarierung von Müll als Wirtschaftsgut (z.B. "synthetischer Brennstoff") oder gar als humanitäre Hilfe vieles im Dunkeln, und es werden nationale Verbote und internationale Verträge umgangen. Die Grenzen von legalem und illegalem Export verschwimmen. Ganz nebenbei eignet sich die kurzfristige Empörung über die Geschäfte der "Müllmafia" ganz hervorragend, den Protest zu kanalisieren und von den alltäglichen, ganz legalen Schweinereien abzulenken.

Mit dem DSD, sauberen Müllverbrennungsanlagen und legalisiertem Müllexport sind dann nach den Strategien von Handel und Industrie die Voraussetzungen geschaffen, das Müllproblem als gelöst zu verkaufen. Nur will das bis jetzt niemand so richtig glauben ...

Erfahrbare Widersprüche

und Handlungsperspektiven

Die alltäglich produzierten Müllmengen haben ein solches Ausmaß erreicht, daß ihre permanente sinnliche Wahrnehmung nicht mehr vermieden werden kann: Im Haushalt quellen die Mülleimer über, die Müllkippe nebenan stinkt auch dann noch, wenn sie in "Wertstoffentsorgungspark" umbenannt wurde, und die giftigen Chemiekalienreste aus dem Heimwerker-Keller nimmt einem auch niemand mehr ab.

Das weitverbreitete Unbehagen richtet sich überwiegend gegen den Hausmüll. Die kleinbürgerliche Hausfrau ebenso wie der alternativ-emanzipierte WG-Bewohner schwanken zwischen Wut über die Industrie, die einem den ganzen Müll aufzwingt, und eigenem Müllreduzierungs-Ehrgeiz in Küche und Supermarkt.

Dabei ist die Forderung nach Müllvermeidung zum Allgemeingut geworden. Längst sind es nicht mehr nur die Flugblätter von Öko-Gruppen, auch kommunale Informationsbroschüren, Parteiprogramme und selbst das DSD erheben die Müllvermeidung zur obersten BürgerInnenpflicht. Aber eben auch nur das. Das Schlagwort von der Müllvermeidung wird zur Leerformel, solange es sich nur an die VerbraucherInnen richtet. Genau hier aber ist ein Ansatzpunkt für eine linke Kritik am Umgang mit dem Müllproblem.

Die Zustimmung für das an sich einzig richtige Konzept "Müllvermeidung" ist groß. Auf dieser Basis können Diskussionen darüber, was Müllvermeidung eigentlich heißen muß und was sie für gesellschaftliche (und eben nicht nur individuelle) Konsequenzen hat, Lernprozesse auslösen. Daß dabei die individuellen Handlungsstrategien (Müllvermeidung im Haushalt) nicht negiert werden dürfen, sondern als - allerdings unzureichende - Basis für weitergehende Forderungen und Aktivitäten anzusehen sind, versteht sich von selbst. Diese individuellen Handlungsansätze spielen eine wichtige Rolle insbesondere bei der Überwindung weitverbreiteter Ohnmachtsgefühle gegenüber Politik und Wirtschaft. In diesem Sinne ist der positive Bezug auf "VerbraucherInnen-Macht" ein wichtiger Bestandteil linker Agitation zum Thema Müll.

Daher sind "Gelber Sack" und Müllverbrennungsanlagen Kristallisationspunkte für die konkrete politische Arbeit. Daraus gilt es, insbesondere die Kritik an der müllverursachenden Produktions- und Vermarktungsweise zu entwickeln und in den Mittelpunkt von Aktivitäten zu rücken. Industriebetriebe und Supermärkte bieten sich als Ziele an.

Müllvermeidung

statt Umdefinition!

Eine Produktionsweise, die strukturell schon Müllproduktion ist, kann durch noch so gute Vorschläge zur Müllvermeidung das Problem nicht lösen. Um Verbesserungen schon innerhalb der bestehenden profitorientierten Produktionsweise zu erzielen, kommen wir nicht umhin, konkrete Reformvorschläge einzufordern.

- "Weg vom Wegwerfprodukt" könnte zu einem Motto werden, mit dem die Kurzlebigkeit und Verschleißanfälligkeit vieler Waren thematisiert wird. Die Möglichkeit und Akzeptanz der Reparatur defekter

Güter muß in vielen Bereichen erst wieder durchgesetzt werden, seien es Elektrogeräte, Kleidung oder auch Gebäude.

- Für Handel und Industrie muß zuallererst gelten: Vermeiden vor Verwerten. Hier müssen Regulierungen geschaffen werden, die eine drastische Reduzierung des Industrie- und Gewerbemülls garantieren. Recycling ist nur für die unvermeidbaren Reste ein gangbarer Weg. Für jedes Produkt muß transparent werden, welchen Müll seine Herstellung produziert.

- Auch bei den Verpackungen muß drastisch reduziert werden. Das bedeutet z.B. durchweg weniger Transporte, die Ware muß möglichst dort verkauft werden, wo sie auch produziert wird. Dazu gehört die vollständige Durchsetzung von Mehrwegverpackungen, nicht nur beim Endverbraucher, sondern vor allem auch im Handel. Hier sind staatliche Verbote (z.B. von Einwegpaletten, Plastikfolien, Getränkedosen) und weitere Normierungen (z.B. Verkaufsverpackungen für Lebensmittel) durchzusetzen.

- Die VerbraucherInnen müssen aufgefordert werden, diese Forderungen durch ihr Konsumverhalten zu unterstützen. Wer ein Kilo Hausmüll schon beim Einkauf vermeidet, der vermeidet damit auch die diversen Kilos Industriemüll, die bei seiner Produktion entstehen. Dort, wo es Alternativen zur Wegwerfproduktion gibt, müssen sie propagiert werden.

- Schließlich sind zur Reduzierung und Vermeidung von offensichtlich überflüssigen Produkten und von Produktionen, bei denen Giftmüll anfällt, staatliche Regulierungen - bis hin zu Verboten - einzufordern.

Erst an zweiter Stelle geht es darum, sich damit zu beschäftigen, was mit dem anfallenden (dann wirklichen Rest-)Müll gemacht wird.

- Das Verursacherprinzip muß konsequent angewendet werden. Der Produzent ist verantwortlich für den von ihm hergestellten Müll. Rücknahme- und Wiederverwertungspflichten sind ein richtiges Mittel, müssen aber der öffentlichen Kontrolle unterliegen.

- Müllexport ist in jeder Form zu unterbinden.

- Müllverbrennung ist der schlechteste Weg, den Müll (scheinbar) loszuwerden. Es gibt gangbare Alternativen zur Müllverbrennung.

- Alle Wege der Rücknahme müssen so angelegt sein, daß sie nicht auf möglichst viel, sondern auf möglichst wenig Müll ausgerichtet sind.

- Recycling von wiederverwertbaren Stoffen muß obligatorisch sein.

Die Forderungen zur Rücknahme von Müll sind weit verbreitet und dürften auch in der organisierten Ökologie-Bewegung Konsens sein. Daher geht es uns vor allem darum, diese Inhalte mit unserer Kritik an der Müllproduktion zu verknüpfen. Nur in dieser Verbindung kann "Müll" zu einem Thema werden, anhand dessen Linke und Ökologiebewegung die kapitalistische Massenproduktion als Ursache der ökologischen Krise ins allgemeine Bewußtsein rücken. Wer sich konsequent für Müllvermeidung einsetzt, kommt nicht umhin, an die Stelle einer Produktion von Waren zur Profitmaximierung eine Produktion nach dem Gebrauchtswertprinzip anzustreben.

Arbeitskreis Ökosozialismus, Tübingen

Wir über uns !

Der Arbeitskreis Ökosozialismus Tübingen, der inzwischen 10 Jahre politisch aktiv ist, versteht sich als eine Gruppe des Teils der Linken, dem im Bewußtsein der ökologischen Krise nicht die Klassenfrage zugunsten der Gattungsfrage abhanden gekommen ist; dem es gleichwohl als unverzichtbar erscheint, in den gesellschaftlichen Konflikt um die zerstörerische Qualität instrumenteller Vernunft gegenüber der äußeren wie inneren Natur theoretisch und praktisch einzugreifen.

Während der Arbeitskreis bis 1987 noch innerhalb der Grünen, denen die ökologische Krise selbstverständlich als zentraler Ansatz politischen Agierens gilt, arbeitete, sahen wir unsere Aufgabe darin, die ökonomisch-strukturellen Ursachen jener Krise zu benennen. Der kollektive Austritt aus den Grünen vor der letzten Bundestagswahl und die Beteiligung am Aufbau der Radikalen Linken machte deutlich, daß die

Relevanz der ökologischen Krise für eine Strategie der Politisierung breiter Bevölkerungsteile innerhalb der Linken bei weitem noch nicht als unwidersprochen zu gelten hat.

Dieses politisch verhängnisvolle Defizit verringern zu helfen, und die ökologische Frage nicht reformistischen Umweltschutzgruppen zu überlassen, vor allem aber das vorhandene kritische Bewußtsein in der Bevölkerung sind die für uns ausschlaggebenden Gründe gewesen, uns in der Bestimmung der Weiterarbeit des Arbeitskreises für die ökologische Thematik zu entscheiden. Dabei war es keine Frage, daß die wachsende Arbeitslosigkeit, der umsichgreifende mörderische Rassismus in Verbindung mit einem neuen deutschen Vereinigungsnationalismus oder auch Weltwirtschaftsfragen, EG-Binnenmarkt und der politisch-ökonomische Anschluß Osteuropas ebenso wichtige Themen linker politischer Arbeit sind.

40. Grüner Spagat. Empfehlungen eines streitbaren Ministers

Rubrik: Grüne Parlamentsarbeit; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:13

<I>192>Die Grünen müssen den Spagat versuchen zwischen denjenigen, die ausgegrenzt und marginalisiert werden, und jenen Gruppierungen, die aufgrund von Bildung, Einkommen und sozialer Stellung eine eher privilegierte Position haben, in denen aber die Bereitschaft zum Teilen und zu einer solidarischen Gesellschaft vorhanden ist." (S.182)

So umreißt Jürgen Trittin, grüner Minister in Niedersachsen, die Aufgabe, die sich seiner Partei nicht nur im Hinblick auf das Wahljahr 1994 stellt. Der zitierte Satz gehört zu den Schlußfolgerungen des Ministers aus seiner Analyse des Ist-Zustandes der BRD.

"Gefahr aus der Mitte. Die Republik rutscht nach rechts", ist der Titel seines gerade erschienenen Buches. (Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, eben dort. AS) Es geht ihm darum aufzuzeigen, daß der gesellschaftliche Konsens der BRD sich nach rechts, ins Konservative und darüber hinaus, verschoben hat oder, besser gesagt, verschoben wurde. Verantwortlich hierfür ist, so Trittin, sowohl die Regierungskoalition als auch die SPD, wohingegen die Glatzen und andere mordende Faschisten von dieser Entwicklung profitiert, sie aber nicht initiiert haben.

Die Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl sowie das Procedere dieser Entscheidung ist für Trittin so etwas wie ein Modell, wie in Zukunft die verfassungsmäßige Ordnung der BRD "weiterentwickelt" wird. In seiner detaillierten Analyse der Hintergründe und Umstände des sog. Asylrechtskompromisses wird sowohl die Rolle der SPD hinterfragt als auch das Vorgehen der CDU schonungslos offengelegt.

Der Petersberger Beschluß der SPD ist für den Minister das klarste Zeichen dafür, daß die Sozialdemokratie derzeit weder willens noch fähig ist, eine ernsthafte Alternative zum Regierungslager zu sein. Aber auch die Asylkampagne der CDU unter ihrem damaligen Generalsekretär Rühe findet die Aufmerksamkeit von Trittin. Das generalstabsmäßige Vorgehen der CDU zur Erzeugung einer offen ausländerfeindlichen Stimmung in der BRD ist einer der Hauptgründe nicht nur für das Wiedererstarken einer ekelerregenden nationalistischen Stimmung in der Bevölkerung, sondern auch für die rassistischen Angriffe und Morde der Faschisten. Denn u.a. mit solchen Kampagnen wurde und wird der Boden bereitet, auf dem die Nazis ihr blutiges Geschäft betreiben können. Außerdem ist zu fragen, ob das Vorgehen der CDU in Sachen Asyl nicht den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt.

Untersucht wird das geistige Klima in der BRD insgesamt. Herauskommt, daß in dem neuen größeren Deutschland Rassismus und Nationalismus wieder hoffähig wurden. Deutschland scheint sich wieder einig vom Stammtisch bis zum Kanzleramt: "Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland." Dabei wird in besonders perfider Art und Weise ein in der BRD äußerst erfolgreicher Schachzug angewandt: Opfer werden zu Tätern gemacht!

Trittin gelingt es nachzuweisen, wie durch die anhaltende Debatte über das Aussterben der Deutschen, die These vom vollen Boot, das ständige Betonen des Gaststatus der in der BRD lebenden Nichtdeutschen und andere wohlbekannte, mittlerweile zu scheinbaren Tatsachen aufgerückte Stammtischwahrheiten aus den gejagten und ermordeten Nichtdeutschen eine Bedrohung für die Deutschen wurde, wie die Deutschen zu Opfern einer scheinbar untragbaren Gefahr wurden.

Trittin zeigt auch auf, wie aus dem Sozialstaat sozialdemokratischer Prägung eine soziale Festung der Mitte konstruiert wird, die hauptsächlich dazu da ist, durch die mittels Befriedigung elementarer materieller Lebensbedürfnisse der CDU ein mehrheitsfähiges WählerInnenpotential in der Gesellschaft bereitzustellen. Vom Auftrag des Grundgesetzes, den Menschen in der gesamten BRD ähnliche Lebensbedingungen staatlicherseits zu garantieren, ist nach seiner Ansicht nichts mehr übriggeblieben. Vor allem die Art und Weise der Finanzierung des DDR-Anschlusses und die Umverteilung von unten nach oben finden größere Beachtung in diesem Buch. Dabei wird dies alles nicht akribisch detaillistisch, sondern mittels eines Überblickes geliefert, der versucht, die Politik des Abbaus des Sozialstaates in die übrige konservative Agenda einzuordnen.

Zusätzlich äußert sich Trittin noch über die Ambitionen der BRD, zu einer politischen Großmacht mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat zu werden. Sowohl die Auflösung des bisherigen Konsenses der "Friedensstaatlichkeit" der BRD als auch die Rolle der SPD in diesem Kontext werden beleuchtet. Auch mit seiner eigenen Partei geht Trittin zu Recht kritisch ins Gericht am Beispiel grüner Beschlußlage zum Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Aber ich will hier nicht zu weit ins Detail gehen, denn ich finde das Buch verdient, gelesen zu werden. Was aber neben dem insgesamt guten Eindruck bleibt, sind ein paar Fragen an den Autor. Diese betreffen die Optionen für die zukünftige Politik der Grünen und die Einordnung der Regierungspolitik der SPD bis 1982. Beginnen möchte ich mit dem letzteren.

"Schon die sozialliberale Koalition reagierte auf den mit dem Anstieg der Erwerbslosigkeit wachsenden Bedarf an sozialen Leistungen und dem enger werdenden Verteilungsspielraum mit einer Serie von Leistungskürzungen, die von der Kohl-Regierung forciert wurde. Die Abkehr der jetzigen Bundesregierung von einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik begräbt die Hoffnungen vieler Erwerbsloser, den Sprung zurück ins Erwerbsleben zu schaffen." (S. 34) Hier könnte der Eindruck entstehen, daß unter der SPD in den siebziger Jahren sowohl durchgehend eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik betrieben worden als auch der Abbau des Sozialstaates weniger einschneidend als unter der jetzigen Regierung gewesen wäre. Dies jedoch entspricht meiner Ansicht nach nicht den Tatsachen, war es doch eben die SPD unter der Führung von Helmut Schmidt als Kanzler, die den Grundstein für die konservative Orientierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik legte. Ausgehend vom Umschwung Anfang der siebziger Jahre in der herrschenden Meinung der Nationalökonomie weg von einem etatistisch ausgelegten Keynesianismus hin zu Neoklassik und Monetarismus setzte die damalige Bundesregierung ab 1973 im Einklang mit der Bundesbank verstärkt auf Haushaltskonsolidierung und betrieb Stabilitätspolitik. Dies bedeutete nichts anderes, als daß immer weniger Geld für beschäftigungswirksame Maßnahmen und sozialpolitische Krisenabfederung ausgegeben wurde, was seinen Ausdruck im Haushaltsstrukturgesetz von 1975 fand. Spätestens mit dem Haushalt 1981, bei dessen Begründung Finanzminister Matthöfer am 23.1.1981 betonte, "daß es auf absehbare Zeit keine automatische Garantie (...) für eine Rückkehr zu dauerhafter Vollbeschäftigung geben kann", ist die Vollbeschäftigung auch vom Anspruch her von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung aufgegeben. Staatliche Finanzpolitik hat seit 1975 das Ziel Vollbeschäftigung immer mehr auf eine Restgröße innerhalb des wirtschaftspolitischen Zielkataloges reduziert.

Zwar blieb die traditionelle Klientel der SPD in weiten Teilen von diesen Maßnahmen verschont, aber die durchaus mehrheitsrelevanten Randbereiche des sozialdemokratischen Spektrums wurden marginalisiert. Folglich divergierten die Ansprüche an die damalige Regierungspartei, und die SPD sah sich immer weniger dazu in der Lage, diese unterschiedlichen Interessen zu befriedigen. Bei aller zutreffenden Kritik Trittins am Verhalten der SPD in Sachen Asyl und Out-of-Area-Einsätzen der Bundeswehr, hier kommt die Sozialdemokratie nach meiner Ansicht zu gut weg. War sie es doch, die unter Helmut Schmidt das Modell Deutschland als erfolgreiche Variante konservativer Austerity-Politik propagierte. Der Spagat der SPD zwischen den auseinanderdriftenden Interessen ihrer Klientel, ihrer eigenen Programmatik und ihrer Regierungspolitik hat der Sozialdemokratie letztendlich die Regierungsfähigkeit gekostet. Sie war Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre insbesondere gegenüber ihrer eigenen WählerInnenschaft unglaubwürdig geworden.

Es drängt sich die Frage auf, warum Jürgen Trittin seiner Partei einen nicht weniger gefährlichen Spagat empfiehlt? Ausgangspunkt hierfür ist seine Analyse des Rechtsrutsches in der BRD. Es stellt sich die Frage: Was dagegen machen? Eine Option sieht Trittin in der Etablierung möglichst vieler rot-grüner Landesregierungen, eventuell sogar einer rot-grünen Koalition auf Bundesebene. Mal abgesehen davon, ob solche ein Strategie angesichts der Orientierung der SPD unter Scharping realistisch ist, fraglich bleibt, ob die Grünen selbst zu solch einer Politik fähig sind. Nach Trittin ist es Ziel, Verhältnisse zu erzeugen, in denen es nur noch möglich ist, die Grünen aus Regierungen zu halten, in dem CDU und SPD große Koalitionen bilden. Die Frage bleibt, wie?

Ob es angesichts seiner eigenen Analyse der sozialdemokratischen Mittäterschaft beim Rechtsruck in der BRD ausgerechnet diese Partei ist, mit der mensch "Streusand gegen Rechtsruck", so der Titel des letzten Kapitels, sein kann, darf bezweifelt werden. Trittin weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es ist, gegen SozialdemokratInnen in der Regierung etwas durchzusetzen. Und zu Recht benennt er selbst eine große Gefahr: "Regierungsbeteiligungen allein werden allerdings überhaupt nichts verhindern. Sie bergen vielfach

die Gefahr, die Opposition gegen das entsolidarisierte Deutschland über die Falle objektiver Sachzwänge und fehlender gesellschaftlicher Macht zu Komplizen der Rechtsentwicklung zu machen." (S. 184) Grüne Regierungsbeteiligung wäre somit keineswegs ein Garant für eine gegen den konservativen Mainstream gerichtete Politik. Auch wenn es zwingend erforderlich ist, die Frage der gesellschaftlichen Umverteilung von unten nach oben neben all den anderen wichtigen Themen von Grün her zu besetzen, bleibt offen, wie die Grünen ausgerechnet in der Frage von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik beim Wahlvolk als kompetent erscheinen wollen.

Dies sind Punkte, die es gilt, mit den Grünen insgesamt und nicht nur mit ihrem streitbaren Landesminister zu diskutieren. Insbesondere das anvisierte Bündnis mit der SPD erscheint mir im Augenblick mehr Wunschdenken denn gesellschaftlich reale Chance zu sein. Und selbst wenn es im Laufe des Wahljahres 94 zu mehreren rot-grünen Landesregierungen kommen sollte, eine Ende der konservativen Hegemonie ist damit noch lange nicht ausgemacht.

Obwohl ich kein ausgemachter Freund der Grünen bin, muß ich sagen, daß mich dieses Buch von Jürgen Trittin trotz - oder vielleicht gerade wegen - meiner zuletzt gemachten Einwände angenehm überrascht hat. Ihm ist eine lebhafte Debatte zu wünschen. Dies ganz im Sinne des letzten Satzes des Buches: "Merke: ‚In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod` (Alexander Kluge)." (S.185)

Andreas Skrypietz, Bristol

Trittin, Jürgen: Gefahr aus der Mitte. Die Republik rutscht nach rechts. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1993, 205 Seiten, 24,- DM

41. Die unsichtbaren Lager (Ausstellung in Hamburg)

Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:12

Vom 10. November bis 10. Dezember 1993 wird im Hamburger Institut für Sozialforschung die Fotoausstellung "Die unsichtbaren Lager" gezeigt. Untertitel: "Vom Verschwinden der Vergangenheit im Gedenken. Die nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager nach 50 Jahren."

Es handelt sich um einen großen Teil der knapp 200 Exponate, die der Kölner Fotograf Reinhard Matz zusammengestellt hat. Die eindrucksvollen Fotografien von Matz sind zwischen 1987 und 1992 entstanden, u.a. in Auschwitz, Theresienstadt, Westerbork, Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück, Neuengamme und Sobibor. Im Begleittext des Hamburger Instituts für Sozialforschung heißt es über die Fotos: "Sie sind Zeugnisse ernsthafter Bemühungen, des guten Willens, aber auch der Unbelehrbarkeit und der Hilflosigkeit, mit der wir unserer Geschichte begegnen. Die ehemaligen Konzentrationslager sind zu Stätten eines ebenso notwendigen wie zugleich paradoxen Tourismus in die Geschichte geworden. Es sind Orte, die trotz der wachsenden zeitlichen Distanz zu den Verbrechen nicht .historisierbar` sind."

Das Katalogbuch ist sehr lesenswert. Reinhard Matz: Die unsichtbaren Lager. Das Verschwinden der Vergangenheit im Gedenken,.Rowohlt Verlag, Reinbek 1993, DM 29,90)

Ausstellung: 10.11. - 10.12.1993. Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36. Öffnungszeiten: Di., Mi., Fr., Sa. 14-18 Uhr, Do. 14-21 Uhr

42. Es ist angerichtet. Das §218-Urteil und seine Folgen (Broschüren-Vorstellung)

Rubrik: Frauen und der § 218; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/anz-218.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:anz-218

Das höchste Gericht hat gesprochen ...

Am 28.5.93 wurde durch den Spruch des Bundesverfassungsgerichts die juristische Spaltung der gesamtdeutschen Abtreibungsgesetzgebung beseitigt. Für die Frauen der ehemaigen DDR ist damit ein wesentliches Stück Menschenwürde abhanden gekommen: Die Freiheit in den ersten Wochen über Schwangerschaft oder Abtreibung selbst zu entscheiden, die ihnen der § 153 des DDR-Strafrechts gewährte. Außerdem wurde gesamtdeutsch der Geldhahn für Abtreibung zugedreht und die Schwangerschaftsberatung als staatliche Zwangsmaßnahme von den hohen Richtern gleich selbst detailliert reglementiert.

Dieses diktatorische Reglement der höchsten Gerichtsbarkeit in diesem unseren Land hat größte sozialpolitische Verwirrung angerichtet und die Not vieler Frauen vorprogrammiert. Entsprechend ist die Stimmung im Lande.

Das Kanzlerwort nach der Urteilsverkündung, "Das höchste Gericht hat gesprochen, und ich erwarte, daß JEDERMANN dieses Urteil respektiert", bleibt leider nicht ungehört. Bis auf Bündnis 90/Die Grünen und PDS/Linke Liste scheinen sich alle Parteien mit diesem Urteilsspruch zu arrangieren. Dabei vermag bei weitem nicht jeder Mann die roten Roben nach diesem Spruch zu respektieren und wir wollen mit dieser Broschüre dazu beitragen, daß erst recht jede Frau den höchstrichterlichen Schikanen alles andere als Respekt entgegenbringt.

Damit feministische Positionen wieder in die Offensive kommen können, halten wir Analysen des frauenverachtenden Urteils und der politischen Verhältnisse, die das hervorgebracht haben, für notwendig. Wenn sich die mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts anvisierte "Zwangsbewirtschaftung des weiblichen Körpers" als gesellschaftliche konsensfähig erweisen sollte, werden alle Schlagworte von der fortschreitenden Emanzipation der Frau zu hohlen Phrasen.

Wie nationalistisches Interesse mit Kirchenpolitik zusammenwirkt skizziert ein Blick auf einige osteuropäische Länder.

Wir, das sind autonome Frauengruppen und einzelne Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet, die weiter auf der ersatzlosen Streichung des § 218 bestehen.

... aber wir behalten das letzte Wort!

Es ist angerichtet. Das § 218-Urteil und seine Folgen. Hg.: Frauen gegen § 218 (Bundesweite Koordination). 56 S., A 4. Bezug über: Monika Scheffler, Werther Str. 10a, 33615 Bielefeld - gegen Überweisung von 5.- DM plus 2.- DM Porto auf das Konto Monika Scheffler, Kto. 120295, BLZ 480 501 61, Sparkasse Bielefeld (Verwendungszweck auf Überweisung angeben).

43. Federico Fellinis Warnung vor dem Faschismus

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Kultur; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak360/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:11

Während die italienische Öffentlichkeit von Putschgerüchten verunsichert wird und mit Staatspräsident Scalfaro einer der letzten Garanten institutioneller Stabilität unter Korruptionsverdacht gerät, ist neues Unheil über die italienische Nation hereingebrochen: Federico Fellini ist tot. Der Maestro, "wohl der einzige, dem es jemals gelungen ist, alle Italiener zur Identifikation mit sich zu bringen" (Werner Raith, taz, 4.11.), wurde mit einem filmreifen Staatsbegräbnis geehrt, nachdem 70.000 Trauernde an seinem im Studio 5 von Cinecittà aufgebahrten Sarg vorbeidefiliert waren. "Requiem für Fellini und für eine Epoche", schreibt der Corriere della sera (4.11.) über die Veranstaltung. Der Filmregisseur Giuseppe Tornatore ist sich sicher: "Jetzt haben wir niemanden mehr, um den uns die Welt beneiden könnte, und das ist schade."

Nur der Papst schweigt, aber der ist ja auch kein Italiener. Wojtylas Stellvertreter, Kardinal Silvestrini, erinnert an den Christen Fellini, der demütig gefühlt habe, "ein Sünder zu sein". Ein Sünder, für dessen Seelenheil italienische Pfaffen einst öffentlich ihre Gebete sprachen.

Die unzähligen Nachrufe lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen. Da sind zum einen lexikalische Artikel mit Daten aus dem Leben des Meisters und kurzen Inhaltsangaben der für am wichtigsten gehaltenen Filme, angereichert mit immer denselben Zitaten des "aufrichtigen Lügners" Fellini über sein Leben, die Frauen und seine "Lieblingssituation" - "das Provisorische". Daneben gibt es persönliche Erinnerungen von Freunden und Bekannten wie die des Schauspielers Alberto Sordi mit der schönen Überschrift "Ich, das Kino und Federico" (Corriere della sera, 2.11.) oder den Beitrag des US-amerikanischen Schriftstellers Gore Vidal, beginnend mit den Worten : "Im Frühling 1958 war ich in Cinecittà ..." (Süddeutsche Zeitung desselben Tages).

Aus naheliegenden Gründen kann der ak hier nicht mithalten. Der Autor dieses "Nachrufs", der Fellini nur aus dem Kino kennt, übernimmt von den genannten Prominenten ausdrücklich die subjektive Sichtweise. Mein "Lieblingsfilm" von Fellini ist "Amarcord", entstanden 1973, ein "typischer" Fellini voller skurriler Typen und urkomischer Szenen.

Der Film, den nicht nur das Time Magazine als Fellinis "festliche, nostalgische Rückkehr in die Kleinstadt seiner Jugend" mißverstand, ist das Porträt einer italienischen Provinzstadt während des Faschismus: "eine verfehlte, klägliche, schäbige, grausame Welt" (F.F.). Seine "zentrale, unersetzliche, unentbehrliche Episode" (F.F.) zeigt die Feierlichkeiten am 21. April, dem "Jahrestag der Gründung Roms". Alle, über die man eben noch gelacht hat, "sind sie da mit ihrem Tick, mit ihrer Manie, die einem bis dahin als harmlose Ticks und Manien erschienen sind" (F.F.). Während des Massenaufmarsches und in Anwesenheit des eigens angereisten Federale (entsprechend dem "Gauleiter" der Nazis) ertönt, als der Ort durch einen Stromausfall in völliges Dunkel gehüllt ist, plötzlich die "Internationale", gespielt auf einer Geige. Das Volk zerstreut sich eilig, die Faschisten suchen den Täter und erlegen endlich mit 50 Revolverschüssen ein von Antifaschisten auf dem Glockenturm postiertes Grammophon. Der sich anschließende wütende Rachefeldzug der Faschisten trifft auch den Vater des jugendlichen Protagonisten. Der Kleinunternehmer, "der nicht viel Sympathie für den Faschismus hat, sich aber still verhält" (F.F.), wird gezwungen, Rizinusöl zu trinken, und kommt mitten in der Nacht, von oben bis unten beschissen, nach Hause. Sein Sohn, der faschistische Avanguardista, empfängt ihn mit brüllendem Gelächter: "Mein Gott, wie der Papa stinkt!"

Über die Wirkung, die "Amarcord" auf sie hatte, schrieb die 1991 verstorbene Schriftstellerin Natalia Ginzburg: "Die Heraufbeschwörung der Dreißigerjahre in ‚Amarcord` ließ mich erschauern, weil ich es noch nie erlebt hatte, daß meine Jugendjahre und der damalige Faschismus in solcher Wahrheit und mit solchem Grauen wachgerufen wurden. Der Faschismus war sichtbar und unsichtbar. In seiner sichtbaren Form war er grotesk. Gut kannten wir damals nur seine grotesken Aspekte, die tragischen begriffen wir erst später. Wahrheit und Grauen sind bei Fellini weder mit Worten noch in Begebenheiten ausgedrückt, sondern immer und einzig durch die Bildsprache. Mit einem Schlag erinnerte ich mich, daß jene Epoche für mich fürchterlich war. Ich wußte es immer, aber plötzlich erinnerten sich auch meine Augen daran."

Daß es in "Amarcord" keineswegs nur um den historischen Faschismus geht, hat Fellini selbst hervorgehoben: "Der Film hat einen direkten Bezug zur Gegenwart, da er nämlich auf die Gefahr aufmerksam zu machen versucht, daß sich auf weniger naive und plumpe, aber viel gefährlichere Weise die gleichen gesellschaftlichen

Gegebenheiten wiederholen könnten. Der Faschismus ist gleichsam ein drohender Schatten, der nicht unbeweglich hinter unserem Rücken verharrt, sondern nicht selten über uns hinaus wächst und uns vorangeht. Der Faschismus lauert stets in uns. Immer besteht die Gefahr der Erziehung, einer katholischen Erziehung, die nur ein Ziel kennt: den Menschen in eine Lage geistiger Abhängigkeit zu bringen, seine Integrität zu schmälern, ihm jegliches Verantwortungsgefühl zu nehmen, um ihn in nicht endender Unreife zu halten. Indem ich das Leben in einem kleinen Ort schildere, stelle ich das Leben eines Landes dar und führe den jungen Menschen die Gesellschaft, der sie entstammen, vor. Ich zeige ihnen, was es an Fanatismus, Provinziellem, Infantilität, Plumpheit, an Ungeordnetem und Demütigendem im Faschismus und in jener Gesellschaft gegeben hat."

"Geistige Abhängigkeit" und "Unreife" der (normalerweise) schweigenden Mehrheit sind, wie wir wissen, weder auf Italien noch auf die Zeit des offenen Faschismus beschränkt. Sie gedeihen auch in Milieus, in denen die katholische Erziehung keine Rolle spielt. Federico Fellini hat - mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln - versucht, dagegen anzukämpfen.

Js.

Anmerkung:

1) Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate aus Federico Fellini: Amarcord, Zürich (Diogenes) 1974

44. "Frauen sollen die gleichen Rechte haben!"

Interview mit Frauen aus der UFU (Unabhängige Frauenunion) in Südkurdistan

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:04

Zum 8. März diesen Jahres gründete sich in Südkurdistan (Irak, Anm. ak) die "Unabhängige Frauenunion" (UFU). Heute gibt es Niederlassungen in Hewler, Sülaymania, Penjwin, Halabja, Qala Dize und Rania.

Die Gründung der Union war zum Teil auch eine Reaktion darauf, daß Frauenverbände in Südkurdistan zwar existieren, aber meist an Parteien angeschlossen und mit "Wohlfahrtsaufgaben" beschäftigt sind. In Sülaymania hat die UFU am 8. März mit sechs Mitgliedern angefangen und hatte einen Monat später schon 22, jetzt sind über 50 Frauen dort organisiert.

Die meisten der Frauen arbeiten oder sind nach der Intifaza (Aufstand der KurdInnen gegen Saddam Hussein, Anm. ak) arbeitslos geworden. In Sülaymania sind viele Frauen in den Fabriken - Zigaretten, Kleider - und vor allen in den kleinen Klitschen mit fünf bis fünfzehn ArbeiterInnen im Privatbesitz beschäftigt. Das sind eher Manufakturen, in denen Kekse, Produkte aus Trockenfrüchten oder z.B. Papiertaschentücher hergestellt werden. Parallel zur Organisierung aller Arbeiter in diesen Manufakturen haben die Frauen eine eigene Arbeitsgruppe innerhalb der UFU gebildet. Weiterhin sind Lehrerinnen, Angestellte und Arbeiterinnen aus den Gesundheitswesen in der UFU organisiert.

Frauen sind nach der Intifaza durch das Embargo noch schneller und in größerer Zahl arbeitslos geworden als Männer, deshalb stellt die Situation der Arbeitslosen einen wesentlichen Teil der Arbeit der UFU dar.

Ein anderer Schwerpunkt ihrer Arbeit ist zur Zeit, in die Debatte um eine eigene kurdische Gesetzgebung einzugreifen. Das kurdische Regionalparlament ist schon seit einem Jahr dabei, die in der selbstverwalteten kurdischen Region immer noch gültige irakische Gesetzgebung abzuschaffen und ein eigenes Gesetzbuch zu beschließen. Gesetze, die die Situation der Frauen, deren Bewegungsfreiheit und Arbeitssituation betreffen stehen dabei ebenfalls zur Debatte. Die im Regionalparlament vertretenen Mollahs - das sind zehn im Gegensatz zu sieben Frauen, die dort vertreten sind - setzen allen Liberalisierungsversuchen erbitterte Opposition entgegen. Die UFU hat schon mehrere alternative Gesetzesentwürfe eingereicht und plant Aktionen, falls diese ignoriert werden.

Das folgende Interview fand während einer Vollversammlung der UFU in Sülaymania statt. Da möglichst viele der Teilnehmerinnen zu Wort kommen sollten und wollten, ist das Interview wenig strukturiert.

Wie ist die UFU entstanden?

A: Das Entstehen der UFU ist nicht isoliert zu sehen. Wir haben jetzt in Kurdistan die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Organisierung. So wie die Arbeitslosen sich organisiert haben, wie Gewerkschaften in den Krankenhäusern entstanden sind, aus der gleichen Diskussion ist auch die UFU entstanden.

Wenn wir die Situation der Frauen heute analysieren, dann wird klar, daß die allermeisten Frauen den ganzen Tag im Haus verbringen und Arbeit machen, die eigentlich gesellschaftliche Arbeit ist. Sie haben kein unabhängiges Leben, weil sie voll in die Arbeiten im Haus eingebunden sind. Das ist die Situation, die wir verändern wollen. Wir wollen dich auch bitten, bei euch zu veröffentlichen, wie die Situation unserer Frauen hier aussieht und was unsere Forderungen sind, nämlich die Arbeit der Frauen zu vergesellschaften und sie damit in eine eigenständige Position zu bringen.

Heute ist die Situation schon besser als sie vor einiger Zeit war, und ich sehe die wirkliche Befreiung der Frau auch nur in einer totalen Veränderung der Gesellschaft und in der Befreiung der Arbeiter, aber ich finde es wichtig, daß wir die Situation der Frauen zur Sprache bringen, weil sie ganz spezifische, erdrückende Probleme haben.

B: Es gibt das Problem der persönlichen Freiheit der Frauen. Wir fordern, daß auch die Frau alle Rechte haben soll, über die die Männer in der Gesellschaft verfügen. Aber da gibt es riesige Mängel. Auf den Frauen lastet ein ganz anderer gesellschaftlicher Druck als auf den Männern. Das fängt schon damit an, allein aus dem Haus zu gehen oder irgendetwas alleine zu unternehmen. Wenn eine Frau das versucht, dann geht das Gerede los, man läßt sich über ihre Moral aus, redet über sie. Die Ehre der Frau wird als Unterdrückungsmittel

angewandt. Du kannst dich als Frau diesem gesellschaftlichen Druck kaum entziehen, weil er so tief verwurzelt ist. Über persönliche Freiheiten verfügen die Frauen hier eigentlich nicht. Rechte der Frauen heißt für uns auch, diese Moralvorstellungen zu ändern.

Habt ihr denn Schwierigkeiten, wenn ihr versucht, auch die Hausfrauen zu erreichen? Mit ihren Männern oder ihren Familien zum Beispiel?

A: Es gibt große Schwierigkeiten, wenn es darum geht, daß die Frauen einfach ohne Erlaubnis das Haus verlassen. Das Problem ist, daß es ist kein Gesetz ist, gegen das wir da angehen, sondern das, was wir schlicht "die Verfügungsgewalt des Mannes über die Frau" nennen. Die Frau muß nach der Hochzeit ihrem Mann gehorchen und darf das Haus nur verlassen, wenn sie gefragt hat, fertig. Das gilt auch, wenn die Frau berufstätig ist, wenn sie Lehrerin oder Beamtin oder sogar Ministerin ist. In privaten Dingen ist sie immer der Aufsicht des Mannes unterstellt, wenn der sagt "das geht nicht" dann geht es eben nicht.

Es bleibt auch nicht auf dieser privaten Ebene, der Mann kann vor Gericht gehen und seine Frau anklagen, weil sie ihm nicht gehorcht. Er kann sich dann scheiden lassen, ohne daß die Frau irgendwelche Unterhaltsansprüche hat. Das lassen unsere Gesetze zu, genauer gesagt, das "Gesetz über die persönliche Moral" im irakischen Gesetzbuch. Die Frau muß selber entscheiden können, ob sie aus dem Haus geht, arbeitet, zur Schule geht usw. Solange der Mann die Gerichte im Rücken hat, kann er sogar bestimmen, mit wem seine Frau sich unterhalten darf.

Habt ihr Probleme mit gesellschaftlichen Gruppen, die eben diese Ordnung vertreten, islamischen Gruppen zum Beispiel?

C: Die islamische Bewegung kämpft natürlich gegen alles, was die persönlichen Freiheiten der Frau garantieren könnte. Sie führt erst einmal einen politischen Kampf gegen uns und alle, die Rechte der Frauen fordern. Sie berufen sich auf die Ehre und versuchen die Frauen damit zu terrorisieren.

D: Ich will dir ein konkretes Beispiel geben: Am Tag vor dem 8. März kam eine Frau aus Halabja hierher um an der Kundgebung teilzunehmen. Als sie nach Halabja zurückkam haben die Islamisten sie regelrecht terrorisiert, sie und ihre ganze Familie. Sie haben die Kinder bedroht und sie mißhandelt. Die Frau ist jetzt hier, sie hat Angst nach Hause zu gehen, denn in Halabja sind die Islamisten sehr stark.

Dieses Jahr am 8. März hat es auch in Rania eine Kundgebung gegeben. Vor allem die Frauen sind von der islamischen Bewegung bedroht und bedrängt worden. Das ist eines der größten Problem mit denen wir zu tun haben. Alles was die Islamisten fordern, ist strikt gegen die Rechte und die Interessen der Frauen, z.B., die Erlaubnis für Männer, sich mehrere Frauen zu nehmen.

A: Wir müssen auch über körperliche Gewalt gegen Frauen reden. Zur Zeit des Baath-Regimes wurden Frauen in den Gefängnissen fürchterlich behandelt, schlimmer als Männer. Aber auch jetzt in Kurdistan, sind viele Frauen im Gefängnis ohne verurteilt worden zu sein, ohne Gerichtsverhandlung. Meistens handelt es sich dabei um Frauen, die sich gegen die "Ehre" vergangen haben, Mädchen, die von zu Hause weggelaufen sind oder Frauen, die vor den Schlägen ihres Mannes geflohen sind.

Am 8. März haben wir gefordert, daß das geändert werden muß, keine Frau darf mehr ohne Gerichtsurteil eingesperrt werden. Wenn es hier Demokratie geben soll, dann ist das das mindeste.

Im Irak gab es ein Gesetz der "persönlichen Moral", das war die Grundlage für so ein Vorgehen gegen die Frauen, wir wollen, daß dieses Gesetz in Kurdistan abgeschafft wird.

Wir wollen das es kein Gefängnis mehr für "Ehrenverbrechen" gibt, das ist unsere Forderung an die kurdische Regionalregierung - und natürlich auch, daß es keine politischen Gefangenen mehr gibt, Frauen und Männer.

Wieviele Frauen sind denn heute z.B. in Sülaymania im Gefängnis.

A: Natürlich waren es unter dem Baath- Regime viel mehr. Einige unserer Mitglieder hier haben das selber erlebt. Aber auch jetzt werden Frauen eingesperrt. Vielleicht werden wir als Mitglieder der UFU morgen auch eingesperrt. Bei Frauen ist das deshalb leichter, weil man ihnen immer ein Ehrenverbrechen andichten kann.

D: Ich war unter dem Baath-Regime im Gefängnis. Mein Kind war damals gerade einen Monat und einige Tage alt. Ich mußte es bei meinem Eltern zurücklassen. Sie haben uns alle fürchterlich behandelt, aber die Frauen

noch schlimmer als die Männer. Vor allem als wir nichts gestanden haben, auch nicht das, was sie von uns hören wollten.

E: Es gibt ein spezielles Frauengefängnis heute, einige der Frauen haben ihren Mann umgebracht, weil sie es nicht mehr ausgehalten haben. Andere, wie gesagt, sind weggelaufen, dafür werden sie bestraft. Aber makabrerweise geht es manchen Frauen im Gefängnis besser als zu Hause, wo Vater, Bruder oder Mann Gewalt anwenden. Viele haben Angst, entlassen zu werden und wieder nach Hause zu müssen.

F: Es wird immer von Menschenrechten geredet, wer fordert denn, daß die für diese Frauen auch angewendet werden. Frag mal den Menschrechtsverein danach.

A: Mir fällt ein Beispiel von zwei Frauen ein, die auf den ersten Blick vielleicht sogar zu recht im Gefängnis sitzen, Ayse und Faime aus Cemcemal. Beide sind Witwen, die eine hat neun Kinder, die andere auch sehr viel. Der Mann der einen ist durch Minen ums Leben gekommen. Beide Frauen fahren jede Woche ein paarmal nach Kirkuk um Handel zu treiben, weil sie ihre Familien durchbringen müssen. Am irakischen Kontrollpunkt wurden sie festgenommen und waren drei Wochen lang in AbuGraib (berüchtigster Knast im Irak d.Ü.), dann wurden sie überredet, TNT in die kurdische Region zu bringen und hier festgenommen. Wenn es andere Arbeitsmöglichkeiten gäbe, wäre das nicht passiert ...

Ihr versucht in der UFU Entscheidungen basisdemokratisch zu fällen, das heißt ihr diskutiert und entscheidet in Vollversammlungen. Das ist in der kurdischen politischen Landschaft nicht eben üblich. Wie sieht es da mit euch selber aus, gibt es interne Schwierigkeiten, diesen Ansatz zu realisieren?

E: Unser größtes Problem ist, daß es hier keine Demokratie gibt, wenn es die gäbe, dann könnten wir ganz anders darüber diskutieren, wie wir Politik machen wollen. Aber solange Frauen noch nicht einmal das Recht haben, sich ihren Mann auszusuchen, solange sind wir noch weit unter Null. Die meisten Frauen haben auch keine Arbeit und lernen so nie, sich in einer größeren Gruppe zu verhalten. Wir sehen ja, daß die Arbeiterinnen und berufstätigen Frauen sich eher äußern können als die Hausfrauen. Das alles sage ich, damit du dir vorstellen kannst, wie schwierig es für uns ist, eine wirklich demokratische Vorgehensweise zu lernen und zu verinnerlichen. Da sehen wir den grundsätzlichen Unterschiend zwischen unserer Vereinigung und den bürgerlichen Frauenorganisationen. Wir wollen zuallererst, daß die Frauen Persönlichkeiten werden, die ihre Meinung und Forderungen vertreten können, das verstehen wir unter persönlicher Freiheit, nicht die Frage, ob Frauen abends auch ins Kasino gehen oder nicht. Die Grundlage für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit sind nicht ein paar mehr Freiheiten sondern Arbeit und finanzielle Eigenständigkeit. Das fordern wir hier und wir wollen lernen, das noch effektiver zu fordern.

F: Nochmal zur Vollversammlung, das ist für uns die einzige Möglichkeit, Demokratie in unserer eigenen Vereinigung zu verwirklichen. Sie ist eine wichtige Grundlage für unsere Arbeit, denn da können wir die verschiedenen Bereiche unseres Lebens in der Diskussion zusammenbringen, also die Diskussion um persönliche Freiheiten, um die Situation am Arbeitsplatz, die der Arbeiterklasse, die Probleme der Hausfrauen.

So können wir uns ein besseres Bild von der Gesellschaft machen und auch mehr voneinander lernen, wir werden die Vollversammlungen auf jeden Fall beibehalten.

Wie sieht momentan eure Zusammensetzung aus, wieviele Arbeiterinnen, berufstätige Frauen, wieviele Hausfrauen machen bei euch mit?

A: Genau können wir das nicht sagen, denn alles ist noch ziemlich in der Entwicklung, wir haben Arbeiterinnen hier bei uns, Angestellte und einige Lehrerinnen, aber die meisten von uns sind arbeitslos, also waren mal berufstätig, sind es aber nicht mehr und sind jetzt zu Hause, weil es keine Arbeit gibt.

Es gibt innerhalb der verschiedenen ausländischen Initiativen eine Diskussion, Projekte speziell für Frauen anzugehen. Was wären denn eurer Meinung nach da die Prioritäten, also wenn es Geld für Frauen in Kurdistan gibt, wozu sollte das verwendet werden?

G: Für die Frauen ist momentan das wichtigste, daß sie nicht mehr im Haus festgehalten werden, und daß ihre Hausarbeit vergesellschaftet wird. Also auch, daß es eine Möglichkeit gibt, Kinder unterzubringen, wenn eine Frau arbeiten will. Daß die Gesellschaft die Verantwortung dafür übernimmt.

E: Wenn es um Projekte geht, dann möchte ich sagen, daß wir Arbeitsmöglichkeiten brauchen, mit "wir" meine ich Frauen und Männer. Und zwar solche, wo alle die gleichen Chancen auf einen Job haben. Es gibt ja schon Projekte von den Frauenvereinigungen der beiden großen Parteien, z.B. eine Art Kleiderfabrik, aber da kommen nur die Mitglieder der jeweiligen Partei zu einem Arbeitsplatz. Wir wollen ein Projekt, das Arbeit für die arbeitslosen Frauen und Männer hier schafft.

D: Wir wollen Fabriken hier um Arbeitsplätze zu schaffen, aber so, daß die Fabriken uns nutzen und nicht denen, die sie hierherbringen. Wir fordern Arbeitsplätze aber bitte nicht irgendwo zwölf Stunden Arbeit zu einem Hungerlohn. Wenn hier z.B. von Projektgeldern eine Fabrik gebaut wird, dann soll die so kalkuliert werden, daß die Löhne für die Arbeit in dieser Fabrik ausreichen, Lebensmittel für die ganze Familie einzukaufen, also Arbeitsplätze, die uns in die Lage versetzen, mit der wirtschaftlichen Situation hier fertigzuwerden.

F: Auf jeden Fall muß das ein Projekt sein, daß die Frauen aus ihren Häusern holt und zu einem aktivem Teil der Gesellschaft macht. Wenn den Frauen Heimarbeit ermöglicht werden soll - dann "Nein, danke", aber eine Fabrik, die ihnen Arbeitsmöglichkeiten gibt, das wäre was.

Wie sieht es denn mit Heimarbeit in Kurdistan aus? In der Türkei z.B. ist das sehr verbreitet. Gibt es das hier auch?

A: Das gibt es hier auch. Früher noch mehr als heute. Als in den vergangenen zehn Jahren die großen Fabriken gebaut worden sind, da hat die Heimarbeit stark abgenommen, denn in den Fabriken gab es wesentlich mehr Geld. Doch heute gibt es auch noch Heimarbeit, vor allen Dingen werden Näharbeiten machen von vielen Frauen zu Hause gemacht. Für lächerlich wenig Geld. Viele Frauen machen nur dann Heimarbeit, wenn sie ein Kind bekommen haben. Denn es gibt keinerlei Unterstützung für sie, weder Kinderkrippen noch Geld. In solch einem Fall bleibt dann nichts anderes als Heimarbeit, aber wir sind dagegen.

Dabei fällt mir noch etwas anderes ein, viele Frauen nehmen ihre Kinder mit in die Fabrik, sobald sie alt genug sind mitzuarbeiten. Wir arbeiten dafür, daß in den neuen Gesetzen hier Kinderarbeit verboten wird. Außerdem werden die Frauen in der Regel zumindest in den kleinen Privatbetrieben, schlechter bezahlt als Männer.

C: Viele Frauen produzieren auch einfach zu Hause und verkaufen ihre Sachen in Eigenregie. Kleinere Sachen für den Haushalt oder Kleidung. In den Dörfern um Sülaymania herum machen die Frauen Joghurt und verkaufen es auf dem Markt. Alles für extrem wenig Geld. Sie tragen so zum Unterhalt der Familie bei, ohne irgendwelche Rechte zu haben, ohne als berufstätig akzeptiert zu werden und vor allem ohne sich zu organisieren. Das wollen wir ändern. Du siehst, es kommt immer wieder aufs gleiche raus: Arbeitsmöglichkeiten für Frauen.

F: Und soziale Rechte, also z.B. Arbeitslosengeld, natürlich nicht nur für Frauen, das ist eine allgemeine Forderung, die auch für Männer gilt.

C: Zum Schluß eine Bitte: Wir möchten Erfahrungen der Frauenbewegung und -organisierung in den europäischen Ländern. Wer immer Interesse hat, soll mit uns in Kontakt treten und uns Erfahrungen aus Europa übermitteln. Wir sind hier sehr neu und wollen wissen, was woanders auf der Welt in Bezug auf Frauenorganiserung passierte und passiert.

me, Sülaymania

August 1993

45. Quelldatei 22.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:22

LeserInnenbriefe

Philosophischer Pessimismus

Betr.: Das Verfahren der Verfremdung (ak 357)

Dem Artikel zu C. Türckes Referat auf dem Konkret-Kongreß fehlt eine Auseinandersetzung mit dem zentralen Thema des Referenten, nämlich daß das kapitalistische Marktgesetz den Schrecken der Fremdheit zur zweiten Natur des Menschen macht. Auch wenn Türcke behauptet, dieser Schrecken gehöre zur ersten Natur des Menschen, sagt er doch auch, es gäbe heute Möglichkeiten genug, dessen Auswirkungen zu minimieren. Es sei aber der Markt und das Konkurrenzprinzip, welche die Fremdheit dem entgegen zum Schrecken mache; und daß das passiere, gehöre zum Markt wie die Konkurrenz. Die Menschenrechte sind konjunkturabhängig. Für Türcke ist diese Situation vollständig absurd und bietet keine sinnvolle Handlungsperspektive. Er hält die einzig humane Alternative der vollständigen Grenzöffnung unter den Bedingungen der weltweiten Fluchtbewegung für kontraproduktiv. Daß solch eine Überlegung "für die politische Arbeit nichts bringt" und Ratlosigkeit erzeugt, ist zutreffend, aber deshalb noch nicht gegenstandslos. Zu prüfen wäre, ob es Situationen objektiver Ratlosigkeit gibt und ob es für die zur Diskussion stehende zutrifft.

Auch wenn ich den Vortrag von Türcke für kritikwürdig halte, scheint mir diese Frage noch nicht beantwortet zu sein. Gerade philosophisch und politisch ist einiges gegen ihn vorzubringen. Daß er den Schrecken der Fremdheit zur menschlichen Erstnatur erklärt ist äußerst dubios. Daß er bei den ausländerfeindlichen Anschlägen nicht nach dem politisch organisierten Nazitum fragt, ist für einen Sozialphilosophen ziemlich blind. Daß die entscheidenden Einschnitte in das Netz bundesdeutscher Sozialleistungen dem deutschen Kapital und dem Wirtschaftsstandort Deutschland geschuldet sind, übersieht er offensichtlich. Und daß die Kosten für einen Asylanten geradezu ein Spottpreis sind gegenüber den Gewinnern der Wirtschaftskriminalität und des Kapitalexports, übergeht er ebenso.

Dennoch ist damit gegen Türckes zentrale These, daß in der Krise, er meint wohl die kapitalistische Weltrezession, die Fremdenfeindlichkeit zum System wird wie die Konkurrenz, weil sie sie produziere, nichts gesagt. Die Spitze von Türckes Aussagen zielt nämlich darauf, daß auch wir - faktisch bürgerliche Intellektuellen mit mehr oder weniger Marxismus im Kopf - wenn wir dagegen sind, durch die privilegierende Dialektik unseres Wirtschaftssystems durchaus darin verflochten sind, weil auch unsere persönliche Existenzsicherung kapitalistisch ist. Daß auch wir, wenn sich die gesellschaftlichen Verhältnisse weiterhin krisenhaft zuspitzen, möglicherweise anders reagieren, als wir uns jetzt vorstellen können, scheint mir so ganz unmöglich nicht. Gerade auch der dogmatischen Linken sind doch in den zurückliegenden Jahren viele Genossen in die Gefilde von Bauchideologien, Esoterik u.v.a.m. verloren gegangen. Ich halte da den Kapitalismus auch weiterhin für teuflisch erfindererisch.

Die eigentliche Schwäche an Türckes Referat liegt für mich darin, daß er es so ganz auszuschließen scheint, daß jemand, der materiell in das herrschende System verflochten ist, weil er von ihm leben muß, dennoch ehrlich Widerstand leisten kann. Das ist etwas anderes als die o.a. Situation politischer Ratlosigkeit. Diese kann es zu Zeiten geben. Das wäre m.E. die Anregung aus dem Türcke-Referat, der wir nachzugehen hätten. Der ak-Autor hat das leider versäumt. C. Türcke hat es ihm damit allerdings sehr leicht gemacht, weil die aktuelle Ratlosigkeit bei ihm zu einer grundsätzlichen Haltung, zu einem philosophischem Rassismus sich verfestigt zu haben scheint.

Klaus-Peter Lehmann

ak rettet

Anthroposophie?

Betr.: "Streifzug durch die Welt des New und Old Age" (ak 359)

Nach der Lektüre des Beitrags der Person (ich sage "Person", weil weder Name noch Geschlecht der/des Autorin/Autors erkennbar ist) blieb unklar, welches Motiv diese Person zum Verfassen des Beitrags trieb. Sie

schien zu schwanken zwischen a) Ehrenrettung der Anthroposophie und b) detailgetreuer Diskussion mit angeblich ehemals Linken, die sich heute in anthroposophischen Kreisen herumtreiben. Dieses Anliegen brachte die Person wohl zu der Aufforderung, "Behutsamkeit im Urteilen" zu üben. Dem steht allerdings die Frage entgegen, ob es tatsächlich Linke sind oder waren, die sich heute anthroposophisch gebärden, ob sie also über Diskussionen überhaupt zu erreichen sind (und ob nicht gerade unter Linken besonders scharfe Maßstäbe anzulegen sind); oder ob solche Leute in der Anthroposophie nicht endlich das fanden, was sie zuvor in linken Zirkeln und Grüppchen recht eigentlich auch schon suchten? Urteile darüber sollen hemmungslos und meinethalben kraß ausfallen, sofern der Weg der Erkenntnis mit offenen Augen und scharfen Blick beschritten wurde.

Wie steht's mit jenem anderen Anliegen, der Ehrenrettung? Die Frage, ob Anthroposophie Teil faschistischer Ideologie sei, beantwortet die Person dahingehend, daß nicht alle Anthroposophen Nazis waren - und ist wohl eher pampig denn fundiert zu nennen. "Der Faschismus", so sagte Wilhelm Reich einmal recht treffend, "ist in seiner reinen Form die Summe aller irrationalen Reaktionen des durchschnittlichen menschlichen Charakters." Die Nazis sind lediglich eine Erscheinung unter vielen. Die wesentlichen und v.a. aktiven sozialen Träger des Faschismus sind die Mittelschichten, womit nicht gesagt sein soll, daß eindeutige Klassenzugehörigkeit per se dagegen immunisiert: Nur die Anfälligkeit ist in den Mittelschichten ungleich stärker und vielfältiger ausgeprägt. Die Mittelschichten haben ein Problem: Sie säen nichts, sie ernten nichts, und irgendjemand ernährt sie doch. Sie sind ökonomisch in einer latent prekären Lage wie auch sozialpsychologisch. Ständig diese quälenden Fragen: Wer bin ich, was tue ich hier, wem nütze ich, wer bedroht mich? Die Antworten fallen dann so vielgestaltig aus, wie es bei der Ungleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit der Entwicklung in einer bürgerlichen Gesellschaft zu erwarten ist. Das Verbindende dabei ist die Bereitschaft, Lösungen außerhalb der sinnlich-konkreten, realen Welt zu suchen. (Nicht zufällig rekrutieren sich z.B. die christlichen Großkirchen wie auch religiöse Sekten - und dazu zähle ich auch die anthroposophischen - massenhaft aus den Mittelschichten.) Man stelle sich ein Kontinuum vor mit extremen Positionen, z.B. "Volksgemeinschaft" zur einen Seite hin, ein absolut gesetztes, spirituelles "Ich" zur anderen hin. Und als eine mögliche Zusammenziehung beider das zynische KZ-Emblem "Jedem das Seine" - eine Position, die der Anthroposophie auch nicht fremd ist.

Alles in allem hätte für eine versuchte Ehrenrettung der Anthroposophie kein Platz im ak verschwendet werden sollen. Und entgegen einer Empfehlung der Person: "Positives Denken - warum sollten wir davon nicht einmal eine Prise zu uns nehmen" wäre wohl eher zu empfehlen: lustbetont kritisches Denken, und das haufenweise.

F.R., Bremen

Sauer

Betr.: Kündigung meines ak-Abos

Hiermit kündige ich, mit sofortiger Wirkung, mein ak-Abo.

Grund: Es gibt in der BRD ein überreichliches Angebot an Zeitungen und Zeitschriften, deren liebste Beschäftigung es ist, auf den Marxismus und auf die Linke einzuhauen. Auf eine Bereicherung von links ist dieser Markt nicht angewiesen. Letzter Auslöser: "Ein sozialistischer Querkopf" (ak 359 - über E.P. Thompsen). Ohne: "Es gab nämlich nicht nur wenig an Ballast einer partei-kommunistischen Geschichtsschreibung abzuräumen", oder "... verfiel nicht in den bei einigen radikalen Linken gern geübten umgekehrten Fehler, Marx und erst recht Engels alle ‚Schandtaten` anzulasten" (alle, wäre wohl selbst Euch ein bißchen too much), traut Ihr Euch wohl gar keinen Artikel mehr zu drucken.

Daß ein Linker, über den Ihr voll des Lobes schreibt, möglichst mit seiner KP gebrochen haben muß, ist Ehrensache.

Na ja, jeder wie er will. Ich will mit meinen sauer verdienten Kröten jedenfalls kein Blatt des "linken" Antikommunismus unterstützen.

Schade um den alten ak.

R.M., Ramerberg

Überrascht

Betr.: Ein mörderischer Streit (ak 358); Essen & Trinken (ak 358)

Liebe Redakteure des ak,

Eure letzte mir zugestellte Ausgabe der ak 358 vom 22. September 1993 hat mich sehr überrascht und enttäuscht. Auf den Seiten 36 und 37 berichtet ihr sehr ausführlich, detailliert und soweit ich es beurteilen kann, recherchiert in dem Artikel "Ein mörderischer Streit" über die Auseinandersetzung innerhalb von Devrimci Sol. Ihr versucht dort, nicht für irgendeiner Gruppe Partei zu beziehen, sondern fordert indirekt für eine Toleranz, die es ermöglicht, gemeinsam für eine bessere Gesellschaft einzutreten. Eine Seite später berichtet ihr nach alter sozialdemokratischer Tradition, in dem Artikel über das Pressefest der DKP, daß der Feind nicht nur rechts, sondern auch links stehe. In einer Art Bildzeitungsjournalismus, der mir in eurer Zeitung noch nicht aufgefallen war, versucht ihr schlagwortartig bei euren Lesern Meinung zu machen. In der Art DKP = deutschnational und somit unakzeptabel als Gesprächspartner. Ich möchte nicht inhaltlich auf diesen Artikel eingehen, da es von euch ja nicht beabsichtigt war und ist, über den Artikel, geschweige denn über die DKP, zu diskutieren. Ich glaube aber, daß es nur falsch sein kann, sein Interesse auf den Kampf gegen links zu richten.

Trotz alledem finde ich eure Zeitung sehr informativ und als Hilfe im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Mit sozialistischem Gruß

Peter Rojek

46. RAF-Streit

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:30

Nun hat das Tuscheln und Spekulieren ein Ende gefunden. Der Bruch in der RAF ist für alle, die es interessiert, (weitgehend) nachlesbar geworden. Einige mögen entnervt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen ob des Stils, in dem die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit geführt wird, andere schütteln nur resigniert den Kopf und finden das Ganze politisch weder sonderlich interessant noch vorantreibend. Die RAF ist nun in den gleichen Prozeß geraten wie in den letzten Jahren andere politische Gruppierungen und Organisationen vor ihr, in den Prozeß der Spaltung. Nicht daß dies so ist, sollte verwundern, sondern daß sich die Widersprüche unter den Gefangenen und mit den Illegalen so lange zukleistern ließen.

Daß es unter den Gefangenen schon lange gärt, kam immer wieder in Gerüchten oder Briefen andeutungsweise zur Sprache. Von "Hardlinern" und "Reformern" war die Rede. Wo genau die Widersprüche lagen und liegen, wurde nicht klar.

Die Entwicklung der letzten zwei Jahre, angefangen mit der Auseinandersetzung um die "Kinkel-Initiative", fortgesetzt mit dem Brief der RAF, die bewaffneten Aktionen gegen Vertreter dieses Staates vorerst einzustellen, bis zu dem Brief von Helmut Pohl, der eine "Neuauflage der ‚Kinkel-Initiative`" ablehnt, hat den Bruch zwischen den Gefangenen schon sehr deutlich werden lassen. Eine sehr ausführliche "Bilanz der ‚Kinkel-Initiative` und ihrer Wirkung ‚drinnen und draußen`" haben wir in ak 358 (September 1993) abgedruckt. Die unterschiedlichen Einschätzungen der Gefangenen und der Menschen draußen zur Rolle der "Kinkel-Initiative" und dem Interesse der "Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung" (KGT) und des Staates sind im Kern auch der Hintergrund des jetzt offen vollzogenen Bruchs unter den Gefangenen und den Illegalen.

Eine Auseinandersetzung um politische Inhalte und um Politikmöglichkeiten oder -unmöglichkeiten fehlt bisher völlig. Der Streit über Intentionen der RAF vor 25 Jahren bringt für die heutige Auseinandersetzung um politische Notwendigkeiten wenig.

Daß ein Auseinanderbrechen von politischen Gruppen nicht nur für die einzelnen schmerzhaft ist, sondern leider in der konkreten Spaltungsauseinandersetzung meistens nicht mehr mit viel inhaltlicher Sachlichkeit geführt wird, wissen wir alle nur zu gut aus den eigenen Spaltungsprozessen. Daß aber Brüche oft unumgänglich sind, um sich den Raum zu schaffen, (wieder) eine eigene Politik zu entwickeln, die die vielbeschworenen "neuen gesellschaftlichen Bedingungen" mit in das politische Denken einbezieht, ist eine andere Erfahrung in Spaltungsprozessen.

Wir dokumentieren auf den folgenden Seiten: Den Brief von Karl-Heinz Dellwo an Brigitte Mohnhaupt von Anfang Oktober 1993, in dem er den Versuch der Celler Gefangenen, eine Verhandlungsmöglichkeit auszuloten, erklärt; den Offenen Brief von Brigitte Mohnhaupt im Namen weiterer Gefangener, in dem sie via "Frankfurter Rundschau" die Spaltung der RAF erklärt; die Erklärung der Illegalen, die wiederum via "Frankfurter Rundschau" auf Brigitte Mohnhaupt antworten und dazu auffordern, noch einmal über die Möglichkeit einer weiteren gemeinsamen Diskussion nachzudenken.

ga.

47. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:32

Im Moment wird uns an allen Ecken und Enden das Geld aus der Tasche gezogen. Trotzdem ruft die ak-Redaktion auch in diesem Jahr wieder zur traditioniellen Weihnachtsspendensammlung auf, um die Herausgabe des ak für ein weiteres, sein 23. Erscheinungsjahr, zu sichern. Am liebsten wäre es uns, wir könnten diese Spendensammlung als beste Grundlage für die dringend fällige Organisierung einer linken Gegenwehr gegen den Sozialabbau anpreisen, aber das wäre wohl doch ziemlich übertrieben. Aber der Erhalt oder besser noch der Ausbau des ak als eine der wenigen verbliebenen Zeitschriften auf dem linken Pressemarkt ist nun wirklich nicht unwichtiger geworden.

Tatsache ist, wir brauchen finanzielle Unterstützung, und wir bitten alle ak-LeserInnen und UnterstützerInnen darum, gemeinsam ein Spendenergebnis wie im letzten Jahr zustandezubringen. (Insgesamt wurden 55.000 DM gespendet.) Ohne Spendensammlung müßten wir mindestens 1 DM mehr pro ak nehmen. Durch die Spenden werden diese Kosten von denjenigen mitgetragen, die bereit sind, etwas mehr für den ak zu geben, oder die einfach mehr Geld haben.

17.600 DM haben wir im vergangenen Jahr monatlich aus dem Zeitungsverkauf von knapp 3.500 Exemplaren pro Ausgabe eingenommen. 6.300 DM hat die Mehrheitsgruppe des KB monatlich an Beiträgen dafür aufgebracht (und weitere 1.500 DM an Ausgaben für die eigene Gruppe gehabt). Nahezu 1.200 DM haben andere ak-UnterstützerInnen durch monatliche Beitragszahlungen aufgebracht. Rund 4.500 DM konnten monatlich aus den Einnahmen der letzten Spendensammlung finanziert werden. Es blieb über das Jahr gerechnet ein Rest von gut 15.000 DM, den wir aus dem uns verbliebenen Sparstrumpf genommen haben.

Ein gutes Drittel unserer Kosten pro ak-Ausgabe sind Erstellungskosten, ca. 40% sind Personalkosten, der Rest ist für sonstige allgemeine Kosten wie Mieten, Telefon, etc., etc.

Für diejenigen, die es genauer wissen wollen, sei erläutert, daß die Verkaufseinnahmen etwas geringer ausgefallen sind, als wir erhofft hatten: Im Februar 1993 hatten wir ein Verkaufstief mit 3.300 verkauften Exemplaren erreicht, seither ist der Verkauf wieder gestiegen. Außerdem haben wir die Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt; im Moment wird für eine volle Stelle bei uns rund 2.000 DM netto gezahlt. (Sonstige Zusatzleistungen gibt es nicht.)

10% mehr verkaufte aks?!

Wir haben in diesem Jahr auch noch einen Sonderwunsch! Natürlich bitten wir Euch weiterhin um Eure Unterstützung wie bisher: durch Vertrieb, inhaltliche Beiträge, Informationen und auch Kritiken. Wir hoffen aber auch, den ak-Verkauf im kommenden Jahr steigern zu können.

Das erscheint uns bei Eurer Mithilfe durchaus realistisch: Im Jahre 1992 war nach der Trennung von der Gruppe K und der Beendigung des "Dach-ak" die verkaufte Auflage erst einmal um 400 Stück auf rund 3.500 Exemplare gefallen. Im Februar 1993 wurde der Tiefpunkt mit weniger als 3.400 verkauften Exemplaren erreicht, inzwischen ist die 3.500er-Marke wieder überschritten worden. Und warum sollte dieser Trend nicht anhalten? Der überwiegende Teil der ak-LeserInnen bezieht den ak regelmäßig, über die Hälfte im Abonnement, ein erheblicher Teil im linken Buchhandel und ein gewisser Teil bei entsprechender "Gelegenheit". So werden dann immer wieder auf linken Versammlungen oder Demonstrationen erstaunliche ak-Verkaufszahlen erreicht, sofern der ak überhaupt angeboten wurde. Und mancheR ist dann erstaunt, daß es den ak "noch gibt", bzw. was alles Nützliches im ak zu finden ist. Und da bitten wir Euch, ein bißchen mit nachzuhelfen, o.k.?

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Heinrich Eckhoff

Kontonummer: 4645 84-204

Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20

48. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:39

Kalender

Realer Sozialismus

Für Furore sorgt derzeit eine "Alternative Ringvorlesung" der Berliner Humboldt-Universität, deren Ziel die "Schaffung einer neuen Öffentlichkeit für emanzipatorische und antikapitalistische Auffassungen" ist und die "einen Beitrag zur Aufarbeitung des realen Sozialismus" leisten will. Dieser Absicht entsprechend sind unter den ReferentInnen auch ehemalige Stasi-Mitarbeiter und SED-Propagandisten, was den "Spiegel" veranlaßte, vor "Stalin an der Uni" zu warnen, zumal in zwei der Referatstitel der Name Stalin erscheint. Zu erwähnen, daß es um die Kritik Stalinscher Politik geht, hätte dem "Spiegel" allerdings die Pointe genommen. Die nächsten Themen der Ringvorlesung, die bis Februar nächsten Jahres fortgeführt wird, sind:

16.11.93 - Klaus Kinner: Die Politik der Komintern - vom Stab der Weltrevolution zum Werkzeug Stalins

23.11.93 - Helmut Thielen: Walter Benjamins Geschichtsverständnis

30.11.93 - Gisela Petruschka: Wissenschaftlerinnen in der BRD und in der DDR - ein kritischer Vergleich

7.12.93 - Heinrich Fink: Marxismus und Theologie der Befreiung

14.12.93 - Arnold Schölzel: Wie kritisch ist die "Kritische Theorie"?

Die Veranstaltungen finden im Hörsaal 2002 des Hauptgebäudes der Humboldt-Universität Berlin statt und beginnen jeweils um 20 Uhr.

Frauenstreiktag am 8. März 1994

Frauenstreiks haben Geschichte: 1970 fand unter dem Motto "Strike for Equality" die bisher größte Frauendemonstration in der Geschichte der USA statt. 1975 und 1985 streikten die Isländerinnen gegen Lohndiskriminierung und schlechte Arbeitsbedingungen. Sie bewiesen mit einem eintägigen Streik, daß ohne sie in dem Inselstaat nichts läuft. In den Niederlanden initiierten Frauen einen landesweiten Streik als Antwort auf den Entwurf eines reaktionären Abtreibungsgesetzes. 1991 waren es Schweizerinnen, die mit Arbeitsniederlegungen, phantasievollen Aktionen und Demonstrationen für gleiche Rechte, das volle Gehalt und die halbe Macht stritten.

Für den 8. März 1994 - den Internationalen Frauentag - werden Frauenstreiks in der BRD vorbereitet. Frauen aus Ost- und Westdeutschland, Frauen aus verschiedenen Bereichen rufen zu diesem Frauenstreiktag auf. Es solle, heißt es in ihrem Aufruf, nicht mehr hingenommen werden, daß "die Wiederherstellung eines großen Deutschlands (...) auf Kosten von Flüchtlingen, auf Kosten der ‚Anderen`, der Schwachen, der Armen und auf Kosten von Frauen stattfindet". Geplant ist, daß Frauen an diesem Tag bezahlte und unbezahlte Arbeit niederlegen und in unterschiedlichen Aktionsformen ihren Protest gegen die Zurückdrängung bereits erreichter Frauenrechte, gegen den Abbau von Sozialleistungen und gegen die zunehmende Verarmung von Frauen, gegen sexistische Gewalt und systematischen Ausschluß aus einflußreichen Positionen öffentlich machen und ihre Rechte einfordern.

Dem ersten Aufruf vom April dieses Jahres haben sich Frauen aus autonomen und institutionellen Bereichen, aus Projekten, aus der Kirche, Frauen aus den Gewerkschaften und Parteien, sowie Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen und Huren angeschlossen.

Das nächste Hamburger Vorbereitungstreffen findet statt am 24.11.93, 18 Uhr, im Sitzungsraum der Gewerkschaft HBV, Fahrstuhlebene R3 (im Gebäudetrakt links), Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60.

Rechtsextremismus

Ziel einer autonomen Vorlesungsreihe an der Universität Hamburg unter dem Thema "Rassismus als Kern moderner faschistischer Ideologie und Faktor heutiger BRD-Politik" ist es, exemplarisch zu zeigen, wieweit

neurechte Ansichten, Argumentationen und vermeintliche Lösungsansätze bereits die allgemeine Diskussion bestimmen.

24.11.93: Das Frauenbild der Neuen Rechten (bei den "Republikanern", der "Deutschen Frauenfront", der "FAP-Frauenschaft" und den "Reenies")

1.12.93: Frauen und Rechtsextremismus (Motive von Frauen, sich rechtsextremen Gruppen anzuschließen)

8.12.93: Der Sozialismus entläßt seine Kinder ... in den Rechtsextremismus? (Rechtsextremismus in den neuen Ländern am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern)

15.12.93: Der Rechtsruck innerhalb der großen Volksparteien - eine Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19 Uhr und finden statt im Café Knallhart in der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, Hamburg

Politische Gefangene

Unter der Forderung "Freiheit für alle politischen Gefangenen" wird vom Infobüro (Heidelberg), den FreundInnen der politischen Gefangenen (Düsseldorf) und der Gruppe für die Freiheit (Berlin-Kreuzberg) eine Arbeitskonferenz durchgeführt, die den Anfang dafür bilden soll, wieder in zusammenhängenderer und organisierterer Form fundamentale Fragen des Widerstands zu erörtern.

17.-19.12.93 in Dassel (Solling). Anmeldung bis 30.11.93 bei: Frank John, Hafenstr. 110, 20359 Hamburg. (Die Konferenzkosten betragen für Jugendliche/Erwachsene bis 26 Jahren 95 DM, über 26 Jahre 125 DM.)

49. Quelldatei 44.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:44

UNITED for Intercultural Action

UNITED, das European network against nationalism, racism, fascism and in support of migrants and refugees, wurde im Sommer 1992 von den Teilnehmern zweier europäischer antirassistischer Jugendseminare in Straßburg gegründet, um eine gesamteuropäische Koordination antirassistischer und verwandter Aktivitäten zu ermöglichen. UNITED haben sich in den knapp anderthalb Jahren seines Bestehens 113 Organisationen aus 31 europäischen Ländern angeschlossen, erhält regelmäßig Informationen von 470 Organisationen und informiert seinerseits 1500 Gruppen in Europa. Teil der koordinierenden Tätigkeit von UNITED ist die Herausgabe des Directory of Internationalism, der in seiner neusten Ausgabe (November 1993) vorliegt. Dieser Führer enthält rund eintausend Anschriften von Organisationen, die in Europa gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und/oder im Bereich der Unterstützung von Einwanderern und Flüchtlingen tätig sind.

Directory of Internationalism. European Edition - November 1993. Gegen 10.- DM (cash) zu bestellen bei: UNITED for Intercultural Action, Postbus 413, NL 1000 AK Amsterdam. - UnterstützerInnen von UNITED (DM 50 small/poor organisations and inviduals; DM 100 normal organisations) erhalten den "Calendar of Internationalism" mit sechs bis zehn Ausgaben pro Jahr, die Jahresausgabe des "Directory" und werden ständig über den Arbeitsbereich von UNITED betreffende Seminare, Aktionen und Kampagnen informiert.

Militarismus und Rechtsextremismus

Artikel zum Rechtsextremismus in kritischer wie in apologetischer Weise sind fast täglich in der Presse zu finden, und es gibt mittlerweile eine Vielzahl von Broschüren- und Buchpublikationen zu diesem Thema. Studien zum Zusammenhang von Militarismus und Rechtsextremismus scheinen jedoch bisher nicht vorzuliegen. Um diese Lücke zumindest ansatzweise zu schließen, hat die Redaktion der antimilitarismus information ein Themenheft zu Militarismus und Rechtsextremismus herausgegeben, das alle Beachtung verdient. Dem einführenden Beitrag zu den Ursachen des Rechtsextremismus folgen eine Chronologie rechtsextremistischer Entwicklungen in der Bundeswehr seit ihren Anfängen; eine Analyse des Zusammenhangs von politischen Orientierungen Jugendlicher und ihren Wahrnehmungen von Bundeswehr und Verteidigung; eine Darstellung außen- und militärpolitischer Leitbilder in rechtsextremen Programmatiken; ein Bericht über deutsche Söldner im Balkankrieg und eine Erörterung der Bedeutung neofaschistischer Ideologie-Elemente bei Mechtersheimer.

antimilitarismus information, H. 10, Oktober 1993. 60 S., A 5, 3.- DM. Erhältlich im wirklich gut sortierten linken Buchhandel oder über: ami-Verlag, Elßholzstr. 11, 10781 Berlin.

Antifaschismus

Angesichts der Überfülle von Publikationen zu jedem irgendwie relevanten oder auch nur "modernen" Thema sind kommentierte Literaturlisten ein unverzichtbares Hilfsmittel geworden, ist es doch selbst mit viel Zeit gesegneten und engagierten AktivistInnen kaum noch möglich, alleine den Überblick über Veröffentlichungen zu ihrem Thema zu behalten. Diese Not hat nun ein Ende für antifaschistisch, für antirassistisch Engagierte. In der Kommentierten Auswahlbibliographie 1993/ 94 zum Thema Antifaschismus (im weiteren Sinne) werden rund 300 Titel (vernünftigerweise auch aus den vorherigen Jahren) vorgestellt. Zwecks leichter Orientierung ist die Bibliographie nach Sachgebieten eingeteilt. Den Kurzvorstellungen von Grundlagen und Einführungstexten folgen die zwei großen Abschnitte "Faschismus 1933-1945" und "Kontinuitäten" (hier werden nach den Sachbüchern auch Romane, Kinder- und Jugendbücher zum Thema aufgeführt). Dem herausgebenden Unrast-Verlag ein Dank, und den antifaschistisch Engagierten die Empfehlung: Kaufen, gleich!

antifaschistische Literaturliste. Kommentierte Auswahlbibliographie 1993/1994. Unrast-Verlag Münster. 72 S., A 5. Im Einzelbezug 5.- DM, ab 25 Ex. pro Heft unter 2.- DM; bei über 100 Ex. pro Heft 1.- DM (Anfragen an: Unrast - Verlag/Vertrieb, Querstr. 2, 48155 Münster).

Israel und deutsche Linke

Zum Spannungsverhältnis Israel und deutsche Linke sind über die Jahre und die Ereignisse (67er-Krieg, Libanon-Krieg, Intifada, Golfkrieg) fast ausnahmslos nur polemische Texte erschienen, die zumal häufig von erbärmlicher Qualität waren. Eine beachtliche Ausnahme stellte erst Martin Klokes Dissertation Israel und die deutsche Linke dar, die 1990 in der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises erschien und schon seit geraumer Zeit vergriffen ist. Die derzeit noch im Druck befindliche Neuauflage ist aktualisiert und gut hundert Seiten stärker, die einzelnen Kapitel sind erweitert und das abschließende Kapitel "Israel und die deutsche Linke in den neunziger Jahren" ist um einen Abschnitt zum Golfkrieg und seinen Folgen vermehrt worden.

Martin W. Kloke: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Frankfurt (Haag + Herchen, Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises) 1993, 2. überarb., erw. u. aktualis. Aufl. 386 S., 48.- DM. - Bei Bestellung vor dem 15.12. ist der Band für 38.- DM plus Versandkosten zu beziehen über: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis, Bahnhofstr. 148, 67480 Edenkoben.

50. Welche Entwicklung nimmt Rußland?

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/anz-kb.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:anz-kb

Zu diesem Thema lädt die KB-Mehrheit zu einem Arbeits-/Diskussionstreffen ein:

Samstag, den 27. November, in Hamburg

In Referaten wird dargestellt werden, wie sich die politische und wirtschaftliche Situation Rußlands entwickelt. Welche möglichen Entwicklungswege zeichnen sich ab? Welchen Einfluß nehmen die großen kapitalistischen Staaten? Demokratischer Umbau oder Präsidialdiktatur? Diese und andere Fragen werden zur Debatte stehen.

ak-LeserInnen und andere Interessierte, die an dem Treffen teilnehmen wollen, werden gebeten zwecks besserer Planung, sich unter der Verlagsadresse oder -telefonnummer anzumelden:

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative

Schulterblatt 58 B, 20357 Hamburg, Tel.: 040/43 53 20

51. Abschied von Europa?

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/eg-bvg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:eg-bvg

Auf der Suche nach "nationaler Identität" schrecken deutsche Politiker vor keinem Tabu zurück. So bekannte sich Bayerns Ministerpräsident Stoiber zu einem Bruch der Unionsparteien mit der "europäischen" Tradition Adenauers. Dessen "Enkel" Helmut Kohl sei, so Stoiber, in einer Zeit aufgewachsen, "wo Deutscher zu sein oft als belastend empfunden wurde. Deshalb haben viele Deutsche damals eine neue Identität gesucht und glaubten, sie in Europa zu finden ... Das ist vorbei."

Diese Sichtweise wird von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Maastricht bestätigt. Die europäische Union sei "zur Achtung der nationalen Identität ihrer Mitgliedsstaaten verpflichtet", befanden die Karlsruher Richter. Mit deren Entscheidung im Rücken konnte sich die Bundesregierung im Streit um den Sitz der europäischen Zentralbank durchsetzen. Ende Oktober konnte gejubelt werden: "Frankreich befürwortet Frankfurt als EG-Notenbanksitz." So werden - trotz Krise - die Spielregeln diktiert. Seite 11

52. Südkurdistan

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/kurd.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:kurd

Die Politik der Türkei und des Iran gegenüber den Kurden im Irak ist getragen von dem Versuch, die Hegemonie in dieser Region zu gewinnen. Milena Ergen schildert den Alltag in einigen Städten in der Südkurdischen Region.

Insbesondere die Frauen in der Südkurdischen Region sind nach dem Aufstand gegen Saddam Hussein arbeitslos geworden. Wie sie versuchen, sowohl ein Recht auf Arbeit als auch die Aufhebung der allein den Männern dienenden Moralvorstellungen durchzusetzen, ist in einem Interview mit Frauen aus der Unabhängigen Frauenunion zu lesen.

Der Ortsname Halabja ist untrennbar verbunden mit dem Giftgasangriff auf irakische Kurden. Daß das nur Teil einer großen Offensive war, enthüllt der neue Bericht von Middle East Watch über die Operation "Anfal". Ab Seite 21

53. Wer regiert in Osteuropa?

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/osttit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:osttit

Der "Sieg der Ex-Kommunisten" bei den polnischen Parlamentswahlen im September hat auf beiden Seiten des politischen Spektrums die Phantasien angeregt. Ausgerechnet in einem Land, das vielen als sichere Bastion eines dumpfen Katholizismus und Antikommunismus galt, sind die Nachfolger der 1989 gestürzten KP in die Regierung zurückgekehrt, während die Reste der ruhmreichen Solidarnosc an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterten.

Ohne die Dinge zu verallgemeinern, kann man feststellen, daß in den meisten post-sozialistischen Ländern die "Ex-Kommunisten" sowohl als soziale Schicht wie auch als politische Richtung weiter im Spiel sind. Kaum jemand wünscht sich die alten Verhältnisse zurück, aber die früheren Träger der Macht gelten keineswegs automatisch als diskreditiert. Im Gegenteil halten erhebliche Bevölkerungsteile sie für kompetent, wieder oder weiter die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, beispielsweise um den negativen Begleiterscheinungen des Sturzflugs in die kapitalistische Marktwirtschaft gegenzusteuern.

Wer regiert heute in Osteuropa? Ein Überblick über Parteien, Parlamente und Regierungen von Albanien bis Ungarn. S. 31

54. Quelldatei red360.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/red360.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:red360

Hier spricht

die Redaktion Kuddelmuddel

Im ak 359, vom 20.10.93, veröffentlichten wir einen Artikel "Eskalation von Gewalt und Anarchie, ‚Nationaler Dialog` als Waffe gegen den Hungerkrieg in Nicaragua?" sowie ein Interview mit William Ramírez Solórzano von der FSLN. Hierfür wurde als Autorin bzw. Interviewerin das Kürzel rs., Berlin verwandt. Hier ist uns in zweifacher Hinsicht ein Versehen passiert. Erstens kommt die Autorin aus Marburg und nicht aus Berlin, zweitens heißt sie Regina Stapelton; die Verwendung eines Kürzels geschieht eigentlich in dieser Zeitung nur noch aus traditionellen Gründen.

DEV SOL

In ak 358 veröffentlichten wir einen Artikel von Peter Gröger: "Ein mörderischer Streit; Zu den Auseinandersetzungen innerhalb von Devrimci Sol". Er nimmt darin anläßlich der Tötung/Ermordung von Ercan Sakar am 1. Mai dieses Jahres Stellung zu dem seit Monaten tobenden innerorganisatorischen Kampf. Er empfiehlt der westdeutschen Linken, sich auf keine der beiden Seiten der Auseinandersetzung zu stellen, sondern durch Druck auf beide Seiten bzw. durch einen Boykott eine "Humanisierung" des Konflikts zu erzwingen. Mittlerweile erreichten uns drei weitere Stellungnahmen zu diesem Thema, die wir nicht mehr publizieren. Hauptsächlich deshalb, weil sie angesichts des Umfangs keine wirklich neuen Erkenntnisse bringen. In einem Beitrag wird grundsätzlich der Haltung widersprochen, keine Stellung für die eine oder andere Seite einzunehmen. Es wird behauptet, wenn man sich mit dem Konflikt beschäftige, könne man auch parteilich Stellung nehmen. Wir wollen dem nicht generell widersprechen, jedoch war in dem Beitrag über die erkennbare Sympathie für die eine Seite keine nachvollziehbare Argumentation erkennbar, weshalb wir für die eine gegen die andere Seite intervenieren sollten. Darüber hinaus fehlt der gesamten Auseinandersetzung eine auch für andere Strömungen der Linke erkennbare Substanz, so daß sich für uns das Interesse darauf reduzierte, einen Konflikt, der schon mit Waffen ausgetragen wurde, zu deeskalieren.

55. Das Ende von Rot-Grün? (Fortsetzung von Seite 1)

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/rg-fort.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:rg-fort

gesellschaftlichen Veränderungen, die sich u.a. in der Formierung der Grünen ausdrück(t)en, wahrzunehmen. Die Prophezeiung, die ihr alter Zuchtmeister Herbert Wehner nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition 1982 der SPD auf den Weg gab, hat sich voll erfüllt: Diese Partei würde mehr als ein Jahrzehnt brauchen, um wieder regierungsfähig zu werden.

Die SPD hat diese Zeit nur überwintert. Alle Anforderungen und Angebote zur Entwicklung eines neuen Reformprojekts, was in den 80er Jahren nur zusammen mit den Grünen möglich gewesen wäre, wurden rigoros ausgeschlagen. Die zaghaften Versuche auf Länderebene in Richtung Rot-Grün stellten die Weichen nicht wirklich neu. Die Früchte dieser Politik sind heute zu sehen. Regierungsfähig wird sie nicht mit einem Konzept neuer reformerischer Politik, sondern durch den Verschleiß der jetzigen Regierung, deren Politik sie bruchlos übernehmen will. Mit Scharping wurde ein Parteivorsitzender gewählt, der auf Schwarz-Rot statt Rot-Grün setzt. In allen entscheidenden gesellschaftlichen Fragen sucht diese SPD den Konsens mit der Christdemokratie. Dies gilt eben nicht nur in der Asylfrage, nicht nur in der Frage der Militäraktionen außerhalb der BRD, sondern ebenso in den sich verschärfenden Fragen der sozialen und demokratischen Verfassung.

Wer nicht auf Deutschland als zentrales politisches Thema setzt - Standort Deutschland, deutsche BRD ohne Einwanderung, deutsches Militär in alle Welt -, wird in diesem Land neue Mehrheiten außerhalb der SPD in politischen Kampagnen organisieren müssen.

56. Rußland - nach dem Sturm, vor dem Sturm?

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/russland.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:russland

Die Vorgänge in Rußland, die zur militärischen Erstürmung des Parlamentsgebäudes am 4. Oktober führten, und die Entwicklung seither sind auch in diesem ak wieder das Schwerpunktthema.

Kai Ehlers sieht in der "Bauernfrage" ein entscheidendes Problem, das in der russischen Geschichte ungelöst geblieben ist und auch bei den heutigen Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle spielt.

Werner Röhr gibt eine ausführliche Darstellung und Kommentierung der Ereignisse aus seiner Sicht. Er analysiert Widersprüche und Bruchlinien im Lager der "Sieger" um Jelzin.

Außerdem: Mehrere Interviews mit russischen Linken, in denen es vor allem um zwei Fragen geht: Wie kam es zu den gewaltsamen Zusammenstößen am 3. Oktober, die dem Sturm aufs Parlament vorausgingen? Wie wird die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten einerseits, Nationalisten und Faschisten andererseits bewertet? Ab S. 3

57. Flexibilisierte Belegschaft

CD-Datei: daten/aksuche/ak360/viertage.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:360:viertage

Die berüchtigten deutschen Sekundärtugenden - Fleiß, Pünktlichkeit, Opferbereitschaft - werden derzeit um einen weiteren Grundwert ergänzt: Flexibilität. Treibende Kräfte bei der Modernisierung der herrschenden Kultur der Arbeit sind die Kapitalisten. Wo es das Wohl des Betriebes oder der Branche erfordert, darf auch mal kürzer als gewohnt gearbeitet werden, natürlich ohne Lohnausgleich. Als Gegenleistung versprechen z.B. die VW-Manager den Erhalt von Arbeitsplätzen, die durch die Absatzkrise bedroht sind. Andere leitende Angestellte der herrschenden Klasse widersprechen. Nicht nur Kohl, dem der "kollektive Freizeitpark" BRD ein Greuel ist; auch Unternehmerpräsident Murmann warnt davor, in der Vier-Tage-Woche ein "Allheilmittel gegen notwendigen Personalabbau" zu sehen. Seite 12